DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr Nr. 7 Juli 1987 E 8080 E



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Japan:
Kissinger vermittelt Panama-Kanal

Deutschland heute: Ein besetztes Volk ohne Identität

Alliierte:
Wenn Rudolf Hess reden würde

Banken:
Anarchie auf dem Geldmarkt

Österreich:
Im Fall Waldheim bestraft wer wen?

Zionismus:
Bekenntnis eines enttäuschten Juden

Nazi-Jagd:
Klaus Barbie und der Mythos der Résistance



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51,
D-7250 Leonberg, Telefon (071 52) 260 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

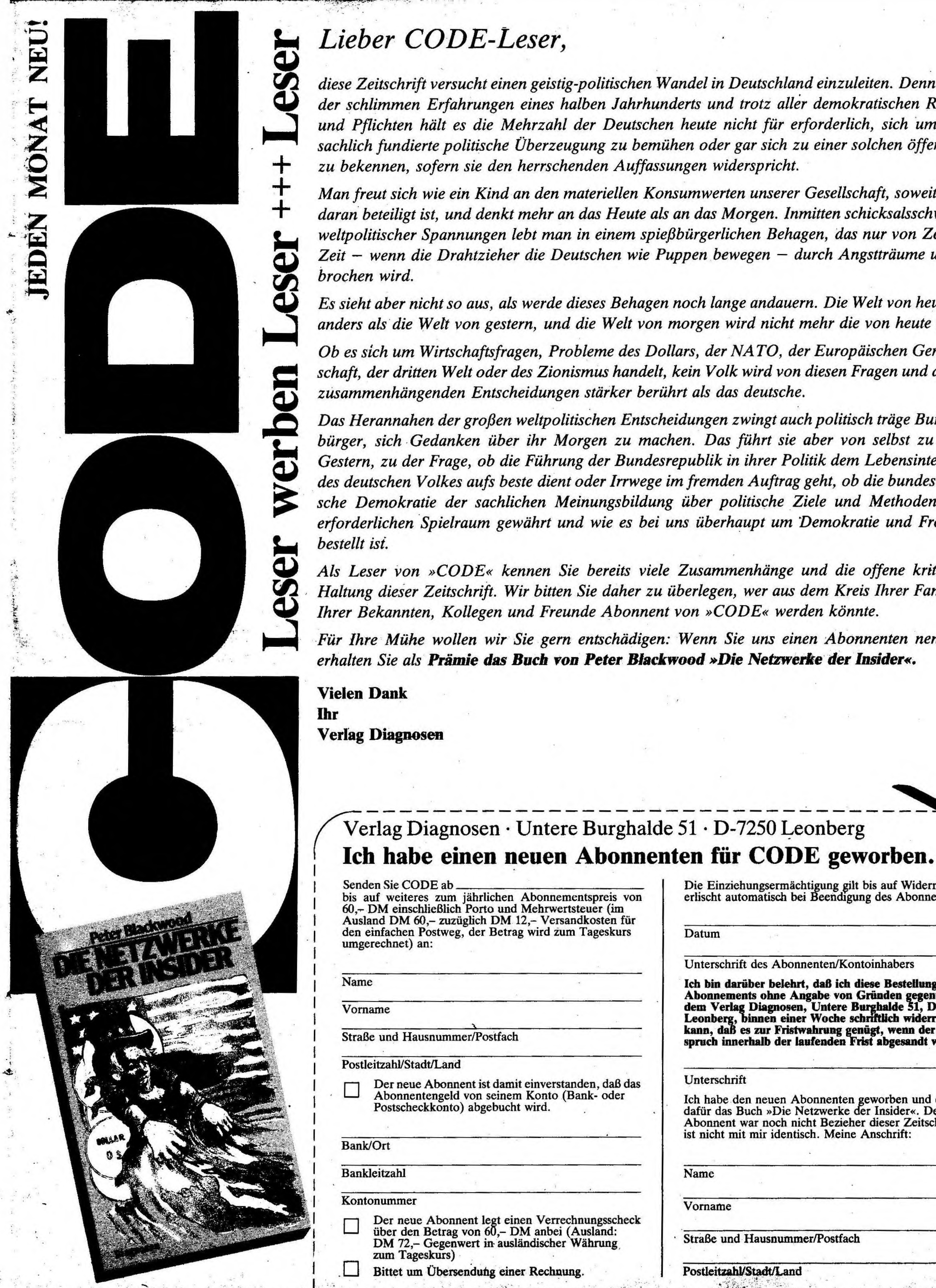
Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 29. Juli 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

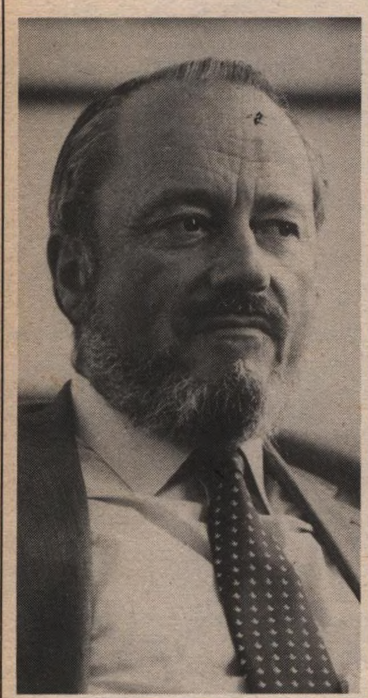
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

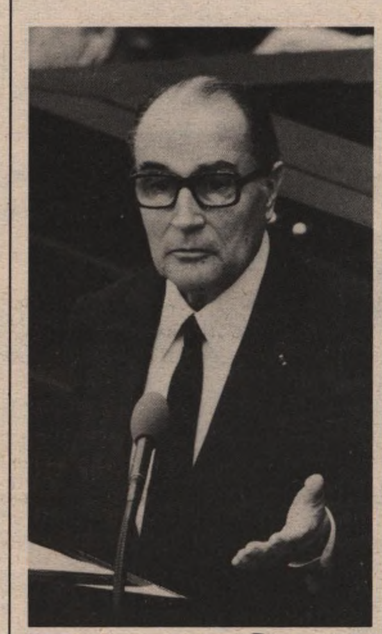
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Finanzen



Johann Philipp Freiherr von Bethmann ist bekannt für seine Kritik am Bankensystem und als Prophet eines Bankenkrachs.

Europa



Mitterand wollte mit einem Barbie-Prozeß nach dem Muster des Eichmann-Prozesses der israelischen Lobby einen Gefallen tun.

Zionismus



US-Präsident Roosevelt half Stalin bei vielen Kriegsverbrechen.

Internationales



Die Schattenseiten von Mrs. Aquinos Regierung sind Korruption, Vetternwirtschaft und Schiebertum.

Wissenschaft und Technik

Ständige Rubriken

Währungen

Anarchie auf den Geldmärkten

C. Gordon Tether

Die stetig wachsende Schwierigkeit, die damit verbunden ist, auch nur den Anschein einer Ordnung auf den Welt-Geldmärkten zu erhalten, zeigt wie schrecklich das hirnlose Monster jetzt geworden ist, das in Jahren unkontrollierter internationaler Geldversorgung geschaffen wurde.

In den ersten Jahren der Regierung Reagan lehnten die Vereinigten Staaten es ab, überhaupt etwas mit der Vorstellung zu tun zu haben, eine offizielle internationale Überwachung des Verhaltens der wichtigsten Wechselkurse auf der Welt zu arrangieren. Washingtons Rede war, die beste Art auf diesem Gebiet Ordnung und Realismus zu schaffen, bestünde darin, jegliches offizielle Eingreifen in das freie Spiel der Marktkräfte zu vermeiden.

Das Verhältnis zwischen Dollar und Yen

Jetzt spielt die Regierung natürlich eine ganz andere Melodie. Die wachsende Sorge über die Folgen der anhaltenden Schwäche des Dollar für die Vereinigten Staaten und die Welt als Ganzes hat dazu geführt, daß Washington eine führende Rolle bei immer häufiger vorkommenden Zusammenkünften der Finanzminister der schrittmachenden Länder spielt und dabei ein Ziel im Auge hat. Es geht um die Formulierung von Vereinbarungen zur Bekämpfung der beispiellosen Unbeständigkeit oder wichtigsten Wechselkurse.

Es fehlte nicht an Enthusiasmus auf seiten der USA und der anderen sechs Länder, die daran beteiligt waren, als es darum ging, die bei diesen Treffen erzielten Vereinbarungen durchzusetzen. Zusammen haben die Zentralbanken Milliarden von Dollar investiert, um zu verhindern, daß die Wechselkurse zu starken Schwankungen ausgesetzt sind.

Doch milde ausgedrückt waren die Ergebnisse dieser neuen Art von Zusammenarbeit nicht gerade ermutigend. Im Gegenteil, das Wissen darüber, daß offizielle Bemühungen unternommen wurden, um bestimmte Wechselkurse zu stützen – zum Beispiel, den zwischen Dollar und Yen –, führten offenbar zu unerwünschten Spekulationen und nicht zu dessen Gegenteil.

Früher, das muß gesagt werden, sind offizielle internationale Kampagnen zur Einführung einer stärkeren Kontrolle über Schwankungen in den wichtigeren Wechselkursen nicht immer uneingeschränkt erfolgreich gewesen. Doch es hat sich in der Vergangenheit niemals als so schwierig erwiesen, wie das jetzt der Fall ist.

Was das Ganze noch bemerkenswerter macht und bedeutender ist die Tatsache, daß es für derartige Kreuzzüge im Augenblick wirtschaftlich gesehen eine Menge mehr Rechtfertigungen gibt als zum Beispiel in den fünfziger und sechziger Jahren, als sie schon einmal durchgeführt wurden.

Rasch ansteigende Inflation

Denn die großen Schwankungen in den wichtigsten Wechselkursen von einer Woche zur anderen, wie sie derzeit vorkommen, sind höchstens im Interesse der Währungsspekulanten, von denen sie auch weitestgehend verursacht werden.



Nach der Erklärung braucht man allerdings nicht lange zu suchen. In allen Konflikten spielt die realtive Stärke der streitenden Parteien unvermeidlich eine große Rolle für den Kampfausgang und es fällt nicht schwer zu beweisen, daß dank des Scheiterns der schrittmachenden Länder, das Wachstum der internationalen Geldversorgung einzuschränken, die private Finanzwelt nun weitaus eher in der Lage ist die Wechselkurs-Szene zu beherrschen als in der Vergangenheit.

Einen genauen Hinweis für das Verhalten der internationalen Geldversorgung geben die Statistiken über die Devisenwerte der Handelsbanken, die vom Internationalen Währungsfonds zusammengetragen werden. Sie erzählen eine dramatische Geschichte. Von rund 350 Milliarden Dollar in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stiegen sie am Anfang dieses Jahrzehnts auf 2 Billionen, das ist eine sechsfache Steigerung innerhalb von sechs Jahren.

Anfang der achtziger Jahre hat es dank der Verschiebung in der internationalen Bankengemeinde durch die Weltschuldenkrise einen Stillstand gegeben. Doch in den letzten Jahren ist die Expansion schneller vorangeschritten als je zuvor.

In den Jahren 1985 und 1986 kamen jeweils weitere 450 Milliarden Dollar zur internationalen Geldmenge hinzu, das ist ein Betrag, der weit über das hinausgeht, was in der ganzen Geschichte bis vor zehn Jahren insgesamt überhaupt geschaffen wurde. Ende letzten Jahres war der Vorrat also auf fast 3,5 Billionen Dollar angestiegen, also das Doppelte der Menge, die Ende der siebziger Jahre vorhanden war und fast vierzehn Mal so viel wie Anfang der siebziger Jahre.

Was noch ein wichtiger Punkt in der Geschichte der internationalen Geldmärkte ist, ist die Tatsache, daß diese Wachstumsrate bei weitem jene überschreitet, die die Munition darstellt, die den offiziellen Stellen zur Verfügung steht, um die Geldmärkte zu disziplinieren, und zwar die der offiziellen Reserven.

Ein geistloses Finanzmonster

Wenn man von den jetzt offenbar permanent eingefrorenen Goldreserven absieht, betrug das offizielle Devisenpolster in der Welt Anfang der siebziger Jahre 140 Milliarden Dollar. Seither ist es um das Dreifache auf 400 Millarden angestiegen. Dies ist allerdings nur ein bescheidener Bruchteil der Aufwärtstendenzen, die im gleichen Zeitraum in der internationalen Geldversorgung zu verzeichnen waren.

Folglich beläuft sich der offizielle Bestand jetzt auf 3 Billionen weniger als diese Geldmenge und ist nur etwa ein Zehntel so hoch.

Was sich daraus ergibt, ist die Tatsache, daß die von den Vereinigten Staaten und anderen führenden Industrieländern in den vergangenen zehn Jahren verfolgte offizielle Politik des »Hände weg vom Bankensystem« den Weg geebnet hat für die Schaffung eines geistlosen Finanzmonsters, einer Kreatur, über die es unmöglich ist, effektive Kontrolle auszuüben. Und es ist schwer, nachdem sie sich selbst in diese Lage hineinmanövriert hat, zu erkennen, wie es der Bürokratie gelingen könnte, sich da herauszuwinden.

Wenn es jedoch überhaupt irgendeine Hoffnung geben soll, den Trend zur Anarchie auf den Geldmärkten umzukehren, dann steht allerdings außer Zweifel, daß man die Aufmerksamkeit von dem Versuch das Wechselkursverhalten zu beeinflussen auf das Angehen der grundlegenden Ursache der Schwierigkeiten lenken muß. Mit anderen Worten, jede Anstrengung muß jetzt unternommen werden, um die Gier der internationalen Bankengemeinde in den Griff zu bekommen.

Ein blühendes Weltwirtschaftssystem erfordert eine regelmäßige Erweiterung in der internationalen Geldversorgung. Was jedoch unter allen Umständen zu vermeiden ist, ist die ständige Schaffung von Geld in einem Ausmaß, daß jedes erdenkliche Wachstum in der Weltkonjunktur weit überschreitet. □

Kredite

Verschuldete Schuldenkrise

Johann Philipp Freiherr von Bethmann

Brasilien verweigert die Zahlung der Zinsen auf seine Dollar-Schulden. Ecuador kann nicht mehr zahlen wegen Erdbeben. Peru zahlt schon lange nur noch in kleinen Raten. Die anderen latein-amerikanischen Großschuldner reden zweideutig oder schweigen eindeutig über ihre Dollar-Verpflichtungen. Zahlen können sie alle nicht die vielen Millionen Dollar, die schon längst fällig sind.

Nur zu einem Schuldnerkartell ist es bisher nicht gekommen. Mit Erleichterung vermerken es die Gläubiger. Diese Erleichterung ist natürlich völlig unbegründet. Was könnte denn durch ein Kartell noch schlimmer werden?

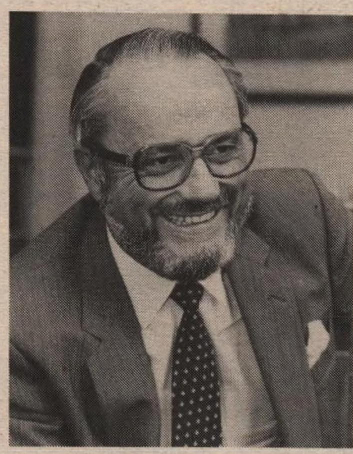
Jede Sonderbehandlung ist schwierig

Ob Kartell oder nicht Kartell, die hochgradige Zahlungsunfähigkeit der meisten Länder ist eine Realität, wohlgemerkt Zahlungsunfähigkeit und nicht Illiquidität! Viele Dollar-Milliarden sind endgültig verloren. Auf sie muß verzichtet werden mit oder ohne Druck eines Kartells.

Im übrigen bedarf es keines offiziellen Kartells, um eine möglichst weitgehende Gleichbehandlung der einzelnen Schuldnerländer zu erreichen. Die immer wieder von den Gläubigern beschworene »Von-Fall-zu-Fall«- und »Von-Land-zu-Land«-Politik funktioniert auch so nicht.

Auch ohne Kartell verbitten sich die einzelnen Länder doch jede ins Gewicht fallende Schlechterstellung gegenüber dem Nachbarn. Das macht jede Sonderbehandlung so außerordentlich schwierig, wie der Fall Mexiko besonders deutlich zeigt.

Schwierig genug ist das Ganze sowieso für den Gläubiger, um nicht zu sagen aussichtslos. Mit noch so viel wiederholter Umschulderei lassen sich die schon verlorenen Riesensummen nicht wieder bezahlbar machen. Die Schuldner sitzen längst am längeren Hebel, und das wissen sie auch.



Johann Philipp Freiherr von Bethmann ist ein entschiedener Kritiker des herrschenden Bankensystems.

Wenn sie immer neu verhandeln und noch immer nicht eine massive Zahlungseinstellung erklären, dann doch nur, um die immer noch gegebene Chance wahrzunehmen, »fresh money« geschenkt zu erhalten. So lange sie damit rechnen, werden sie immer wieder neu »verhandeln«.

Falsche Lehrmeister für die dritte Welt

Die eigentliche Schwäche der Gläubigerposititon liegt aber neben dem Finanziellen im Politischen und dies in zweifacher Hinsicht. Die politischen Auflagen, die mit der Bereitschaft für Umschuldung und Neukredit – etwa im Rahmen des Baker-Plans – verknüpft werden, sind töricht und unüberlegt. Sie sind töricht, weil sie objektiv in diesen Schuldnerländern unerfüllbar bleiben müssen, und sie sind unüberlegt, weil es ganz einfach falsche Rezepte sind.

Da ist die Rede von »vernünftiger Wirtschaftspolitik«, von »Stabilität« und »Inflationsbekämpfung«, von »mehr Marktwirtschaft« und »Wettbewerb«, was alles die Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit dieser Länder stärken soll.

Diese ernst gemeinten und zur Bedingung gemachten Empfehlungen erscheinen allerdings im höchsten Maße fragwürdig, weil sie von den Politikern der Gläubigerländer formuliert werden, die erwiesenermaßen im eigenen Haus die größte Unordnung angerichtet haben.

Wie können die Wirtschaftspolitiker der reichen Industrienationen den Ländern der dritten Welt gute Ratschläge erteilen, wo sie doch selbst in ihren Ländern unter sehr viel besseren Bedingungen in puncto wirtschaftliche Stabilität und Kontinuität, also bei dem Versuch einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, schrecklich versagt haben.

Wer nach jahrelang anhaltender, vergeblich »bekämpfter« Inflation jetzt eine völlig überschuldete Wirtschaft im eigenen Land zu beklagen hat, kann ja wohl kaum der richtige Lehrmeister sein für den Neuaufbau einer kapitalistischen Wirtschaft in den noch unterentwickelten Ländern der dritten Welt. Hier liegt ein nahezu unlösbares Dilemma vor.

Es ist das Dilemma der kapitalistischen Ökonomie schlechthin, die darum in der nächsten vor uns liegenden Zeit weltweit einen schweren Rückschlag erleiden wird. Die unvermeidliche Abschreibung von einigen 100 Milliarden Dollar an längst verlorenen Krediten innerhalb und außerhalb der USA und die dadurch ausgelöste Krise der Weltwirtschaft sind dieser Rückschlag. Er wäre mit besserer beziehungsweise »richtiger« Wirtschaftspolitik vermeidbar gewesen. □

Johann Philipp Freiherr von Bethmann war bis 1983 wichtigster Anteilseigner bei der in Frankfurt ansässigen Bethmann-Bank. Er trat damals seine Anteile an die Bayerische Vereinsbank ab und begründete seinen Schritt unter anderem mit seiner Kritik am Bankensystem und der Gefahr eines Bankenkrachs. Seither schrieb er mehrere Bücher zu diesem Thema; das letzte mit dem Titel »Auf Inflation folgt Deflation« ist im Athenäum-Verlag erschienen.

Börse

Aktien in Frage gestellt

C. Gordon Tether

In dem Gefühl, daß dem Aktienmarkt die Luft ausgeht, haben sich Kapitalanleger auf Goldaktien gestürzt. Im ersten Quartal des Jahres 1987 haben die Indexe für Industrie- und Wirtschaftsaktien an fast allen Börsen der führenden Industrieländer einschließlich der Vereinigten Staaten neue Rekorde verzeichnet. Auch die Preise allerdings erlebten teilweise zwischen Aufschwüngen einige außergewöhnliche Sturzflüge.

Das offenbare Paradoxon reflektierte deutlich die wachsende Unsicherheit über die Investitionsaussichten unter diesen Vorzeichen. Insbesondere war da die wachsende Überzeugung, daß die Preissteigerungen des vergangenen oder die der beiden letzten Jahre die Früchte wirtschaftlicher Expansion, die es den Rest der achtziger Jahre noch zu ernten galt, vorweggenommen haben – wobei davon ausgegangen wird, daß die existierenden Preise für ein erhebliches Maß an Überbewertung aufrechterhalten werden.

Gelobtes Land noch nicht greifbar

Wo heutzutage so viel Geld nach zufriedenstellenden Anlagemöglichkeiten sucht, findet ein Rückgang in einem Sektor des Aktienmarkts prompt seinen Ausdruck in erhöhter Aufmerksamkeit für einen anderen. Diese Tatsache ist – darin sind sich fast alle Wirtschaftsweisen einig – weitgehend verantwortlich für den allgemeinen Anstieg der Popularität für Investitionen bei Gold und anderen Edelmetallen seit Beginn dieses Jahres.

Wie stark dies ist, läßt sich an der Tatsache erkennen, daß Gold-Minen-Aktien am Ende des ersten Quartals dieses Jahres auf allen wichtigen Märkten etwa 40 Prozent über den Werten lagen, mit denen sie Ende 1986 abgeschlossen haben. Diese Steigerung – darauf sollte hingewiesen werden – hat den Aufwärtstrend des Preises für Goldbarren im gleichen Zeitraum bei weitem übertroffen; dieser lag lediglich bei 5 bis 10 Prozent.

Während der stärkere Trend darüber hinaus bei nordamerikanischen und australischen Gold-Aktien in der zweiten Hälfte des Jahres 1986 von den südafrikanischen Gegenstücken nicht geteilt wurde, waren die letzteren dagegen voll an dem Vorsprung beteiligt, der im ersten Quartal dieses Jahres stattfand.

Es ist weitgehend richtig zu sagen, daß die Dinge sich mehr in Richtung Edelmetalle entwikkeln als in den letzten Jahren. Der Abwärtstrend bei den Inflationsraten in Richtung Nullwerte ist in der jüngsten Zeit auf mehr Widerstand gestoßen, wobei das gelobte Land der Währungsstabilität in den meisten führenden Industrieländern immer noch ein Stück weit entfernt ist, was bedeutet, daß der Anreiz für Investoren, sich von den Edelmetallen weg in verzinsliche Geldwerte zu bewegen, bald etwas von seiner Stärke verlieren wird.

Edelmetalle als Sicherung

Gleichzeitig verstärkt der jüngste Trend von Währungs-, Banken- und sozialen Problemen, in der Welt insgesamt zu eskalieren, die Anziehungskraft von Investitionen in Edelmetallen als eine Art Sicherung.

Doch es ist wichtig, in diesen Angelegenheiten die Größenverhältnisse zu wahren, und das gilt ganz sicherlich für die starke Bewegung in Gold-Minen-Aktien hinein, wo sie jetzt so viel teurer geworden sind als noch vor kurzem.

Ein prominenter britischer Experte für Gold-Minen-Investitionen – er ist häufig bei internationalen Investment-Seminaren vertreten – hat vor kurzem die Preise, die von amerikanischen und kanadischen Gold-Minen-Aktien erzielt wurden, ernstlich in Frage gestellt. Europäische Sachverständige, die diese Zahlen betrachten, so sagte er, fingen sich an zu fragen, ob über die Aussichten für Gold westlich des Atlantiks Dinge bekannt sind, die jenseits des Atlantiks nicht bekannt sind.

Es läßt sich sicherlich darüber diskutieren – mit anderen Worten also –, ob diese Aktien im allgemeinen nicht auf ein deutlich überbewertetes Niveau gebracht worden sind.

Bei den südafrikanischen Gold-Minen-Aktien verhält es sich etwas anders. In den ersten zwei bis drei Jahren vor ihrem Anstieg im ersten Quartal dieses Jahres haben sie stark unter der Reaktion auf die ständigen Rassenunruhen im Land gelitten. In jener Zeit lagen sie im allgemeinen zwischen der Hälfte und einem Drittel des Wertes vor Ausbruch der Apartheid.

Südafrika gilt als stabil

Der jüngste Aufschwung hat sie erstmalig weit außerhalb dieses Bereichs gebracht. Doch am Ende des ersten Quartals 1987 waren sie immer noch ein gutes Stück billiger als Anfang des Jahres 1983 – dem letzten Mal in der explosiven Zeit vor den Rassenunruhen, in der der Goldpreis fast bei dem Wert von plus 400 Dollar pro Unze lag wie Anfang des Jahres 1987.

Das würde bedeuten, daß im Gegensatz zu amerikanischen und kanadischen Gold-Minen-Aktien die südafrikanischen immer noch relativ billig angesehen werden können – bevor man natürlich Überlegungen der Apartheid-Krise in Betracht zieht. Das wirft die wichtige Frage auf, ob es angebracht ist, solchen Überlegungen weiterhin so viel Gewicht zuzumessen, wie es die Märkte für erforderlich gehalten haben in den ganzen achtziger Jahren – zumindest bis vor kurzem.

Der Ausgangspunkt für jeden Versuch, diese Frage zu beantworten, muß deutlich berücksichtigen, daß das Apartheid-Problem Südafrikas weiter fortbesteht und tatsächlich auch in nächster Zukunft fortbestehen wird. Doch die Aussichten, daß die Maßnahmen der Regierung erfolgreich sein werden, sind entschieden besser als in der Vergangenheit.

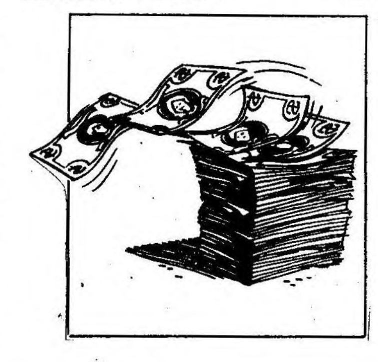
Ausländische Kommentatoren sind sich weitgehend darin einig, daß man das Land nicht mehr länger als am Rande eines politischen oder wirtschaftlichen Zusammenbruchs stehend betrachten kann – was noch vor einem Jahr oder so drohte.

Drei-Jahres-Vertrag mit den Bankern

Deutliche Beweise für das Ausmaß dieser Veränderung in der Einstellung zeigen sich in der kürzlich zwischen Südafrika und seinen ausländischen Gläubigern geschlossenen Schulden-Neuverteilungsvereinbarung. Als Südafrika im Februar letzten Jahres nach einer langfristigen Vereinbarung für die Schulden-Neuverteilung verlangte, stieß es auf uneingeschränkten Widerstand in der internationalen Bankengemeinde. Das Land mußte sich mit einem einjährigen Vertrag begnügen.

In der letzten Gesprächsrunde dagegen wurde eine Drei-Jahres-Vereinbarung geschlossen, die beschrieben wurde als »deutlichster Beweis einer grundlegenden Änderung der Zukunft des Landes aus der Sicht des Auslandes«.

Man kann natürlich unmöglich sicher sein, daß der neue Optimismus wohl begründet ist. Doch es sieht so aus, als ob Südafrikas Gold-Aktien noch sehr viel für sich sprechen werden – immer vorausgesetzt, die Kapitalanleger sind bereit, die Entwicklung der Apartheid wachsam zu beobachten. □



Europa

NATO als Wall-Street-Verschwörung

Oscar Boline

Hat die NATO, das amerikanisch-europäische Bündnis, das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, ihren Nutzen und Sinn verloren? Tragen die europäischen Signatarmächte ihren gerechten Anteil an der Last der Verteidigungsgemeinschaft? Sollte Amerika seine Truppen aus Europa abziehen? Die Antworten von führenden Europäern auf diese Frage lassen aufhorchen.

Die Opposition gegen die amerikanische Außenpolitik und Angst davor, an den Rockschößen der Vereinigten Staaten in ein wirtschaftliches Chaos hineingezogen zu werden, hat die anti-amerikanische Positionen wichtiger europäischer Mitgliedsländer der NATO verfestigt.

USA haben nur Profit-Interessen

Eine jüngste Warnung aus Washington, daß die Europäer mehr von der wirtschaftlichen Last tragen sollten oder die Vereinigten Staaten würden ihre Truppenstärke einseitig einschränken, brachte eine sehr knappe, formelle, diplomatische Reaktion und nicht die von den USA erwarteten versöhnlichen Schritte gegenüber der Reagan-Regierung.

In einer Rede vor dem Königlichen Institut für Internationale Beziehungen sagte der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe, das »amerikanische Defizit und eine wachsende katastrophale Situation im Handel« ständen diesem Drängen der USA auf Beteiligung an den Belastungen entgegen. Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten drängen Europa, amerikanisches Gerät zu kaufen, um damit zu helfen, das Handelsdefizit zu verringern. An diesen Geschäften hat Europa keinerlei Interesse.

Mit dem Hinweis, daß hinter diesem Verlangen von jenseits des Atlantiks eine Menge Zweideutigkeit stünde, schlußfolgert Howe: »Wir müssen wachsam sein für Tendenzen im amerikanischen Denken, die unsere Sicherheit vermindern könnten, vielleicht nicht heute oder morgen, aber langfristig gesehen.«

Howe zufolge schätzen die Amerikaner das Ausmaß, in dem Europa für seine eigene Sicherheit sorgt, nicht voll und ganz. Er beschrieb diesen Beitrag wie folgt: 90 Prozent der Personalstärke, 95 Prozent der Artillerie, 85 Prozent der Panzer und 80 Prozent der Kampfflugzeuge für die NATO auf europäischem Boden.

Dieser Beitrag ist in Übereinstimmung mit den Vertragsbestimmungen der NATO. Jegliche Differenzen in den Vorstellungen sind auf die Verwirrung zurückzuführen über die sogenannte Reagan-Doktrin, mit der der NATO die Rolle eines Weltpolizisten auferlegt wird, wofür es in Europa oder der NATO wenig Begeisterung gibt.

Amerikanischer Imperialismus

US-General Bernard Rogers, der oberste Befehlshaber der Verbündeten in Europa und Leiter der militärischen Streitkräfte der NATO sowie der populärste Militärbefehlshaber in Europa, sagt seinen Freunden und der Presse häufig, daß ihm das ganze Gerede über Truppenreduzierungen und das Verlassen der NATO von seiten der Amerikaner »Magenschmerzen verursacht«.

»Bernie«, wie er von den Europäern liebevoll genannt wird, rümpft die Nase über den ehemaligen nationalen Sicherheitsberater der USA Zbigniew Brzezinski und den ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger, die den Abzug von 100 000 der 320 000 in Europa stationierten Truppen vorgeschlagen haben. Rogers zufolge würde der Abzug eine Milliarde Dollar kosten. Der Aufbau neuer Einrichtungen für die in die Vereinigten Staaten zurückgerufenen Truppen würde fünf Milliarden Dollar kosten und ihr Rücktransport auf dem Luftweg nach Europa in einer Notsituation weitere 25 bis 100 Milliarden Dollar.

Bei diesen Ansichten verwundert es nicht, daß Rogers nach acht Jahren in der NATO zurückberufen oder »hinausgeschmissen« wird, wie er sich gegenüber dem Militärausschuß des US-Senats äußerte. General John R. Galvin, Chef der amerikanischen Kommandostelle für den Südpazifik, die in Panama stationiert ist, wird ihn ab Juni ersetzen.

Galvin, der die Aktivitäten des Weißen Hauses in Mittelamerika leitet, verspricht, der NATO eine globale Sicht der sogenannten Reagan-Doktrin zu vermitteln, was ihn nach Meinung vieler Europäer nicht sehr populär machen wird.

Die Reagan-Doktrin ist besonders in Spanien sehr unpopulär. Sie betrachten sie als »amerikanischen Imperialismus«. Die Spanier meinen, die Probleme Mittelamerikas seien Sache der Amerikaner.

Beim jüngsten Besuch des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger und des ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsministers Richard Perle, der jetzt als hochbezahlter Berater tätig ist, wurde den beiden in Madrid gesagt, die Vereinigten Staaten sollen ihre F-16-Kampfflugzeuge von den spanischen Stützpunkten zurückziehen, und



US-Präsident Gerald Ford (Mitte) bei einem NATO-Treffen mit Henry Kissinger, der hinter ihm steht. Links Harold Wilson, rechts Joseph Luns.

NATO als Wall-Street-Verschwörung

dies sei eine Vorbedingung für die Verlängerung des amerikanisch-spanischen Verteidigungspaktes, der im Mai nächsten Jahres ausläuft. Wenn dies nicht geschieht, so sagte man Weinberger und Perle, wären die Spanier gezwungen, die Amerikaner aus Spanien hinauszuwerfen.

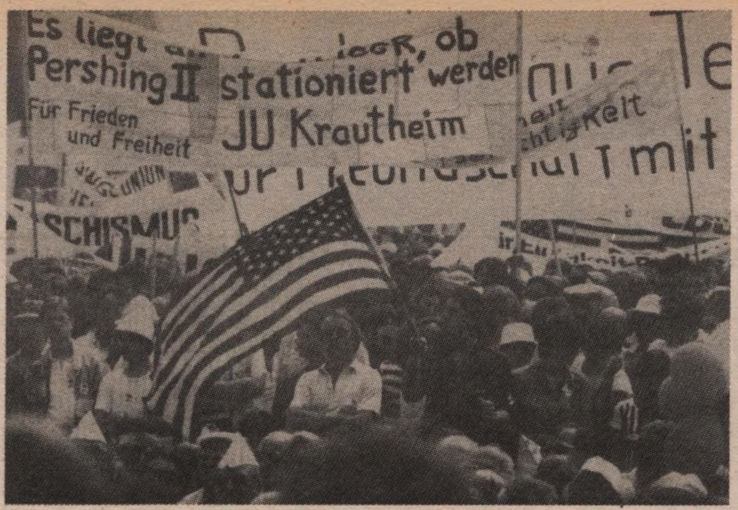
Spanien betrachtet die F-16-Kampfflugzeuge nicht als erforderlich für seine Verteidigung, sondern sieht sie als Teil eines weitergehenden Plans, um andere Gebiete laut der Reagan-Doktrin zu überwachen.

Die Erfahrungen der Italiener

Die Italiener hatten im Zusammenhang mit der Reagan-Doktrin mehr Erfahrungen bei der Benutzung ihrer Luft- und Seestützpunkte durch die Amerikaner als jedes andere europäische Land. Es war auf einem italienischen Stützpunkt, der teilweise zur NATO gehörte, auf den die Amerikaner die Landung des ägyptischen Verkehrsflugzeuges mit den »Achille-Lauro«-Entführern erzwangen. Es war ein NATO-Seestützpunkt auf einer italienischen Insel, den die Amerikaner als einen ihrer Ausgangspunkte für ihren Angriff auf Libyen verwendeten.

Obwohl die Italiener weder den Terrorismus mögen noch die Art, wie Oberst Gaddafi Italiens ehemalige Kolonie regiert, so waren sie doch nicht damit einverstanden, daß ihre Luft- und Seestützpunkte für Überwachungszwecke außerhalb des NATO-Rahmens benutzt werden.

Es war ein Italiener, der verstorbene Altiero Spinelli, der als ein Mitglied des Europa-Parlamentes die führende Kraft bei der Re-Etablierung der Westeuropäischen Union (WEU) war, des europäischen Verteidigungsbündnisses, das von der NATO in den fünfziger Jahren unterdrückt wurde. Spinelli und seine Anhänger, genannt der Krokodil-Club, fühlten, daß die NATO nach und nach von den Internationalisten eingenommen werden würde – zunächst von Kissinger und Konsorten unter US-Präsident Nixon, dann von Brzezinski und der Trilateralen Kommission unter US-Präsident Jimmy Carter und schließlich von den Verfechtern der Reagan-Doktrin.



Mit massiven Demonstrationen wurde 1982 und 1983 gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen protestiert.

Spinelli war ein Mann mit großem Wissen darüber, was vor sich ging. Als ein ehemaliger Professor der John-Hopkins-Universität war er langjähriges Mitglied des italienischen Parlaments mit großem Interesse für die Mittelmeer-Region. Für ihn war diese Region wie für die meisten Italiener und andere Südeuropäer immer ein europäisches Meer und nicht ein Standort für die Kanonenboote von Außenseitern.

Der Watergate-Skandal, Nixons Rücktritt und die Selbstzerstörung des Dollar, dem die Regierungen Nixon und Ford offiziell zugestimmt haben, trugen alle dazu bei, daß Spinelli und der Krokodil-Club beschlossen, Europa müsse seinen Weg alleine gehen. Sie kamen zu der Überzeugung, daß die WEU reaktiviert werden müsse und Europa seine eigene Rüstungsindustrie aufbauen muß, wobei sich die Bezüge aus den USA auf ein Minimum zu beschränken haben.

Die Wall-Street-Verschwörung

Zum Zeitpunkt der Demonstrationen des Jahres 1982 gegen die Stationierung der Pershing-Raketen war Europa in Sachen Rüstung bereits autark. Spinelli und seine Anhänger waren bereit, ihren Bericht über die Re-Etablierung der WEU dem Europa-Parlament vorzulegen. Dies geschah dann auch im Februar 1984, dem wahren Wendepunkt in der Geschichte der NATO und der Verteidigung Europas durch die Europäer. Zu diesem Zeitpunkt war Europa so weit zu verkünden, daß es sich an keinem Plan beteiligen werde, der eine Weltpolizistenrolle vorsieht.



US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger schreitet mit Bundeskanzler Kohl eine Ehrengarde der NATO ab.

Was Spinelli und seine Gruppe mehr als alles andere beunruhigte, war die Schlüsselrolle, die Israel unter der Reagan-Doktrin spielte, und die Bevorzugung, die diesem Land entgegengebracht wurde. In der Erklärung von Venedig vom Juni 1980 hat die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) offiziell anerkannt. In der Erklärung Spinellis vom Februar 1984 wurde der Grundgedanke des Rechts auf ein Heimatland für die Palästinenser bekräftigt. Auch die Erklärung von Venedig war das Werk Spinellis.

Spinelli wurde niemals müde, jene, mit denen er die Gründung der WEU diskutierte, daran zu erinnern, daß sie am Ende des Zweiten Weltkrieges von Belgien, Frankreich, England, Luxemburg und den Niederlanden in einer Atmosphäre der Furcht geschaffen worden war. Die Regierungen Franklin D. Roosevelts und Harry Trumans liebäugelten mit Kremlchef Josef Stalin, und dies ließ erneut die Furcht des 19. Jahrhunderts einer Gefahr für Europa aufkommen, wenn sich diese beiden großen Länder – die UdSSR und die Vereinigten Staaten – zusammentun würden und einen Pakt zur Beherrschung der Welt schlössen.

Obwohl diese Europäer intensiv damit beschäftigt waren, seit Monaten dieses Bündnis zu schließen, traf die letztendliche Einigung Washington dennoch überraschend. An dem Tag der Unterzeichnung des Brüsseler Vertrages, mit dem die WEU geschaffen wurde, verkündete Truman, er unterstütze ein atlantisches Bündnis zur Verteidigung Europas und der Vereinigten Staaten. Es war ein Schritt, der in Europa sofort als eine »Wall-Street-Verschwörung zur Beherrschung Europas« verurteilt wurde.

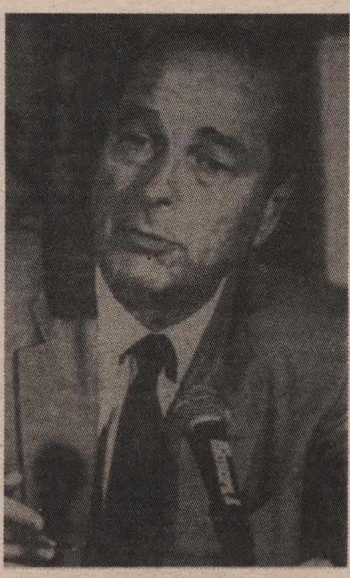
Als Wall-Street-Anwalt Dean Acheson amerikanischer Außenminister wurde, entfachten diese Befürchtungen erneut und trugen zu dem raschen Wachstum der WEU und den Verzögerungen bei der Etablierung der NATO von seiten Europas bei. □

Ein Kontinent verliert seine Identität

Philip Goode

»In demographischer Hinsicht ist Europa am Verschwinden«, sagte der französische Premierminister Jacques Chirac. Er hätte hinzufügen können: Ebenso wie Amerika.

In einem jüngst gegebenen Zeitungs-Interview beklagte Chirac die Tatsache, daß die Franzosen insbesondere und die Europäer im allgemeinen nicht genügend Babys hervorbringen, um ihre Zivilisation am Leben zu erhalten. Unterdessen sehen auch amerikanische Bevölkerungsexperten, die einst damit rechneten, daß der Baby-Boom der fünfziger Jahre sich durch hohe Fruchtbarkeit in der nächsten Generation auswirken würde, für Amerika jetzt einen steilen Abfall in der Geburtenrate voraus. Ein ähnlicher Abstieg wird auch für die kommunistischen Länder Osteuropas und der Sowjetunion voraussgersagt.



Der französische Premierminister Jacques Chirac beklagt die demographischen Veränderungen in Europa.

Im letzten Stadium des Abstiegs

»Es könnte sein, daß eine große Zivilisation sich im letzten Stadium des Abstiegs befindet«, sagte Professor Cornelius Thompson, ein Experte auf diesem Gebiet an der Universität Chicago. »Wir stehen sozusagen am Anfang eines demographischen Winters. Es handelt sich einfach um mangelnde Fortpflanzung von unserer Seite aus.

Europäer und Amerikaner gleichermaßen pflanzen sich nicht in ausreichender Zahl fort, um die Weltbevölkerung im Gleichgewicht zu halten. In zwei oder drei Generationen, wenn sich unsere Enkelkinder mit dem Problem auseinandersetzen müssen, wird es zu wenig Menschen geben, die dazu noch zu weit zurück sind um die Flut aufzuhalten.«

Charles Westhoff, dem Direktor des Amtes für bevölkerungs-politische Forschung der Princeton Universität zufolge, ist die Fruchtbarkeitsrate in den Vereinigten Staaten fast ein Jahrzehnt lang bei 1,8 Geburten pro Frau stehengeblieben, was weit unter den 2,1 Prozent ist, die für einen Gleichstand der Bevölkerung notwendig wären.

In den siebziger Jahren war Westhoff Mitglied der amerikanischen Regierungskommission, die damit beauftragt war herauszufinden, wie die Geburtenrate in den Vereinigten Staaten gesenkt werden könne. Jetzt, so sagt er, wird eine solche Kommission wahrscheinlich damit beauftragt werden, »wie man Anreize zum Heiraten und Kinderkriegen schaffen könnte«.



Doch er warnt: »Eine niedrige Fruchtbarkeit wird mehr oder weniger bestehen bleiben.«

Ein bedeutender Faktor, der niedrige Fruchtbarkeit auslöst, ist natürlich die hohe Abtreibungsrate, der allein in den Vereinigten Staaten jährlich schätzungsweise eine halbe Million Ungeborene zum Opfer fallen. Ein weiterer Faktor ist die Veränderung im wirtschaftlichen Status der Frau, der sich wahrscheinlich nicht ändern wird.

Europa unternimmt Schritte

Eine größere Betonung auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frau hat Frauen mehr denn je zuvor dazu gebracht, Heiraten und Kinderkriegen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Natürlich spielt hierbei auch die hohe Besteuerung eine Rolle, die Frauen auf den Arbeitsmarkt zwingt; es geht hier also nicht nur um die Befreiung der Frau.

Die Europäer, die sich vielleicht mehr darüber bewußt sind, daß ihre Zivilisation gefährdet ist, haben bereits Schritte unternommen, um mit dem Bevölkerungsproblem fertig zu werden. Ihnen ist klar, daß ohne einen ständigen Fluß neuer Arbeiter und auch Soldaten ihr bequemes Leben zum Scheitern verurteilt wird.

Wie ein britischer Diplomat es ausdrückte: »Wir sind auf erschreckende Weise abhängig geworden von Einwanderungen aus der dritten Welt.«

So haben die Europäer eine umfassende Offensive in Gang gesetzt, um mit dem Problem fertig zu werden. Zuallererst haben sie Anreize für ihre Bevölkerung geschaffen sich fortzupflanzen. Die französische Regierung wird beispielsweise Eltern für ein drittes Kind drei Jahre lang monatlich 600 DM zahlen.

Ähnliche Anreize einschließlich besserer Unterkunft und längerer Ferien werden von den kommunistischen Regierungen Ostdeutschlands, Ungarn und der Sowjetunion geschaffen, um ihre Bürger zur Fortpflanzung zu motivieren.

Die Folgen des Niedergangs der Geburtenrate haben in Westeuropa bereits einige unerfreuliche Konsequenzen gezeigt und die Vereinigten Staaten können mit dem gleichen rechnen. Zur Aufrechterhaltung eines Minimums an nationaler Verteidigung verlängern die europäischen Länder jetzt die Militärdienstzeit und beginnen auch Frauen zum Militärdienst einzuziehen. Bestimmte Aufgaben des Verteidigungswesens – von Nahrungsmitteln bis zur Kommunikation – werden an private Unternehmen vergeben.

Während sich diese Länder also langsam auflösen – eine Aussicht, die auch für Amerika nicht in allzu ferner Zukunft liegt –, beginnt man ausländische Arbeitskräfte zu importieren oder »Gastarbeiter« ins Land zu lassen, um Personal für die Betriebe zu bekommen und schließlich auch Leute für die Armee. Dadurch werden jedoch sämtliche Sozialstrukturen durcheinandergebracht.

Das Heilmittel schlimmer als die Krankheit

Seit langem schon importieren die Länder Westeuropas Arbeiter aus Jugoslawien, der Türkei und anderen Ländern einschließlich Nahost und Afrika. Amerikas Antwort auf dieses heikle Problem war die fast uneingeschränkte illegale Einwanderung aus Mexiko und Mittelamerika, die behördlicherseits zugelassen oder zumindest geduldet wurde.

Doch es gibt vielleicht noch einen beunruhigenderen Aspekt für diese rasche Abhilfe des Bevölkerungsproblems. Die Gastarbeiter in Westeuropa und die illegalen Einwanderer in den Vereinigten Staaten neigen dazu zu bleiben, und sie pflanzen sich in erstaunlicher Zahl fort.

»Die Folgen«, so Thompson, »können sich als verwirrender für die jeweiligen Gesellschaften und Kulturen erweisen als die Verschiebungen durch mangelnde Geburtenzahlen in der nationalen Bevölkerung.« □

Deutschland

Die wahre Lage der Nation

D. H. Haarmann

In den Medien und Schulen wird die wahre Lage der deutschen Nation mit folgendem Argument erklärt: »Wir leben in einem souveränen Staat, wir haben doch den freiheitlichsten Rechtsstaat den es je gab, sagen unsere Politiker und Präsidenten, Lehrer und Journalisten, und die müssen es doch wissen!« Wer bei dieser Propaganda nicht linientreu mitspielt, verliert seine behördliche oder politische Anstellung und meist auch seine staatlichen Bezüge und daher läßt sich die erzwungene und erkaufte Lüge so einfach aufrecht erhalten.

Die Deutschen leben seit 1945 in einem mehrfach geteilten und total besetzten Land, und das ist wohl einmalig in der Weltgeschichte. Sowjets, Tschechen, Ungarn und Polen haben ihre Truppen auf mittel- und ostdeutschem Boden stationiert; Amerikaner, Kanadier, Franzosen, Belgier, Holländer und Engländer halten die Deutschen in Westdeutschland besetzt. Schon seit 1919 wird das deutsche Südtirol von Italien beherrscht.

Die Umkehrung der Gehirnwäsche

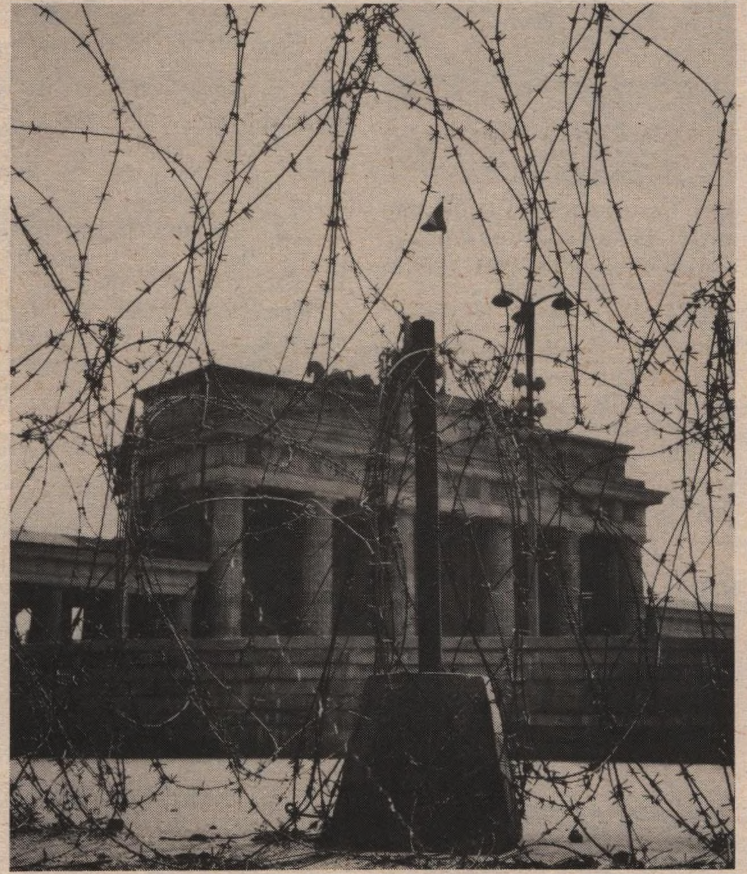
Die von den Besatzungsmächten und nicht vom deutschen Volk geschaffenen provisorischen Gebilde »Bundesrepublik Deutschland« und »Deutsche Demokratische Republik« haben nur eine sehr begrenzte Souveränität und sind vom Ausland, den alliierten Mächten ferngesteuert. Seit mehr als 40 Jahren haben die besatzungs-gesteuerten Medien die Aufgabe, die deutsche Situation wie auch die antideutschen Vorhaben und Diktate der Besatzer durch ständige Wiederholungen so darzustellen und zu formen, damit diese von den besetzten Deutschen als eigene Ansicht oder Meinung und sogar als Wille des Volkes erscheinen.

Moderner Imperialismus ist heute so verfeinert entwickelt, daß er schon dank der ständigen Medienberieselung von der Masse des jeweiligen Volkes nicht mehr als solcher wahrgenommen wird. So präsentiert sich heute moderne verfeinerte Sklaverei, ohne eiserne, jedoch mit psychischen Ketten.

1945 wurden wir »befreit«, sagen uns die Besatzer, und die von diesen abhängigen Politiker sind in Wahrheit nichts anderes als »Kollaborateure«. Seither werden die Deutschen »beschützt«, einerseits von »unseren amerikanischen Verbündeten« vor den bösen Sowjets und andererseits, im Umkehrung der Gehirnwäsche »beschützen« die »verbündeten« Sowjets die ebenfalls »befreiten« Ost- und Mitteldeutschen vor dem amerikanischen Imperialismus. Die Begriffsumkehrung ist einer der von den Besatzern angewandten Psychotricks.

Die im »Deutschland-Vertrag« – richtiger »General-Vertrag« auch »Bonner Vertrag« genannt – vom 26. Mai 1952, sowie in den »Pariser Verträgen« vom 23. Oktober 1954 festgelegten Bedingungen für das besetzte deutsche Volk lauten:

Fortbestand alliierter Truppen auf westdeutschem Boden; rechtliche Stellung der Besatzungstruppen und deren Finanzierung durch die Deutschen; bei einem inneren Umsturzversuch beziehungsweise Aufbegehren gegen die Besatzungs- und Zwingherrschaft können die Alliierten »Notstandsbefugnisse« ausüben, das heißt, die Aufbegehrenden durch die Militärs und mit Waffengewalt niedermachen; nach »General-Vertrag«, Artikel 5, können die Militärbefehlshaber der Alliierten nach eigenem Ermessen den Notstand erklären und die westdeutsche »Souveränität« vorübergehend außer Kraft setzen; Sonderstatus für Berlin; Zwang der Westdeutschen unter die westalliierte Verteidigungshoheit der NATO und des Nordatlantikpaktes.



Deutschland ist wie Berlin geteilt und besetzt, die Westdeutschen wurden in die NATO gezwungen, die Ostdeutschen in den Warschauer Pakt

Zementierung der Schein-Souveränität

Weitere bis heute noch nicht bekanntgemachte geheime Zusatzverträge führten am 5. Mai 1955 zu mehr als eingeschränkter, besser gesagt zur Schein-»Souveränität« der Bundesrepublik, in Wahrheit zur jahrzehntelangen Zementierung der deutschen Zerstückelung. Die Sowjets zogen mit der Schaffung der »DDR« nach.

Diese Besatzungsteilstaaten dienten neben der Zerstückelung des Deutschen Reiches vor allem zur Vernebelung der fortgesetzten Besatzungstatsache gegenüber der deutschen Bevölkerung. Das am 8. Mai 1949 vom »Parlamentarischen Rat«, der rechtlich überhaupt nichts mit Deutschland zu tun hatte, beschlossene »Grundgesetz«, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat, mußte nach Richtlinien der Besatzungsmächte verfaßt werden. Es wurde auch nicht durch Wahlen vom deutschen Volk angenommen und somit bestätigt.

Die später von den Besatzern geschaffene Bundeswehr hat so wenig eigene Befehlsgewalt wie die Volksarmee. Die einen sind der von den USA befehligten NATO unterstellt, die anderen dem von Moskau kommandierten »Warschauer Pakt«. Ein möglichst atomarer und auf Mitteleuropa begrenzt geführter Krieg an der Spitze hüben die Bundeswehr und drüben die Volksarmee, zum Zweck der deutschen Selbstvernichtung, wäre noch der größte Wunschtraum der nicht erst seit den Tagen des Zweiten Weltkrieges verbrüderten amerikanischen und sowjetischen Imperialisten, die ihr Zusammenspiel immer wieder gut zu tarnen wissen, aber um so zielstrebiger auf eine »One-World«-Diktatur zusteuern.

Die schändliche Berliner Mauer, Stacheldrahtverhau mit minenbestücktem Todesstreifen und Selbstschußanlagen, wodurch schon Tausende von Deutschen auf erbärmlichste Weise ihr Leben lassen mußten, hat der alliierte Feind quer durch das Herz Deutschlands gezogen. Das was Besatzer und ihre »deutschen« Helfershelfer uns heute als Freiheit, Souveränität und Rechtsstaatlichkeit vorzugaukeln stetig bemüht sind, ist für die Deutschen nichts anderes als eine Schande, Entwürdigung, Erniedrigung und vordergründiger, ablenkender Schein.

Befriedigung des Eigennutzes

Daß die Sozial-, Christ- und Liberaldemokratie einschließlich der Kommunisten und Grünen unter dieser knechtisch vorgegebenen Besatzungssituation bereit waren anzutreten, zeigt nun ihren wahren und primitiven parteiischen Charakter und ihre Unterwürfigkeit unter fremde Gewalt. Die stetig offenbar werdenden Korruptionsfälle lassen den Motor ihres persönlichen Antriebs deutlich werden: übersteigerter Eigennutz bei mangelnder Leistungsbereitschaft.

Zur Befriedigung dieses Eigennutzes, um die gewaltig überhöhten Parlaments-Diäten nicht zu verlieren, den Karriere- wie Geltungsdrang auszuleben, wie auch den größtenteils eingegangenen Verpflichtungen in den Absprachegremien und Geheimbünden nachzukommen, stimmen sie für jedes weitere Gesetz zum Schaden des Volkes.

Beispiele dafür gibt es genug: gewaltig überhöhte Steuerleistungen zugunsten ausländischer Interessen; Abschöpfung deutscher Arbeitsleistungen und Verschleuderung deutschen Volksvermögens in fast alle Länder der Erde; Vernichtung der deutschen Volkssubstanz.

Betrieben die Amerikaner einst Sklaverei mit dem Neger, um ihn für sich arbeiten zu lassen, betreiben die alliierten Besatzer Sklaverei mit dem deutschen Volk in der Form, daß die Deutschen für Hunderttausende eingeschleuster Scheinasylanten Frondienste leisten und durch immer erdrückendere Steuerlasten deren Unterhalt – oft in Hotels – aufbringen müssen. Für die Zeit von 1984 bis 1986 betrugen die Asylanten-Kosten sieben Milliarden DM.

Die Reihe der Beispiele solcher Gesetze zum Schaden des deutschen Volkes könnte unendlich fortgesetzt werden. Fest steht jedenfalls, alle diese und tausend weitere ausbeuterische, zersetzende, zerstörerische und deutschfeindliche Geschehnisse und Maßnahmen wären in einem freien, unbesetzten Deutschland unter einer verantwortungsbewußten deutschen Führung einfach undenkbar.

Der Besatzungszustand ist nicht übersehbar

Der nun 40 Jahre währende Besatzungszustand, den sich das Volk hat wegdeuten lassen, ist gar nicht übersehbar und läßt sich an einer Fülle von Fakten aufzeigen. Einige der augenfälligsten seien hier erwähnt: Alliierte Truppen, Kasernen, Übungsplätze, Manöver von mehr als zehn Feindstaaten auf deutschem Boden; fortdauernde Waffenstillstandsphase ohne Friedensvertrag, das bedeutet schlummernder Kriegszustand; von den Alliierten stets willkürlich betriebene Stationierung von atomaren, chemischen und biologischen Kampfstoffen auf deutschem Boden.

Alle im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite kämpfenden Staaten erhielten verhältnismäßig kurz nach Einstellung der Kampfhandlungen von den Alliierten, die sich seit 1945 als »Siegermächte« bezeichnen, ihren Friedensvertrag: Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland am 10. Februar 1947 in Paris. Japan, das noch vier Monate länger als Deutschland den Kampf fortsetzte, erhielt am 8. September 1951 von den USA und weiteren 48 alliierten Staaten in San Francisco seinen Friedensvertrag. Die UdSSR sah ihrerseits den Kriegszustand mit Japan ab 19. Oktober 1956 als beendet an.

Ganz außergewöhnlich ist der Schwebezustand mit Deutschland. Denn bis heute, über 40 Jahre nach Beendigung der eigentlichen Kampfhandlungen, hält der Kriegszustand mit Reichsdeutschland an. Seither herrscht lediglich Waffenstillstand. Das heißt, Reichsdeutschland steht mit 51 alliierten Staaten, die sich auf der »Konferenz von San Francisco« (25. April bis 26. Juni 1945) zu den Vereinten Nationen (UNO) zusammenschlossen, nach wie vor im Kriegszustand.

Aktiv kämpfend standen den Deutschen zwar nur etwa 20 Staaten gegenüber, aber dem »Kriegsende« zu, also dem 8. Mai 1945, erklärten, teils von den Großmächten gezwungen, teils um am großen Kuchen Deutschland teilzuhaben, die restlichen Staaten ebenfalls den Krieg an Deutschland, woraus sich die Zahl von 51 ergibt.

Somit hält nur noch mit Reichsdeutschland der Zweite Weltkrieg an. Diese seither auf deutschem Boden zwar schlummernde Situation wird auch aus dem Folgenden ersichtlich.

Die UNO wurde während des Zweiten Weltkrieges – Gründungsvorarbeiten liefen schon seit dem 1. November 1943 – als eine Allianz demokratischer Staaten einschließlich der kommunistischen gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten gegründet. In der Charta der Vereinten Nationen wurde festgelegt, daß die Staaten, die im Zweiten Weltkrieg gegen die Alliierten standen, also die Achsen-Mächte, als sogenannte »Feindstaaten« von der UNO ausgeschlossen bleiben und sich auch nicht auf die UNO-Charta berufen dürfen.

Es sind im wesentlichen die Artikel 53 und 107, die sogenannten Feindstaatenklauseln der UNO-Charta, die jedem der alliierten Staaten »Durchsetzungsmaßnahmen« gegen ihre ehemaligen Feinde bis heute gestatten. Das heißt, jeder der am Krieg gegen Deutschland beteiligten Staaten, kann jederzeit kriegerische Maßnahmen nach seinem Gutdünken sofort wieder aufleben lassen, ohne dadurch die UNO-Charta sowie die am 10. Dezember 1948 erlassenen »Menschenrechte« der UNO zu verletzen.

Der Pyrrhus-Sieg der Alliierten

Das heißt, Deutschland und das deutsche Volk bleiben von den Menschenrechten ausgeschlossen aufgrund des noch nicht beendeten Kriegszustandes. Das wurde erneut sichtbar, als die von den Besatzern geschaffenen Staaten Bundesrepublik und DDR am 18. September 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden. Vor dieser UNO-Aufnahme mußten beide »Staaten« den weiteren Fortbestand der Feindstaatenklauseln also die Artikel 53 und 107 ausdrücklich und schriftlich anerkennen.

Also Aufnahme in die UNO ja, aber unter sklavischen, untergeordneten Bedingungen, als Besetzte, als Entrechtete. Beide von den Besatzern geschaffenen Teilstaat-Provisorien mit äußerst beschränkter Souveränität stehen nunmehr auch als UNO-Mitgliedsstaaten ganz offensichtlich auf der Seite der alliierten Feinde Deutschlands und so benehmen sich diese auch seit Jahrzehnten gegen das deutsche Volk.

In einer solchen eindeutigen Besatzungslage kann nur jeder Deutsche seine Feinde wählen!

Da die anderen Achsen-Mächte schon 1947 beziehungsweise 1951 ihre Friedensverträge erhielten und auch später unter die Fittiche der Vereinten Nationen geschlüpft sind – allerdings ohne auf erniedrigende Weise die »Feindstaatenklauseln« gegen sich selbst unterschreiben zu müssen wie die Deutschen –, hält der Zweite Weltkrieg nur noch mit dem Deutschen Reich an.

Dieser extrem lang anhaltende Kriegszustand und dieser übersteigerte Haß, ausschließlich im Fall Deutschland, hat ernste und tiefliegende Gründe, die der gesamten Weltöffentlichkeit seit vier Jahrzehnten verschwiegen werden. Es ist eine schwer zu erfassende Wahrheit: Die Alliierten haben 1945 nur einen Pyrrhus-Sieg über Deutschland errungen und sind heute von einem Endsieg weiter entfernt als in den vierziger und fünfziger Jahren. □

D. H. Haarmann ist Verfasser einer sehr interessanten Studie mit dem Titel »Deutschland – Besetzt wieso? Befreit wodurch?«, die die Hugin-Gesellschaft für politisch-philosophische Studien, Postfach 13, D-5802 Wetter 4, herausgegeben hat. Mit dieser Schrift soll dem Leser Gelegenheit gegeben werden, das von der Hugin-Gesellschaft dargelegte deutsche Flugscheiben-Thema (UFOs) besser in das politische, vor allem aber militärische Gefüge der heutigen Welt einordnen zu können.

Japan

Kissinger vermittelt Panama-Kanal

Warren Hough

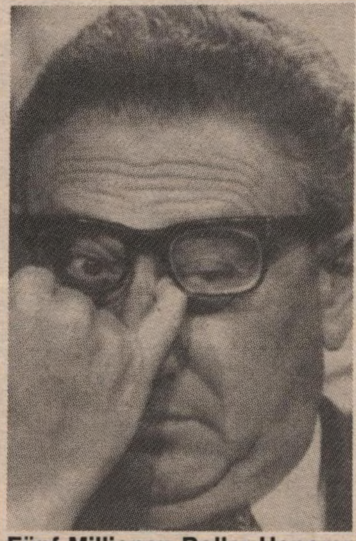
Henry Kissinger hat Anfang Februar 1987 eine diskrete Reise nach Mittelamerika unternommen, um den Panama-Kanal zu kaufen. Doch er reiste nicht im Namen seiner eigenen, hundert Millionen Dollar schweren Beraterfirma, Henry Kissinger Associates, und auch nicht für irgendeinen anderen US-Käufer. Das Übernahmeangebot für diese seit langem umstrittene Wasserstraße kam von Japan.

Wie aus gut plazierten Quellen in den Vereinigten Staaten und vor allem in der Wall Street zu erfahren ist, hat ein japanisches Konsortium, in dem Tokios mächtige Industrial Bank und die japanische Regierung Führungspositionen einnehmen, der Regierung von Panama ein ernsthaftes Angebot unterbreitet zur Verbreiterung, Erweiterung und Verbesserung, ja sogar zum Umbau des gesamten Kanals.

Tokio wird Weltfinanzzentrum

Darüber hinaus planen die Japaner den Erwerb und die Erschließung von fast 500 Quadratmeilen erstklassigen Grund und Bodens um die Wasserstraße herum. Um den Handel attraktiver zu machen, haben sie dafür angeboten, Panamas jahrhundertealte Schmalspur-Eisenbahnlinie zu modernisieren, alles finanziert von Japan in einer Höhe von weit über 1,4 Milliarden Dollar.

»Die Japaner sind dabei die größte Übernahmeattacke seit dem Zweiten Weltkrieg zu führen«, sagte Dr. Raymond Chu, ein Wirtschaftswissenschaftler und Experte in transpazifischen Geschäftstendenzen. »Sie sind auf eine Vielzahl amerikanischer Vermögenswerte aus. Um das durchzuziehen brauchen sie einen Ratgeber, einen örtlichen Führer, der sich auch an der Wall Street auskennt. Kissinger ist genau der richtige Mann für diese Aufgabe.«



Fünf Millionen Dollar Honorar für Henry Kissingers Bemühungen in Sachen Panama-Kanal für Tokio.

Zu diesem Thema interviewte Handelsexperten bestätigen, daß Japan rasch zur Führungsmacht in transnationalen Geschäften wird.

»Bis zum Ende des Jahrhunderts – das heißt in einem Jahrzehnt – wird Tokio New York als erstes Finanzzentrum der Welt von seinem Platz verdrängt haben«, sagte der erfahrene Wertpapier-Experte Perrin Long, ein führender Marktbeobachter an der Wall Street. »Amerikas Rolle wird abnehmen, weil die US-Wirtschaft jährlich abnimmt.«

Langjährige Beobachter der Finanzmärkte weisen auf den Anstieg der japanischen Aktivitäten auf den amerikanischen Finanzmärkten hin.

Kissinger als Kundschafter

»Die sogenannten großen Vier unter Tokios Wertpapierhändlern – Nomura, Nikko, Yamaichi und Daiwa – spielen jetzt an der Wall Street eine wichtige Rolle«, meinte der Wertpapierhändler Dexter F. Hoopes. »Im Jahre 1985 hatte Nomura, der Führer unter ihnen, 200 Angestellte in New York. Im Jahre 1986 waren es schon 550. In diesem Jahr werden sie auf 2000 ansteigen. Eine Explosion!«

Um den Weg für eine derartig beispiellose Expansion zu ebnen, haben die japanischen Industriebosse Kissinger unter Vertrag genommen, der sowohl in der Diplomatie als auch im Wirtschaftsleben als gewiefter Verhandler bekannt ist. Als Nissei, der Wertpapierarm der Tokioer großen Versicherungsgesellschaft, beschloß mit 550 Millionen Dollar für einen 13prozentigen Anteil von Shearson Lehman Brothers – einer führenden Investment-Bank in Manhattan – an der Wall Street einzuziehen, hat Kissinger das Geschäft vermittelt.

Kissinger stellte fest, daß die Japaner jeden Schritt in Übersee ganz genau vorbereiten.

»Nehmen wir das Beispiel Panama: Ein halbes Jahrhundert lang war sein Außenhandel von der US-Wirtschaft beherrscht«, erläuterte Hoopes. »Doch in den siebziger Jahren begannen die Japaner stetig diese Führung der Amerikaner anzugreifen.

Zwischen 1980 und 1985 stieg ihr Handel mit Panama fast um das Achtfache auf 641 Millionen Dollar, was bedeutete, daß sie die Vereinigten Staaten als größter Handelspartner dieses kleinen lateinamerikanischen Landes ausschalteten.«

Viele Experten sprachen ironischerweise von Kissingers Rolle als bezahlter »indianischer Auskundschafter« für ausländische Firmen.

»Japans wachsende Dominanz über die High-Tech-Exporte und die Finanzmärkte der Welt ist das Ergebnis der von Kissinger und anderen Rockefeller-Genossen seit Jahrzehnten propagierten Weltpolitik«, sagte Dr. William Rudiger, ein Wirtschaftswissenschaftler an der New Yorker Universität. »Unter deren Einfluß wurde die amerikanische Wirtschaft internationalistisch und verschwenderisch. Von einem der Welt führenden Gläubiger sind wir zu dem größten Schuldner auf der Welt geworden.«

Japan auf der anderen Seite ist nach vorne geschossen, weil es die von Kissinger und dessen Kollegen propagierte Weltdoktrin abgelehnt hat.

»Die Japaner haben ihre Märkte total geschützt, ihre Technologie einer zentralen Planung unterworfen, ihre Steuerpolitik nationalistisch gehalten und eine umsichtige Ausgabenpolitik betrieben«, bemerkte Rudiger. »Das Ergebnis: Sie sind dabei uns die weltweite Führung in Sachen Wirtschaftspolitik zu nehmen.«

Fünf Millionen Dollar als Honorar

Doch Rockefeller und Kissinger scheinen sich keine Sorgen zu machen. Die Chase Manhattan Bank macht mit den traditionalistischen Finanzunternehmen Japans gemeinsame Sache gegenüber den räuberischen Invasoren an der Wall Street, den Leuten, die die Übernahmeattacken auf Unternehmen führen, und die Banken, die »Schrott«-Papiere ausgeben, und die die lange etablierten Bankdynastien unterwandern.

Was Kissingers Honorar angeht, die Kosten seiner Firma für die Unterstützung der Japaner bei der Übernahme des Panama-Kanals – abgesehen von anderen Beraterhonoraren – sollen etwa 5 Millionen Dollar betragen. □



Japan

Neuer Herrscher der Weltwirtschaft

George Nicholas

David Rockefeller, ehemaliger Vorsitzender und immer noch Herrscher über das Chase Manhatten-Finanznetzwerk, hat lange Zeit die zwielichtige Rolle einer »grauen Eminenz« auf Tokios Geldmärkten gespielt. Er übt, wie ein Informant es nannte, »einen erheblichen versteckten Einfluß« auf Japans Bankbarone aus. Ohne diese verborgene transpazifische Allianz unter verschwiegenen Megabankern zu erforschen, ist es unmöglich zu erklären, wie Japan es geschafft hat, Amerika im Wettlauf um die wirtschaftliche Führung zu schlagen.

Während man davon spricht, daß es nötig ist, den großen Rivalen in Asien zu zügeln, unternehmen die Reagan-Regierung und die Banken in den USA Schritte, die Japan von einem »Riesen in ein Monster verwandelt haben«, sagte Bruce Roscoe, ein Wirtschaftsjournalist, der in Tokio lebt und als einer der bestinformierten Handelsexperten der Stadt gilt. Roscoe vermutet wie andere Beobachter, daß hinter den Kulissen die Banker versuchen, New York und Tokio in eine »Finanzachse« zu integrieren, obwohl, so fügt er hinzu, es zweifelhaft bleibt, ob ihnen dies gelingen wird.

Tokio stellt Amerika in den Schatten

Wer würde dominieren? Die Frage bleibt für die USA offen, so der Börsenexperte Perrin Long, der König unter den Marktbeobachtern an der Wall Street, ob Amerikas Geldmogulen in einer solchen Koalition die dominierenden Kräfte wären.

»Tokios Banken und Wertpapiermakler sind so rasch nach vorne geschossen, daß sie jetzt ihre amerikanischen Gegenspieler samt und sonders in den Schatten stellen«, warnt Long. »Es ist die Zeit für dieses Land gekommen, ihre Fernseher einmal für eine Weile auszuschalten und sich einigen der harten Tatsachen zu widmen.«

Im Zusammenhang mit diesen »harten Tatsachen« und ihrer unbekümmerten Nichtbeachtung durch die amerikanische Öffentlichkeit – eine Selbstgefälligkeit, die die meisten Experten zu beunruhigen scheint – sind einige dramatische neue Entwicklungen von äußerstem Interesse.

Die von der Reagan-Regierung so lauthals propagierte Wirtschaftsstrategie – der Versuch, die amerikanische Handelsbilanz durch Abwertung des Dollar zu verbessern – ist gescheitert.

Der Rivale der USA wird immer stärker

»Sie ist nicht nur gescheitert, der Schuß ging nach hinten los«, sagt der UNO-Wirtschaftswissenschaftler Dr. Walter Lessing. »Obwohl der Dollar jetzt gegenüber dem japanischen Yen die Hälfte seines Wertes verloren hat, lag unser Handelsdefizit allein im Februar 1987 bei 15,2 Milliarden Dollar, so schlecht war es schon lange nicht mehr. Es zeigt, daß wir weiterhin an Geschäft verlieren und zwar nicht nur bei unseren asiatischen Wettbewerbern, sondern bei fast allen unseren Handelspartnern.«

Konfrontiert mit solch niederschmetternden Statistiken, fand der amerikanische Handelsrepräsentant Clayton Yeutter, der Export-Import-Zar der amerikanischen Regierung, nur das Wort »verblüffend« dafür. Doch andere, abgehärtete Beobachter waren da deutlicher.

»Verblüffend ist nicht, daß diese Politik unsere wirtschaftliche Lage nur noch verschlimmert hat«, sagt Raymond E. Bellin, ein New Yorker Export-Import-Makler. »Verblüffend ist, daß Yeutter und andere amerikanische Regierungsbeamte die Dreistigkeit besaßen, dem amerikanischen Volk etwas anderes zu erzählen. Selbst wenn wir jetzt etwas weniger in Übersee einkaufen, kostet es uns eine Menge mehr, weil unsere Währung so viel von ihrer Kaufkraft verloren hat. Die Auswirkung auf unsere Warenhandelsbilanz ist schlimmer, nicht besser geworden. Selbst ein Student der Wirtschaftswissenschaften im ersten Semester hätte das voraussehen können.«

»Was noch bedrohlicher ist«, so Dr. Lessing, »der Fall des Dollar hat die Rolle Japans als wirtschaftlicher Rivale noch verstärkt und nicht geschmälert. Die Japaner haben jahrzehntelang dafür geackert und gespart, um der Welt führender Exporteur von Industrie- und Elektronikerzeugnisse zu werden«, erläuterte der langjährige internationale Wirtschaftswissenschaftler.

»Doch innerhalb eines kurzen Zeitraums von zweieinhalb Jahren sind sie zum dominierenden internationalen Kapitalexporteur geworden – und das haben sie fast ohne irgendwelche Art von Anstrengungen erreicht. Diesen Aufstieg verdanken sie nicht ihrem eigenen Fleiß, sondern der törichten oder betrügerischen Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten«.

Nachdem der Dollar fiel und der Yen stieg, verzeichneten die Weltfinanzmärkte eine historische Wende: die Tokioer Börse wurde mit fast 400 Billionen Yen zur reichsten auf der Welt und stellte die Wall Street mit ihren schätzungsweise 2,5 Billionen Dollar in den Schatten.

Gleichzeitig ging mit der ehrfürchtigen Bewunderung für Japans wirtschaftliche Eroberungen Kritik für die wirtschaftspolitischen Fehler der Reagan-Regierung einher.

Japan ist der Gewinner

»Ein paar Zahlen bringen das Ausmaß dieser Krise zum Ausdruck«, erläuterte der Wirtschaftsexperte des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus Uruguay, Dr. Simon Torricello Almeida: »Bei unserem nächsten Jahrestreffen wird Amerikas Außenschuld mehr als 10 Prozent des Bruttosozialprodukts erreicht haben.«

Bis zum Jahr 1990 – in weniger als drei Jahren – wird sich dieser kritische Faktor erneut verdoppeln und zwar auf 20 Prozent des Bruttsozialprodukts. Das bedeutet, daß in ein paar Jahren die Amerikaner ihre Importe auf die Hälfte reduzieren oder die Exporte verdoppeln müssen, um mit ihren internationalen Schuldscheinen Schritt zu halten, die Art von Dilemma, das bis jetzt lediglich die schuldengeplagten Länder der dritten Welt konfrontieren mußten.

Im Gegensatz dazu zeigten die bei dem letzten IWF-Jahrestreffen enthüllten Daten, daß Japans Reichtümer weltweit – bekannt als Nettoauslandsvermögen – in der Reagan-Ära um das 18fache auf über 200 Milliarden Dollar gestiegen sind.

Nach derzeitigen Voraussagen werden die Investitionen Japans in Übersee bis zum Jahr 1990 300 Milliarden Dollar erreicht haben. »Bis zu diesem Zeitpunkt – nachdem Amerikas Lebensblut in die Auslandsschulden geflossen ist – wird es dann keinen Zweifel mehr darüber geben, wer der neue Herrscher der Weltwirtschaft ist«, sagte Dr. Torricello.

»Immer wenn ich mir ein Pferderennen ansah, in dem ein langjähriger Gewinner zurückfiel, während ein weniger favorisierter Neuling nach vorn schoß, stellte ich fest, daß in vielen Fällen beide Pferde den gleichen Besitzer hatten«, erzählte der Makler Bellin. »Um Japans erstaunliche Siege richtig beurteilen zu können, müssen wir mehr über die versteckten Besitzer in seiner Finanzwirtschaft wissen. □

Edelmetalle

Japaner kaufen Silber

James Sibbet

Zunächst schien die Idee des Zwangs zu Deckungskäufen beim Silber weit hergeholt. Die Silbervorräte in den New Yorker Lagern waren sehr groß: 171 Millionen Unzen. Die 68 Millionen Unzen der Hunt Brothers waren verkauft worden.

In Termingeschäften wird die Person, die sich verpflichtet eine Ware zu einer bestimmten Zeit in der Zukunft zu einem bestimmten Preis zu verkaufen, »short« genannt. Die Person, die sich zum Kauf verpflichtet, wird »long« genannt. Wenn der Markt steigt – der Zwang zu Deckungskäufen hervorgerufen wird –, ist das von Nachteil für die »shorts«, wenn er fällt, ist es von Nachteil für die, die sich zum Kauf verpflichtet haben.

Keinen Grund für Silberpreisanstieg

Einige Jahre lang habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten versucht die Probleme von verschiedenen großen Wirtschaftsfragen zu beschreiben, doch keines schien von solcher Unmittelbarkeit, als daß es mehr als eine vorübergehende Erholung der Baisse in den Preisen für Silber hervorgerufen hätte. Die Inflationsrate schien sogar noch mehr zu sinken, bis fast auf Null.

Ich habe mir einen Weg ausgedacht, wie ich Silber, auch Gold und Platin zwischen zwei Nachrichtenmeldungen kaufe und dann den Gewinn kassiere, am Tag nachdem die Preise durch die Meldung in die Höhe gegangen sind. Danach warte ich, bis sie wieder gesunken sind und sich stabilisiert haben, bevor ich erneut kaufe. Dieses Verfahren war eine Reihe von Jahren hindurch äußerst profitabel.

Doch beim letzten Mal ging es daneben. Ich hatte wie gewöhnlich gekauft. Doch mit einem Mal fielen die Silberpreise stark und blieben unverändert. Das Verwirrende war, daß es keine Meldungen gegeben hatte, die veranlaßt haben konnten, daß sich das Silber so verhält. Ich beschloß also auf eine Reaktion zu warten, bevor ich wieder kaufte, so wie ich es normalerweise tat. Doch es kam keine Reaktion.

Als die Silberpreise dann plötzlich stiegen, als ob es irgendwie mysteriöse Meldungen gegeben hätte, die zwar nicht veröffentlicht wurden, doch über die die Käufer etwas wußten und niemand sonst, war es für mich zu spät zum Einsteigen. Platin folgte dem Silber halbwegs, und auch Gold bewegte sich in bescheidenem Umfang.


Die Japaner kaufen Silber auf als Rache für Reagans 300 Millionen Dollar Zoll auf japanische Elektro-Produkte.

Die schwachen Leistungen bei Gold und Platin zeigten, daß Inflationsbefürchtungen nicht das Motiv waren für die phantastische Leistung des Silbers. Es mußte etwas anderes sein, das geheim gehalten wurde.

Das Spiel der Hunt Brothers

Nach ein paar Wochen schien es so als sei es trotz bekannter, hoher Silbervorräte in New York das Ergebnis eines Zwangs zu Deckungskäufen. Es hat mich ganz schön reingerissen.

Es wären zwei Milliarden und mehr nötig gewesen, um das ganze Silber zu kaufen. Es gab keine Milliardäre, die so viel Bargeld verfügbar hatten. Doch selbst wenn es so gewesen wäre, wie hätten sie es anders machen sollen als die Hunt Brothers?

Die Hunt Brothers hatten im Jahr 1973 ihr Silber nach und nach für unter 3 Dollar verkauft. Als es dann wirklich einen Mangel gab, verkauften sie die Hälfte davon für 6,70 Dollar unter dem Tisch.

Im Jahr 1974 benutzten sie dann diesen Profit, um den ganzen Zucker auf der Welt aufzukaufen und verdreifachten den Zuckerpreis. Innerhalb von ein paar Jahren kauften die Hunt Brothers so viele Sojabohnen-Verträge – wieder in einem Mangeljahr –, so daß sie dann die Sojabohnen-Preise in die Höhe treiben konnten.

Dann wurde die amerikanische Regierung auf den Plan gerufen, und sie zwang die Hunt Brothers zu hohen Preisen zu verkaufen. So hatten die Hunt Brothers drei erfolgreiche Marktsteigerungen hinter sich, als sie im Jahr 1979 erneut das Silber angingen.

Doch am 21. Januar 1980, nachdem die Hunts zusätzlich zu einigen Arabern sich praktisch alles Silber angeeignet hatten, das es gab, änderte Chicago Board of Trade (CBT) die Regeln, und es durften keine neuen Verträge mehr akzeptiert werden – nur noch Abwicklungsaufträge – und kein Silber mußte mehr geliefert werden.

Statt Silber konnte man Bargeld liefern. Das machte natürlich den Silbermarkt zunichte.

Ich flog nach Chicago und ging am nächsten Dienstag vor Gericht, um eine einstweilige Verfügung gegen die Regeländerung des CBT zu erlangen. Der Richter war verständnisvoll, doch er sagte eine Unterlassungsklage könne nicht anstelle einer Schadensersatzklage geführt werden. Er gab mir eine weitere Woche, damit ich mehr Fakten zusammentragen könne. Schließlich lehnte er die Unterlassungsklage ab.

Doch während das Gericht meinen Fall erwog, blieb der Silberpreis bei 35 Dollar, nach dem er zuvor 52 Dollar erreicht hatte. Ich ließ meine Klienten bei 35 Dollar pro Unze kaufen und sagte voraus, daß der Silberpreis auf 10 Dollar pro Unze fallen würde, wenn ich den Prozeß verliere. Sie sehen also, daß ich etwas davon verstehe.

Warum kaufen die Japaner?

Heute stehen die Silber-Termingeschäfte an der 50-Cent-Grenze, für die Juli-Lieferung bei

8,533 Dollar. Die Gründe dafür sind unersichtlich. Doch kürzlich kam mir in den Sinn, daß nur die Araber und Japaner genug Bargeld hatten, um das ganze Silber zu kaufen.

Das mit den Arabern verwarf ich, weil sie im Jahr 1980 Silber bei 25 Dollar plus gekauft hatten. Das bedeutet, daß die Japaner das Silber kaufen. Aber warum?

Ich bezweifle sehr stark, daß das Motiv lediglich ist, einfach zu versuchen Profit zu machen, obwohl sie sicher einen sehr großen Profit machen werden. Doch dieser Profit wird auf Kosten ihrer eigenen Silberabnehmer gehen. Dieser Aspekt ist politisch unklug.

Doch der wahre Grund, davon bin ich überzeugt, liegt darin, ein unüberwindliches Argument gegen Präsident Reagans 300 Millionen Dollar Zoll zu haben, der vor kurzem japanischen Elektronik-Produkten auferlegt wurde.

Dies könnte sehr leicht zu einer Wirtschaftsdepression in Japan führen, die allerdings ohnehin kurz bevorstand. Das können sich die Japaner jedoch nicht erlauben und sie werden fast alles tun, um dies zu vermeiden. Die Silber-Geschichte scheint ein leichter und sehr profitabler Weg zu sein, um dies zu verhindern.

Warum? Weil die Vereinigten Staaten wie auch andere westliche Industriestaaten sehr stark vom Silber abhängen. Die Produktion der USA deckt bei weitem nicht den amerikanischen Bedarf. Die Amerikaner müssen Silber aus Mexiko und Peru importieren, um ihn zu decken.

Doch Peru hat angekündigt, es werde den Verkauf von Silber aussetzen, bis sich die Preise stabilisieren, das heißt, bis sie sehr viel höher sind. Peru versucht auch Mexiko dazu zu bringen, den Verkauf von Silber vorübergehend einzustellen.

Wenn Mexiko sich Peru und den Japanern anschließt, wird dies so lange weitergehen bis Reagan merken wird, daß die Aufhebung der Zölle die einzige Möglichkeit ist, wie die Vereinigten Staaten zu Silber kommen können.

Die Japaner sind jedoch nicht dumm. Sie werden den USA nur so viel Silber geben wie sie brauchen und für das sie bereit sein werden einen hohen Preis zu zahlen.

Ende des Silbers als Ware

Ich rechne nicht damit, daß der Preis des Silbers jemals wieder auf dieses niedrige Niveau fallen wird. Es wird zu einer kontrollierten Ware werden ebenso wie De Beers den Diamantenpreis kontrolliert.

Da die Verkäufer im Silber-Terminhandel nicht verstehen, daß der Marktanstieg überhaupt eine Möglichkeit ist, werden sie zu immer höheren Preisen immer weiter verkaufen, bis sie praktisch bankrott sind.

Dann werden sie als erstes die Börsenordnung ändern, um die Mindesteinzahlungsbeträge zu erhöhen. Später werden sie die Ordnung erneut ändern, um neue Aufträge zu verbieten. Damit sollen dann die Preise zum Fallen gebracht werden, weil das die Öffentlichkeit daran hindert neue, lange Plazierungen zu bekommen.

Doch wie kann der Preis fallen, wenn Japan die amerikanischen Lieferungen aus dem Ausland kontrolliert?

Die Öffentlichkeit muß auch nicht verkaufen. Sie kann sich das Silber einfach nur beschaffen. Die meisten Käufer im Termingeschäft werden zu Preisen unter 10 Dollar pro Unze gekauft haben. Bei 30 Dollar und darüber wird es genügend Gewinn geben, so daß man das Silber mit einem Bankdarlehen finanzieren kann.

Wenn die Börse erkennt, daß eine solche Regelung den Preis nicht tief genug sinken läßt, um ihre Mitglieder zu retten, die die Verkäufer im Termingeschäft sind und die dann nicht mehr genug Silber zur Verfügung haben und auch anscheinend nicht mehr in der Lage sind, welches zu bekommen, wird die Börsenordnung erneut geändert, so daß man Bargeld anstelle von Silber liefern kann. Das wird das Ende des Silbers als Ware im Termingeschäft sein. Viele Mitglieder an der Börse werden bankrott gehen. □

Argentinien

Größtes Problem ist die Wirtschaft

Alec de Montmorency

Raul Alfonsin von Argentinien genießt nach einer persönlichen Intervention bei einem Militäraufruhr, die zur Aufgabe der rebellierenden Soldaten führte, hohe Popularität. Doch es sind weder militärische Unruhen, die die Alfonsin-Regierung zu Fall bringen werden noch das persönliche Verhandlungsgeschick des Präsidenten, das sie an der Macht halten wird. Die Wirtschaft Argentiniens bewegt sich am Rand einer Katastrophe.

Besucher, die aus Argentinien zurückkehren, sprechen von einem wunderschönen Land und einer kosmopolitischen Hauptstadt mit breiten, von Bäumen umsäumten Straßen, ähnlich wie in Paris. Gut gekleidete Menschen speisen in vorzüglichen Restaurants, essen exotische Salate und saftige Steaks, wie man sie aus Texas kennt. All dies vor einem Hintergrund heißer Tangos.

Die bankrotte Sozialversicherung

Dieses Erscheinungsbild blühenden Reichtums wird jedoch Lügen gestraft durch die Berichte internationaler Beobachter mit finanziellem Spürsinn, die entsendet wurden, um die wirtschaftliche Lage vor Ort zu beurteilen und die internationale Banken auf Posten vor Ort halten. Ihr Klagelied geht folgendermaßen:

Die argentinische Industrie bringt etwa 50 Prozent ihrer Leistung. Die Hoffnung wirtschaftlicher Wiederbelebung, die der Wiederherstellung der Demokratie in Argentinien vor drei Jahren folgen sollten, sind weitgehend verschwunden und hinterließen einen bitteren Nachgeschmack.

Hunger, ein Wort, das in Argentinien seit über einem Jahrhundert unbekannt war, ist zurückgekehrt – auch in das einst blühende Buenos Aires, wo viele, besonders die jungen und ganz alten Menschen am Rande des Hungertodes leben.

Wie konnte das geschehen? Im folgenden einige Gründe:

Die Sozialversicherung in Argentinien ist bankrott. Sie sollte den Rentnern und Arbeitslosen 70 Prozent ihres durchschnittlichen Arbeitslohnes zur Verfügung stellen. Doch die Beiträge sind in andere »dringende« Regierungsprojekte gegangen.

Derzeit hat die Regierung lediglich etwa 23 Prozent der benötigten Geldmittel und die Arbeitslosen und Rentner bekommen die Notlage bereits zu spüren, weil die Schecks ausbleiben.

Die Hauptübeltäter in dem Geldtransfer ist das Ölmonopol der Regierung. Dieses Monopol sollte ursprünglich dazu dienen, das argentinische Steuersystem mit Einkommen zu versorgen. Dies klingt vernünftig, da die Ölindustrie im großen und ganzen eine der gewinnbringendsten und sicherlich stabil gewinnbringendsten Industrien in der freien Welt gewesen ist.

Warum scheiterte Alfonsin?

Doch mit der Rückkehr der Demokratie in Argentinien mußten

Argentinien

Größtes Problem ist die Wirtschaft

für arbeitslose Bürokraten einschließlich überschüssigem Militärpersonal, das in einem Handel bei der Machtübernahme der Regierung vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden war, um einen Coup zu verhindern, Positionen geschaffen werden.

Das Monopol brachte es im Jahr 1986 auf ein Defizit von 700 Millionen Dollar, das aus Geldern der Sozialversicherung gedeckt wurde. Es hört sich vielleicht eigenartig an, daß eine Ölgesellschaft Verluste macht und dann vom Staat übernommen wird, doch es gibt dafür einen internationalen Präzedenzfall.

In Frankreich gelang dem staatlichen Ölmonopol eine fiskalische Tour de Force mit einem Defizit über all die Jahre des Öl-Booms (1974 bis 1985) hinweg, und zwar aus im wesentlichen den gleichen Gründen wie in Argentinien: einer aufgeblasenen Bürokratie.

Warum war Raul Alfonsin nicht in der Lage, diese aufgeblasene Bürokratie zu beseitigen, wie er es in der Wahlkampagne versprochen hatte? Eine jüngste Nachricht aus Argentinien, die im »Journal de Genève« erschien, sagte den Schweizern mehr darüber.

»Viele der Maßnahmen, die der Präsident und seine Minister für unerläßlich halten, werden innerhalb Alfonsins Radikaler Partei selbst aufgehalten oder sabotiert«, so das Schweizer Blatt.

Was Alfonsin an die Macht gebracht hat ist die gleiche Kraft, die ihn auch stürzen wird, so kenntnisreiche Quellen in Argentinien, die von der Schweizer Zeitung interviewt worden sind. Seine Bewegung kreuzt viele ideologische Linien und brachte politische Neulinge in die Partei. Sie brachten zwar Stimmen ein, doch »viele Militanten der Radikalen Partei sind Ideologen ohne praktische Erfahrungen, die von den Vorteilen einer Planwirtschaft und staatlicher Intervention in allen Aspekten des nationalen Lebens hinein fest überzeugt sind«.

Obwohl Alfonsin und seine engsten Berater erkannten, daß Sparmaßnahmen und Einschränkungen in Ordnung sind, mußten seine Unterstützer belohnt werden sowie Leute, die gegenüber Alfonsin und der Radikalen Partei loyal sind, innerhalb der Bürokratie in Machtpositionen gebracht werden.

Der Zusammenbruch ist sichtbar

Seit Dezember 1983, als Alfonsin bis 15. Juni 1985 ins Amt kam, dem Zeitpunkt, wo der Plan des Präsidenten über die Sparmaßnahmen in Kraft treten sollte, wurden 128 300 neue Staatsbeamte eingestellt, ohne daß alte entlassen wurden.

res 1985 hat Alfonsin Huston besucht, um einen neuen Ansatz für die Ölpolitik Argentiniens vorzuschlagen. Er lud ausländische Unternehmen ein sich mit Verträgen nach dem Muster, wie sie in der internationalen Ölindustrie gang und gebe sind, an der Suche nach neuem Öl zu beteiligen.

Zu jener Zeit war Conrado Storani Energieminister, ein entschlossener Verfechter und Mitglied der Radikalen Partei und ein Mann, der davon überzeugt war, daß Öl und Erdgas Staatsmonopol bleiben müssen mit so wenig Beteiligung von außen wie möglich. Er hat sich nicht öffentlich gegen die neue Politik des Präsidenten ausgesprochen,





Raul Alfonsin (links im Bild) bespricht mit dem argentinischen Verteidigungsminister Horacio Jaunarena einen Flug zu rebellierenden Soldaten.

Nach diesem Datum nahmen die Einstellungen etwas ab, doch sie haben noch nicht vollständig aufgehört. Abgesehen von der Tatsache, daß die bereits überlastete staatliche Lohnliste eine weitere Bürde erhielt, erhöhte sich durch diese Personalpolitik auch die bürokratische Ineffektivität.

Die Schweizer drücken es milde aus: »Die meisten der neu eingestellten Beamten waren für ihre Aufgaben völlig unqualifiziert.«

Einer von Alfonsins ehrgeizigsten Plänen zur Rettung der Ölindustrie und zum Nutzen der argentinischen Wirtschaft ist ein erstklassiges Beispiel internationaler Sabotage. Anfang des Jahdoch baute er so viel Bürokratie um diesen Plan herum auf, daß ausländische Ölgesellschaften nicht mehr sehr daran interessiert waren – insbesondere seit dem Zusammenbruch der internationalen Ölpreise.

Zeichen des Zusammenbruchs werden überall sichtbar. Das argentinische Telefonsystem ist eines der ineffizientesten auf der ganzen Welt, doch die staatseigene Firma Entel hat alle Angebote aus dem privaten Sektor zu einer Modernisierung systematisch abgewiesen.

Größere Zusammenbrüche im Straßen- und Eisenbahnnetz und in den Häfen des Landes hätten vermieden werden können, wenn die vorgeschlagenen Pläne und Programme ihren Weg durch die Parteibürokratie gefunden hätten.

Ein Plan zur Senkung der Fleisch- und Kartoffelpreise durch Importe sollte die Inflation bekämpfen. Natürlich schadete diese kurzsichtige Freihandelspolitik nur den argentinischen Produzenten, macht deren Geschäfte kaputt. Doch für die Banken war es positiv.

Der Ausverkauf Argentiniens

Sobald die Bürokratie einmal eine bestimmte Position einnimmt, ist es fast unmöglich, den Kurs umzukehren oder zu ändern. Ein Beispiel: Nach dem Entschluß Kartoffeln zu importieren anstatt selbst anzubauen, hat die Regierung ein Angebot aus der Sowjetunion angenommen und hat dies selbst nach der Atom-Katastrophe von Tschernobyl nicht annuliert.

Jetzt sitzt der Staat auf verseuchten Kartoffeln aus der UdSSR, die niemand haben will, und inländischen Kartoffeln, die niemand bereit ist, im In- oder Ausland auf den Markt zu bringen.

Lateinamerikanische Diplomaten in diesem Land, die unter der Voraussetzung zur Situation Stellung bezogen, daß sie anonym bleiben, sind sich darin einig, daß Alfonsin seine Befehle von der Bürokratie und den internationalen Banken erhält, und er wagt es nicht sie hinauszuwerfen, weil es sich bei vielen um ehemalige Militärführer handelt, die im Rahmen des oben erwähnten Handels in die Bürokratie abgeschoben worden sind, um einen Coup zu verhindern, als die zivile Regierung die Macht übernommen hat.

Hinzu kommt, daß das Geld Argentinien so schnell verläßt, wie es den Bewohnern nur gelingt, es hinauszubekommen –, und zwar sowohl auf legalen wie illegalen Kanälen. Die vorherrschende Einstellung ist, daß die Vereinigten Staaten und der Internationale Währungsfonds den Ausverkauf Alfonsins betreiben sollen. Doch es könnte sein, daß die derzeitige zivile Regierung eine Stabilisierung der Wirtschaft nicht mehr erleben wird. □

Gold

Sowjets holen sich Spaniens Schatz

Alec de Montmorency

Der Sowjetdiktator Josef Stalin stand nicht über den Dingen, was den Verrat eines Verbündeten angeht, und er vertrat Napoleons Theorie, daß die drei wichtigsten Dinge in der Kriegsführung Geld, Geld und nochmals Geld sind. Als sich für Stalin die Gelegenheit ergab, nahm er deshalb das Gold der spanischen Regierung »in sicheren Gewahrsam«.

Als am 18. Juli 1936 der spanische Bürgerkrieg mit der antikommunistischen Revolte der spanischen Fremdenlegion in Melilla, Spanisch-Marokko, ausbrach, besaß die Bank von Spanien einen der größten Goldschätze auf der ganzen Welt: mehr als 600 Tonnen. Das war mehr als beispielsweise die Bank von England zu dieser Zeit in Besitz hatte.

Nationaler Revolutionskrieg

In den ersten Zusammenstößen verzeichneten die Insurgenten, zu denen über 90 Prozent des Offizierkorps und gut zwei Drittel der Truppen gehörten, starke Verluste in den Großstädten – in denen die Hauptgarnisonen stationiert waren – gegenüber der rasch bewaffneten Miliz aus Anarchisten, Kommunisten und Gewerkschaftsfunktionären.

Doch auf dem Land behielten die Hauptverbündeten der antikommunistischen Revolutionärsarmee, die Carlisten aus Navarre, mit Unterstützung der örtlichen Polizei und dem Freiwilligenkorps der Falangisten die Oberhand. Die Carlisten waren unter dem Befehl des Königs, Alfonso-Carlos von Bourbon, im geheimen mobilisiert worden.

Kurz vor Ausbruch der Feindseligkeiten hatte der Carlisten-Führer, Manuel Fal Conde, Alfonso-Carlos in dessen Wiener Exil besucht und war mit einem »königlichen Erlaß« zurückgekommen, der den Grafen von Rodezno – Anführer der carlistischen Streitkräfe in Navarra – anwies, sich den spanischen Streitkräfen in dem bevorstehenden militärischen Aufstand gegen das republikanische Regime anzuschließen.

In der englischen Ausgabe der Sowjet-Enzyklopädie wird der spanische Bürgerkrieg der Jahre 1936 bis 1939 als der »nationale spanische Revolutionskrieg« bezeichnet.

Die Bezeichnung ist korrekt, denn die militärischen Operationen hatten lange vor der Revolte der spanischen Armee begonnen, wobei anti-kommunistische Persönlichkeiten von speziellen Streitkräften, der »Sturmgarde«, die von der kommunistischen republikanischen Regierung geschaffen worden waren, eliminiert wurden und die ein führendes monarchistisches Mitglied der Cortes (Parlament), Calvo Sotelo, in den frühen Morgenstunden des 15. Juli 1936 erschossen und seinen Leichnam vor die Tore eines Madrider Friedhofs legten.

Das war genau das, was die Royalisten brauchten, um die Carlisten von Navarra und die traditionalistischen Kastillianer davon zu überzeugen, daß die Regierung ihr Recht zu regieren verwirkt hatte.

Stalin verlangt das Gold

Am Anfang liefen die Dinge nicht für die Royalisten. Die »Frente Popular«-Miliz stürmte die Militärgarnison von Madrid und tötete alle Kämpfer. Diese Volksfront stetzte sich zusammen aus Liberalen, Sozialisten und Kommunisten. Die kommunistische Regierung hatte nun die Kontrolle über die Stadt und die Bank von Spanien mit ihren 600 Tonnen Gold.

Der Marineminister Indalecio Prieto sagte über Radio Madrid: »Ein Krieg ist nicht einfach eine Sache von Heldenmut, von Tapferkeit. Er wird nicht allein durch eine übergroße menschliche Anstrengung gelöst, die materiellen Mittel sind weitaus wichtiger.

Die Seite, die schließlich den Sieg davon trägt, ist die Seite, die die materiellen Mittel besitzt, Gold, um die Waffen zur Ausrüstung der Streitkräfte zu beschaffen. Das ist ganz klar.

Nun, wie groß der militärische Aufstand, den wir bekämpfen, auch sein mag, die finanziellen Mittel der Rebellen sind geringer als die des spanischen Staates. Das Gold der Bank von Spanien befindet sich in den Händen der republikanischen Regierung. Wie Napoleon schon sagte, es ist das Geld, Geld und nochmals Geld, das über den Ausgang eines Krieges entscheidet. Und die finanzielle Überlegenheit der republikanischen Regierung ist offensichtlich.

Natürlich, die Rebellen bekommen finanzielle Unterstützung von den Kapitalisten. Weil der spanische Kapitalismus einen Todeswunsch besitzt, schlägt er sich auf die Seite der bewaffneten Rebellion. Die finanziellen Mittel der Kapitalisten, die sich auf Gedeih und Verderb mit den Insurgenten verbündet haben, sind verschwindend gering im Vergleich zu den ungeheuren Gold-Reserven in unserem Besitz.«

Der Text dieser Rede ist in der Ausgabe der Madrider Tageszeitung »El Socialista« vom 9. August 1936 abgedruckt worden.

Die Gelegenheit beim Schopfe packend, wies Josef Stalin den Präsidenten Manuel Azana sofort an, das Gold zu »Gewahrsamszwecken« in die UdSSR zu schicken und um die Kosten eventueller Kriegslieferungen zu decken, die Spanien vielleicht in der Sowjetunion oder anderswo auf der Welt kaufen wolle.

Rote gegen Anarchisten

Doch Azana bereitete das, was Stalin von ihm verlangte, Probleme. Zunächst einmal war da die Regierungskrise, die mit dem Ausbrechen der Kämpfe begonnen hatte: drei Regierungen lösten sich unter der Führung von Casares Quiroga, Martinez Barrio und Jose Biral innerhalb von zwei Tagen nacheinander in Madrid ab.

Zweitens, um die Goldreserven der Bank von Spanien außer

Der spanische Premierminister Francisco Largo Caballero (links) und Wirtschaftsminister Juan Negrin, beides Verbündete Stalins.

Gold

Sowjets holen sich Spaniens Schatz

Landes zu schaffen, bedurfte es der Zustimmung von der Hälfte plus einer der Stimmen der Parlamentsmitglieder – und über die Hälfte von ihnen waren aus dem Land geflohen.

Drittens, waren aufgrund der verwirrten Lage rund 50 Tonnen von dem Gold offenbar illegal nach Frankreich und in die Schweiz gebracht worden, »um wichtiges Kriegsmaterial einzukaufen«. So bat Azana den Kremel um Verständnis und Geduld.

Als sich die Geheim-Informationen über den bevorstehenden Abtransport der Gold-Reserven der Bank von Spanien in die UdSSR verbreiteten, kam es zu einer Reihe von Entwicklungen.

König Alfonso XIII. stellte von seinem Exil in der Schweiz aus den größten Teil seines persönlichen Vermögens, das etwa drei Tonnen Gold betrug, der Militärjunta in Burgos, Kastillien, zur Verfügung.

Der Infant, Alfonso-Carlos, ein Kusin von Alfonso XIII. und Mitanwärter auf den Thron, reist in das französische Baskenland, um Abordnungen der Carlisten zu empfangen und an seine Getreuen zu appelieren, ihr Gold der Militärjunta in Burgos zu offerieren.

Inzwischen gab die Junta an alle und jeden einschließlich Firmen mit Besitz oder Führungskräften in Insurgenten-Gebiet eine Warnung aus, daß die geplante Verladung des Goldes der Bank von Spanien und Verbringung außer Landes Verrat sei und jeder, der dabei mithelfen würde, hingerichtet wird. Dies verringerte die Möglichkeit weiter, daß Mitglieder der Cortes, die in Insurgenten-Gebiet lebten, den Versuch unternahmen, eine Reise nach Madrid zu machen, um dem Transfer ihren Segen zu geben.

Unterdessen waren die Streitkräfte der Republikaner nicht so organisiert wie es die amerikanischen Medien berichteten. In Barcelona, Spaniens größter und



Manuel Azana, spanischer Präsident, unterwarf sich den Forderungen und Drohungen Josef Stalins.

reichster Metropole, befand sich ein autonomes, links-gerichtetes Regime an der Macht, das scheinbar mit der Regierung in Madrid verbündet war. Doch als eine Delegation aus Madrid eintraf, um das Gold aus den Banken von Barcelona, Tarragona, Sitges und anderen katalonischen Städten zu »zentralisieren«, wurden jene Delegierte in aller Bestimmtheit schroff zurückgewiesen.

Das katalonische Gold sei bereits an einen sicheren Ort gebracht worden, erzählte man ihnen. Ihr Verlangen würde jedoch den Führern der Federacion Anarchica Internacional, bekannt als FAI, unterbreitet werden.

Genehmigung für den Wegtransport

Die Bedeutung dieser Ablehnung verfehlte ihre Wirkung auf Stalin und seine Ratgeber nicht. Die spanischen Anarchisten, die die volle Wucht der Entscheidungskämpfe in den Großstädten Spaniens zwischen dem 18. und 20. Juli abbekommen hatten, fingen an, sich gegen ihre einstigen Verbündeten, die Kommunisten, zu wenden und der Kremel würde sicherlich die Führung in der »anti-faschistischen« Koalition der Republikaner verlieren.

Waffenlieferungen befanden sich bereits auf dem Weg nach Spanien und Stalin mußte rasch handeln. Er teilte seinen offiziellen Vertretern in Spanien, Antonov Ovesenko und N. Kuznetzov, mit, sie sollen den Löwenanteil der Kriegslieferungen an die kommunistische Miliz verteilen und zwar über Francisco Largo Caballero, den »starken Mann« der »Loyalisten«-Regierung, der namentlich zwar ein Sozialist war, jedoch mit stalinistischen Neigungen.

Auf Drängen von Ovesenko kam am 13. September 1936 das Kabinett von Premierminister Caballero in Madrid unter dem Vorsitz von Präsident Azana zu einer geheimen Sitzung zusammen.

Neben Caballero (der auch das Kriegsminister-Ressort inne hatte) waren anwesend: Indalecio Prieto, Marine- und Luftfahrtminister; Alvarez del Vayo, Staatsminister; Juan Negrin, Wirtschaftsminister; Jose Giral, Minister ohne Geschäftsbereich.

Wie inzwischen aufgedeckt wurde – mehrere Teilnehmer schrieben ihre Memoiren oder gaben der Presse Interviews über diese Angelegenheit –, fanden weder Azana noch die meisten seiner Minister Gefallen an der Idee, das Gold der Bank von Spanien in die UdSSR zu schicken und somit wurde das Thema offiziell nicht erwähnt.

Statt dessen schlug Negrin – der später der letzte pro-sowjetische Chef der republikanischen Regierung in Spanien wurde – vor, das Kabinett sollte einen Erlaß genehmigen, mit dem der »Transport der Goldreserven der Bank von Spanien an einen Ort erfolgen solle, den der Wirtschaftsminister für den sichersten Platz halte«.

Es wurde überhaupt nicht darüber gesprochen, noch gab es irgendwelche Spekulationen darüber, ob ein solcher Ort innerhalb des Landes sein könnte oder im Ausland. Andererseits wurde auch nichts darüber ausgesagt, ob das Gold als Garantie für Waffenkäufe dienen könnte, sondern lediglich, daß mit seinem Wegtransport »die Goldreserven der Bank von Spanien besser geschützt werden sollten«.

Negrins Vorschlag wurde angenommen.

So kam der »Decreto Reservado« vom 13. September 1936 zustande, der geheime Erlaß, mit dem der Wegtransport des spanischen Goldes aus Madrid genehmigt wurde. Er wurde von Azana unterzeichnet. Der Präsident und seine Minister zogen es einfach vor, offiziell nichts von der Tatsache zu wissen, daß das spanische Gold nach Moskau gebracht wurde, wie Stalin es verlangt hatte.

Bericht über den Diebstahl

Nachdem Spaniens kommunistischer Bürgerkriegs-Präsident am 13. September 1936 den geheimen Erlaß unterzeichnet hatte, der besagte, daß das Gold der Bank von Spanien an einen »sicheren Ort« transportiert werden solle, ohne daß dieser Ort genauer bezeichnet wurde, überschlugen sich die Ereignisse.

Streitkräfte der Miliz unter der Leitung des Wirtschaftsministeriums – angeführt von Juan Negrin, dem Kopf der sozialistischen Bewegung in Spanien – gingen zur Bank von Spanien, um das Gold zu übernehmen, das in unterirdischen Kammern gelagert war. Verpackt in Holzkisten wurde es auf Lastkraftwagen zum Bahnhof von Mediodia und anschließend nach Cartagena gebracht.

Wie Valentin Gonzales, der berühmte »El Campesino«, ein Bauernjunge, der Republikanern wie Insurgenten zufolge auf beiden Seiten des spanischen Bürgerkrieges, zu dem fähigsten General aufstieg, schreibt: »Eines Abends erhielt ich auf meinem Kommandoposten den Besuch von Jose Diaz, dem Generalsekretär der spanischen kommunistischen Partei. Er verkündete mir unter Verschwiegenheit, daß ich die Verantwortung

übernehmen solle für den Transport des Goldes der Bank von Spanien von Madrid nach Cartagena.

Der Direktor der Bank von Spanien war ein honoriger Republikaner. Ich erfuhr später, daß Juan Negrin ihn zu einer Besprechung gebeten hatte, die drei oder vier Stunden dauern sollte. Die Aufgabe, mit der er betraut wurde, bestand darin, das Gold so schnell wie möglich aus der Bank zu schaffen.

Nach der Aufstellung, die er mir aushändigte, waren es insgesamt 7800 Kisten. Sie wurden in weniger als einer Stunde auf 35 Lastkraftwagen verladen und wir verließen Madrid damit. Am Ausgang der Stadt wurden die Fahrer gewechselt und die neuen Fahrer brachten an den Lkws eine rote Fahne an, die anzeigen sollte, daß man Sprengstoff geladen hatte.«

Das Gold kam in Cartagena, Spaniens wichtigstem Marinestützpunkt an, und wurde in der »Pulverkammer« (Höhlen in der Nähe der Stadt, in denen Munition lag) von Algameca, wenige Meilen von der Hafenstadt entfernt, gelagert.

Hier tritt ein weiterer wichtiger Spieler in diesem Spiel um das Gold auf den Plan. Es ist Alexander Orlov, ein Spezialabgesanter des sowjetischen NKWD – Vorgänger des KGB –. Drei Tage zuvor hatte er folgendes verschlüsselte Telegramm von Josef Stalin erhalten:

Keine Quittung für das Gold

»Mit dem Regierungschef Largo Caballero die Verschiffung des spanischen Goldvorrates auf einem sowjetischen Dampfer in die Sowjetunion vorbereiten. Die ganze Sache muß unter größter Geheimhaltung ablaufen.

Wenn die Spanier eine Empfangsbescheinigung haben wollen, lehnen Sie das ab. Ich wiederhole: lehnen Sie das ab. Sagen Sie die Gosbank (die sowjetische Staatsbank) werde in Moskau eine offizielle Empfangsbescheinigung erteilen. Gezeichnet Ivan Vassilievich«

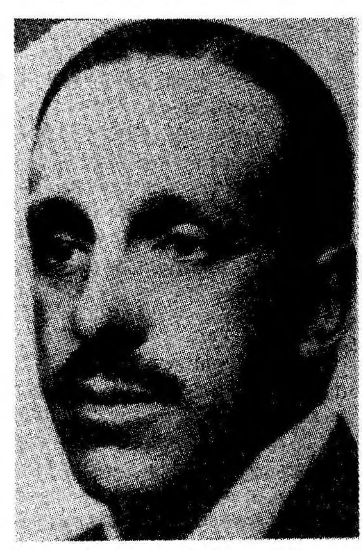
In der Zeit unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg begann Stalin den Decknamen »Ivan Vassilievich« zu verwenden. Das ist der Name des russischen Zars, bekannt als Iwan der Schreckliche.

Orlov beschreibt, was als nächstes geschah: »Ich fuhr mit dem Wagen nach Cartagena. Dort traf ich unseren Marineattaché Nikolai Kuznetzov, einen alten Freund von mir, der im Zweiten Weltkrieg dann sowjetischer Marineminister war, und gab ihm die Anweisung, sich aller sowjetischer Schiffe anzunehmen, die in Cartagena eintreffen, sie rasch löschen zu lassen und unter mein Kommando zu stellen. Ein sowjetisches Frachtschiff befand sich im Hafen und andere wurden erwartet. Wir sprachen auch mit dem spanischen Kommandanten des Stützpunktes und 70 Seeleute wurden mir zur Verfügung gestellt

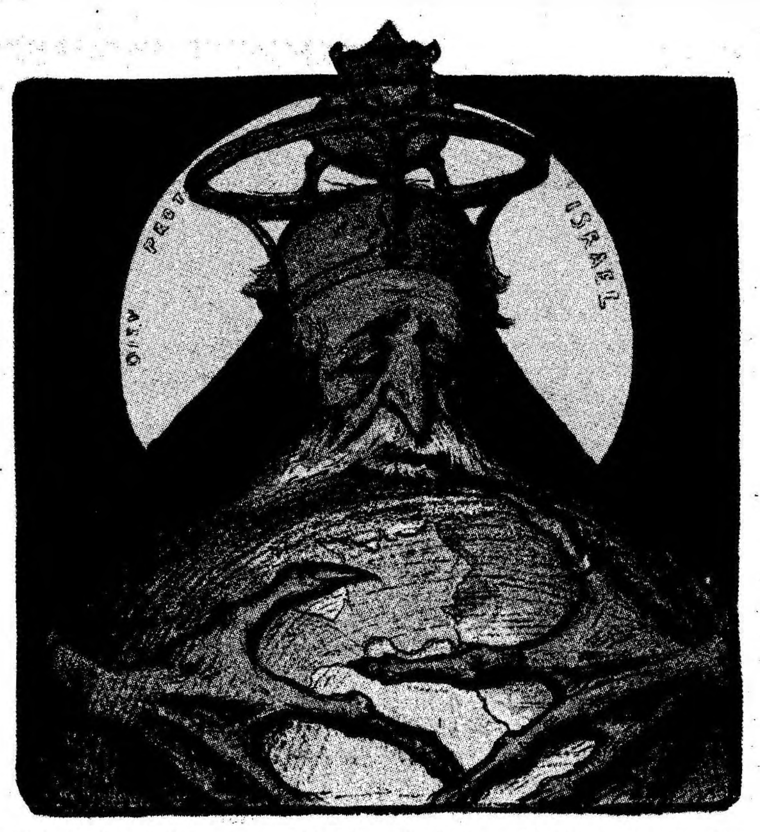
Als nächstes wurde ich mit dem Problem des Goldtransportes zum Hafen konfrontiert. Eine sowjetische Panzerbrigade war zwei Wochen zuvor in Cartagena gelandet und nach Archena, ungefähr 65 Kilometer entfernt, abkommandiert worden. Ihr Befehlshaber war Oberst S. Krivoshein, den die Spanier unter dem Namen ›Mele‹ kannten.

Krivoshein stellte mir 20 seiner Armeefahrzeuge und ebenso viele seiner besten Fahrer zur Verfügung.

Schließlich war alles bereit. Meine Lkws standen mit jeweils einem sowjetischen Panzerfahrer in spanischer Uniform auf dem



Der spanische König Alfonso XIII. mobilisierte die Streitkräfte gegen die kommunistische Revolte.



Bahnhof von Cartagena. Die 70 Seeleute, die das Gold verladen sollten, waren ein oder zwei Stunden zuvor zu der Höhle geschickt worden, wo das Gold lagerte.

Und so fuhr ich am 22. Oktober bei Einbruch der Dunkelheit, gefolgt von einem Zug Lkws zur ›Pulverkammer‹.

Um das Nachzählen zu erleichtern, ließ ich jedes Fahrzeug mit nur 50 Kisten beladen und ließ die Wagen jeweils in Zehnergruppen zum Hafen fahren. Wenn sie nach zwei Stunden zurückkamen, waren die nächsten zehn Lkws mit weiteren 500 Kisten fertig zur Abfahrt.

Kurs auf Odessa

Sobald die Operation in Gang war, stellte ich dem Beamten von der Schatzamtsleitung an meiner Seite die Frage, die ich bis dahin wohlweislich vermieden hatte:

›Wieviel Gold, glauben Sie, werden wir schicken?‹

›Oh, aufgrund der übereilten Vorbereitungen nehme ich an, mehr als die Hälfte‹, antwortete er.

Ich dachte, es wird viel mehr sein.

Und wenn die Lkws durchsucht würden? Die Nachricht, daß einige Ausländer Wagenladungen voller Gold wegschaffen, könnte zu einem Ausbruch von Gewalt in der Bevölkerung führen.

Das Glück blieb uns treu bis zur dritten und letzten Nacht. Es war vier Uhr morgens, als eine Gruppe von Bombenlegern plötzlich auf den Hügeln auftauchte. Von der Höhle aus konnten wir hören, wie die Bomben im Hafen explodierten.

Von zurückkehrenden Lkw-Fahrern hörten wir, daß ein spanisches Frachtschiff getroffen worden war, das neben unseren Schiffen vor Anker lag. Ich beschloß die Operation zu beschleunigen, so daß meine Schiffe so rasch wie möglich in See stechen konnten.

Als die letzte Kiste verladen war, fragte ich den Beamten vom Schatzamt, wieviel er gezählt habe, und er antwortete: ›Ich habe 7800 Kisten gezählt; das sind Dreiviertel der Goldvorräte.‹

Am 25. Oktober, um 10 Uhr morgens, wurde die letzte Kiste an Bord verladen. Zwei Stunden später verließen die Schiffe den Hafen. Endlich konnte ich Moskau darüber in Kenntnis setzen, daß die kostbare Fracht Kurs auf Odessa genommen hatte.« □

Europa-Journal

Was hat Michael Ledeen in Spanien gemacht?

Aus normalerweise verläßlichen Quellen wird berichtet, daß Michael Ledeen im September und Oktober 1986 in Madrid gesichtet wurde. Ledeen, gelegentlicher »Berater« im amerikanischen Außenministerium und Nationalen Sicherheitsrat, ist eine Schlüsselfigur in der Parallelregierung, deren Existenz im gegenwärtigen Waffenskandal um Iran und Contras ans Licht gekommen ist.

Ledeens Erscheinen in Spanien hat zu Spekulationen geführt, daß er eine Rolle in dem Projekt der Umstrukturierung des spanischen Geheimdienst-Apparates spielt, der unter die Führung seines Freundes Julio Feo, des Sozialistenführers, gestellt werden soll. Die Existenz eines derartigen Projekts wurde im Oktober 1986 enthüllt.

Die Lage, wie sie sich derzeit in Spanien entwickelt, hat eine exakte Parallele zu einer Operation, die Ende der siebziger Jahre von Ledeen in Italien durchgeführt wurde, als ein paralleler Geheimdienst um die Freimaurerloge Propaganda-2 (P-2) aufgebaut wurde. Dies kam in zahlreichen Versuchen zur Destabilisierung Italiens zum Ausdruck, wie zum Beispiel bei der Bombenlegung am Bahnhof von Bologna im Jahr 1986.

Heißt das, daß ein »P«-Skandal in Spanien vorbereitet wird, der das derzeitige sozialistische Regime zu Fall bringen soll? □

Sowjetologe sagt Bukharins Rehabilitation voraus

»Die Rehabilitierung von Nikolaus Bukharin wird der zweite oder dritte nächstgrößere Schritt sein, den Gorbatschow unternehmen wird, wenn er seine Reformen weiter fortsetzen kann«, so ein europäischer Sowjetologe, der sowohl der italienischen Kommunistischen Partei (PCI) als auch Sozialdemokraten des rechten Flügels nahesteht. »Jetzt haben Historiker, die mit sowjetischen historischen Instituten in Verbindung stehen, beschlossen, Bukharin zu rehabilitieren. Der Augenblick ist gekommen, und man wird ihn im Westen begrüßen.«

Bukharin, Führer der rechten Opposition in der Stalin-Ära, fiel der Säuberung der dreißiger Jahre zum Opfer und wird im Rahmen von Gorbatschows »Glasnost«-(Öffnungs-)Politik in Richtung einer »Demokratisierung« der UdSSR rehabilitiert. Viele von Bukharins Kollaborateuren in der Komintern, wie Jay Lovestone in den Vereinigten Staaten, haben die kommunistische Bewegung in der Zeit der großen Säuberungsaktionen verlassen und tauchten im Westen als »antikommunistische« Sozialdemokraten wieder auf. Diese Kreise sind heute die größten Verfechter von Gorbatschows »glasnost« im Westen. □

Jugoslawien kann politische Entwicklung nicht ignorieren

Die jugoslawische Armee kann die Arbeitsunruhen nicht ignorieren. Der jugoslawische Premierminister Branko Mikulic verkündete angesichts einer beispiellosen Streikwelle wegen Lohneinfrierungen, daß im Fall der Bedrohung des Verfassungssystems des Landes »alle Mittel« zu dessen Verteidigung eingesetzt würden, und das schließe auch die Armee ein.

Der stellvertretende Verteidigungsminister, General Milan Daljevic, hat dies in einem Zeitungsinterview bekräftigt und meinte, die Armee könne die politischen Entwicklungen nicht ignorieren.

In einem Versuch, die Krise zu entschärfen, hat die Regierung eine Einfrierung der Preise angekündigt. Bei einer Inflation von 130 Prozent wurden die Arbeitslöhne um 60 Prozent gekürzt, und zwar per eines am 1. März 1987 in Kraft getretenen Gesetzes.

Nach Meldungen der amtlichen Nachrichtenagentur Tanjug betrifft die Einfrierung der Preise Nahrungsmittel, Konsumgüter, Werkzeuge, Textilien und Möbel. Sie hat 90 Tage Gültigkeit und hält die Preise bis 31. Dezember 1987 auf dem gleichen Niveau.

Die Regierung meinte: »Die Störungen in den Preisbewegungen haben solche Ausmaße erreicht, daß sie die Leistungen der Wirtschaftspolitik und Entwicklung direkt bedrohen mit starken sozi-ökonomischen und politischen Konsequenzen.«

Jugoslawien wird sowohl von der Sowjetunion als auch dem Internationalen Währungsfonds und westlichen Gläubigerbanken ausgequetscht. □

So sehen die Briten Gorbatschow

David Watt, der ehemalige Direktor des Royal Institute of International Affairs, schrieb in der Londoner »Times«, daß die Sowjetführung nicht marxistisch-leninistisch ist, sondern die Kontinuität der großen russischen Traditionen darstellt. In dem Artikel mit der Überschrift »Erst Rußland, dann Dogma« warnt Watt davor, daß Premierminister Margaret Thatcher irregeleitet sein könnte, wenn sie die UdSSR in einem »sozialistisch-kommunistischen« Paradigma analysiere.

»Die marxistisch-leninistische Doktrin ist nicht mehr länger Haupttriebfeder, da niemand wirklich daran glaubt – selbst Gorbatschow nicht, der sie kaum erwähnt. Was Mrs. Thatcher sich merken muß, ist nicht, daß Gorbatschow Sozialist ist, sondern ein russischer Führer. Das heißt, daß er sich hauptsächlich mit den permanenten nationalen Interessen Rußlands beschäftigt und dessen Zielen.«

Die Hauptzielrichtung von Gorbatschows sogenannten »Reformen wird nach Watts Ansicht vor allem darin bestehen, die Sowjetunion furchterregender erscheinen zu lassen, ohne die alten sozialistischen Ziele auch nur ein bißchen zu verändern. Die Sicherheit steht an erster Stelle, danach kommen Einflußerweiterung, Status und Supermacht-Parität. Doch das sind die Ansprüche, die den Rest der Welt seit Anfang des 19. Jahrhunderts in Sorge versetzt haben, und wir werden weiterhin darüber besorgt sein, »denke ich, bis zum Ende des 21. Jahrhunderts und darüber hinaus, egal, wer Rußland regiert«. □

Der Papst und die Schuldenkrise

Papst Johannes Paul II. betonte in einer Rede zum Gedenken des 20. Jahrestages der Enzyklika Populorum Progressio von Papst Paul VI. die Bedeutung des berühmten Dokuments für die heutige Zeit, insbesondere im Hinblick auf die internationale Schuldenkrise.

»Populorum Progressio«, so sagte er, liefere eine »eindringliche Kritik sowohl an den verschiedenen Formen des liberalen Kapitalismus als auch der vom Kollektivismus inspirierten totalitären Systeme. Angesichts der tiefgründigen Analyse der Enzyklika kann man erkennen, zumindest in gewissem Sinne, wie die beiden Systeme, die in ihrer erstarrten Form die Welt in zwei Teile teilen, bestimmte Konvergenzen aufweisen, die die politische Konfrontation zu verbergen neigen.«

Die Worte der Enzyklika »Entwicklung ist der neue Name für Frieden« scheinen jetzt »prophetischen Wert« zu besitzen. »Wer könnte heute den wahren Zusammenhang zwischen der Realität von Unterernährung, Kindersterblichkeit, Hunger, Arbeitslosigkeit, begrenzter Lebenserwartung, internationalen Schulden, den Hindernissen bei der Entwicklung ganzer Länder und der prekären Situation für jegliche Form von Frieden auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene anzweifeln.

Die Steigerung und Verschlimmerung der internationalen Schulden beweist, daß die evangelische Botschaft der Enzyklika gültig bleibt, und daß insbesondere heute die Kirche auf diesem Gebiet eine Rolle zu spielen hat.« □

Europas Gold-Reserven

Allein vier der zwölf EG-Mitglieder halten über 75 Prozent der Gold-Reserven der Gemeinschaft. Die meisten Goldbarren liegen in bundesdeutschen Tresoren: 24,9 Prozent.

Frankreich besitzt 21,4 Prozent, Italien 17,5 Prozent und die Niederlande 11,5 Prozent. Auch bei den Devisenreserven – ohne Gold – hält die Bundesrepublik (29,2 Prozent) mit Abstand den ersten Platz, gefolgt von Frankreich (22,6 Prozent) und Italien (13,1 Prozent). □

Französischer Geheimdienst kennt Spionageziele des KGB

Die französische Gegenspionage, der DST, ist im Besitz des »Jahres-Geheimdienstplans« des sowjetischen KGB, wie die »France Soir« berichtete. In diesem »Jahresplan« werden die Ziele für das Sammeln von geheimdienstlichen Informationen für ein ganzes Jahr festgelegt.

Der Jahresplan des KGB, so heißt es in dem französischen Blatt, wird direkt von Sowjetchef Gorbatschow überwacht und hat weltweit 90 000 sowjetische Spione an der Arbeit.

Alle jüngsten Spionage-Ereignisse stehen in direktem Zusammenhang zu der Tatsache, daß der KGB unter direkter Kontrolle von Gorbatschow an die Macht kommt, so heißt es in »France Soir«.

Zu den Fakten, die dem DST jetzt durch den Plan bekannt sind, gehört, daß 244 französische Firmen mit KGB-Spionen infiltriert sind. Von den 244 Firmen gehören zehn zum Energiesektor, 26 befassen sich mit Raumfahrttechnologie, 22 mit Computern und 21 mit Agrarforschung.

Der KGB will keine »Meisterspione« rekrutieren, heißt es in dem Bericht. Bei der neuen KGB-Strategie handelt es sich um die Ausbreitung »kleinerer Fische«, die weniger umfassende Informationen, dafür aber in größerem Umfang, sammeln sollen. Das ermöglicht es dem KGB, eine Menge Informationen zu überprüfen, und es verkompliziert die Gegenspionage des Feindes. □

Moskau spielt die israelische Karte

Die sowjetische Führung hat mehrere neue Initiativen in Richtung Israel angekündigt, um aus der schlimmsten Krise in den israelisch-amerikanischen Beziehungen seit der Suezkrise im Jahr 1956 Kapital zu schlagen. Der Kreml erklärte, er würde dieses Jahr 10 000 Juden gestatten, über Rumänien nach Israel zu emigrieren.

Die Sowjets kündigten an, sie würden demnächst eine Konsulardelegation nach Israel entsenden, die erste seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1967, um Eigentum der russisch-orthodoxen Kirche zu überprüfen.

Diese Schritte wurden in intensiven Verhandlungen vorbereitet, unter anderem auch durch die Pendeldiplomatie vom Präsidenten des Welt-Juden-Kongresses Edgar Bronfman und Armand Hammer von der Occidental Petroleum.

Im März traf sich der Leiter des israelischen Außenministeriums Avraham Tamir mit dem sowjetischen Botschafter bei den Vereinten Nationen, Aleksandr Bolonogov. Einige Tage später verkündete Premierminister Yitzhak Shamir eine Wende in der Politik Israels und meinte, die Regierung könne das Thema diplomatischer Beziehungen zwischen den Ländern getrennt von der Frage der Emigration sowjetischer Juden betrachten. Moskau hat darauf beharrt, daß das Thema sowjetische Juden eine rein »interne Angelegenheit« sei. Israels Kompromiß hat Moskau signalisiert, wie weit Jerusalem bereit ist zu gehen.

Jetzt entsendet die Sowjetunion diplomatische Teams zur Erläuterung dieser Entwicklungen an seine arabischen Verbündeten, beginnend mit der Ankunft von Vladimir Orlov, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets, in Amman und Sergei Losev, dem Generaldirektor der Nachrichtenagentur TASS. □

Europäer enttäuscht über Japan

Im Jahr 1986 verzeichneten die Japaner in ihrem weltweiten Außenhandel einen neuen Rekordüberschuß von 93 Milliarden US-Dollar. Davon entfielen 18 Milliarden Dollar allein auf die Europäische Gemeinschaft, deren Handelsdefizit damit seinen bisherigen Höchststand erreichte. In den ersten drei Monaten dieses Jahres verschlechterte sich ihre Handelsbilanz mit Japan noch weiter. Zwar konnten die Europäer mehr Industriegüter auf den japanischen Märkten absetzen, die Importe der Japaner in die Zwölfergemeinschaft stiegen jedoch doppelt so schnell.

Unter dem Druck der amerikanischen Regierung hat Japan den Yen gegenüber dem US-Dollar seit 1985 um 84 Prozent aufgewertet. Gegenüber der europäischen Währungseinheit ECU (ein ECU sind 2,07 DM) ist der Yen im selben Zeitraum jedoch nur um 7 Prozent gestiegen. Infolgedessen können die Japaner ihre Erzeugnisse sehr viel leichter in den EG-Mitgliedsländern absetzen als in den Vereinigten Staaten.

Trotz wiederholter Versprechungen aus Tokio seien die Erwartungen der Europäer bisher immer enttäuscht worden. Die Amerikaner hätten von Japan bisher mehr Zugeständnisse erhalten als die Gemeinschaft. Die EG muß deshalb künftig noch geschlossener auftreten, um sich als Wirtschaftsmacht gegenüber Japan besser behaupten zu können. □

Ist die EG pleite?

Die Gemeinschaft kann mit den ihr zur Verfügung stehenden Einnahmen – Mehrwertsteuer, Zölle, Importsteuern für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Abgaben der Zuckerproduzenten – ihren Verpflichtungen in diesem Jahr nicht nachkommen. Ihr Haushalt sieht Ausgaben in Höhe von 3,64 Milliarden ECU vor. Nach Ansicht der EG-Kommission benötigt sie jedoch mindestens 5 Milliarden ECU zusätzlich.

Verantwortlich für dieses Haushaltsloch sind insbesondere die Ausgaben im Agrarsektor. Selbst wenn der EG-Ministerrat den Vorschlägen der Kommission folgt und Einschnitte bei den Agrarpreisen vornimmt, werden die Ausgaben in diesem Bereich fast 2,8 Milliarden ECU über dem Ende vergangenen Jahres aufgestellten Voranschlag liegen.

Schuld daran ist vor allem der Verfall des Dollarkurses: Für eine Reihe von Erzeugnissen zahlt die Gemeinschaft ihren Landwirten die Differenz zwischen ihren in der Regel hohen Erzeugerpreisen und den auf Dollar-Basis errechneten Weltmarktpreisen. Je weiter der Dollarkurs also sinkt, desto tiefer muß die EG in die Tasche greifen.

Zu allem Überfluß hat die Gemeinschaft das Defizit von 1986 von 840 Millionen ECU auf den Haushalt 1987 übertragen. Hinzu kommt das Einnahmedefizit des laufenden Jahres in Höhe von 1,45 Milliarden ECU. Die Mittel reichen somit noch nicht einmal zur Deckung der im Haushalt fest vorgesehenen Ausgaben aus. □

Vorsicht vor Kadmium

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat jetzt ein neues Programm vorgelegt, das die Verwendung von Kadmium beträchtlich einschränken soll. Die Maßnahmen sehen vor, das gefährliche Metall weitgehend durch andere Substanzen zu ersetzen, um Umweltschäden künftig zu verhindern.

Kadmium kommt als chemischer Grundstoff in der Natur vor. Erst durch seine Weiterverarbeitung wird es zur Gefahr für Mensch und Umwelt. Das Metall lagert sich im Boden und in den Nieren ab und bedroht den Bestand zahlreicher in Flüssen lebender Tierarten. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation verträgt der menschliche Organismus höchstens 0,4 bis 0,5 Milligramm des Metalls pro Woche. In einigen Regionen ist dieser Wert bereits erreicht.

In der EG soll die Verwendung des Metalls bei der Herstellung von Farben soweit wie möglich verboten, gleichzeitig der Gebrauch von Ersatzsubstanzen gefördert werden. Sie befürworten ferner ein völliges Verbot von Kadmium in Lebensmittelverpackungen. □

Wenn die Morallosen Moral predigen

Beat Christoph Baeschlin

Eric Bertinat, Präsident der »Wachsamen« (Vigilants), die in Genf gegen den Zustrom von Ausländern kämpfen und im letzten Jahr zur bedeutendsten Partei aufgerückt sind, hat in Paris an einer Kundgebung mit LePen teilgenommen und dort das Wort ergriffen.

Die bürgerliche Schweizer Zeitung »Tribune de Genève« behauptet nun, Bertinat habe dadurch seinen Ruf eingebüßt. Die Fabrikanten der öffentlichen Meinung geben also vor, Bertinat habe etwas moralisch Verwerfliches, sozusagen etwas Unanständiges getan. Die gutbürgerlichen Leute wollen die Meinung der Linken verbreiten helfen, LePen sei eine abscheuliche Person, ein Ehrenmann dürfe nichts mit ihm und seiner Nationalen Front zu tun haben. Offenbar wird dieser Unsinn sogar von Führungspersonen der »Vigilants« geglaubt.

Desinformation statt Objektivität

Auch Zeitungen, die sich als harmlos oder als parteilos ausgeben, gehorchen der Weisung, wonach von LePen nur im Tone moralischer Verurteilung zu reden ist. Mit dieser moralisierenden Posse geht oft verleumderisches Geschwätz einher betreffend Dinge, die LePen schon viele Male gerichtlich als Lügen bloß stellen ließ, zum Beispiel er habe sich im Algerienkrieg als Folterer hervorgetan, er habe in Frankreich eine große Erbschaft erschlichen, er sei überzeugter Rassist und Antisemit. Bezeichnend ist, daß die Herkunft dieser dubiosen Artikel meist verschwiegen wird.

Einst galt die Schweizerpresse als unvoreingenommen und neutral. Heute ist das nicht mehr der Fall. Jede Objektivität wird beiseitegelassen und nicht die geringste zuverlässige Berichterstattung existiert, sobald die im Nachbarland sich machtvoll zum Wort meldende Nationale Front LePens zur Sprache kommt. Da tun die schweizerischen Zeitungen und Massenmedien, als ob es eine undiskutable Tatsache sei, daß LePen und seine Nationale Front abscheuliche Absichten verfolge.

In krassem Gegensatz zu dieser unbedingten Verurteilung LePens, verhalten sich Schweizerpresse und Schweizer Massenmedien übertrieben wohlwollend, sobald sie über kommunistische Diktatoren berichten. Nur mit Staunen konnte man die Lobeshymnen zur Kenntnis nehmen, die über den tödlich verunglückten Diktator von Mozambique, Samora Machel, verbreitet wurden. Dieser bluttriefende Tyrann, der sein Volk mit eiserner Faust dem Verhungern nahebrachte, wurde in Schlagzeilen als »Kämpfer für Menschenwürde, Demokratie und Freiheit« gepriesen. Das war ebenso klare Desinformation wie die dauernde Verunglimpfung LePens.

Sturm der Einwanderung bremsen

Beide Beispiele von Desinformation lassen darauf schließen, daß auch die »freie Presse der freien Schweiz in der freien Welt« einer Fernsteuerung und strengen Meinungslenkung, ja einer unsichtbaren aber offenbar unerbittlichen Zensur unterliegt. Und die Zensoren wollen verhindern, daß sich das Volk über LePen und seine Nationale Front ein selbständiges Urteil bilde. Es wird einfach der Glaubenssatz aufgenötigt: LePen ist abscheulich, seine Anliegen sind ohne Prüfung zu verwerfen.

LePen bekämpft in erster Linie Frankreichs verantwortungslose Einwanderungspolitik. Die einflußreichen Machtcliquen, die dort seit Jahrzehnten schalten und walten, geben das Land einer selbstmörderischen Invasion preis.

Seit 1974 sind in Frankreich keine neuen Arbeitsplätze mehr geschaffen worden. Folglich ist seit jenem Zeitpunkt jede Einwanderung volkswirtschaftlich unverantwortlich, da sie keinem Bedürfnis entspricht. Im Gegenteil: Seit 1974 ist in Frankreich die Zahl der Arbeitsplätze nicht stabil geblieben, sondern sie hat rapide abgenommen, indem 1 800 000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Rationalisierung, Automatisierung, aber auch Rezession und Betriebsschließungen haben das verursacht.

Ungeachtet dieser wirtschaftlichen Abbröckelung, ist der Zustrom von Einwanderern unablässig angeschwollen. Sowohl die bürgerlichen wie die sozialistischen Regierungen und die staatlichen Ämter haben diesen Zustrom heimlich aber emsig und unablässig gefördert. Neuankömmlinge werden massenweise in die Arbeitslosenkassen und in die staatlichen Krankenfürsorge eingeschleust, ohne diesen Sozial-»Versicherungen« irgendwelchen Beitrag geleistet zu haben.

Auch illegale Einwanderer werden großzügig mit Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen versehen. Das gibt ihnen unverzüglich das Recht auf Familiennachzug. Diese Familien sind meist sehr zahlreich, und angesichts der klaffenden Lücken im Zivilstandswesen der dritten Welt, ist der Familienbegriff sehr dehnbar. Die Wohlfahrtseinrichtungen erfahren durch den unentwegten Massenzuzug eine finanzielle Belastung, die durch nichts wettgemacht werden kann. In der letzten Zeit haben Einwanderer, die genannten Vorteile im abgekürzten Verfahren erworben, indem sie sich als Flüchtlinge ausgaben.

Die Verarmung Frankreichs

Kein Wunder, daß der Fehlbetrag in der staatlichen Krankenfürsorge allein für das gegenwärtige Rechnungsjahr auf 24 Milliarden Franc veranschlagt ist. Dazu gesellen sich die maßlosen Fehlbeträge bei der Betreuung der drei Millionen Arbeitslosen. Im Krankenhauswesen Frankreichs ist jedes zweite Bett von Leuten aus der dritten Welt belegt.

Ähnliche Zustände herrschen in den überfüllten Gefängnissen. Die Massenarbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und den Einwanderern fördert die Kriminalität und der Staat muß eine wachsende Zahl von Delinquenten füttern und bewachen.

Es ist nicht einzusehen, weshalb das Volk in der Demokratie schweigen soll, wenn es mutwillig der Verarmung entgegengeführt wird. Das als »souverän« gepriesene Volk sollte zum mindesten berechtigt sein, seine Meinung zu äußern, ob sein angestammtes Siedlungsgebiet einer Invasion von Zuwanderern schrankenlos geöffnet werden solle oder nicht. Oder hat sich das »souveräne« Volk einem noch »souveräneren« Herrschaftsklüngel zu unterwerfen, wenn es um die Frage nach seinem Lebensraum geht?

Die »moralisch« begründete Ächtung PePens und seiner Nationalen Front vermittelt den Eindruck, Politik bestehe weitgehend darin zu verhindern, daß die Schicksalsfragen der Nation ausgesprochen werden. Es geht also darum, LePen und seine Bewegung zum Schweigen zu bringen, damit die für Volk und Staat entscheidenden Probleme nicht öffentlich diskutiert werden.

Ein »moralisch« getarnter Meinungsterror soll das »souveräne Volk« davon abhalten, für die Schicksalsfragen der Nation energische Lösungen zu fordern. Im heutigen amoralischen Klima ist gesundes Mißtrauen geboten, sobald die absolut morallosen Meinungsmacher anfangen uns »Moral« zu predigen. □

Frankreich

Mitterrand in Verlegenheit durch Barbie

William Carmichael

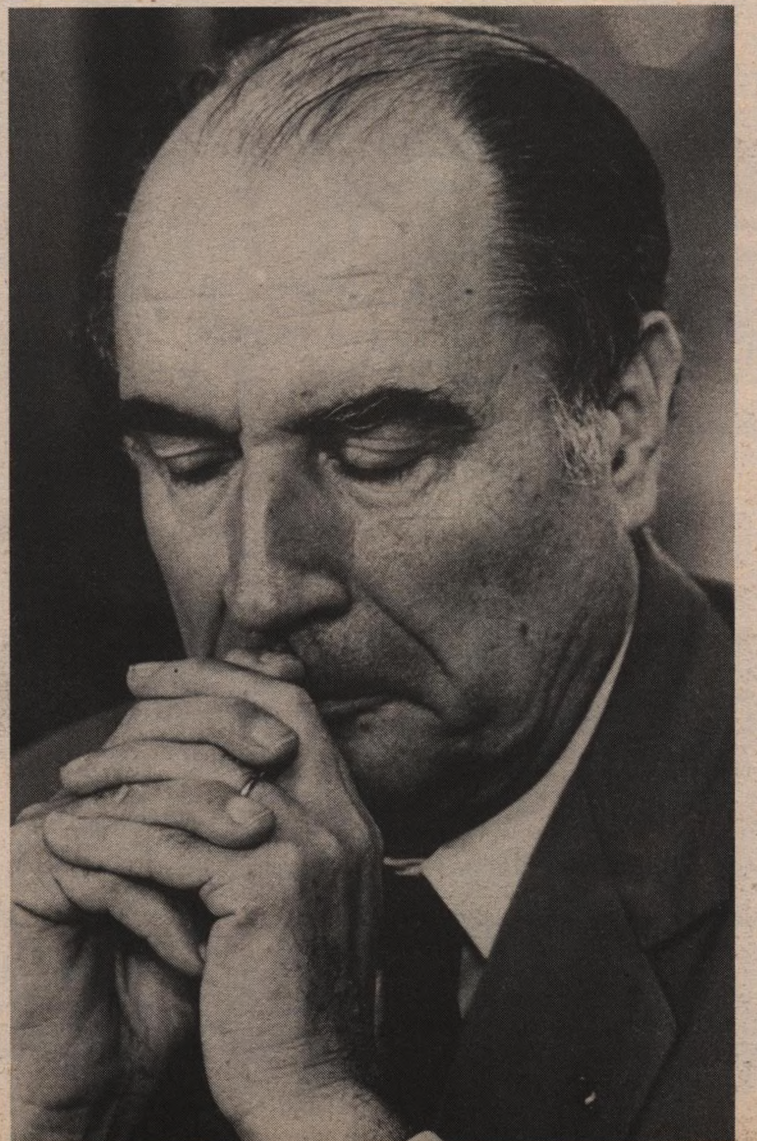
Nach vier Jahren hin und her und dem Hoffen auf ein Wunder, das nicht eingetreten ist, wird die französische Regierung von François Mitterrand durch den Prozeß gegen Klaus Barbie in arge Verlegenheit gebracht. Was als ein simpler politischer Tribut an die Kommunisten begann, die Mitterrand halfen gewählt zu werden, hat den französischen Staatspräsidenten in eine ziemlich schwierige Lage manövriert.

Klaus Barbie lehnte es ab zu kooperieren und nimmt sogar nicht einmal bei den Verhandlungen in dem gegen ihn eröffneten Prozeß teil. Eine Kooperation zwischen Barbie und der französichen Regierung sähe so aus, daß sich der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Angeklagte für schludig bekennt und Mitterrand um Gnade bittet. Eine Fortsetzung des Gerichtsverfahrens wird auf der anderen Seite den Mantel der Geheimhaltung und des Geheimnisses um die Mitglieder und Aktivitäten der französischen Résistance wegreißen.

Krankhaft selbstgefällig

Warum hat man das kluge Verhalten, Barbie in Ruhe zu lassen, während in der Öffentlichkeit seine Verhaftung und Verurteilung verlangt wurde, im sozialistischen Regime von Mitterrand aufgegeben? Die Antwort ist komplex und vielschichtig zugleich.

In allererster Linie ist Mitterrand krankhaft selbstgefällig. Er hat in vielen seiner Entscheidungen seit seiner Wahl übergroßes Vertrauen gezeigt und das Barbie-Fiasko folgt diesem Muster. Hierzu kommt der Druck von Trotzkisten und der Sensationshunger der Medien.



Wenn man dann noch die Intrigen eines modernen marxistischen Revolutionärs mit Namen Regis Debray hinzurechnet, haben wir den Rahmen für den laufenden »Kriegsverbrecher«-Prozeß gegen Barbie.

Die Lobby Israels in Frankreich und anderswo war immer bestrebt den Adolf-Eichmann-Prozeß neu aufzulegen, der sich als Goldmine erwies. Aus der Bundesrepublik Deutschland wurden zusätzlich zu den bereits gewaltsam aufgezwungenen »Reparationen« weitere 4 Milliarden Dollar herausgepreßt, um vorübergehend von der »nationalen Schuld der Deutschen, die durch den Prozeß hervorgerufen war, befreit zu sein«.

Francois Mitterrand will durch einen Barbie-Prozeß nach dem Eichmann-Muster der zionistischen Lobby einen kleinen Gefallen erweisen als Dank für die Hilfe bei der Wahl zum französischen Präsidenten.

Solche Prozesse sind nicht nur lukrativ, sie dienen auch dazu, die Kritiker der zionistischen Besetzung arabischen Landes zum Schweigen zu bringen: Jeder der Israel kritisiert, ist ein Nazi – oder zumindest ein potentieller Nazi.

Mitterrands Euphorie als er die französische Präsidentschaft gewann, machte ihn zuversichtlich, daß er die israelische Lobby würde entschädigen können, die ihn zusammen mit den Kommunisten dahin gebracht hatte und zwar, indem er ihnen den kleinen Gefallen eines Barbie-Prozesses tat.

Dem französichen Präsidenten wurde gesagt, daß der Prozeß dem Eichmann-Muster folgen würde: eine Rezitation von Sünden und Verbrechen in der Anklage, gefolgt von einem dramatischen Schuldspruch.

Die Geschichte verkauft sich gut

Die Trotzkisten in Frankreich hatten ihre eigenen Gründe dafür, warum sie einen Barbie-Prozeß wollten. Sie waren der Meinung, sie seien um ihren Machtanteil gebracht worden und argumentierten so, daß es für sie nur von Vorteil sein könnte, wenn sie ein wenig im Topf herumrühren.

Die Medien stürzten sich auf Fotos von dem »Nazischwein in Ketten«. Der Nationalismus hat sich immer gut verkauft und Barbie schien den Medien Frankreichs eine hohe Auflagensteigerung zu garantieren.

Wie Jaqués Clemenceau in dem nachfolgenden Exklusivbericht schreibt, war Debray der Katalysator bei Barbies Gefangennahme und anschließender Inhaftierung in Frankreich. Lange der Liebling der radikalen Revolutionäre der Pariser Salons meinte Debray seine Vorrangstellung unter den müßigen, reichen Marxisten Frankreich würde noch verstärkt, wenn er zusammen mit Ernesto »Che« Guevara im Dschungel von Lateinamerika fotografiert werden würde. Groß verkündete er, er werde den dialektischen Kampf in Paris für kurze Zeit verlassen und sich dem Guerilla-Krieg in Bolivien widmen.

Frankreich

Mitterrand in Verlegenheit durch Barbie

Debray und seine vornehme Begleitung – darunter eine Delegation der französischen Medien – gingen nach La Paz, wo sie sich auf die Unbilden des Dschungels mit großzügigen Champagner-Rationen vorbereiteten. Schließlich traf Debray mit »Che« zusammen und meldete sich gleichsam zum Dienst.

Guevara machte keinen Hehl aus seiner Verachtung für diese »bürgerlichen Revolutionäre«. Das ärgerte Debray, doch es sollte noch schlimmer kommen. Guevara hat in Bolivien großen Ärger verursacht, so verhaftete die Polizei Debray, bevor er noch das Land verlassen konnte. Der französische Aristokrat packte aus und anschließend wurde Guevara von den bolivianischen Streitkräften gejagt, verwundet und im Jahr 1967 schließlich hingerichtet.

All dies gefiel den kommunistischen Revolutionären in Europa, die einen harten Kurs verfolgten, nicht sehr gut, zum Beispiel der Roten Brigade. Von den weniger reinen der Linken blieb es unbemerkt.

Debray brauchte jetzt einen anderen Grund dafür in Lateinamerika gewesen zu sein und um gleichzeitig sein marxistisches Image wieder aufzupolieren. Er wurde von einer Sekunde zur anderen zu einem »Nazijäger«. Und zu seinem Glück lebte Klaus Barbie zu dieser Zeit gerade in Bolivien.

Warnungen vor den Folgen

Auf Gedeih und Verderb steckte er unwiderruflich in dem Plan fest, Barbie müsse nach Frankreich zurückgebracht und vor der Welt abgeurteilt werden. Dieser Augenblick kam, als sein linker Freund François Mitterrand im Jahr 1981 zum Präsidenten gewählt wurde.

Mitterrand machte Debray zu einem Mitglied seines Kabinetts und es dauerte nicht lange, bis ein sorgsam ausgearbeiteter Plan für Barbies Festnahme in Szene gesetzt wurde. Wenn eine Menge Geld ausgegeben werden sollte, dann mußte in der Öffentlichkeit auch der Eindruck erweckt werden, daß dies eine wichtige Aktion ist.

In Zusammenarbeit mit den französischen Medien wurden in der Bevölkerung die Wogen für eine ekstatische Nazi-Jagd hochgepeitscht, eine perfekte Szene für die Rückkehr Barbies.

Doch es gab bereits Warnungen vor möglichen, unvorhergesehenen Folgen. Sowohl der Profi-»Nazi-Jäger« Simon Wiesenthal als auch die Holocaust-Überlebende Simon Veil warnten Mitterrand, daß ein Gerichtsverfahren vielleicht nicht so eine gute Idee sei. Beiden versicherte Mitterrand, daß man Barbie niemals erlauben würde, die grausamen Wahrheiten des Zweiten Weltkrieges zu erzählen. Der Prozeß wurde genauso vorbereitet wie der Eichmann-Prozeß.

Barbie wurde in eine Zelle in Lyon geworfen, die einem Verlies gleichkam, wie es einem »Monster« zusteht.

Alles verlief harmonisch für Mitterrand und seine Freunde, bis plötzlich ein Verteidiger gefunden wurde. Es handelt sich dabei um Jaques Verges. Die Nachricht brachte eine Welle des Schocks in das ganze Establishment der Résistance. Viele Befürchtungen von Wiesenthal und Madame Veil hatten sich bewahrheitet. Mitterrand verging das Lachen und sein politischer Spürsinn sagte ihm, daß seine Pläne im Scheitern begriffen waren.

Verges ist einer der bekanntesten kommunistischen Anwälte Frankreichs. Er weiß »wo die Leichen begraben liegen«, und er wird die französische Regierung nicht mit einem Schauprozeß davon kommen lassen.

So war die Situation vier Jahre lang. Am 11. Mai 1987 wurde dann endlich der Prozeß gegen Klaus Barbie eröffnet.

Verges hat geschworen, die Wahrheit über die Résistance an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen während des Prozesses. Die Wahrheit wird dem Rechtsanwalt zufolge eine Reihe von Frankreichs berühmtesten Bürgern zu Fall bringen. □

Frankreich

Barbie und der Mythos der Résistance

Jacques Clemenceau

Klaus Barbies Festnahme in Bolivien und die damit verbundene lärmende Publizität hatte versprochen den Adolf-Eichmann-Prozeß in der Retrospektive an Schrecken und Sensationen zu übertreffen. Barbie muß sich jetzt vor einem französischen Schwurgericht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten. Der Prozeß steht im Zeichen der Frage, ob das Verfahren mehr die deutsche oder die französische Vergangenheit berühre. Nach französischem Recht sind die Barbie vorgeworfenen Verbrechen verjährt, deshalb wird man auf das Völkerrecht zurückgreifen. Allerdings werden auch die zehn Tonnen Gestapo-Akten in den Prozeß einbezogen werden, die in einem Kellergewölbe des französischen Geheimdienstes gefunden wurden und aus denen hervorgeht, daß viele »Männer von Charakter«, die zur Résistance gehört haben wollen, in Wirklichkeit Nazi-Kollaborateure waren, wie Alexandre de Marenches, der ehemalige Leiter des französischen Geheimdienstes (SISDE), verkündete.

Seit Jahren wird die französische Öffentlichkeit von ihren Medien mit einer Geschichte nach der anderen über die Greueltaten, die Klaus Barbie während seiner Amtszeit im besetzten Lyon in Mittelfrankreich als deutscher Offizier begangen haben soll, überhäuft.

Die jungen Männer Frankreichs

1940 unterzeichneten Frankreich und Deutschland einen Vertrag, der allen Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern ein Ende setzen sollte. Kriegerische Aggressionen wie Bombardierung öffentlicher Gebäude und die Hinrichtung deutscher und französischer Funktionäre wurden dadurch nicht länger als Kriegstaten, sondern als gemeinsame verbrecherische Taten betrachtet, die als solche auch strafbar waren.

Das war der rechtmäßige Status, der in diesem Vertrag festgelegt war. Er wurde von den Vertretern der demokratisch gewählten Regierungen Deutschlands und Frankreichs unterzeichnet und von einer überwältigenden Mehrheit in beiden Ländern begrüßt.

Die meisten Politiker, die mit dem Vertrag nicht einverstanden waren, waren ausländische Agenten, die teilweise im Dienste der Sowjetunion und Großbritanniens standen. Diese beiden Länder teilten das Interesse, Frankreich in ein Blutbad gestürzt zu sehen und konkurrierten darum, Frankreich ihrem jeweiligen Regime unterzuordnen. die Sowjetunion hatte Angst, daß Frankreich in einen Krieg mit Deutschland verwickelt würde, während Großbritannien dagegen einfach seiner traditionellen jahrhundertealten Politik folgte, die Feinde oder möglichen Feinde in Zermürbungs- und Vernichtungskriege zu stürzen.

Aus der Sicherheit Moskaus und Londons heraus ermahnten kommunistische, französische und britische Agenten »die jungen Männer Frankreichs«, den Krieg durch terroristische Aktivitäten fortzusetzen. Der Ruf nach einem Aufstand von im Ausland bezahlten und stationierten Agenten hatte über-

haupt keine Rechtmäßigkeit im Sinne von Kriegsbedingungen.

Eben in diesem Zusammenhang war Klaus Barbie, der damals junge Offizier des deutschen Geheimdienstes,- in Lyon stationiert, um seine Aufgaben wie tausend andere Funktionäre, die in diesem Zwang an die Durchführung von Gesetz und Ordnung eingebunden waren, zu erfüllen.

Der Sumpf der Nachkriegspolitik

Für Barbies Abteilung war damit verbunden, die Übeltäter des Terrorismus und der Sabotage ausfindig zu machen und zu verhaften, genauso wie das FBI die für die Bombardierung des New Yorker Hauptbahnhofs oder des Kapitols in Washington Verantwortlichen ausfindig machen und verhaften würde.

Wie Barbie der Mittelpunkt des Hasses der Medien werden konnte, hat mehr mit dem dunklen Sumpf der französischen Nachkriegspolitik als mit historischen Tatsachen zu tun. Während die sowjetisch-britischen Alliierten damit beschäftigt waren, ihre Beute unter sich aufzuteilen, waren ihre Agenten damit beschäftigt, fast eine Million Männer, Frauen und Kinder, die angeblich mit den Deutschen kollaboriert hatten, zu ermorden.

Die Opfer dieses umfassend dokumentierten, aber selten erwähnten Holocausts waren außerdem ihres Eigentums und ihres Vermögens beraubt worden, das in die Hände ihrer Mörder fiel.

Wie in dem klassischen Fall, wo Diebe später auseinanderfallen, kamen viele ekelhafte Details, die während des habgierigen Ergreifens der Vermögen der »Kollaborateure« sich abgespielt hatten, zum Vorschein. Bei der habgierigen Verfolgung nach Gewinn begann die Fassade der Einheit der »französischen Résistance« – ein Name, der denen gegeben wurde, die den Befehlen Moskaus und Londons gehorchten – einen Riß zu bekommen. Anklagen wegen Betrügereien, Falschspiels und Verrats wurden erhoben.

Es gab Enthüllungen, daß während des deutsch-sowjetischen Paktes, kommunistische Anführer der französischen Résistance den Deutschen Listen mit nichtkommunistischen »Widerständlern« zur Verfügung gestellt haben. Die Aufstellung dieser Listen wurde meist von englischen Agenten unterstützt. Auf diese Weise sollen französische Kommunisten den Deutschen geholfen haben, Hunderte von Résistance-Schlüsselagenten zu verhaften, die sie als ihre Gegner ansahen und die um jeden Preis eliminiert werden mußten.

Als die deutsch-sowjetischen Flitterwochen vorüber waren, ergab sich für Kommunisten eine Überlegenheit gegenüber ihren Rivalen um das Doppelte. Um nicht zurückzustehen, denunzierte die britisch gelenkte Splittergruppe viele kommunistische Agenten bei den deutschen Behörden. Es war der einzige Weg, die kommunistische Konkurrenz los zu werden.

Die Deutschen wurden benutzt

Es gab auch Akten über Operationen, in der die eine Résistance-Gruppe eine andere zu einer terroristischen Tat verleitete, die direkt in die Arme der vorgewarnten deutschen Behörden führte. Die französische Polizei in der freien Zone (Vichy France) und die deutschen Behörden im besetzten Teil des Landes hatten nicht mehr zu tun, als an ihren Schreibtischen auf einen unvermeidbaren Telefonanruf zu warten, der ihnen einen Wink über den kommenden Schritt der einen oder anderen Gruppe gab, um dieses oder jenes Ziel in die Luft zu jagen.

Barbie war, wie seine Kollegen in der ganzen besetzten Zone, der Empfänger solcher Informationen. Das vereinfachte seine Arbeit ziemlich und ermöglichte es ihm, hohe Verhaftungszahlen vorzuweisen.

Bald wurde es jedoch den Deutschen klar, daß sie für eine Rechnung, die die Gruppen unter sich zu begleichen hatten, benutzt wurden. Obwohl der offizielle Zweck der Résistance darauf abzielte, den Krieg gegen Deutschland fortzusetzen, wurde die meiste Energie auf den Machtkampf derer, die nach dem Krieg Frankreich regieren würden, verwendet.

General Charles de Gaulle, das selbsternannte Oberhaupt der Résistance, erkannte sehr schnell das Desaster, wenn nicht dem für beide Seiten verlustreichen Aderlaß ein Ende gemacht würde. Er nahm Kontakt zu Stalin auf und bat um Unterstützung, die Verhältnisse wieder ins Lot zu bringen. De Gaulle versprach, sein Nachkriegskabinett mit kommunistischen Ministern zu besetzen – was er später auch tat – und stimmte auch zu, die Leute der Résistance unter seiner Kontrolle bei dem Holocaust von einer Million Franzosen mitspielen zu lassen.

De Gaulle wußte, daß die Teilhaberschaft an einem Massenmord eine unauslöschliche Bindung zwischen den kämpfenden Parteien bilden würde. Und Stalin dachte, die weitausholende Exekution von einer Million Bürger würde den Weg außerordentlich vereinfachen, aus Frankreich einen kommunistischen Staat zu machen.

De Gaulle und Stalin unterschätzten jedoch die Gier der Verbrecher. Als die Zeit kam, die Kriegsbeute zu verteilen, sprangen sich Gaullisten und Kommunisten gegenseitig wieder an die Kehle und erneuerten ihren Zorn aufeinander. Es be-

General de Gaulle als Sieger in Paris. Seine Konkurrenten hat er bereits vorher von London aus ausgeschaltet.



Frankreich

Barbie und der Mythos der Resistance

anspruchte die geballte Kraft der liberalen und kommunistischen Medien, um das Kriegsgeschrei und die peinlichen Enthüllungen, die damit verbunden waren, zu dämpfen.

Der Mythos der Résistance

Ein verabredetes Schweigen umgab die Rolle der Résistance während und nach dem Krieg.

Es war der Grundstein für das Überleben aller französischen Regierungen seit de Gaulle. Alle waren Teilnehmer oder Nutznießer der Niederlage der gesetzmäßigen Regierung unter der Führung von Marschall Henri Philippe Petain.

Die Medien bauten eine Heldenmythologie aus den Verrätern, ausländischen Agenten, Massenmördern und Dieben auf. Die Résistance war offiziell ein medien- und regierungsunterstützter Mythos, der tabu für alle Fragen war. Die Résistance durfte nur im Flüsterton des Lobpreises und der Verehrung erwähnt werden. Woodoo-ähnliche Rituale wurden in ganz Frankreich eingesetzt, um die Résistance-Dogmen zu verewigen. Das erste davon untersagte jedes genaueres Hinterfragen ihrer Taten.

Heute folgen Regierung und Medien einer schnellen Vergeltungsroutine gegen alles, was die geheiligte Résistance in Frage stellen könnte. Ernstzunehmende Historiker haben seit Jahren unter den strikten Vorschriften dieses Kultes unserer Tage gelitten. Französische Historiker, die ihre Ergebnisse veröffentlichen wollten – sie taten es unter Einsatz ihres Lebens –,würden ihre akademische Stellung verlieren und wären polizeilicher Verfolgung ausgesetzt. Trotzdem fuhren mutige Akademiker aus ihrer relativen Sicherheit des Ruhestandes oder des Exils heraus fort, in der verbotenen Vergangenheit um der Wahrheit und der akademischen Integrität willen herumzustöbern.


Nach der Rückkehr de Gaulles nach Paris, treiben französische Widerstandskämpfer deutsche Soldaten zusammen.

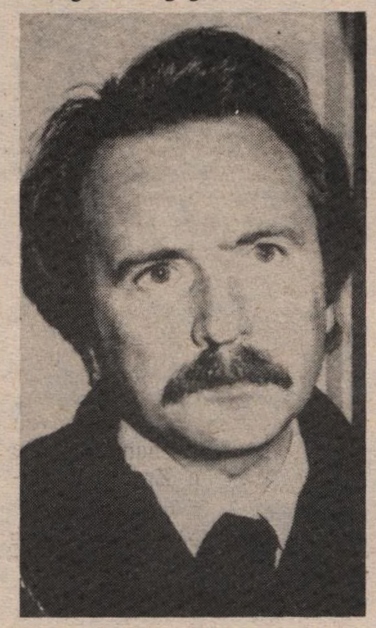
Die Gaullisten und ihre kommunistischen Kollegen waren so entschlossen, die Wahrheit zu unterdrücken, daß von Steuergeldern bezahlte Stellen in der Regierung geschaffen wurden zu dem einen Zweck, die Geschichte neu zu schreiben. Die Opfer der internen blutigen Résistance-Fehde waren automatisch von der Vichy-Regierung betrogen und von den Nazis zu Tode gefoltert worden.

Ein solcher Märtyrer war John Moulin, Großmeister des französischen Freimaurerordens »Grand-Orient«. Diese Loge, die zutiefst antichristlich ist, hat das politische Establishment vertreten seit seine Vorgänger in Frankreich 1789 die Macht ergriffen und mit dem freien Gebrauch der Guillotine das Land in eine Orgie von Blut und Aufruhr stürzten.

Moulin spielte eine wichtige Rolle beim Résistancekampf, weil er Mitglieder der Grand-Orient-Loge an strategischen Stellen einsetzte. Diese Schritte bestürzten die Kommunisten, die mit de Gaulle gerade ein Machtteilungsübereinkommen ausgemacht hatten. Moulin täuschte vor, davon abzusehen. Statt dessen brachte er die B'nai B'rith-Logen, die der Grand-Orient-Loge angegliedert waren, ins Spiel, um gegen die kommunistische Koalition vorzugehen. Damals unterhielten die B'nai B'rith-Logen ausgezeichnete Verbindungen zur nationalsozialistischen Regierung. Männer dieser Loge hatten freie Hand, Juden für einen noch zu schaffenden jüdischen Staat anzuwerben. Diese Verbindung erboste sowohl de Gaulle als auch Stalin, die davon ausgingen, die Juden gäben ihre Energie im Kampf gegen die Deutschen aus.

Respekt vor dem deutschen Geheimdienst

In dieser Schlangengrube von Intrigen und gegensätzlichen Interessen war es nicht überraschend, daß Moulin, wie so viele andere, im Kreuzfeuer gefangen werden sollten. Dem deutschen Geheimdienst wurde ein Tip gegeben, wo Moulin sich aufhielt. Er wurde verhaftet und starb später unter mysteriösen Umständen, als er in Lyon im Gefängnis saß.


Regis Debray, Liebling der Pariser Salons, wollte in Bolivien bei Che Guevaras Guerillakrieg dabei sein.

Die deutschen Behörden kannten sehr wohl den, der ihnen den Tip gegeben hatte, und der für Moulins Tod verantwortlich war. Es war sicherlich nicht Barbie oder irgendein anderer deutscher Beamter.

Nach dem Krieg wurden die Deutschen und insbesondere Barbie von de Gaulle angeklagt, Moulin in seiner Zelle ermordet zu haben. Moulin wurde als ein Nationalheld und Märtyrer aufgebaut und im Pariser Panthéon an der Seite anderer berühmter Franzosen bestattet. Barbies schlechter Ruf stieg proportional zu Moulins gutem. Tatsächlich war das Reinwaschen der ganzen Résistance gänzlich von der stetigen Betonung der »Nazischurkereien« von Offizieren wie Klaus Barbie abhängig.

Der deutsche Geheimdienst wäre sicherlich erfreut gewesen, seine Akten bei einem regelrechten Gerichtsverfahren, das den Regeln der Beweisaufnahme unterliegt, nach dem Krieg öffnen zu dürfen. Aber der Holocaust gegen vermutete »Kollaborateure« und die Massenexekutionen der Deutschen erwiesen sich als Hindernis für die ehemaligen deutschen Beamten, sich der Justiz zur Verfügung zu stellen.

Auf der anderen Seite hatte der amerikanische Geheimdienst großen Respekt vor der Genauigkeit und Verläßlichkeit des deutschen Geheimdienstes: Barbie und Tausende anderer wurden von der amerikanischen Regierung angeworben, um das Fundament für das, was einmal den CIA geben sollte, zu legen. Das Pentagon hat niemals geleugnet, daß das deutsche Geheimdienstnetzwerk für das Nachkriegsamerika eine unschätzbare Hilfe war, ähnliche Netzwerke aufzubauen.

Die französischen Regierungen, die auf die gaullistisch-kommunistische Koalition folgten, ver-

breiteten den Eindruck, Barbie hart auf den Fersen zu sein. Er wurde von den französischen Medien »der Schlächter« und »das Tier von Lyon« genannt. Man forderte, daß Barbie »der Justiz ausgeliefert werden solle«. Dies alles wurde um der Schau willen getan. Das ritualisierte Schlechtmachen Deutschlands diente dazu, noch mehr »Reparationsdollars« aus Deutschland herauszuholen.

Das Letzte, was das Establishment Frankreichs wollte, war das Erscheinen Barbies vor dem Gerichtshof, wo er von der ganzen Welt angestarrt werden würde. Barbies Erscheinen vor Gericht würde ein Unglück für alle bedeuten. Offizielle Forderungen drängten die amerikanische Regierung, »Barbie herauszugeben«, aber immer mit dem Vorbehalt, daß es keine Eile hätte.

Großes Geld für die Jagd

Inzwischen war man sich sicher, daß Barbie nicht auftauchen würde. Die französischen Gerichte wurden von der Regierung gebeten, ihn in Abwesenheit wegen Folter und des Mordes an Moulin zu verurteilen. Angebliche Zeugen tauchten auf, um zu schwören, sie hätten »den Schlächter gesehen, wie er sein gräßliches Handwerk ausübte«.

Die politisierten Richter verurteilten Barbie schnell zum Tode. Aber nicht in einer, sondern in zwei getrennten Verhandlungen, als ob sie sich versichern wollten, daß Barbie niemals in Frankreich auftauchen würde, wenn er der Guillotine entkommen wollte.

Der französische Geheimdienst war stets über Barbies Aufenthaltsorte informiert, ob er nun in Amerika für den Geheimdienst oder in Lateinamerika irgendwo arbeitete. Barbie wurde von den französischen Medien in die Rolle eines »Nazi-Flüchtlings« gesteckt, tatsächlich gejagt aber nur im Fieberwahn verschiedener selbsternannter Nazijäger.

Wie viele Organisationen, die Geld für die Erforschung einer Krankheit bekommen, aber nie ein Heilmittel gegen sie finden aus Furcht, sie könnten das Geld verlieren, so mußte die Nazi-Industrie sehr sparsam im Aufstöbern versteckter Nazis sein, die sehr alt und sehr wenig und dazu noch weit verstreut sind. Sie zu fangen wäre, als ob man die goldene Gans tötete.

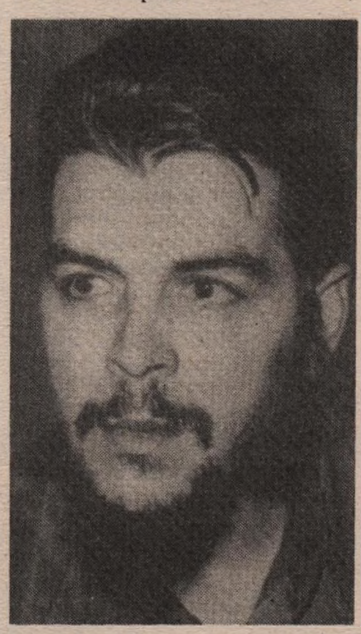
In diesem Zusammenhang war Barbie »frei und unterwegs« bei weitem von größerem Nutzen und Gewinn für das französische Establishment, als wenn er vor dem Gericht erschienen wäre. Als de Gaulle an der Macht war, lehnte er immer die Angebote Lateinamerikas ab, Barbie zu kidnappen und ihn nach Frankreich zu bringen. Ebenso lehnte er das Angebot des israelischen Geheimdienstes Mossad ab, den alternden Deutschen zu ergreifen.

Statt dessen regte de Gaulle die Veröffentlichung von Geschichten über superreiche Nazis an, die ein gutes Leben unter dem Schutz der lateinamerikanischen Diktatoren führen. Die wirklichen Tatsachen des Résistance-Skandals wurden weit weg von Frankreich abgehandelt. De Gaulle war im Zwiespalt darüber, die aufkommende Frage seiner Legalität während des Krieges anzuschneiden und, daß die überwältigende Mehrheit der Franzosen ihre rechtmäßige Regierung unter Henri Philippe Petain bis zum Ende des Krieges unterstützten. Durch den Terror des Nachkriegs-Holocaust, der von der gaullistischen und kommunistischen Koalition verbrochen wurde, etablierten sich die Kriegsherren fest in der Macht über die entwaffnete und erschreckte französische Bevölkerung.

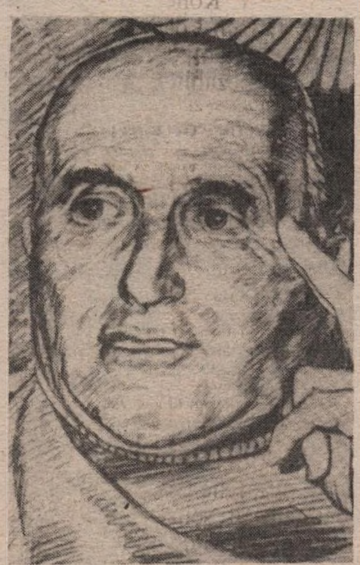
Die Franzosen jedoch haben ein langes Gedächtnis, und das Massaker an einer Million schutzloser Menschen wird von ihren Freunden und Verwandten nicht einfach vergessen. Sie warten auf die Gelegenheit, die Massenmörder ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

In einem Kreuzverhör würde Barbie vieles über die blutige Vergangenheit der Résistance offenbaren, was den Weg für die Verteidiger der Opfer öffnen würde, angemessene rechtliche Schritte zu unternehmen. De Gaulle hatte ganz konsequent begriffen, ein Prozeß gegen Barbie wäre vergleichbar mit dem Öffnen der Pandorabüchse. Die einzige Alternative, den Lauf der Gerechtigkeit zum Stillstand zu bringen, wäre, den Nachkriegsterror wieder einzusetzen und noch einmal eine Million »brüderlicher Menschen« zu massakrieren. Das könnte in den heutigen Tagen der sofortigen und weltweiten Kommunikation ein ernstes Problem für Frankreichs Establishment verursachen.

Warum änderte nun Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand die Einstellung zum Verhalten gegenüber Barbie? Warum wußte diese Regierung die Weisheit von nahezu 40 Jahren Résistance-Regierung nicht zu schätzen, und man ließ Klaus Barbie, wo er war?



Che Guevara schlug Debray vor, nach Paris zu seinem Kaviar und seiner Gänseleber zurückzukehren.



Klaus Barbie. Sein Erscheinen in Frankreich bedeutete ein Unglück für die Justiz und Mitterrand.

Das erste und möglicherweise Entscheidende ist, daß Mitterrand krankhaft selbstsüchtig ist. Er hat nach seiner Wahl in vielen seiner Entscheidungen ein Überselbstvertrauen an den Tag gelegt, und das Barbie-Fiasko folgt diesem Muster. Man füge zu dieser Überselbstsicherheit noch den Druck der Trotzkisten und den Sensationsdurst der Medien hinzu.

Die zionistische Lobby ist immer ängstlich darauf bedacht gewesen, Wiederholungen des Adolf-Eichmann-Prozesses, der sich als eine Goldgrube herausstellte, zu erreichen. Solche Gerichtsverfahren waren nicht nur lukrativ, sondern dienten dazu, die Kritik an der Besetzung arabischer Länder zum Schweigen zu bringen. Wer auch immer einen jüdischen Staat kritisiert, ist ein Nazi oder zumindest ein potentieller.

François Mitterrand in seiner Präsidentschaftseuphorie war nun so optimistisch, daß er die zionistische Lobby, die ihn zum ersten Mann Frankreichs gemacht hatte, mit dem kleinen Gefallen eines Barbie-Schauprozesses bezahlen könnte. Mitterrand wurde empfohlen, den Prozeß nach dem Eichmann-Muster ablaufen zu lassen: eine Aufzählung von Sünden und Verbrechen durch die Ankläger, die von einem dramatischen Urteilsspruch »der unaussprechlichen Schuld« durch die Geschworenen gefolgt würde.

Die französischen Trotzkisten hatten ihren eigenen Grund, warum sie Barbie vor Gericht wünschten. Sie fühlten sich um ihren Anteil an der Macht betrogen und hatten noch eine blutige Rechnung darum zu begleichen. Sie machten geltend, daß ihnen der aufgewirbelte Staub der Affaire nur nützlich sein könnte.

Die Medien waren aus Sensationslust hinter den Fotos eines »Nazis in Ketten« her. Nazismus hat sich immer gut verkauft, und Barbie sah aus wie der Garant für sichere Auflagen für die französische Presse.

Frankreich

Barbie und der Mythos der Resistance

Der Beschleuniger und Befürworter von Barbies Gefangennahme und späterer Einkerkerung in Frankreich war Regis Debray. Er war lange Zeit der Liebling der radikalen Gucci-gekleideten Revolutionärs-Schikkeria der Pariser Salons. Debray meinte, seine Überlegenheit über die marxistischen Müßiggänger Frankreichs würde sich vergrößern, wenn er sich neben Che Guevara im lateinamerikanischen Dschungel fotografieren und filmen lassen könnte. Feierlich kündigte Debray an, daß er zeitweilig den dialektischen Streit in Paris verlasse, um in Bolivien beim Guerillakrieg dabei sein zu können.

Der Liebling der Pariser Salons

Debray und seine elegante Umgebung einschließlich einer Delegation der französischen Medien gingen nach La Paz, wo sie sich auf die Strapazen des Dschungels mit großzügigen Rationen »Dom Perigon Campagne« vorbereiteten. Schließlich traf sich Debray mit Che, um sich, wie geplant, zur Verfügung zu stellen.

Guevara tat wenig, um seine Geringschätzung für diese bourgeoisen Revolutionäre zu verbergen, die den Kampf der Massen auf seinem Platz spielen wollten. Sie konnten nicht kämpfen und beklagten sich dauernd über die Moskitos, Schlangen und Spinnen, das Wetter und das Essen. Schlimm, daß Debray Che über die Feinheiten des dialektischen Materialismus zu belehren versuchte. Che Guevara ließ wissen, daß er nur wenig Zeit für solche marxistischen Belehrungen hätte. Er hätte einen Krieg zu führen und schlug Debray vor, nach Paris zu seinem Kaviar und seiner Gänseleber zurückzukehren.

Die Hölle hat nicht solche Wut wie ein verschmähter marxistischer Dandy. Debray kochte. Che hatte ihn nicht als marxistischen Messias, wie es ihm zukam, anerkannt. Debray verließ den dampfenden Dschungel. Er hatte genug Filmmaterial seine »Kampagne« zu rechtfertigen. Aber er verließ ihn auch mit einer nagenden Wunde, die durch Ches Abweisung entstanden war. Debray schwor sich, ebenso zu werden.

All dieses revolutionäre und pseudorevolutionäre Kommen und Gehen erregte die Aufmerksamkeit der bolivianischen Behörden für Debray, den sie dann auch verhafteten. Es war ihm nun wirklich gelungen: Französische Zeitungen brachten dieses Ereignis in die Schlagzeilen, und Debray aalte sich in seinem Ruhm. Die bolivianische Polizei jedoch war nicht in der Stimmung, den dankbaren Gastgeber für die verwöhnte Göre linken Elitedenkens zu spielen. Sie wollten Informationen oder »anderes«. Froh erzählte Debray alles, was er wußte, insbesondere die Aufenthaltsorte Che Guevaras, weil er dadurch auf eine sofortige Freilassung hoffte.

Statt dessen behielt ihn die Polizei in strenger Sicherheit und fuhr fort, Che zu Tode zu jagen. Danach wurde Debray schließlich freigelassen. Debrays verräterische Abkehr von Che Guevara ist in intimen Kreisen der revolutionären Ultralinken, wie den Roten Brigaden, bekannt, wird aber von der konventionellen Linken, dem kommunistisch-sozialistischen Establishment ignoriert.

Debrays Profil durch Intrigen

Der Debrayfaktor war ein Grund für Reibereien unter den reinen und weniger reinen Linken. Debray hat alles getan, um seinen befleckten Ruhm wettzumachen. Freundliche Journalisten veröffentlichten Geschichten über seine angebliche Folterung für die Sache der internationalen Revolution durch »brutale, faschistische« Polizei im Gefängnis. Dazu wurde ein neues Ziel von Debray für sein edelmütiges Boliviengefasel hinzugefügt: die Nazijagd.

Obwohl der Gedanke niemals zuvor ausgesprochen worden ist, wurde es für Debray unerläßlich, seine marxistischen Referenzen wieder herzustellen, indem er sich in die Positur des brennendsten aller Nazigegner warf. Sein Betrug an Che Guevara zwang ihn, der Welt nachzuweisen, daß er nicht für die marxistischen Verluste verantwortlich sei. Sein Beitritt in die Nazijägerindustrie würde ihn von jeglicher Schuld reinigen.

So oder so war Debray in das Unterfangen, daß Klaus Barbie zurückgebracht und vor der Welt verurteilt werden mußte, verstrickt. Sein Augenblick kam, als sein Freund vom linken Flügel, François Mitterrand, 1981 Präsident in Frankreich wurde.

Wie bei marxistischen Politikern in den Salons üblich, war Debray Madame Mitterrands offizieller Liebhaber mit der Zustimmung von Mitterrand. Diese Ménage à trois wird in den Avant-Garde-Kreisen bevorzugt.

Mitterrand machte Debray zum Mitglied seines Kabinetts als »besondere Hilfe für den Präsidenten«, eine Ironie, die die gallischen Untertanen zu schätzen wußten. Mit den unbegrenzten Steuergeldern, die ihnen zur Verfügung standen, dauerte es nicht lange, daß das ausgeklügelte Szenarium für Barbies Gefangennahme in Szene gesetzt wurde.

Wenn viel Geld ausgegeben werden sollte, mußte in der Öffentlichkeit der Eindruck eines größeren Aufwandes gemacht werden. Zuerst erschienen in den französischen Medien Geschichten über uneinnehmbare Festungen, die von Armeen treuer Nazis bewacht würden, und die wiederum von den Diktatoren unterstützt werden. Das alles wurde unternommen für einen guten Roman und für die Rechtfertigung der verschwenderischen Ausgaben.

Die Wahrheit sah ganz anders aus. Barbie lebte bescheiden in Bolivien. Er wurde von bestochenen Beamten wegen Steuerhinterziehung verhaftet. Er wurde betäubt und aus dem Land nach Französisch-Guayana gebracht, wo das Präsidentenflugzeug auf ihn wartete.

Die Medien begrüßten die Gefangennahme des alten und gebrechlichen Mannes mit einem Aufschrei: »Nazibestie gefangen«, »Massenmörder in Ketten«, »Alptraumschlächter kehrt zurück«. Zwei Wochen lang gönnte sich die Presse eine Orgie von Schlagzeilen, gefolgt von reißerischen Anklagen.

Bei der Vorbereitung des Prozesses gegen Klaus Barbie ging man davon aus, daß es ihm erlaubt sein würde, das Unaussprechliche zu äußern. Die Gerichtsverhandlung wurde sorgfältig nach den Richtlinien des Adolf-Eichmann-Prozesses vorbereitet. Wie es sich für ein Ungeheuer gehört, wurde Barbie in eine verliesähnliche Zelle in Lyon geworfen.

Angst vor der Vergangenheit

Die Suche nach einem Verteidiger für Klaus Barbie war ein interessanter Nebenschauplatz für sich. Mit dem Anschein von Legalität suchte die französische Regierung nach einem Verteidiger, der bereit war, Barbie zu verteidigen. Die Suche war natürlich fruchtlos. Es wurde jedoch als eine Entschuldigung für die massiven Proteste der Rechtsberufe hervorgebracht: Wie konnte nur überhaupt ein Anwalt gefragt werden, solch ein Monster zu verteidigen? Wie sollte ein Jurist nach der Verteidigung dieses Unverteidigbaren mit seinem Gewissen leben können?

Die Litanei dieser Heuchelei wurde von den Erklärungen der Treue zur Résistance begleitet, und man machte sich wieder einmal die Verfluchung des Nazidämons zu eigen. Schließlich war der Präsident der Anwaltskammer willig, das Kreuz zu tragen, das »er niemandem seiner Kollegen zu tragen wünschte«. Um hervorzuheben, daß sein Angebot nur ein Opfer für seine erschreckten Kollegen sei, machte er seinem unerschütterlichen Glauben an die absolute Schuld Barbies öffentlich bekannt. Wer braucht bei so einem Verteidiger einen Ankläger?

Klaus Barbies verfolgte Familie stand tapfer an seiner Seite und verlangte, daß der Justizparodie ein Ende gemacht werden sollte. Die Debray- und Mitterrand-Clique war überglücklich. Alles lief nach Plan. Der Weltpresse wurde ein Platz in der ersten Reihe eingeräumt, und die zionistische Lobby war im Begriff, aus dieser neuen Goldgrube Kapital zu schlagen.

Inzwischen wartete Barbie auf seinen Prozeß ohne einen Verteidiger zu haben. Nachdem er tausendmal von den Medien verurteilt worden war, ertrug er

schweigend seine Rolle als Mittelpunkt des medien-aufgepeitschten Hasses der Welt. Sein frömmlerischer Verteidiger riet ihm, sich in allen Belastungen als schuldig zu bekennen und nicht um Gnade zu bitten, denn »es gäbe keine Gnade in seinem Fall«.

Barbies Familie merkte, daß in der Tat dieser Fall hoffnungslos war. Die Medien wüteten zur Einschüchterung in einem solchen Ausmaß, daß niemand es wagen würde, das Offensichtliche auszusprechen. Die Verkündung von Schuld, noch bevor die Verteidigung angehört wurde, war ein abscheulicher Justizmißbrauch

Verges kommt zur Verteidigung

Wochen verstrichen und die Farce lief weiter. Aber eines Tages bekam die Familie Barbies den Anruf eines Mannes, der sagte, er wäre tief bewegt durch die offensichtliche Ungerechtigkeit des Prozesses und fühle sich dazu gezwungen, etwas zu tun. Er war nicht reich, aber er wollte sein ganzes Vermögen verkaufen, um für eine anständige, faire und rechtmäßige Verteidigung für den früheren deutschen Offizier zu sorgen.

Der Anrufer sagte, er würde einen Verteidiger empfehlen, den einzigen, dem man in einem solchen Fall Vertrauen schenken könnte. Er wollte keinen Dank. Er täte lediglich seine Plicht als gewöhnlicher Mensch, der glaube, daß jeder das Recht hätte, Gleichheit vor dem Gericht zu erwarten. Der französische Anrufer gab sich nicht zu erkennen. Er sagte nur, daß ein Anwalt namens Jacques Verges demnächst mit ihnen Kontakt aufnehmen werde.

Am nächsten Tag beriet sich Verges mit der Familie und erklärte, daß der Angeklagte von sich aus das Ersuchen um die Auswechslung seines Verteidigers einreichen müßte. Seine Familie könnte dies nicht für ihn tun. Barbie stellte den Antrag. Verges überwandt die Regierungsproteste und wurde der Verteidiger des früheren Geheimdienstoffiziers.

Der Mann, der das gaullistisch-kommunistische Establishment Frankreich dadurch so schokkierte, daß er Klaus Barbiers Fall übernahm, war der letzte Mensch auf Erden, den das französische Establishment jemals glaubte, auf der »anderen Seite« zu sehen. Jacques Verges war ein hochangesehener Kommunist.

Bestürzung unter den linken Eierköpfen

Als junger Mann hatte er gegen Deutschland gekämpft. Er hatte den französischen Kolonialismus in Vietnam, Afrika und besonders in Algerien verurteilt. Verges hatte gegen Rassismus und Imperialismus gestritten. Er hatte für jede gerechte Sache und jedes dem Réstistance-Establishment am Herzen liegende Problem eingesetzt. Sein Vater war ein kommunistisches Mitglied der Nationalversammlung – ebenfalls mit makellosen linksradikalen Referenzen.

Warum verbreitete Verges soviel Bestürzung unter den liberalen und linken »Eierköpfen« und in den Rängen der Koalition von Gaullisten, Kommunisten und dem Groß-Orient. Obwohl sie seine politische Richtung billigten, haßten sie ihn mehr als Barbie. Verges war ein Mann, der keine Befehle annahm. Er dachte selbständig.

Verges war unempfänglich für Druck von seinesgleichen. Er konnte nicht gekauft oder bedroht werden. Er hatte Selbstachtung. Er besaß absolute Rechtschaffenheit. Er fürchtete sich keineswegs vor gaullistisch-kommunistischem Druck. Er kannte das alles aus 45jähriger Insidererfahrung. Er kannte das alles und war unbeeindruckt, und er kannte alle Fallstricke.

Die Wahrheit über Moulin

Verges verlor keine Zeit, den Spieß der Staatsanwaltschaft umzudrehen.

Zuerst bewies Verges, daß der Chef des Groß-Orients Jean Moulin von seinen »Fratres« in der gaullistisch-kommunistischen Réstistance verraten worden war. Er zählte hieb- und stichfeste Namen, Daten und belastende Beweise auf, die das französische Establishment erschauern ließen.



Simon Wiesenthal warnte den französischen Präsidenten Mitterrand, daß ein Gerichtsverfahren gegen Barbie keine so gute Idee sei.

Nach Jahrzehnten in ihren Reihen hatte Verges Zugang zu den verborgensten Geheimnissen. Er machte sich auch den angestauten Ärger der Menschen zu beiden Seiten des Zaunes zunutze, die solange einen Maulkorb umgehabt hatten. Viele von ihnen hatten nichts mehr zu verlieren; sie hatten ihre Furcht vor Vergeltung verloren.

Verges faßte seine Ermittlungsergebnisse in dem Buch »Jenseits von Pontius Pilatus« zusammen, das trotz der ungestümen Versuche der »Speichellecker« Mitterrands, es schlecht zu machen, sofort ein Bestseller in Frankreich wurde. Die Medien entluden sich in bis dato Hitler allein vorbehaltenen Wutausbrüchen. Verges wurde »Le Diable« betitelt, das heißt der leibhaftige Satan. Angeblich begleiteten okkulte Mächte jeden seiner Schritte.

Verges hatte nicht nur die Tabus der Résistance zerschmettert, sondern wie sich die Medien bitter beschwerten, Barbies Ankläger zu Beklagten gemacht. Als er das »Geflecht von Verrat und Mord« der Résistance entwirrte, erbrachte er den Beweiß, daß Barbie tatsächlich nichts mit Moulins Tod zu tun hatte. Dies war der einzige konkrete Anklagepunkt, den die Staatsanwaltschaft Barbie zur Last gelegt hatte.

Zahlreiche andere durch die Medien hochgespielte Beschuldigungen waren hauptsächlich auf Hörensagen begründet oder erpreßt durch die Gesellen des französischen Holocausts von 1944 bis 1945. Ohne die Moulin-Anklage stand der Fall für die Staatsanwaltschaft auf sehr schwachen Füßen und würde nach den Beweisregeln nie als rechtsgültig anerkannt werden.

Die Staatsanwaltschaft brach in Panik aus: Eine Verhandlung würde ergeben, daß Barbie an Moulins Tod unschuldig war, und die anderen Beschuldigungen konnten einem Kreuzverhör vor Gericht nicht standhalten. Verges forderte die sofortige Freilassung seines Klienten, wenn die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage sei, gegen ihn gemäß der Anklage zu verhandeln.

Da legte sich plötzlich der Mantel des Schweigens schwer über den Barbie-Fall, der spätestens damit zur »Verges-Affäre« wurde.

Die Regeln werden geändert

In den oberen Gremien des Groß-Orients, der Lobby der Zionisten und des Mitterrands-Regimes drang man darauf, daß Barbie in seiner Zelle ermordet

Barbie und der Mythos der Resistance

werden sollte, um ihrer mißlichen Lage ein Ende zu bereiten. Die Lobby empfahl einen zuverlässigen praktischen Arzt, der darin Fachmann war, über eine Vierwochenperiode hinweg eine Reihe von Injektionen verabreichen zu lassen, die zum »natürlichen« Tod von Barbie führen würden.

Verges bekam Wind von der Verschwörung und tat dem gesamten Establishment kund, daß er sich bereits ein komplettes medizinisches Gutachten über Barbies Gesundheit beschafft habe und jeglicher Versuch, ihn zu ermorden, einen Mammutprozeß gegen alle Täter zur Folge haben werde.

Da die Verschwörer wußten, was Verges meinte, was er sagte, legten sie ihren Mordplan auf Eis. Die Medien jedoch bekamen die Nachricht nicht rechtzeitig, und plötzlich erschien eine Welle von Berichten über die »rapide nachlassende Gesundheit des ›Schlächters von Lyon«.

Sie wünschten sich, daß Barbie einfach verschwinden möge. Und sie verfluchten den Entschluß, ihn nach Frankreich zurück gebracht zu haben. Würde dieser Alptraum je vergehen? Warscheinlich nicht. Und der Schrecken für die in der Résistance verbündeten Parteien hatte eben erst begonnen.

Verzweifelt beschloß das Mitterrand-Regime, sich auf Barbies andere »Verbrechen« zu konzentrieren wie seine Beteiligung am Völkermord, wofür der nationalsozialistische Friedensunterhändler Rudolf Heß zu lebenslanger Haft in Nürnberg verurteilt worden war. Das ist eine weitgefaßte Pauschalanklage, die sich praktisch gegen jeden beliebigen deutschen Bürger richten kann, der zwischen 1933 und 1945 seinem Land diente.

Heß, der außer seines Fluges nach England im Bemühen um die Vermeidung des Krieges nicht des geringsten Verbrechens schuldig war, wurde trotzdem für *»Kriegsverbrechen«*, »Völkermorde« und »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« schuldig befunden aufgrund dessen, daß er ein deutscher Politiker und in den dreißiger Jahren Stellvertreter Hitlers war, lange bevor der Krieg oder irgendeines der angeblichen Verbrechen stattfand. Wenn er sie nicht beging, entschieden die »Großen Drei« – die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion –, so sei er schuldig, daran gedacht zu haben, sie zu begehen.

Mitterrand, der Barbie aus politischen Gründen nicht freilassen konnte und dessen Alternative, ihn in seiner Zelle zu ermorden, vereitelt worden ist, unterstützte die »Orwell-Methoden« der Staatsanwaltschaft. Er brauste wie ein Wirbelwind durch die Legislative und änderte maßgebende Gesetzte für rückwirkendes Inkrafttreten, Verjährungsfrist und Unterordnung der französischen Justiz unter internationale Gesetze. Die Richterschaft, die dem französischen Präsidenten bis zu jener Zeit unterwürfig Beistand geleistet hatte, murrte, da, nur um Mitterrands Fiasko mit Barbie zu vertuschen, nicht sie den Preis zahlen wollten, der in der völligen Umkrempelung ihres Tätigkeitsfeldes bestand.

Zu jedermanns Überraschung setzte Verges dem Katalog neuer Gesetze nicht den erwarteten Wiederstand entgegen. Er ließ sie ruhig ändern und Gesetzeskraft erlangen. Einige machten sich Sorgen, daß er kein As mehr in seinem Ärmel hätte. Darum dachten die meisten Lakaien Mitterrands, sie hätten Barbie und Verges ein für allemal unter Kontrolle.

In der eigenen Schlinge gefangen

Während sie eifrig dabei waren, die Spielregeln umzuschreiben, war Verges auch nicht faul gewesen. Unter Vorwegnahme der Gesetze hatte Verges seine »Fallstricke« für die »Justiz-Wilderer« ausgelegt. Er strengte eine Reihe von Prozessen mit Streitwerten in mehrfacher Milliardenhöhe an gegen die französische Regierung und alle ehemaligen Staatsbeamten und Staatsbevollmächtigten, außerdem gegen alle Armeeangehörigen und gegen jeden französischen Bürger, die des Völkermordes, *eines Kriegsverbrechens* und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschuldigt wurden.

Seine Hauptprozesse waren die im Namen von algerischen Familien und ganzen Dörfern, die durch französische Polizeiaktionen fast ausgerottet worden waren. Seitenlanges Belastungsmaterial über Folterungen von Frauen und Kindern und politischen Gefangenen wurden dem Gericht vorgelegt. Tausende Kläger standen Schlange und forderten Gerechtigkeit und Entschädigung in Milliardenhöhe.

Andere Opfer aus Vietnam und dem ganzen ehemaligen französischen Kolonialreich begannen, ähnliche Prozesse vorzubereiten. Die Verjährungsfrist für die Verfolgung dieser »Völkermordverbrechen« waren ja durch Mitterrand aufgehoben worden.

Nun ist das Mitterrand-Regime in einer unmöglichen Lage gefangen, für die es ganz und gar selbst verantwortlich ist. Sie haben die Büchse der Pandora geöffnet. Selbst wenn sie Barbie verurteilen oder ermorden, sehen sie der Gefahr ins Auge, Seite an Seite mit dem ehemaligen deutschen Geheimdienstoffizier auf der Anklagebank zu sitzen, um sich wegen weit gründlicher belegten Anklagen ihrer eigenen Völkermordverbrechen zu verantworten.

Obwohl Verges beständig die Aufmerksamkeit auf die Nichtigkeit des gerichtlichen Vorgehens gegen natürliche Personen mittels Gesetzen, die zur Zeit der angeblichen Verbrechen nicht existierten, gelenkt hat, beschloß Mitterrand, sich über diese Feinheiten des elementaren Rechts hinwegzusetzen und entschied sich für blinden Haß und politische Zweckmäßigkeit.

Mitterrands Rolle in den Kolonialkriegen

Die französische Regierung ist nun mit gleichermaßen unbekömmlichen Alternativen konfrontiert. Sie kann die gesamte neue Gesetzgebung aufheben und öffentlich ihre Dummheit zugeben. Sie kann neue Gesetze erlassen, die deutlich machen, daß nur Deutsche eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, eines Kriegsverbrechens und des *Völkermordes angeklagt werden* können, und alle anderen Menschen davon ausnehmen. Jegliche dieser Handlungen könnte und würde wahrscheinlich Mitterrand zu Fall bringen.

Die Gerichte mit endlosen Prozessen verstopft zu wissen wie die fast sichere Aussicht, die Opfer entschädigen zu müssen – was sich auf Milliarden US-Dollar belaufen würde –, seine Bevollmächtigten vor Gericht gebracht und abscheulicher Verbrechen überführen zu sehen, das ganze Gebäude seiner Gesetzwidrigkeit um sich herum zerfallen zu erleben, ist alles ein Alptraum für Mitterrand.

Mitterrand selbst ist Hauptziel der Strafverfolgung wegen seiner Rolle als Minister während der französischen Kolonialkriege. Die Überlebenden des französischen Holocausts von 1944 bis 1945 bereiten ebenfalls Prozesse mit folgenschwerer Bedeutung vor.

Diese wegweisende Gesetzgebung hat auf alle Menschen rund um die Welt Eindruck gemacht, die von den Völkermord- und Kriegsverbrechen der selbsternannten »Verteidiger von Freiheit und Demokratie« heimgesucht wurden. Das scheinheilige britische Establishment schaut ängstlich über den Kanal auf diese verhängnisvollen Entwicklungen. Wenn an internationalen Gerichten auf die Verjährungsfrist verzichtet wird, könnten sie sich einmal für die Ausrottung der tasmanischen Rasse, dem einzigen in diesem Jahrhundert verzeichneten totalen Völkermord, verantworten müssen, ebenso wie eine lange Reihe von Greueltaten, beginnend bei ihren Konzentrationslagern in Südafrika über die Bombardierung der Zivilbevölkerung in Städten wie Dresden bis zu ihrer jahrhundertelangen Völkermordpolitik in Nordirland.

Wie der Vogel Strauß im Sprichwort seinen Kopf in den Sand steckt, um der Gefahr zu entgehen, ist Mitterrand zum Thema Barbie ziemlich sprachlos geworden. Er steht vor weit größeren Problemen. Der Barbieprozeß ist zum Verfahren gegen die Befürworter von doppelter Moral und totalitärem Staat geworden, die sich jahrelang hinter dem Mantel des Friedens und der Demokratie versteckt haben. □

Revisionismus

Wenn Heß reden würde

James P. Tucker

Seit 46 Jahren ist Rudolf Heß ein Gefangener. Interviews mit der Presse sind ihm verboten und er darf über den Zweiten Weltkrieg weder etwas lesen, sehen oder hören. Am 26. April 1987 wurde er 94 Jahre alt und noch immer ist er der einzige Häftling im Gefängnis Berlin-Spandau. Das Establishment ist entschlossen, daß Heß niemals interviewt werden darf, daß sein Wissen mit ihm sterben soll. Im folgenden ein Beitrag basierend auf einem hypothetischen Interview mit Heß, der auf dokumentierter Geschichte aufgebaut ist.

In dem einzigen Interview, das seit seiner Verhaftung in Schottland vor 46 Jahren ermöglicht wurde, sagte Rudolf Heß heute, er sei auf einer Friedensmission gewesen, die den Zweiten Weltkrieg hätte abwenden können und die Welt befreit hätte von einer Bedrohung durch einen Atomkrieg von seiten der Sowjetunion.

Dramatischer Versuch um Frieden zu erreichen

Hätte Großbritannien das Friedensangebot akzeptiert, das er im Namen von Adolf Hilter überbrachte, so Heß, hätte der Krieg in Europa sofort aufgehört, es hätte keinen destruktiven »Blitz« in Großbritannien gegeben und Europa hätte beispiellose Jahrzehnte des Friedens erlebt; 290 000 Amerikaner, die später im Krieg starben, wären am Leben geblieben; von den Millionen Deutschen die im Feld, in den Bombennächten auf der Flucht ihr Leben ließen ganz zu schweigen.

Heß beschrieb seinen Abenteuerflug allein von Augsburg nach Schottland, wo er in der Nähe von Glasgow mit dem Fallschirm abgesprungen ist und bat bei dem Herzog von Hamilton – Douglas Douglas-Hamilton, dem 14. Herzog – vorsprechen zu dürfen.

Diese Reise war ein dramatischer Versuch Frieden mit Großbritannien zu erreichen. Die Geschichte bestätigt die Erzählung von Heß, daß er anstatt zum Herzog zu Ivone Kirkpatrick, einem Beamten des Außenministeriums, und Sir John Simon gebracht wurde.

Großbritannien hat jedoch nie auf das Friedensangebot reagiert. Statt dessen wurde Heß festgenommen.

»Aber Herr Heß«, so forderte man ihn in dem Interview heraus, »wurde Ihre Mission von Hitler nicht in Abrede gestellt?«

»Natürlich«, antwortete Heß. »Was sonst hätte er tun sollen? Sein Friedensangebot traf nicht nur auf Schweigen, sondern Bomben fallen auf deutsche Städte, auf die Zivilbevölkerung.

Sie wissen wie die Diplomatie funktioniert. Wenn Hitlers Friedensmission zurückgewiesen wird, muß er sie leugnen, um die Kampfmoral der Deutschen aufrechtzuerhalten.«

Der Plan für einen sofortigen Waffenstillstand

Nach einer kurzen Denkpause sagte Heß:

»Glauben Sie auch nur einen Moment lang, daß ich als Hitlers Stellvertreter eine solche Mission ohne Genehmigung unternehmen würde? Warum sollte ich mein Leben in Schottland riskieren, wenn ich nicht Hitlers persönliches Friedensangebot bei mir gehabt hätte? Das wäre absurd.«

Rudolf Heß, der Stellvertreter Adolf Hitlers, mit seinem Sekretär Martin Bormann bei der Ankunft im Führerhauptquartier.

»Herr Heß, während sich alle Historiker darin einig sind, daß Sie sich tatsächlich auf einer Friedensmission befanden, wurden die Bedingungen Ihres Angebots niemals enthüllt. Großbritannien hat in den ganzen 46 Jahren den tatsächlichen Inhalt niemals preisgegeben. Sie lehnten es einfach ab zu antworten. Wie genau lautete das Angebot?«

»Kurz gesagt sah Hitlers Plan einen sofortigen Waffenstillstand im Westen und einen ordentlichen Rückzug der deutschen Streitkräfte auf die Grenzen, wie sie im wesentlichen vor dem Ersten Weltkrieg existierten, vor. Während wir für Beibehaltung der deutschen Grenzen vor dem Ersten Weltkrieg waren, wollten wir jedoch nichts unternehmen, um unsere afrikanischen Kolonien wieder zu bekommen.

Statt dessen hätten wir die Ukraine und andere souveräne Staaten befreit, die sich die Sowjetunion angeeignet hatte. Als Agrarhandelspartner hätte Deutschland dann genug Nahrungsmittel gehabt und wäre nicht von Einfuhren aus westlichen Ländern abhängig gewesen, die sich bei vielen Gelegenheiten im vergangenen Jahrhundert als feindlich und unzuverlässig erwiesen hatten.«

»Hatte Hitler einen großen Welteroberungsplan?«

»Ganz bestimmt nicht«, antwortete Heß. »Hitler war Nationalist, nicht ein Weltpolitiker. Er war entschlossen Deutschlands Grenzen in Europa auf die des Ersten Weltkrieges zurückzuführen. Er hätte wahrscheinlich bestimmte Territorien behalten, über die mit Frankreich seit einem Jahrhundert gestritten wurde sowie die deutsche Stadt Danzig und das Sudetenland.«

Hitler wollte keinen weiteren Krieg

Heß wies auf die Evakuierung von Dünkirchen als früheres Zeichen dafür hin, daß Hitler Frieden wollte.

»Fast ein Jahr bevor ich in Schottland mit dem Fallschirm absprang – Ende Mai, Anfang

Revisionismus

Wenn Heß reden würde

Juni 1940 – beobachteten deutsche Panzer, wie Tausende britischer Soldaten mit Booten von Zivilisten evakuiert wurden. Alle Historiker sind sich darin einig, daß die deutschen Streitkräfte die britische Armee hätten auslöschen können.

Alle wundern sich darüber, daß dies durch direkten Befehl Hitlers verhindert wurde. Sie wissen es auch, doch wagen sie nicht zu schreiben, daß es sich dabei um einen Friedensvorschlag gehandelt hat.«

Nach der Kapitulation Frankreichs, die er erreicht hatte, sagte Heß, wollte Hitler keinen Krieg mit Großbritannien – und sicherlich nichts derartiges, was zu einem Weltkrieg eskalieren würde. Er wollte, so Heß, die alten Grenzen Deutschlands und seinen Kampf mit der Sowjetunion beenden.

»Denken Sie daran«, sagte Heß, »Hitler und ich waren beide junge Männer. Ich kämpfte mit ihm, wenn es darum ging, daß Deutschland sich letztlich zwischen Nationalsozialismus oder Sowjetkommunismus entscheiden müsse.

Als wir zusammen im Gefängnis saßen, diktierte er mir den größten Teil von ›Mein Kampf‹. In diesem Buch versprach er Deutschland niemals wieder den Fehler begehen zu lassen einen erneuten Zwei-Fronten-Krieg zu führen.«

Sobald die Entmilitarisierung des Westens sichergestellt war, sagte Heß, hätte sich Hitler aus Nordfrankreich zurückgezogen, was Deutschland besetzt hatte. In einem Ein-Fronten-Krieg hätte er dann die Sowjetunion geschlagen, den Kommunismus ausgerottet und die besetzten Länder im europäischen Teil der Sowjetunion befreit. Die gefangenen Nationen wären wieder freie und unabhängige Staaten geworden, und es gäbe heute keine kommunistische Beherrschung im Ostblock.

»Der Öffentlichkeit wurde glauben gemacht, Hitler sei ein Monster gewesen, der die Juden haßte, weil sie als Juden geboren waren«, meinte Heß. »Den Hitler, den ich kannte, aus seinen Tagen als Gefreiter im Ersten Weltkrieg, liebte sein Vaterland und verachtete jene, die es zerstören wollten.



Heß im Garten des alliierten Gefängnisses in Berlin-Spandau.

In seinem Zorn sagte er harte Dinge über Juden, die den Zionismus für Patriotismus ausgaben, doch keinen für Deutschland empfanden.

Viele Juden in Deutschland wurden in den schrecklichen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg von anderen ähnlich wie die ›Konjunkturritter‹ (Nichtsnutze und Gesindel) bei der Besatzung der Südstaaten nach Ihrem Bürgerkrieg angesehen.

O ja, wir Deutschen wissen viel über Ihren Bürgerkrieg – General Robert E. Lees Einsatz der Kavallerie hat unsere modernen Panzertaktiken sehr stark inspiriert.«

In gewissem Sinn war Hitler ein Zionist

Die wirtschaftliche Vergewaltigung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg, so Heß, mit hohen Reparationszahlungen und anderen Strafmaßnahmen, hat eine so große Verzweiflung geschaffen, daß ein erneuter Krieg unvermeidlich war.

»Die Saat dafür wurde in Versailles gesät«, sagte Heß.

Die Politik der Verzweiflung erreichte einen Punkt, wo entweder der Sowjetkommunismus siegen oder die Leute Hitlers Nationalsozialismus folgen würden, meinte Heß.



Wehmütig betrachtet Heß seine Hauptmannsuniform und den Fliegermantel, die er am 10. Mai 1941 trug.

»Könnten Sie sich die heutige Weltlage vorstellen, wenn in den dreißiger Jahren die Kommunisten gesiegt hätten und ganz Deutschland für immer im sowjetischen Einflußbereich versunken wäre?« fragte Heß.

Was ist mit dem Holocaust, wurde Heß gefragt. Seine Antwort:

»Als einer seiner wichtigsten Berater und Assistenten habe ich Hitler jahrelang täglich gesehen und niemals gehört, daß er sich über einen Plan zur Ausrottung der Juden geäußert hätte. Auch Sie konnten nichts Schriftliches darüber finden, als Sie die Archive und andere Quellen genauestens danach durchforstet haben.

In gewissem Sinn war Hitler ein Zionist; er war genau wie die Zionisten für einen Emigrationsplan, nicht einen Ausrottungsplan der Juden und zu jener Zeit wurde er von Zionisten wie Simon Wiesenthal, Menachem Begin und Golda Meir unterstützt.

Sie rügen in so selbstgerechter Weise die Bücherverbrennungen im Hitler-Deutschland, doch in Ihrem eigenen Land gibt es eine weitaus effektivere ›Bücherverbrennungs‹-Politik,« meinte Heß.

»Die Bücher von dem verstorbenen Paul Rassinier und Arthur Butz waren schon jahrelang weit verbreitet in Europa, bevor sie gegen geradezu gewalttätigen Widerstand des Establishments schließlich in den USA herauskamen.«

Heß meint, er denke dabei an gewalttätige Aktionen gegen Dr. Butz, einen Professor der Northwestern University, die Bombe durch Terroristen, die am 4. Juli 1984 das Institute für Historical Review in Los Angeles zerstörte und zahlreiche andere Terrorakte gegen Revisionisten.

»Der Holocaust«, so Hess, »ist zu einer modernen politischen Waffe von großer Bedeutung für die gleichen Zionisten geworden, die schon vor dem Jahr 1945 mit uns zusammengearbeitet haben.« □



Revisionismus

Wer bestraft wen?

Peter Blackwood

Kielholen lassen war ein Befehl, der bei den Seeleuten des 18. Jahrhunderts einen Schauer der Furcht hervorrief. »Kielholen« bedeutet unter dem Kiel eines Schiffes durchziehen und zwar entweder quer oder von Bug zum Heck mit Seilen, die an das Nock beidseitig befestigt wurden. Es war eine Bestrafung in der deutschen und britischen Marine und eine Foltermethode, wie sie von Piraten benutzt wurde.

Der unglückliche Matrose, der diese Bestrafung über sich ergehen lassen mußte, kam normalerweise tot an die Oberfläche zurück. »Kielholen« wurde somit zum Synonym für Todesstrafe. Es ist also schrecklich zutreffend, wenn die Vereinigten Staaten für einen der geheimsten Pläne des Zweiten Weltkrieges den Codenamen »Operation Keelhaul« (Kielholen) hatten.

Würden freiheitsliebende Amerikaner und ihre europäischen Verbündeten Millionen von Männern, Frauen und Kindern vorsätzlich zur Sklaverei oder zum Tod hinter dem Eisernen Vorhang verurteilten? Die Antwort sollte eigentlich »nein« lauten.

Sie lautet aber leider nicht so. Das ist genau das, was passiert ist, als sich die Alliierten – hauptsächlich die Vereinigten Staaten und Großbritannien – zu einem der schrecklichsten und geheimsten Verbrechen in unserer Geschichte zusammengetan haben: der gewaltsamen Rückkehr von Millionen von Antikommunisten zu Gefangennahme, Folter und Tod in die Hände von Josef Stalins Sowjetregierung.

»Operation Keelhaul« war eine der Vereinbarungen zwischen den »großen Drei« des Zweiten Weltkrieges – den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der UdSSR, vertreten durch US-Präsident Franklin D. Roosevelt, Premierminister Winston Churchill und Josef Stalin, den Diktator der Sowjetunion.

Roosevelts Vizepräsident, Harry Truman, führte Roosevelts Anteil aus, als er nach dessen Tod das amerikanische Präsidentenamt übernahm. Die Befehle wurden von George Marshall und Dwight D. Eisenhower, dem späteren amerikansichen Präsidenten, erteilt. Seine Wahlkampagne basierte auf seinen Heldentaten der Kriegszeit. Operation Keelhaul wurde nicht erwähnt.

Die Operation Keelhaul scheint noch heute lebhaft praktiziert zu werden. Erinnern Sie sich an den Vorfall Simas Kudirka? Er geschah 1970. Kudirka sprang in der Nähe von Martha's Vineyard vom Schiff und schwamm zu einem Küstenwachboot hin. Er wurde gezwungen zu seinem Fischerboot zurückzukehren. Berichten aus der Sowjetunion zufolge wurde er in eine Irrenanstalt gebracht, denn die sowjetische Regierung geht davon aus, daß jeder, der die UdSSR verlassen will, verrückt sein muß.

Viele andere Kriegsverbrechen

Dann war da Miroslav Medvid. Er war im Jahr 1985 ein Opfer. Medvid war ein junger ukrainischer Matrose auf einem sowjetischen Schiff, der versuchte überzulaufen als das Schiff in New Orleans vor Anker lag. Zweimal hat er den Versuch unternommen und zweimal zwang in die US-Regierung wieder zu dem sowjetischen Schiff zurückzukehren.

Ein anderer Grund, warum man die Operation Keelhaul wieder in Erinnerung rufen sollte ist, daß viele der ursprünglichen Täter heute frei sind und ungehindert – vielleicht als einer Ihrer Nachbarn – vor sich hinleben.

Ob es Ihnen gefällt oder nicht: Nach den in Nürnberg festgelegten Regeln ist jeder amerikanische und britische Soldat, der an der Operation Keelhaul beteiligt war, ein Kriegsverbrecher.

In den Vereinigten Staaten wären sie geeignete Objekte zur Untersuchung durch das Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums, auch wenn sie schon vor 42 Jahren an diesen Kriegsverbrechen beteiligt waren.

Viele andere Kriegsverbrechen sollten untersucht werden. Zum Beispiel gibt es da das Lippach-Massaker, bei dem 36 deutsche Soldaten von amerikanischen Soldaten kaltblütig ermordet worden sind, nachdem sie sich im April 1945 ergeben hatten.

Die amerikansichen Soldaten haben ihnen sogar Wertgegenstände und Medaillen abgenommen, um sie als Souvenirs nach Hause zu tragen.

Lippach ist jedoch nicht das einzige Beispiel für Kriegsverbrechen der Alliierten. Viele andere Grausamkeiten aus dem Zweiten Weltkrieg wie diese könnten genannt werden. Wird das OSI diese Verbrechen untersuchen und bei den Übeltätern Recht walten lassen?

Was ist mit den jüngeren Verbrechen der amerikanischen Verbündeten wie zum Beispiel Israel?

Was ist mit den Massakern in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatilla, deren blutige Einzelheiten vollständig dokumentiert und unwiderlegbar sind? Mindestens 900 Palästinenser wurden im September 1982 von israelischen Trupps kaltblütig ermodert.

Nicht nur die Deutschen bestrafen

Andere Greueltaten – Kriegsverbrechen, wenn Sie so wollen – die von Amerikas »besten Verbündeten« begangen wurden, zu dem die USA eine besondere Beziehung haben:

8. April 1948: Kommandos der Irgun- und Sterntruppen griffen das Palästinenserdorf Deir Yassein an und töteten 254 Männer, Frauen und Kinder.

1948 laut UNO-Bericht: 300 Männer, Frauen und Kinder wurden in Rafah getötet; 400 in Gaza und 950 in Khan Yunis; 40 Studenten aus Baza wurden an eine Stelle in der Nähe der Waffenstillstandslinie gebracht und erschossen.

6. Juni 1982 bis in die Gegenwart: Invasion und Besetzung des Libanon, Tausende von Todesopfern.

3. bis 8. Dezember 1986: Vier Palästinenser – zwei Studenten der Bir-Zeit-Universität und ein 12- und ein 14jähriger Junge – wurden von israelischen Soldaten erschossen; außerdem wurden im gleichen Zeitraum 18 Palästinenser verwundet, einige von ihnen schwer, als israelisches Militär das Feuer auf unbewaffnete junge Leute eröffnete.

Diese Greueltaten sind nur ein Teil der anhaltenden Tragödien eines ganzen Volkes, der Palästinenser, die von einfallenden Israelis praktisch aus ihren Häusern, von ihrem Land und ihren Höfen vertrieben werden. Es ist einer der schlimmsten Akte von Völkermord seit Stalins Massenmord der zwanziger und dreißiger Jahre in der Sowjetunion.

Wird das OSI diese grausamen Greueltaten untersuchen? Wird US-Justizminister Edwin Meese verlangen, daß Israel die Verbrecher, die jene Taten begingen, zur Verurteilung und Strafvollstreckung an die Vereinigten Staaten ausliefert? Das sollte zumindest geschehen, wenn man konsequent wäre.

Ob Karl Linnas, Andrija Artukovic, John Demjanjuk, Fedor Fedorenko und andere schuldig sind oder nicht, es ist unfair und scheinheilig sie zu bestrafen, einfach weil sie sich auf der Verliererseite befanden.

Wenn wir Deutsche und deutsche Verbündete wegen angeblich im Zweiten Weltkrieg begangener Verbrechen bestrafen, sollten wir das Gleiche mit Amerikanern und amerikanischen Verbündeten tun. Wenn wir das nicht tun, so fühlen wir uns dabei vielleicht gut und selbstgerecht, doch Beobachter mit einem Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit würden dies vielleicht anders bezeichnen. □

Österreich

US-Strafe für Waldheim

William Carmichael und Robert J. Hoy

Als der amerikanische Justizminister am 27. April 1987 anordnete, daß der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim wegen »zwingender Beweise« dafür, daß er eine Vergangenheit als »Nazi-Kriegsverbrecher« habe, in die Vereinigten Staaten nicht einreisen dürfte, so verursachte er damit eine Menge politischer Verwicklungen. Schlecht für die Reagan-Regierung – doch vielleicht gut für die Amerikaner – hat Meese keine dieser Folgen wirklich beabsichtigt.

Simon Wiesenthal verteilte über sein Wiesenthal-Zentrum in Kalifornien eine Million Postkarten an die Mitglieder, Synagogen und öffentliche Gruppen mit einem Foto Waldheims in einer deutschen Universität, aufgenommen ungefähr im Jahr 1943, von ihm in Jugoslawien und bei einem Einsatz als Generalsekretär der Vereinten Nationen. Die Idee dabei war, Meese zu dem Schritt zu veranlassen, den der amerikanische Justizminister dann auch tat, so das Zentrum.

Ein Beispiel von Yankee-Imperialismus

Was Meese unter anderem damit erreicht hat, war: Die Behauptungen verschiedener arabischer und islamischer Gruppen bewiesen, daß Amerika ein Lakei Israels ist; die österreichische Unterstützung Waldheims gefestigt und seine Popularität auf ein Höchstmaß gebracht; und einer von dem 36jährigen, charismatischen Dr. Joerg Haider geführten, österreichischen Gruppen von Nationalisten neue Impulse gegeben.

Die Amerikaner beginnen sich jetzt selbst Fragen über das Vorgehen Meese zu stellen wie zum Beispiel: »Wer oder was wird mit dieser Anti-Waldheim-Entscheidung unterstützt? Wer ist glücklich oder unglücklich darüber?«

Ist Österreich glücklich darüber? Offenbar nicht. Der Botschafter wurde zu »Gesprächen« zurückgerufen. Das heißt in der Diplomatensprache: »Sie sind ziemlich wütend auf die Vereinigten Staaten.«

Nun, ist England glücklich darüber? Warum sollte es das sein? Ist Frankreich glücklich darüber? Es hat von Paris keine Glückwünsche für Washington dafür gegeben.

Was ist mit anderen Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft (EG)? Sie betrachten es als ein weiteres Beispiel für »Yankee-Imperialismus«.

Ist Israel glücklich darüber? Überglücklich wäre der treffendere Ausdruck.

USA haben sich lächerlich gemacht

Wenn nun der Justizminister der Vereinigten Staaten eine Entscheidung mit voraussehbaren internationalen Auswirkungen trifft und nur ein Land ist glücklich darüber, könnten einige auf den Gedanken kommen, daß dieser gefährliche Schritt unternommen wurde, um lediglich dieser einzigen Nation zu gefallen.

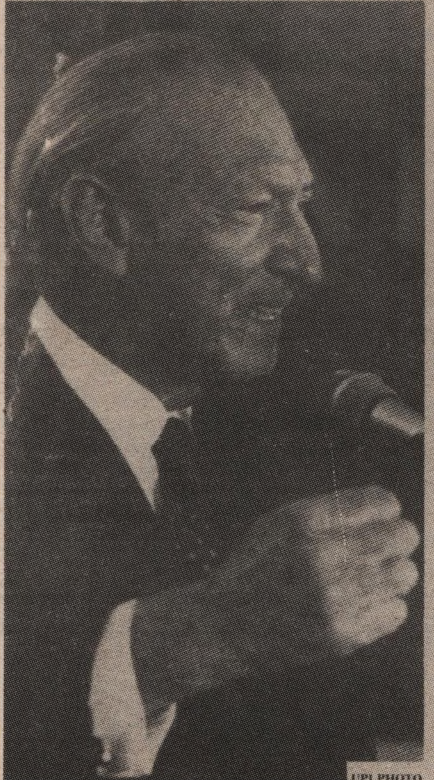
Dies kann ein bereits sinkendes amerikanisches Image im Ausland nur noch weiter sinken lassen. Die Amerikaner sind nicht nur zum Gespött der immer kleiner werdenden Zahl ihrer Verbündeten geworden, sondern die Reagan-Regierung hat bei dem »Mann auf der Straße« jegliche Glaubwürdigkeit verloren, dem Amerikaner der Mittelklasse, der ein sicheres Gespür für Fair play hat.

Kurt Waldheim war im Zweiten Weltkrieg ein Beschaffungsoffizier der deutschen Wehrmacht und hat eine Zeit lang in Jugoslawien gedient. Für einige wird er damit zu einem Nazi-Kriegsverbrecher.

Interessanterweise – was auch in dem vom Wiesenthal-Zentrum verbreiteten Material und in Meeses Erklärung fehlt – fördert eine Untersuchung durch die Israelis keinerlei Beweise dafür zutage, daß Waldheim Kriegsverbrechen gegen die Juden oder andere begangen hat. So zumindest steht es in der »Jerusalem Post«. Die israelische Zeitung philosophiert, daß solche Feststellungen »peinlich sein können für Israel, weil es im letzten Sommer aus Protest gegen Waldheims Präsidentschaftssieg seinen Botschafter aus Wien zurückberufen hat«.

»Israel plant vorerst nicht seinen Botschafter nach Österreich zurückzuschicken«, so wird ein Berater von Premierminister Yitzhak Shamir in Depeschen vom Kleinstaat in Nahost zitiert.

Die »Jerusalem Post« sagte, aus der Untersuchung des israelischen Justizministeriums ginge hervor, daß es Gründe dafür geben könne, Waldheim zu verdächtigen, Nazi-Kriegsverbrechen unterstützt zu haben, doch keine Verbrechen gegen die Ju-





Die Wahl Kurt Waldheims zum österreichischen Bundespräsidenten hat die USA zu lächerlichen Handlungen veranlaßt.

den. Die Zeitung meinte jedoch, die Beweise reichten nicht aus, um einen hypothetischen Antrag auf Waldheims Auslieferung zu stellen, damit man ihm in Israel den Prozeß machen könne.

Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky berichtete, das Thema sei einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung bei seinem Besuch in Washington gewesen. Er habe Meeses Eingreifen auch bei seinem Treffen mit US-Präsident erörtert, jedoch ohne Erfolg.

Vranitzky meinte, das Problem sei nicht nur eines zwischen den Regierungen beider Länder, sondern habe auch Kritik Waldheims auf seiten »einiger Personen« in den Vereinigten Staaten und Europa hervorgerufen, deren Namen er nicht nennen wollte.

Drastischer Ruck nach rechts

Die österreichischen Medien haben die Kontroverse wiederholt den amerikanischen Juden zugeschrieben und wiesen darauf hin, daß die Behauptungen gegen Waldheim im wesentlichen von dem Welt-Juden-Kongreß in New York – ihm gehören ungefähr 10 000 Mitglieder an – und seinem Präsidenten Edgar Bronfman, dem milliardenschweren kanadischen Schnapskönig und Finanzier des Zionismus, gekommen sind.

In einem Leitartikel in Österreichs größter Tageszeitung, der »Kronen-Zeitung«, meint der Kolumnist Viktor Reimann, die Behauptungen gegen Waldheim stellten einen Angriff gegen Österreich selber dar.

Waldheim hat im vergangenen Jahr einen heiß umstrittenen Wahlkampf gewonnen und Kurt Steyrer, seinen Mitbewerber in der Bundespräsidentenwahl, schließlich mit einem Vorsprung von 7,8 Prozent geschlagen. Waldheim schlug in der Wahlkampagne einen populären Ton an, als er in einer politischen Versammlung in Linz sagte, die Österreicher würden keine Einmischung von außen in ihre internen Angelegenheiten dulden.

»Wer österreichischer Präsident wird, ist Angelegenheit der Österreicher und wird allein von den Österreichern entschieden«, sagte Waldheim.

Und so geschah es denn auch, und er gewann.

Das bringt uns zu Haider, der vor der Wahlkampagne des vergangenen Jahres nur wenig Publizität bekommen hat. In dem, was von den österreichischen Medien als Reaktion auf die so empfundene anti-österreichische Kampagne aus dem Ausland beschrieben wurde, brachte den Nationalisten ein gutes Ergebnis in der folgenden Wahl.

Am 24. November 1986 gewann die rechte Freiheitspartei 9,7 Prozent der Stimmen und sicherte sich somit 18 Sitze im österreichischen Parlament. Das Ergebnis alarmierte und frustrierte die Linke in Österreich. Die kommunistische Partei gewann zum Beispiel nur 0,7 Prozent der Stimmen und erhielt keinen Sitz.

Freda Meissner-Blau, die Führerin der Grünen, die als »radikal Linke« zu bezeichnen ist, sagte, das Ergebnis für die Freiheitspartei zeige einen »drastischen Ruck nach rechts« in der Politik Österreichs.

Unterstützung durch den kleinen Mann

Im Wahlkampf betonte Haider – der oft mit Jean LePen, Frankreichs rasch emporkommenden, populistischen Führer verglichen wird – Österreichs ethnische und kulturelle Bindungen zu Deutschland und verurteilte die Korruption der Bürokratie im eigenen Land. Haider, der bei den jungen Leuten in Österreich sehr beliebt ist, führte einen populistisch orientierten Wahlkampf und betonte darin seine Unterstützung für den »kleinen Mann«.

Heute im Parlament ist Haider eine sehr kontroverse Figur. Immer wieder sagt er gerade im Zusammenhang mit den Angriffen auf Waldheim, daß die Männer, die im Zweiten Weltkrieg in der österreichischen und deutschen Armee gekämpft hätten, »Soldaten waren, die ihre Pflicht für ihr Vaterland taten« und geehrt werden sollten.

Als Reaktion auf die offenbar nicht enden wollende Propaganda der Zionisten gegen alle deutschen Völker sagte Haider kürzlich im österreichischen Parlament: »Dieser Unsinn sollte endlich gestoppt werden.« □

Nazijagd

Brutale Auslieferung an die Sowjets

Sasha Rakoczy

Mit dem Ruf »Gott segne Amerika« mit seinem letzten freien Atemzug, den er noch hat, wurde Karl Linnas, 67 Jahre, an Bord einer tschechischen Verkehrsmaschine gezerrt, die ihn den sowjetischen Behörden ausliefern soll. Die Ausführenden sind Beamte des amerikanischen FBI. Die Sowjets hatten bereits angekündigt, daß sie ihn töten werden. Linnas, in Estland geboren, war naturalisierter amerikanischer Staatsbürger, dem die Staatsbürgerschaft abgenommen wurde.

Die Brutalität, mit der der gebrechliche, weißbärtige Linnas von seinen Bewachern auf dem New Yorker La-Guardia-Flughafen am 20. April 1987 in das Flugzeug geschoben wurde, stieß selbst die Korrespondenten von jenseits des Eisernen Vorhangs ab. Tibor Kelemen, ein Reporter des ungarischen Staatsfernsehens, nannte es einen tragischen Fehler.

Handlanger des KGB in den USA

»Ich hätte nie erwartet, daß sich die amerikanische Regierung mit den Sowjets gegen einen wehrlosen alten Flüchtling zusammentut«, fügte er hinzu.

Doch zumindest einer offiziellen amerikanischen Beobachterin in La Guardia schien das Spektakel hinsichtlich Linnas' gewaltsamer Ausweisung zu gefallen. Es handelte sich dabei um die amerikanische Staatsanwältin aus Brooklyn, Elizabeth Holtzman, die als frühere demokratische Kongreßabgeordnete mit Verantwortung für den Unterausschuß des Repräsentantenhauses für Einwanderung den Vorstoß der israelischen Lobby im Jahr 1978, die US-Regierung zu »Nazijägern« zu machen, angeführt hat.

Ein früherer Beamter der amerikanischen Einwanderungs- und Naturalisierungsbehörde (INS), der jetzt als Sicherheitsdirektor einer Fluglinie in La Guardia arbeitet: »Miß Holtzman gehört zu der Handvoll Schlüsselfiguren, die für das Schicksal von Linnas verantwortlich sind. Linnas war nie ein Kriegsverbrecher, er war einer von mehreren baltischen Exilanten, die zur Zielscheibe des KGB wurden, nachdem ihre antikommunistischen Aktivitäten in diesem Land bekanntgeworden waren.«

Die Tatsache, ein antikommunistischer Aktivist zu sein, war in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre diesem Experten und anderen Informanten zufolge kein ausreichender Grund dafür, einem Immigranten die amerikanische Staatsbürgerschaft zu entziehen und ihn abzuschieben.

Der KGB hat wiederholt versucht, eine Reihe verbannter Patrioten vom Baltikum mit Anschuldigungen in bezug auf »Kriegsverbrechen« in Mißkredit zu bringen, doch diese Versuche wurden schroff zurückgewiesen.

Kollaboration mit den Kommunisten

Als Antanas Spokevicius vom KGB als ehemaliger Hilfspolizist aus Litauen denunziert wurde, der »mit Sicherheit im Zweiten Weltkrieg in Greueltaten verwickelt war«, hat der Ausschuß für Einwanderungsanträge den Antrag der Kommunisten auf Auslieferung zurückgewiesen.

Felix Krasnauskas, ein anderer Antikommunist aus Litauen, der als naturalisierter Amerikaner einen tadellosen Lebenswandel geführt hat, war das nächste Ziel des KGB. Er wurde beschuldigt, im Krieg eine Hilfseinheit der Polizei angeführt zu haben. Im Jahr 1967 wurde die Anschuldigung der Sowjets von einem US-Bundesrichter im Schnellverfahren zurückgewiesen.

Im Jahr 1978, so behaupten diese Quellen, hat sich das politische Klima in Washington verändert. Auf dem Kapitolhügel übernahm die Kongreßabgeordnete Holtzman die Verantwortung für den Einwanderungsausschuß, eine Position, die ihr »ein hohes Maß an Ellenbogenfreiheit« verlieh, um Druck auf das Justizministerium auszuüben.

Darüber hinaus wurde sie unterstützt durch ein mächtiges Netzwerk von Personen im amerikanischen Kongreß, für die Israel an erster Stelle kam, sowie von Verbündeten im Justizministerium, vor allem vom stellvertretenden Justizminister Philip B. Heymann. Heymann, ein Rechtsprofessor, leitete die strafrechtliche Abteilung, wo er als engagierter Verfechter Israels bekannt wurde.

Schwach und kampfgeschüttelt gab die Regierung Carter der mächtigen Lobby des Kleinstaats schließlich nach. Im Jahr 1978 gründete das Weiße Haus das Office of Special Investigations (OSI) unter Heymann, um einen totalen Schlag gegen die sogenannten Kriegsverbrecher und Ex-Nazis in Amerika zu führen.

Allan A. Ryan jr., ein ehrgeiziger US-Bundesanwalt beim Justizminister, wurde ausgewählt, das neue Amt zu leiten. Innerhalb weniger Wochen befand sich Ryan auf seinem Weg nach Moskau, um Verträge mit General Roman A. Rudenko, dem Justizminister der UdSSR, auszuhandeln.

»Die Reise machte Ryan, wie er selbst später zugab, zu einem ›Aussätzigen‹ unter seinen eigenen Kollegen«, sagte ein New Yorker Anwalt, der auf Einwanderungsfälle spezialisiert ist. »Das Justizministerium – ganz zu schweigen vom FBI – haßt die Vorstellung eines ›Polizeiabkommens‹ mit den Sowjets, die bekannt sind für ihre Fälschung und Manipulation von Beweisen, ihre brutalen Schauprozesse mit unschuldigen Opfern, ihre Massendeportationen von Millionen in Todeslager in der Arktis und die freimütige Verwendung der Folter als Werkzeug des Terrors.

Einer wollte berühmt werden

Und dann noch Rudenko, einen alten Stalinisten, um Kollaboration anzugehen – niemand hätte das verkraften können. Doch Ryan konnte es. Er glaubte, mit OSI könne er berühmt werden, daß ihm das Amt rasch zu einer Million Dollar schweren Anwaltspraxis verhelfen könne.«

Im Jahr 1980 praktizierten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine Methode, die keine vorhergehende Regierung zugelassen hätte: den Austausch geheimer Polizeiakten über politisch Verdächtige. »So wurde der Fall gegen Linnas konstruiert«, sagte der ehemalige Beamte der Einwanderungsbehörde.

»Sie haben eine Akte zusammengestellt, aus der hervorgeht, daß Linnas ein angeblicher Lagerbefehlshaber im Krieg in Estland war, und gaben diese Unterlagen Ryan. Philip Heymanns Abteilung hat sie als überzeugende Beweise behandelt, wenn auch nur, um sicherzustellen, daß die Sowjets weiterhin kollaborieren würden.

Diesen Quellen zufolge haben die Abgeordnete Holtzman und andere pro-israelische Doppel-Loyale unrecht, wenn sie behaupten, der Fall Linnas ›sei in amerikanischen Gerichten entschieden worden‹.«

Der Anwalt: »Die einzige Frage, die von dem Einwanderungsrichter Jacob Mischler überprüft wurde, war, ob Linnas seinen ursprünglichen Visumsantrag korrekt ausgefüllt hat. Als Ergebnis dieser Überprüfung ordnete Mischler an, daß Linnas' amerikanische Staatsbürgerschaft widerrufen wird, weil er Einzelheiten seines Lebenslaufs auf dem Antrag zurückgehalten beziehungsweise falsch wiedergegeben hat.« □

Holocaust

Ausrottung der ukrainischen Bauern

Helmut Wild

Der in der Nähe von Düsseldorf lebende Lew Kopelew feierte im April 1987 seinen 75. Geburtstag. Das blieb in den Medien nicht unbeachtet. Im Gegenteil. Wie auf ein geheimes Kommando hin überboten sich die Presse-Kommentare in Lobpreisungen des jubilierenden Schriftstellers. Er wurde gepriesen als einer »der sich seinen Jugendglauben an eine bessere Welt bewahrt hat«. Er wurde im ARD-Fernsehen in einem langen Interview vorgestellt, in dem sich reichlich Gelegenheit bot, für die neue moskowiter »glasnost«-Strategie unterschwelige Propaganda zu machen und in dem jede peinliche Fragestellung nach der bolschewistischen Vergangenheit des Jubilars vermieden wurde.

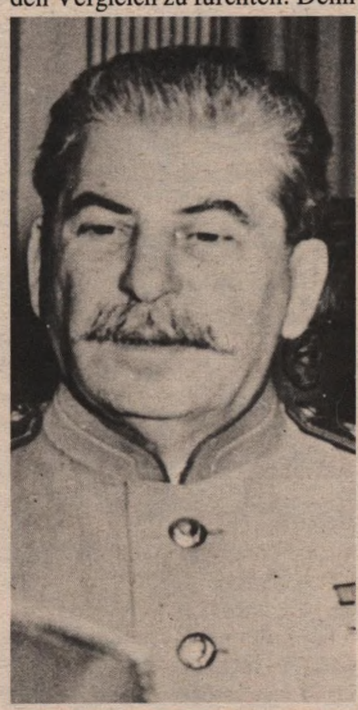
Sieht man sich einmal genau an, mit welchen Mitteln Lew Kopelew seinen »Jugendglauben an eine bessere Welt« als zwanzigjähriger Jungbolschewiki in die politische Praxis umzusetzen versuchte, dann wirft das ein bezeichnendes Licht auf die rassistischen Selektions- und Propaganda-Prinzipien, denen unsere Medien gehorchen.

Es geht um die Einmaligkeit

Es geht dabei um den größten Völkermord unseres Jahrhunderts, um Stalins Völkermord an über sieben Millionen Ukrainern im Winter 1932/33. Und es geht um Kopelews Beteiligung an diesem Völkermord.

Die Tatsache dieses Völkermordes dringt nur sehr langsam und allmählich ins öffentliche Bewußtsein. An ideologischem Sperrfeuer fehlt es nicht. Es wird, zumal in unserer Republik, als im höchsten Maße moralisch verwerflich bezeichnet, wenn jemand sein Augenmerk auf die Verbrechen der Bolschewisten zu richten wagt. Das bedeutet »Relativierung«.

Gemeint ist dabei, die Verbrechen der Nazis mit denen der Bolschewisten in Vergleich zu setzen. Dadurch würde die »Einmaligkeit« und »Unvergleichbarkeit« der Nazi-Verbrechen in Frage gestellt. In Wahrheit aber haben die Nachkriegsideologen den Vergleich zu fürchten. Denn



Stalin: »Präsident Roosevelt ist heute einer der volkstümlichsten Männer in der UdSSR, obwohl er der Führer einer kapitalistischen Nation ist.«

tatsächlich stellen die Verbrechen der Bolschewisten selbst all das in den Schatten, was die schlimmsten Holocaust-Phantasien an Bildern des Schreckens und Zahlen des Schreckens hervorgebracht haben.

Und außerdem sind die Verbrechen der Bolschewisten an Ausmaß und Zahl von Fachhistorikern nachprüfbar.

Die ganze Ukraine ein Konzentrationslager

Interessant ist ein Vergleich zwischen den Aussagen des amerikanischen Historikers Professor Robert Conquest über den Völkermord Stalins an den Ukrainern und den Aussagen, die Lew Kopelew selbst in seinem Buch »Und schuf mir einen Götzen«, Untertitel »Lehrjahre eines Kommunisten«, über seine Beteiligung und aktive Mitwirkung an diesem Völkermord auf der Seite der Täter macht.

In seinem Buch »The Harvest of Sorrow« (»Die Ernte der Verzweiflung«), erschien 1986 im Verlag Oxford University Press, New York, beschreibt Professor Robert Conquest den Höhepunkt dieses Völkermordes:

»Ein Viertel der Landbevölkerung, Männer, Frauen und Kinder, lagen tot oder sterbend umher, der Rest, in unterschiedlichen Phasen der Schwächung, ohne Kraft, ihre Familien oder Nachbarn zu begraben. Gleichzeitig, (wie in Belsen) überwachten wohlgenährte Polizeieinheiten und Parteifunktionäre die Opfer. Das war der Höhepunkt der ›Revolution von oben‹, wie Stalin das nannte, während welcher er und seine Gefolgsleute zwei Elemente vernichteten, die er als unüberzeugbar feindselig gegenüber dem Regime ansah: die Bauernschaft der UdSSR als Ganzes und die ukrainische Nation.«

Robert Conquest beschreibt, wie die wohlgenährten bolschewistischen Mörder in die Bauernhäuser eindrangen und den weinenden Frauen und schreienden Kindern ihre letzten Nahrungsmittel wegnahmen, um sie dem sicheren Hungertod preiszugeben. Sie mußten dabei über die bereits Verhungerten steigen. Die in großen Mengen konfiszierten Getreidemengen wurden entweder in den Export gebracht, oder man ließ sie in den Sammelstellen verrotten. Am geplanten und absichtsvoll durchgeführten Völkermord läßt Robert Conquest keinen Zweifel aufkommen. Er vergleicht die ganze Ukraine des Winters 1932/33 mit einem riesigen Konzentrationslager.

In seinem erwähnten Buch bestätigt Kopelew grundsätzlich diese Ereignisse und seine Mittäterschaft. In den beiden Kapiteln, in denen er seine aktive Beteiligung an diesem Völkermord zugibt – das eine trägt den Titel »Die letzte Getreidebeschaffung«, das andere »Der Weg in die Hungerkatastrophe«; das Buch ist übrigens als dtv-Taschenbuch 1986 erschienen –, kommt aber das Wort Völkermord nicht vor. Er bezeichnet auch sich selbst und seine bolschewistischen Mordkumpanen keineswegs als Mörder.

Das Ereignis selbst, die künstlich erzeugte Hungerhölle, der sieben Millionen Ukrainer zum Opfer fielen, nennt er eine »Getreideablieferungs-Kampagne«. Er schreibt wörtlich:

»Meine Beteiligung an jener verhängnisvollen Getreideablieferungs-Kampagne ist unentschuldbar und unverzeihlich. Von einer solchen Sünde betet man sich durch nichts frei. Nie kann man sie abbüßen. Man kann nur versuchen, ehrlich mit ihr zu leben«.

Ist Ehrlichkeit nicht von Mord zu reden?

Aber genau diese mangelnde Ehrlichkeit ist es, die Kopelew vorzuwerfen ist. Sein Buch liest sich stellenweise wie ein weinerlicher Traktat des Selbstmitleids. Nicht den Ermordeten gehört das Mitleid des Autors, vielmehr bemitleidet er sich selbst, weil er zu solchen ideologischen Verwirrungen fähig war. Was er anführt klingt wie eine Litanei von Selbstrechtfertigung. Seine ideologische Verblendung führt er auf seinen Glauben an eine bessere Welt zurück. Dieser Glaube hat ihm und seinen bolschewistischen Mordkumpanen die Kraft gegeben, sich jedes Mitleid mit den Opfern zu verbieten.

Kopelew schreibt, er habe sich dieses Mitleid mit den weinenden Frauen und den schreienden

Holocaust

Ausrottung der ukrainischen Bauern

Kindern verboten, wenn er mit seinen Mordgesellen in die Bauernhäuser eindrang, und wenn sie dort die letzten Habseligkeiten konfiszierten und die letzten Nahrungsmittel zerstörten – und die Menschen dem sicheren Hungertod preisgaben. Er bringt es fertig, nicht von Mord zu reden, wenn er diese Ereignisse beschreibt. Ist das Ehrlichkeit?

»Wir glaubten, wir mußten, wir wollten glauben, daß die schädliche Lüge des stalinschen Trostes notwendige Taktik eines weisen Propagandisten sei.«

»Ich gehöre zu denen, die diesen ›Beweis‹ glaubten, trotz allem, was ich schon selbst gesehen, erkannt und erfahren hatte.«

»Und wir glaubten unseren Führern und unseren Zeitungen weiterhin. ›Getreide ist vorhanden, man muß nur den Widerstand der Kulaken brechen‹, schrieb im Januar (1933) die Zeitschrift ›Der Dorf-Agitator‹.«

»Wir glaubten auch deswegen, weil die durch den chaotischen Kampf um Brot hervorgerufenen Mißstände sich ebenso chaotisch ausbreiteten und auswuchsen.«

So rechtfertigt sich Kopelew.

Das Ausmaß seiner Unehrlichkeit – oder besser seine Unfähigkeit zur Wahrheit – wird deutlich, wenn man seine eigenen biographischen Berichte anderen historischen Beschreibungen gegenüberstellt.

Aus der Beschreibung von Robert Conquest wird deutlich, daß die Beweggründe für diesen Völkermord ein zutiefst rassistisch motivierter Völkerhaß war, der sich sowohl an dem Bauernvolk der Ukrainer als auch an den Bauern der Sowjetunion insgesamt austobte.

Die Bauern waren ein Teil des Volkes, der sich, wenn es darauf ankam, selbst ernähren konnte, das heißt, der Bauernstand war nicht darauf angewiesen, den Priestern der neuen Erlösungsreligion aus der Hand zu fressen. Solange die Bauern sich selbst ernähren konnten, hatten sie die Möglichkeit, der Partei ein Maß an Unabhängigkeit entgegenzusetzen. Das war der Grund für ihre Liquidierung.

Opfer einer Ideologie

Diese Liquidierung wurde von entsprechender hetzerischer Haß-Propaganda begleitet, die uns Kopelew verschweigt.

Hierüber berichtet Robert Conquest : »Die Aktivisten, die der GPU bei den Verhaftungen und Deportationen halfen, waren alles Leute, die einander gut kannten und sie kannten auch ihre Opfer, aber bei der Ausführung dieser Aufgabe wurden sie abgestumpft, verblödet. . . Sie haben die Leute mit Gewehren bedroht, so als wären sie verhext, sie haben kleine Kinder ›Kulakenbastarde‹ genannt, schrien sie als ›Blutsauger‹ an. . .

Sie hatten sich der Idee verkauft, die Kulaken wären Ausgestoßene, Unberührbare, Ungeziefer. Sie setzten sich nicht an den Tisch von Parasiten; das Kulakenkind war ekelerregend, das junge Kulakenmädchen war weniger als eine Laus. Sie betrachteten die sogenannten Kulaken wie Rindvieh, wie Schweine, ekelerregende Kreaturen; sie hatten keine Seele; sie stanken; sie hatten alle Geschlechtskrankheiten; sie waren Feinde des Volkes und beuteten die Arbeit anderer aus. . .

Und es durfte kein Mitleid für sie geben. Sie waren keine Menschen; es war schwer zu sagen, was sie wirklich waren – Ungeziefer natürlich.

Um sie zu ermorden war es notwendig zu verkünden, daß Kulaken keine menschlichen Wesen sind.«

Auch bei Kopelew kommt einmal der Ausdruck »Kulakenhure« vor, als er sich erinnert, selbst mit Hand angelegt zu haben, als eine Bäuerin den in das Haus eindringenden Aktivisten ein Stück Papier verbergen wollte, indem sie versuchte, es zu verchlucken. Aber die rassistische Hetze gegen die Bauern, die diese millionenfachen Massenmorde begleiteten, verschweigt er uns.

Er stellt sich selbst als das Opfer einer Ideologie dar, die für ihn seinen legitimen Glauben an eine bessere Welt verkörperte.

Opfer waren nur ukrainische Bauern

Die Möglichkeit bleibt offen, Kopelew so zu verstehen: Um die Menschheit auf dem Weg zur Erlösung hin zum kommunistischen Paradies weiter zu bringen, ist es irgendwo nötig Schuld auf sich zu laden, selbst grausame Handlungen auszuführen, durch schreckliche Perioden zu gehen. Bedauernswert sind dabei vor allem die, die an die Erlösung glauben und dafür so viel Unbill verbreiten müssen, weniger die Opfer.

Diese Haltung scheint mir der seelische Grund für Kopelews Selbstmitleid zu sein.

Man vergesse nicht, daß der Kommunismus, genau wie das





Die »Großen Zwei«

Dieser letzte Abschnitt ist von Vasil Grossman. Selbst Jude und der führende sowjetische Schriftsteller über Hitlers Holocaust, zeichnet er eine Analogie zu den Nazis und Juden. Eine Aktivistin erläutert:

›Was ich mir zu jener Zeit selbst sagte war dies: sie sind keine Menschen, sie sind Kulaken.‹

Christentum, eine Erlösungsreligion jüdischen Ursprungs ist. Die Selbstrechtfertigung Kopelews erinnert fatal an die Begründungen, die sich im Mittelalter christliche Theologen ausgedacht haben, um die Folter und die Ermordung von Hexen und Ketzern zu rechtfertigen. Die Seelen der vom Teufel Besessenen sollten geläutert und für die Erlösung aufbereitet werden. Das Foltern wurde zur guten Tat erklärt, weil es die Seelen der Besessenen erlösen half.

Kehren wir bei unserer Betrachtung zurück zu den Selektionsprinzipien, von denen unsere Medien bestimmt werden.

Wenn unsere Medien einen Juden wie Kopelew auswählen, um ihn zu propagieren, um seinen »Glauben an eine bessere Welt« zu rühmen, dann meine ich, wissen sie, was sie tun. Ich meine, sie wollen das Volk dazu erziehen, einen Juden zu verehren, der eine jüdische Erlösungsreligion, den Kommunismus, in die politische Praxis umzusetzen versuchte. Auch wenn sie verschweigen, wie diese politische Praxis aussah. Was sind schon sieben Millionen ermordeter ukrainischer Bauern, gemessen an den »hohen Idealen« eines »Glaubens an eine bessere Welt«? So lautet die rechtfertigende Frage dieser Rassisten in unseren Medien, die eine solche Auswahl treffen.

Wer die Berechtigungen meines Vorwurfs bezweifelt, die Medien träfen ihre Auswahl nach rassistischen Prinzipien, der stelle sich vor, mit welcher Intensität die gesamte Medienlandschaft des Westens die Öffentlichkeit mit Kopfständen bombardieren würde, wäre Kopelew ein Nichtjude – also zum Beispiel ein Österreicher oder ein Ukrainer – und wären seine Opfer Juden gewesen. Kopelews Opfer aber waren »nur« ukrainische Bauern. □

Helmut Wild ist Autor des Buches »Macht, Bedürfnis, Bewußtsein«. In diesem Buch geht es um die Zusammenhänge, durch die eine Ideologie oder Religion zu einem Herrschaftsinstrument wird. Bislang gibt es keine Machttheorie. Es gibt nur verschiedene Ideologien, die selbst Herrschaftsmittel sind und das Versprechen herrschaftsfreier Bedingungen zur ideologischen Machtentfaltung benutzen, ein Versprechen, das niemals eingelöst werden kann.



Spanien

USA setzten aufs falsche Pferd

Alec de Montmorency

Erneut hat sich Amerika in einem ausländischen Konflikt eingemischt und seinen Senf dazugegeben, als es sich besser hätte heraushalten sollen. Dieses Mal handelt es sich um den aufsteigenden Konflikt zwischen Spanien und Marokko um den Besitz der spanischen Enklaven an der Nordküste Afrikas.

Bisher haben die Vereinigten Staaten Hussein II. von Marokko unterstützt, jetzt König dieses Landes, doch zuvor lediglich Sultan mit begrenzter Macht. Marokko sieht sich jetzt nicht nur einem möglichen Krieg mit Spanien gegenüber, sondern Husseins Regime droht auch der Sturz durch die Opposition, eine bunte Kombination verarmter Klassen und ehrgeiziger, gegen die Monarchie eingestellter Politiker verschiedener Couleur.

Unter dem Druck der Banker

Spanien hat inzwischen die Nase voll von amerikanischen Zusagen, die gut waren für Hussein II., aber schlecht für die Spanier. Hinter dieser US-Unterstützung steht natürlich die ungeheure Schuld Marokkos gegenüber den internationalen Banken, von denen sich viele in den Vereinigten Staaten befinden. Doch damit wird das Eis in Madrid nicht gebrochen.

Vor nicht allzu langer Zeit haben die Vereinigten Staaten Marokko bei dessen Erwerb der Spanischen Sahara unterstützt, die jetzt offiziell West-Sahara heißt. Washington hat Druck auf Madrid ausgeübt, damit das Manöver möglich wurde, und Spanien, das gerade den Generalissimo Francisco Franco verloren hatte, war zu sehr mit innenpolitischen Problemen befaßt, als daß es dem zu viel Widerstand entgegensetzen konnte.

In spanischen Publikationen beharrt man darauf, daß ein Teil des Handels lautete, die Vereinigten Staaten würden Spanien entschädigen, indem sie Großbritannien darauf drängen würden, Gibraltar aufzugeben, obwohl alle beteiligten Regierungen offiziell dementierten, daß ein derartiges Arrangement auch nur diskutiert worden sei.

Heute ist die Lage noch verwikkelter. Marokko rasselt mit den Säbeln in Richtung Algerien, ein gleichsam moslemisches Nachbarland, das jedoch gegensätzliche Interesse hat. Algerien, ein großer Ölproduzent, ist reicher als Marokko, das von der Freigebigkeit des amerikanischen Steuerzahlers abhängt, um solvent zu bleiben.



König Hussein II. von Marokko (mit Brille) besucht marokkanische Stellungen in der West-Sahara.

Die Sache ist am Kochen

Bis vor kurzem hat Spanien – auf Drängen der Vereinigten Staaten – Marokko gegen Algerien unterstützt. Doch jetzt droht Marokko die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla einzunehmen und die Vereinigten Staaten unterstützen König Hussein, wie wir bereits berichteten.

Die Sache ist am Kochen seit letztem Februar, als König Hussein König Carlos von Spanien eine Note geschickt hat mit dem Vorschlag, die Könige sollten sich treffen, um das Probelm der spanischen Enklaven zu lösen. Das ist natürlich aus zahlreichen Gründen heraus unmöglich, von denen der nicht unwesentlichste die Tatsache ist, daß Juan Carlos ein konstitutioneller Monarch ist und keine Befehle geben oder Territorium weggeben kann.

Die sozialistische Regierung in Madrid hat auf Husseins Note ärgerlich reagiert. Zuvor besaß Hussein eine Einladung zum Besuch Spaniens. Plötzlich wurde er ausgeladen.

Vom Standpunkt neutraler Beobachter aus deutete Husseins Botschaft auf den Beginn eines neuen Stadiums in den Beziehungen zwischen Madrid und Rabat hin. In einer nicht zu sehr verschleierten Drohung warnte der maurische Monarch Spanien, daß die anachronistische Situation der Enklaven zu einer gefährlichen Veränderung in den Beziehungen der beiden Länder führen könnte.

Doch Spanien, anstatt wie in der Sahara-Situation nachzugeben, machte Annäherungen an Algerien; gleichzeitig verfestigte sich die Opposition in Marokko für den Versuch eines Staatsstreichs gegen Hussein, wie es schien.

Madrid und Algier einer Meinung

Nach spanischen Publikationen umfaßt eine vorläufige Vereinbarung zwischen Madrid und Algier die baskischen Separatisten. Algier stimmte zu gegen die in dem Land lebenden Basken scharf vorzugehen und sie daran zu hindern, nach Spanien zu reisen, wo sie, so behauptet Madrid, Terrorakte ausführen.

Algerien hätte natürlich keinen Grund, eine solche Vereinbarung ohne entsprechende Gegenleistung zu unterschreiben. Wie könnte dieses Entgegenkommen aussehen? Unterstützung durch Spanien bei dem, was ein unvermeidlicher Grenzzusammenstoß zu werden scheint, so behaupten spanische, politische Leitartikler.

Wo stehen dabei die Vereinigten Staaten? Wieder einmal auf der falschen Seite, so heißt es in den Leitartikeln spanischer Tageszeitungen. Hussein wird verlieren, wenn er versucht, die spanischen Enklaven einzunehmen, es sei denn, die USA intervenieren direkt – was unwahrscheinlich ist. Er könnte auch durch einen innenpolitischen Staatsstreich oder durch Algerien zu Fall gebracht werden.

In Spanien und Algerien ist man der Ansicht, daß die Tage von Hussein II. gezählt sind. Wenn diese Einschätzung richtig sein sollte, werden die Vereinigten Staaten mit einem weiteren gestürzten Monarchen dastehen wie damals mit dem inzwischen verstorbenen Schah des Iran und einer weiteren Region in der Welt, wo die Regierung gegen Amerika eingestellt ist, weil die USA auf das falsche Pferd gesetzt haben. □

Nicaragua

CIA-Mission der Contras

Victor Marchetti

Unter einer neuen streng geheimen Direktive des Nationalen Sicherheitsrates der USA (NSC) hat der amerikanische Geheimdienst CIA ein Crash-Programm in Gang gesetzt, um die Contras in Nicaragua für eine »Friß-oder stirb«-Offensive gegen das kommunistische Regime der Sandinisten vorzubreiten. Vertraulichen Quellen zufolge, die über die Geheimoperation informiert sind, verlangen diese Pläne hinsichtlich der Offensive, daß der CIA amerikanische Zivilisten einstellt, um den Rebellentruppen Unterstützung durch Helikopter-Luftangriffe zu geben.

»Das genau ist es«, meinte ein Informant. »Entweder stürzen wir Ortega und Konsorten (Daniel Ortega, Oberhaupt der Sandinisten-Regierung) in diesem Jahr oder es passiert sonst etwas.« Was passiert sonst? Die Amerikaner schicken die Mariners dorthin? Die USA führen einen Krieg?

Der wichtigste Wunsch Reagans

»Das hängt vom Präsidenten ab«, sagte der Informant mit zurückhaltendem, doch ahnungsvollem Schulterzucken.

Dies erscheint jedoch äußerst wahrscheinlich. Adolfo Calero, der Führer der Nicaraguan Democratic Force (FDN), der größten Armee der Contras, soll vor kurzem gesagt haben, daß die Vereinigten Staaten in Nicaragua eindringen müssen, wenn es den Contras nicht gelingt, die Regierung der Sandinisten zu stürzen.

»Wir sollten um jeden Preis vermeiden, daß die nordamerikanische Regierung bei der Befreiung Nicaraguas zur direkten Aktion schreitet, doch die Vereinigten Staaten werden handeln müssen, wenn wir unsere Ziele nicht erreichen«, sagte Calero in »El Heraldo« von Tegulcigalpa, Honduras, einer Zeitung, die dem militärischen Establishment von Honduras nahesteht.

Die Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrates der USA ist das Ergebnis einer jüngsten Überprüfung durch den neuen Nationalen Sicherheitsrat-Berater Frank Carlucci, der sich mit dem geheimen Aktionsprogramm des CIA zur Unterstützung der Contra-Bewegung, die seit langem in aller Munde ist, auseinandergesetzt hat. Das Ganze stimmt auch überein mit Präsident Reagans »innigstem Wunsch, das Problem der Sandinistas zu lösen« sowie der Bedrohung, die dieses Problem für die Vereinigten Staaten darstellt, bevor er aus dem Amt scheidet, so sagen die Quellen.

Als ein Vorspiel zur geplanten Militäroffensive infiltrieren die Contras Truppen in größerer Zahl als in der Vergangenheit in das Hochland des nicaraguanischen Dschungels. Es wird geschätzt, daß sich bereits 7 000 Kämpfer der Contras an Ort und Stelle befinden und daß voraussichtlich weitere 3 000 Truppen bald folgen werden. Die meisten sind Mitglieder der von Calero geführten FDN. Calero ist ein ehemaliger CIA-Agent und sein Partner Oberst Enrique Permudez diente unter dem gestürzten Präsidenten Anastasio Somoza in der nicaraguanischen Nationalgarde.

Damit rechnet das Weiße Haus

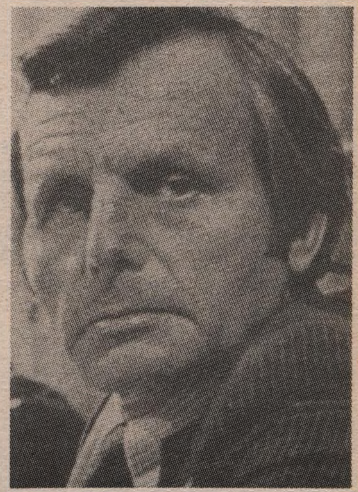
Unterdessen bringt der CIA speziell trainierte Kommandoeinheiten durch Fallschirmabsprünge ins Land, um Guerilla-Operationen durchzuführen, die im wesentlichen aus Angriffen auf wirtschaftliche Ziele bestehen wie Strom- und Kommunikationsleitungen, Straßen und Brücken sowie Gelegenheitsziele – darunter auch einige Schulen und Krankenhäuser.



General Hernandez, Kommandeur der Streitkräfte von Honduras (links), und US-General Galvin bei der Einweihung eines Spezialausbildungszentrums in Honduras.

Die Contra-Führer und ihre Helfershelfer in Washington hoffen, daß der Erfolg dieser Angriffe im amerikanischen Volk und im Kongreß verstärkte Unterstützung der Rebellenbewegung hervorrufen wird.

Beobachter im amerikanischen Kongreß, die gegen die Contra-Bewegung sind, behaupten, die Reagan-Regierung plane über 105 Millionen Dollar zu verlangen, die jetzt für die Rebellen provisorisch zurückgestellt worden sind. Nach einigen Anfangserfolgen durch die Guerilla-Truppen der Contras, die in der Öffentlichkeit weithin publiziert werden, »wird der Präsident die Unterstützung erhöhen« und vom Kongreß 200 Millionen Dollar Militärhilfe in diesem Jahr für die Contras fordern.



Frank Carlucci, Berater für nationale Sicherheit von US-Präsident Reagan, versucht den Contras zu helfen.

Obwohl es im Kongreß eine starke Unterstützung für die Sache der Contras gibt, gibt es auch einen gleichermaßen großen Widerstand gegen ein weitergehendes Engagement mit den Rebellen, ein Widerstand, der überraschenderweise vom amerikanischen Militär große Unterstützung erfahren hat.

Die Verzögerungen hinsichtlich weiterer finanzieller Unterstützungen der Contras im Kongreß dagegen wurden rasch unterlaufen durch geheimdienstliche Feststellungen – ein Auswuchs von Carluccis jüngster Untersuchung –, die gerade vor einiger Zeit der Kongreß-Führung insgeheim zugänglich gemacht wurde.

In den Feststellungen wird kenntnisreichen Quellen zufolge Präsident Reagans langjährige Überzeugung wiederholt, daß das kommunistische Sandinista-Regime eine klare und gegenwärtige Bedrohung für die demokratischen Regierungen Mittelamerikas darstellt und somit für die Sicherheit der Vereinigten Staaten. Unter anderem wird Nicaragua unter den Sandinistas als potentielle Erweiterung sowjetischer Militärmacht

in der westlichen Hemisphäre angesehen, was die amerikanische Verteidigungsplanung und Vorbereitungen in höchstem Maße verkomplizieren würde.

Meinungszwiespalt in Militärkreisen

»Der Präsident hat die Quertreiber in dieser wichtigen Sache durch geschicktes Manövrieren insgeheim überlistet«, äußerte ein pro-sandinistischer amerikanischer Kongreßabgeordneter.

Ein anderer Informant aus dem Kongreß meinte, jedoch »sie (die Reagan-Strategen) haben diesen Kampf vielleicht gewonnen, doch sie haben nicht den Krieg gewonnen. Vielleicht geben wir ihnen einfach genügend Munition, um sich selbst zu erschießen.«

Es herrscht ein ähnlicher Meinungszwiespalt in amerikanischen Militärkreisen und im US-Verteidigungsministerium, jedoch aus anderen Gründen, so behaupten Informanten aus dem Pentagon.

Einige Generäle sind der Meinung, daß die Contras schließlich ihr Ziel, das Sandinisten-Regime zu stürzen, erreichen können, wenn sie genügend Zeit, sagen wir sieben Jahre oder mehr, zur Verfügung haben – so General John Galvin, scheidender Befehlshaber des amerikanischen Militärs in Panama. Die Rebellen würden auch erhebliche Unterstützung durch amerikanisches Militär in Honduras benötigen, soll er auf inoffizieller Ebene geäußert haben. Galvin wird das Kommando der NATO-Streitkräfte in Europa im Juni übernehmen.

Der pensionierte General Paul Gorman, ehemaliger amerikanischer Oberbefehlshaber im Südpazifik, der Mitglied des Ausschusses auf hoher Ebene gewesen sein soll, der Carlucci bei seiner Untersuchung der Situation in Nicaragua unterstützt hat, sieht wenig Hoffnung für einen Erfolg der Contras. Seiner Meinung nach handelt es sich bei dem geheimen Aktionsprogramm des CIA um ein schlechtes Programm und die Truppen der Contras seien für »einen wahren, unkonventionellen Feldzug« schlecht ausgebildet. Er hat empfohlen, das amerikanische Militär solle die Schulung der Contras übernehmen sowie die Leitung ihrer militärischen Offensive.

Admiral William Crowe, Vorsitzender des Kommandostabs, hat sich in gewisser Weise auf die Seite von Gorman gestellt, doch war er vorsichtig darin, sich gegen ein offenes militärisches Engagement der Amerikaner auszusprechen. Vor kurzem meinte er, wenn die Contras in ihren Bemühungen scheitern sollten, »wären die Stabchefs sicher gegen ein direktes Eingreifen von seiten der USA«.

Alles auf eine Karte setzen

Der CIA hat sich offenbar dafür entschieden, alles auf eine Karte zu setzen, wenn er die neuen Anweisungen des Nationalen Sicherheitsrates ausführt. Hochrangige Beamte der Geheimdienstbehörde haben den amtierenden Direktor Robert Gates davon überzeugt, »alle Trümpfe des CIA in Caleros Hände zu spielen«, äußerte ein hochrangiger Informant gegenüber dem CIA.

»Es existiert nicht mehr länger der Anspruch einer vereinigten, demokratischen Contra-Front mit einer gemeinsamen Führung. Arturo Cruz und Alfonso Robelo (Caleros Rivale als Rebellenführer) sind ›weg vom Fenster‹«, so meinte dieser Informant.

»Man ist der Meinung, daß lediglich Calero und sein Mann Bermudez hart genug sind und auch entschlossen, die Sache durchzuziehen. Wenn sie die Sandinistas stürzen, ist es der amerikanischen Öffentlichkeit egal, wenn sie nicht gerade ein Vorbild demokratischer Tugend darstellen.«

Unterdessen hat der CIA seine Einstellungen von zivilem Personal verstärkt, das die Flugzeuge fliegen soll, die die Streitkräfte der Contras, die jetzt in Nicaragua eindringen, beliefern und unterstützen sollen. Zum ersten Mal stellt der CIA Helikopter-Piloten und Mechaniker ein, berichtet ein Informant, der jüngst vom CIA rekrutiert wurde.

Die neue Politik deutet – zumindest in den Augen dieses Informanten – darauf hin, daß es Pläne gibt, denen zufolge Helikopter-Angriffe zur Unterstützung der bevorstehenden Offensive der Contras gegen die Sandinistas eingesetzt werden sollen. Der Rekrutierte – ein Helikopter-Pilot mit Erfahrungen in »Nahost und in der Karibik« – sagte, er und zwei Freunde in anderen Städten haben auf Chiffre-Anzeigen in Lokalzeitungen im Südwesten der USA geantwortet, in denen Personal gesucht wurde, das an Einsätzen im Ausland interessiert sei.



General Paul Gorman, ehemaliger US-Oberbefehlshaber im Südpazifik, sieht wenig Hoffnung für einen Erfolg der Contras.



Contra-Soldaten transportieren ihre verwundeten Kameraden entlang der nicaraguanisch-honduranischen Grenzen nach einem Kampf mit den Sandinistas.

Nach der Kontaktaufnahme glaubten sie zunächst, die Southern Air Transport, die bekannte »ehemalige« CIA-Firma, stecke dahinter, die seit langem in die Contra-Operationen verwickelt ist und vor kurzem durch ihre Verbindungen zu dem früheren Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, Oberstleutnant Oliver North, und den iranischen Waffenskandal in der Presse von sich reden machte.

Die Helikopter-Piloten erfuhren hingegen bald, daß sie direkt von der amerikanischen Regierung eingestellt wurden und zwar für Einsätze, die im Sicherheitsinteresse geheimgehalten werden müssen, und daß sie irgendwo im Südwesten der Vereinigten Staaten stationiert würden, was – wie ein Informant meinte – sich für den CIA auch auf Nicaragua bezieht.

Die Frage nach dem Geld

Für die drei Männer gab es keinen Zweifel mehr darüber, warum und von wem sie rekrutiert wurden, nachdem sie jüngst in einem Motel in der Washingtoner Gegend in einem Geheimtreffen mit ihrem künftigen potentiellen Arbeitgeber zusammengetroffen waren.

Die Frage des Geldes zur Finanzierung des umfangreichen Programms der Contra-Unterstützung scheint für den CIA kein Problem zu sein. Während man eindeutig mit der Zustimmung des amerikanischen Kongresses für weitere Gelder rechnet, warten die Ausführenden nicht mit den Vorbereitungen zur geplanten Militär-Offensive in Nicaragua. Diese Aktivitäten werden derzeit wahrscheinlich finanziert, indem man auf den außerordentlichen Reservefonds zurückgreift, spekulierte ein Kongreß-Abgeordneter, der gegen die Operation ist.

»Sie brauchen die formelle Zustimmung des Kongresses nicht abzuwarten«, sagt er, »jetzt, wo die Feststellungen des Präsidenten da sind. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß der Kongreß gegen die Gelder stimmt, um den Krieg dort unten unter den gegenwärtigen Umständen zu führen.« □

Mossad

Geschäfte mit Waffen

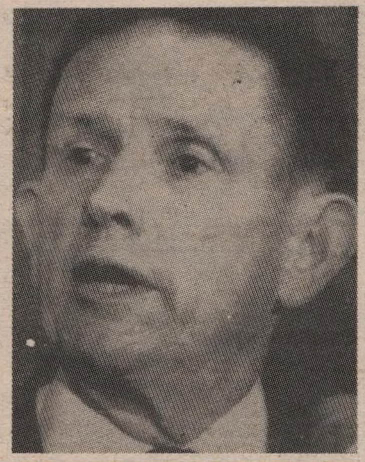
Warren Hough

Eines der unangenehmsten Kapitel im geheimen amerikanischen Waffenhandel mit dem Iran und den Contras in Nicaragua ist dabei enthüllt zu werden, und in diesem Zusammenhang stellt sich heraus, daß Israel und sein Geheimdienst, der Mossad, die Affäre dazu benutzt hat, in zahlreichen Staaten des Fernen Ostens einzudringen.

In der anhaltenden Untersuchung des Skandals kommt immer mehr heraus, daß der Kleinstaat in Nahost als Teil eines geheimen Bündnisses mit dem Weißen Haus in der Lieferung von Rüstungsmaterial und Schulung der Freischärler des CIA in Mittelamerika eine Schlüsselrolle gespielt hat. Der Mossad hat seine privilegierten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten geschickt dazu benutzt, um sich für seine Agenten Eintritt in verschiedene Länder Südostasiens zu verschaffen, die Israel bisher verschlossen waren.



Robert McFarlane, ehemaliger Leiter für Nationale Sicherheit im Weißen Haus, wußte um die Machenschaften des Mossad.



John Singlaub, US-General, gehörte zu McFarlanes Agenten und war seit langem an Geheimdienstoperationen beteiligt.



Oberstleutnant Richard Secord trieb für die Contras geheime Spenden von den Regierungen Taiwans und Südkoreas ein.

Mossad auf der Liste der Reagan-Regierung

Bruchstücke an Schlüsselinformationen von diplomatischen und Geheimdienstquellen im UNO-Hauptquartier in New York und Washington kamen zutage, nachdem bekannt wurde, daß zwei hohe Mossad-Agenten in einem Korruptionsskandal eine wesentliche Rolle gespielt haben, in dem es um mehrere Millionen Dollar ging, und der in zwei Ländern untersucht wird, die so weit voneinander entfernt sind wie Schweden und Thailand.

Diesen Quellen zufolge war der Mossad eine der ersten ausländischen Geheimdienstorganisationen bei dem geheimen Vorstoß der amerikanischen Regierung im Jahr 1984 die Contras zu beliefern, die von Oberstleutnant Robert McFarlane, dem damaligen Leiter für Nationale Sicherheit im Weißen Haus, und zwei seiner Agenten, John Singlaub und Richard Secord genannt wurden – beides ehemalige amerikanische Generäle, die seit langem an Geheimoperationen beteiligt sind.

Aufgrund der umstrittenen und unvorhersagbaren Position des US-Kongresses hinsichtlich der sich ausbreitenden Geheimoperationen des CIA in Mittelamerika, stand der Mossad von Anbeginn auf der Liste der Reagan-Regierung im Zusammenhang mit Plänen, die wachsenden Contra-Kräfte am Laufen zu halten.

Dabei handelt es sich um ein weitaus lukrativeres Geschäft, als man der amerikanischen Öffentlichkeit glauben machen wollte. Nachdem, was bisher bekannt wurde, wurden nicht weniger als 77 Millionen Dollar von einer Reihe freundschaftlicher Regierungen und privater Spender für den CIA-Vorstoß zum Sturz des kommunistischen Regimes in Nicaragua aufgebracht.

Wie die Gelder verschwanden

Ungefähr die Hälfte dieses Betrages ist offenbar in den Taschen und auf den Nummernkonten verschiedener Vermittler und Unterhändler verschwunden, Waffenhändler beziehungsweise Schmuggler, Arrangeure und Mossad-Agenten. 32 Millionen Dollar sollen dabei auf ein geheimes Konto bei der BAC-International-Bank auf den Cayman Islands eingezahlt worden sein, das dem Contra-Führer Adolfo Calero gehört, und zwar auf den Namen »Esther de Morales«, die Frau von Caleros Anwalt in Miami.

Diese Gelder wurden für den Kauf von Waffen für die Infanterie verwendet – zum größten Teil Waffen aus verschiedenen Ländern des Ostblocks, die von Israel aus arabischen Armeen gekapert worden sind und dann an die Contras weiter verkauft wurden – sowie andere Militärlieferungen, so verlautet aus bestimmten Quellen.

Hochplazierte Informanten ließen verlauten, daß nicht weniger als 15 Millionen Dollar der von Singlaub, Secord, Oberstleutnant Oliver North, Elliot Abrams, dem stellvertretenden US-Außenminister und anderen Unterhändlern für die Contras eingetriebenen, geheimen Spenden von den Regierungen Taiwans und Südkorea kamen.

»General Singlaub hatte lange und enge Beziehungen zu den Führern dieser Länder, von denen die meisten überzeugte Antikommunisten sind«, behauptet ein Militärattaché einer Südostasien-UNO-Delegation. »Er war der wichtigste Mittelsmann, der diese beiden Regierungen in die von Israel betriebenen Contra-Lieferungen einbezogen hat.«

Doch sobald sie ihren Fuß in der Tür von ASEAN – das Bündnis der südostasiatischen Länder – hatten, wollte Israel mehr. Insbesondere beabsichtigten sie eine Reihe ihrer Agenten im Geheimdienst-Schulungszentrum für Spionage und Gegenspionage in Peitou in der Nähe von Taipei auf Taiwan einzuschleusen.

Offiziell bekannt als Akademie für Führungskräfte der politischen Kriegsführung wird die streng bewachte Anlage von Taiwan und Korea gemeinsam geführt. Ein Diplomat der ASEAN, beschrieb sie als das »geheimste College für versteckte Kriegsführung auf der Welt«. Wir fanden heraus, daß die Regierungen von Guatemala, Honduras, El Salvador, Chile, Uruguay und Südafrika jedes Jahr ein Kontingent von Agenten zur Schulung in dieses Zentrum schicken.

Mossad-Agenten sind dabei

Israel, das mit den meisten dieser Länder einen intensiven Waffenhandel betreibt, ist schon seit langem darauf erpicht, auch seine Agenten in diese Führungs-Akademie zu entsenden. Im Jahr 1985 hat es schließlich sein Ziel erreicht. Mit Singlaub als offensichtlichem Mittelsmann wurde eine Reihe altgedienter Mossad-Gegenspionage-Experten zu Schulungen in Peitou zugelassen. Seither sind sie zu einem festen Bestandteil des Zentrums geworden, wird aus Quellen des ASEAN berichtet. □

CIA

Geschäfte mit Mord und Drogen

Victor Marchetti

Bei den amerikanischen Untersuchungen im iranisch-israelischen Waffenskandal kommen immer mehr Beweise dafür zum Vorschein, daß im Zusammenhang mit dieser Affäre Mord – unter anderem ein Mordversuch an einem amerikanischen Botschafter –, Drogenhandel und andere Verbrechen vom amerikanischen Geheimdienst CIA und dem Nationalen Sicherheitsrat der USA (NSC) gutgeheißen wurden. Die möglicherweise explosiven Enthüllungen sickern trotz Bemühungen von seiten der Reagan-Regierung und dem amerikanischen Kongreß, der Öffentlichkeit die Wahrheit vorzuenthalten, durch.

»Diese Affäre läßt den Watergate-Skandal wie ein Picknick am Sonntagnachmittag erscheinen«, äußerte ein ehemaliger CIA-Beamter, der in engem Kontakt steht zu den Untersuchungen in dem sich immer rascher lösenden Rätsel. »Viele Leute könnten im Gefängnis landen, wenn jemals alle Tatsachen bekannt werden.«

Eine ungeheure wilde Verschwörung

Ein Mitglied des US-Kongresses mit Verbindungen zum Untersuchungsausschuß: »Das ist ein großes ›Wenn‹. Es steht zu viel auf dem Spiel, als daß wir uns erlauben könnten, daß wie bei Watergate schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit gewaschen wird.«

Dieser große und emotionale Meinungsunterschied zeigt sich in dem Wortkrieg, der jetzt in den amerikanischen Establishment-Medien zwischen Senator Warren Rudman, zweiter Vorsitzender des Senats-Sonderausschusses, und dem Sonderberater Lawrence Walsh, der eine unabhängige Untersuchung über die schmutzige Affäre im Auftrag des Kongresses durchführt, ausgetragen wird.

Rechtsanwalt Walsh behauptet, seine Mitarbeiter hätten bereits 800 Interviews durchgeführt und Hunderte von Kisten mit Dokumenten durchgeforstet, davon allein etwa 200 000 vom CIA – und das alles in den vier Monaten, seit die Untersuchung begonnen wurde. Doch er meint, es sei noch viel mehr zu tun, und er möchte, daß der Sonderausschuß keinem der Zeugen Immunität gewährt, die ein potentielles Ziel einer strafrechtlichen Verfolgung werden könnten.

Rudman dagegen beschwert sich darüber, daß Walsh zu langsam vorgeht und die Untersuchungen bis zum Überdruß durchführt und dabei eine Strategie »irgendeiner ungeheueren, wilden Verschwörung« verfolgt, die zu nichts führt.

Verschiedenen Informanten zufolge ist Rudman zum Insider des Weißen Hauses bezüglich des Ausschusses bestimmt worden.

Ein wichtiges Beispiel für die Beweise, die jetzt über langfristige Versuche des CIA und des Nationalen Sicherheitsrates zur Umgehung des amerikanischen Neutralitätsgesetzes und den Willen des US-Kongresses zur Unterstützung der Contra-Bewegung zutage getreten sind, ist ein wenig bekannter Fall vor dem Bundesgericht des südlichen Distrikts von Florida. In der Klage sind 30 Leute, die mit dem CIA und dem NSC in Verbindung stehen, wegen Mordes, Mordversuchs, Drogenhandel und anderen kriminellen Handlungen unter dem RICO-Gesetz (Gesetz über organisiertes Verbrechertum) angeklagt.

US-Präsident Reagan kannte und wußte offenbar nichts von den Verbrechen des US-Geheimdienstes CIA.

Der Däne war kein Däne

In der Klage, die zum ersten Mal im Frühjahr 1986 eingereicht wurde, heißt es, eine Gruppe von Amerikanern einschließlich der pensionierten Generäle Richard Secord und John Singlaub, der ehemaligen CIA-Beamten Thomas Clines und Theodore Shackley und des iranischen Geschäftsmanns Albert Hakim – die jetzt alle auch in der Untersuchung von Sonderankläger Walsh auftreten – wären Mitglieder einer Verschwörung zur Ermordung des anti-sandinistischen Rebellenführers Eden Pastora (Commandante Zero) und des damaligen amerikanischen Botschafters in Costa Rica, Louis Tambs, gewesen, weil sie nicht mit der vom CIA und NSC unterstützten Contra-Bewegung kooperiert hätten.

Der Mordversuch an Pastora – bei dem acht Menschen, unter ihnen die amerikanische Journalistin Linda Frazier, ums Leben kamen und 24 schwer verletzt wurden – ist auf Film festgehalten, weil er bei einer Pressekonferenz geschah, die der Rebellenführer am 30. Mai 1984 gegeben hat. Der Film zeigt, wie ein »dänischer Reporter« einen Kamerakasten aus Aluminium neben den Tisch stellt, an dem Pastora sitzen sollte.

Später stellte man fest, daß der Kasten C-4-Sprengstoff mit Nägeln, Schrauben und anderer Munition enthielt, und daß es sich bei dem genannten dänischen Journalisten um einen Libyer handelte, der in den Diensten von John Hull stand, einem ehemaligen CIA-Beamten, der wiederum für Oberstleutnant Oliver North vom Nationalen Sicherheitsrat der USA arbeitete.

Trotz Tod und Zerstörung, die durch die Bombe verursacht wurden, entkam Pastora wie durch ein Wunder mit nur leichten Verletzungen diesem Angriff auf sein Leben.

Im folgenden Jahr begannen Hull und andere, die für North und den CIA arbeiteten, angeblich die Ermordung von Tambs zu planen. Die Verschwörung wurde bekannt, als einer von ihnen die Sache einem Costaricaner anvertraute, der die Information einem amerikanischen Freund weitergab und schließlich an Botschaftsangehörige.

Unter dem Schutz des CIA

Laut Plan sollte die amerikanische Botschaft bombardiert und der Botschafter dabei getötet werden, wobei man diesen Ter-

CIA

Geschäfte mit Mord und Drogen

rorakt dann den Sandinistas in die Schuhe schieben wollte. Die Person, die den Plan verraten hat, wurde später auf Hulls Ranch in der Nähe von Ilopango, dem Luftwaffenstützpunkt, von dem aus die von der außergesetzlichen NSC-Operation von North gelieferten Waffen über den Luftweg den Contras in Nicaragua zugeführt wurden, zu Tode gefoltert.

Einige Monate später lieferte Steven Carr, ein amerikanischer



General John Singlaub weiß von Betrug, Diebstahl und Mißmanagement in der Organisation der Contras.

Söldner, der an der Mission Waffenlieferungen an die Contras beteiligt war, weitere Informationen über die Bedrohung für Tambs Leben an amerikanische Journalisten und Anwälte, die die Verschwörung untersuchten. Bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten wurde er wegen Verletzung des Waffenkontrollgesetzes verhaftet, doch auf mysteriöse Weise schnell wieder freigelassen.

Kurz danach, im Dezember 1986 – einen Monat nach Enthüllung des iranischen Waffenskandals –, wurde Carr von Unbekannten in Los Angeles ermordet. Seine Zeugenaussage existiert jedoch in Form einer eidesstattlichen Erklärung bei seinem Anwalt Daniel Sheehan, der die RICO-Anklage gegen Secord und die anderen »unabhängigen« Waffenlieferanten der Contras beim US-Bundesgericht von Miami erhoben hat.

Einer der beunruhigenderen Aspekte der Militärhilfeoperation an die Contras, wie er in dem Fall von Miami zum Vorschein kam, ist die Behauptung, die Angeklagten hätten mit Drogen gehandelt, um die Waffenlieferungen zu finanzieren, und andererseits, um ihre eigenen Taschen zu füllen.

Unter dem Schutz des CIA und des NSC wurden die Flugzeuge der Southern Air Transport, einer Fluglinie, die einst dem CIA gehörte, die für die Waffenlieferungen eingesetzt wurden, auch dazu verwendet, Kokain aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten zu bringen.

Nachdem die Waffen zum Luftwaffenstützpunkt von Ilopango gebracht worden waren, wurden die Flugzeuge mit Kühlcontainern beladen, die Tiefkühlkost und Kokain enthielten, und flogen dann zurück nach Miami. 600 Pfund dieses Rauschgiftes wurden auf diese Weise bei den meisten Flügen in die USA gebracht und die unabhängigen Waffenlieferanten kassierten dabei Millionen Dollar an Profiten.

Bei einigen Gelegenheiten, so ein Informant, der mit der Operation vertraut war, wurden die gleichen Flugzeuge, die die Contras belieferten, für den Flug nach Kolumbien benutzt, um das Kokain zu holen, bevor es als Tiefkühlkost für den Rückflug »nach Hause« neu verpackt wurde.

»Jetzt, im Rückblick, glaube ich, hat es Zeiten gegeben, wo der Drogenhandel bei der ganzen Operation wichtiger war als die Waffenlieferungen«, meinte dieser Informant. »So lief es schließlich am Schluß auch in Laos und Vietnam«, sagte er und meint damit die oft zitierte Beteiligung des CIA am Heroinhandel während des Indochina-Krieges in Südostasien über ihre Fluglinie, Air America.

Rechtsanwalt Sheehan weist darauf hin, daß diese Männer – im Zusammenhang mit seinen Behauptungen über die Angeklagten im RICO-Fall – einschließlich Secord und Singlaub, die CIA-Leute Shackley und Clines und North alle an Geheimdienstoperationen im Vietnam-Konflikt beteiligt waren. Einige von ihnen dienten später im Iran in jenen Tagen, als das Land für den amerikanischen Markt eine wichtige Heroinquelle war. □

Zionismus

Bekenntnis eines Juden

Jack Bernstein

Im Jahr 1967 emigrierte Jack Bernstein, 41 Jahre alt, nach dem Sechs-Tage-Krieg von den Vereinigten Staaten nach Israel. Nachdem er sechseinhalb Jahre dort gelebt hat, kehrte er, inzwischen verheiratet und um vieles klüger, in die Vereinigten Staaten zurück. Bernstein hat jenes »marxistische, rassistische Land«, wie er es bezeichnet, verlassen und lebt getrennt von seiner Frau und seinen Kindern. Er hat diese Geschichte dem Kaplan des Veterans Administration Hospital in Martinsburg, US-Bundesstaat Virginia, diktiert.

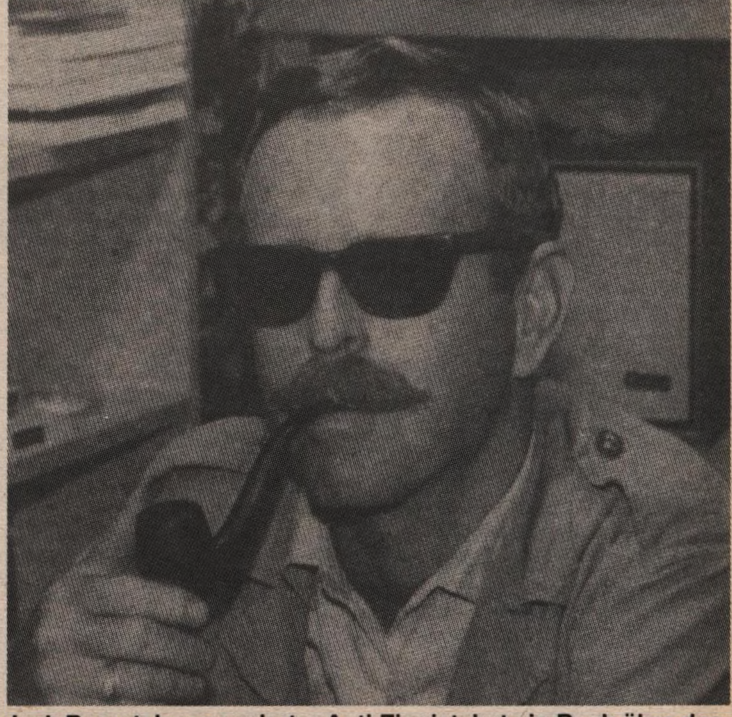
Ich habe die letzten zehn Jahre meines Lebens damit verbracht, den Zionismus zu bekämpfen. Jetzt werde ich in den nächsten Wochen sterben, alleine, ohne meine Kinder gesehen zu haben, die gegen ihren Willen in Israel festgehalten werden, und ohne meine Frau wiedergesehen zu haben.

»Ich wollte ein neues Leben beginnen«

Meine Ärzte sagen mir, daß sich der Krebs in meinem Körper weiter ausgebreitet hat, und ich bin inzwischen zu schwach, um aufrecht sitzen zu können. Doch bevor ich sterbe, möchte ich Ihnen erzählen, daß die israelische Regierung meiner Familie verweigert hat, mich ein letztes Mal zu sehen.

Zunächst möchte ich Ihnen berichten, wie zionistische Agenten unter der Kontrolle der Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge mein Leben ruiniert haben und mich meiner Grundrechte der amerikanischen Verfassung beraubten.

Vor sieben Jahren kehrte ich aus Israel nach Amerika, mein Geburtsland, zurück, nachdem ich von der israelischen Polizei verfolgt worden bin, weil ich die Kühnheit besessen habe, eine spanisch-portugiesische Jüdin zu heiraten und die israelische Re-



Jack Bernstein, engagierter Anti-Zionist, hat ein Buch über das marxistisch-rassistische Israel geschrieben.

gierung zu kritisieren. Ich selbst gehöre zu dem askenatischen Zweig des jüdischen Volkes. In Israel behandeln die Askenaten die spanisch-portugiesischen Juden als eine niedere Rasse.

Ich wollte ein neues Leben beginnen, eine gute Arbeitsstelle finden und meine Familie nach Amerika holen.

Ich ließ mich in Südflorida nieder und bekam eine Arbeitsstelle in einer Wertpapiergesellschaft. Ich sprach mich auch weiterhin gegen Israel aus und den wachsenden Rassismus und die Brutalität in diesem Land sowie gegen das Drogenproblem, das dort existiert.

Ich erschien auch bei mehreren Treffen der B'nai B'rith-Logen und dachte, die Mitglieder der ADL wären daran interessiert, die Wahrheit über Israel zu erfahren. Nach dem zweiten Treffen wurde mir jedoch gesagt, daß ich bei B'nai B'rith nicht mehr länger erwünscht sei.

»Ich habe den Mythos gebrochen«

Kurz nach meinen Erscheinen in der B'nai B'rith-Loge in Fort Lauderdale, Florida, bekam mein Arbeitgeber einen Telefonanruf, in dem ihm gesagt wurde, ich sei »von der israelischen Polizei gesucht« und sei ein Sympathisant der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) und »eine Gefahr für die Gemeinde«.

Mein Arbeitgeber, der zunächst froh war, jemanden mit meinem paramilitärischen Hintergrund für sich arbeiten zu haben, rief mich in sein Büro. Er erzählte mir von dem Telefonanruf und sagte mir, er könne es sich »nicht leisten«, mich weiter zu beschäftigen wegen der Vielzahl zionistischer Klienten, die er habe.

Ohne Arbeit konnte ich kein Geld nach Israel schicken, um meine Familie zu unterstützen.

Bald stellte ich fest, daß ich durch die ADL bei den meisten Wertpapiergesellschaften in der Gegend auf einer schwarzen Liste stand und somit faktisch meines Rechts beraubt war, meinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Als die Kunde über meine antizionistischen Aktivitäten umging, wurde ich in Südflorida zu einem Rundfunk-Interview eingeladen. Ich sprach dort über den Rassismus in Israel, den Drogenhandel und wie eine Gruppe von Juden eine andere haßt, nur weil sie aus einer anderen Gegend kommt. Ich habe den Mythos von »Israel, dem Land, wo Milch und Honig wächst«, gebrochen.



Haviv Schieber vor dem internationalen Hauptquartier der B'nai B'rith-Loge in Washington.

Drei Tage nach meinem Auftritt im Rundfunk bekam ich ein Kündigungsschreiben von meinem Vermieter, in dem es hieß, er habe erfahren, daß ich keine Arbeitsstelle mehr habe und deshalb nicht mehr kreditwürdig sei. Ich müsse darum meine Wohnung innerhalb von zehn Tagen verlassen.

Schließlich fand ich eine neue Arbeitsstelle und eine neue Wohnung, doch in fünf Monaten Arbeitslosigkeit mußte ich meine gesamten Ersparnisse aufbrauchen.

»Mein Buch half mir«

Die Zionisten kontrollieren den größten Teil des Wirtschaftslebens in Fort Lauderdale, und es ist für sie ein leichtes, ihre Macht einzusetzen, um eine Person der Arbeiterklasse zu »brechen«. Dies ist ihnen viele Male erfolgreich gelungen. Sie haben es auch bei mir getan.

Sobald ich bei einer neuen Arbeitsstelle begann, bekam mein neuer Chef Anrufe, in denen ihm geschäftliche Nachteile angedroht wurden, weil er mich eingestellt hat. Aufgrund solcher Anrufe wurde ich viermal entlassen. Die Anrufe kamen von Leuten, die behaupteten, sie gehörten der ADL oder der Jüdischen Verteidigungs-Liga an.

Nach drei Jahren der Trennung von meiner Familie ging es mit meiner Gesundheit bergab. Der kontinuierliche Streß durch die Verfolgung von seiten der Zionisten forderte seinen Tribut.

Nach vier Jahren Kampf in Florida packte ich schließlich meine Habseligkeiten, die mir noch verblieben waren, und ging nach Washington, um mich Haviv Schieber und seinem »Holy Land State Committee« anzuschließen. In der Zusammenarbeit mit Schieber und Charles Fischbein begann ich ausführlich über die Zustände in Israel und die Lügen zu schreiben, auf denen der Zionismus aufgebaut ist.

Bald veröffentlichte ich mein Buch »Das Leben eines amerikanischen Juden im rassistischen, marxistischen Israel«, von dem Hunderttausende verkauft wurden. Schließlich konnte ich nach dem guten Verkauf meiner Bücher den Plan fassen, meine Familie in die Vereinigten Staaten zu holen.

Ich trat mit meiner Frau in Verbindung und sagte ihr, sie solle sich um die Visa für sich und unsere Kinder kümmern, um nach Amerika zu kommen.

Obwohl meine Kinder in Israel geboren sind, habe ich ihre Geburt auch bei der amerikanischen Botschaft in Tel Aviv registrieren lassen. Sie sind amerikanische Staatsbürger mit einem amerikanischen Vater.

Die israelische Regierung wollte meinem Sohn Harold jedoch nicht erlauben, Israel zu verlassen, weil er – wie sie meinten – kurz vor dem militärpflichtigen Alter stände und der Militärdienst ist obligatorisch in Israel. Als meine Frau protestierte, sagte man ihr, die israelische Regierung würde nichts dafür tun, um »israelische« Kinder wegzuschicken, damit sie bei einem gegen den Zionismus eingestellten Juden leben könnten.

Aufgrund meiner Schriften wurde mir verboten, nach Israel einzureisen, und meine Frau konnte das Land nicht verlassen, ohne unsere Kinder aufzugeben. Durch den Streß, der damit verbunden war, daß ich von meiner Familie getrennt war, verlor ich 30 Pfund Körpergewicht.

»Ich darf nicht zu meiner Familie«

Vor einem Jahr stellte ich fest, daß ich Krebs habe. Freunde traten mit der israelischen Botschaft in Verbindung und fragten an, ob man meinen Kindern angesichts der Tatsache, daß ihr Vater vielleicht stirbt, erlauben würde, nach Amerika einzureisen. Die Botschaft sagte nein.

Selbst als der Arzt der Botschaft mitteilte, daß ich todkrank sei, sagte die Botschaft, ich könne weder nach Israel einreisen, noch könnten meine Kinder nach Amerika kommen.

In den letzten Monaten habe ich Berichte darüber gelesen, daß man einigen jüdischen Dissidenten in der Sowjetunion verboten hat, nach Israel auszureisen. Doch die amerikanische Presse berichtet nichts darüber, daß Israel es auch einigen seiner Bürger verbietet, das Land zu verlassen. □

»The Life of an American Jew in Racist Marxist Israel« (»Das Leben eines amerikanischen Juden im rassistisch-marxistischen Israel«) von Jack Bernstein ist für 3 US-Dollar erhältlich bei Liberty Library, 300 Independence Ave. S. E., Washington, D.C. 2003, USA.

Pollard-Affäre

Spuren führen in die Botschaft

Charles M. Fischbein

Eine israelische Botschaftssekretärin, Irit Erb, die das amerikanische Justizministerium als eine Mitverschwörerin im Jonathan-Jay-Pollard-Spionageskandal identifiziert hat, hat auch andere Leute als Pollard rekrutiert, um für Israel zu spionieren.

Vor drei Jahren war ich Direktor des Jewish National Fund (JNF) in Washington. Damals informierte mich eine Sekretärin im JNF-Büro, die die Agentur inzwischen verlassen hat, die mit Miß Erb persönlich befreundet war, daß letztere zwischen mir und Roberta Hromas, der Leiterin des American Christian Trust for Israel (ACT) ein Treffen arrangieren wolle.

Miß Erbs wirkliche Aufgabe

Bei meinem ersten Treffen mit Miß Erb, Mrs. Hromas und meiner Assistentin sagte man mir, daß der israelische Botschafter Meir Rosenne, den ich jeden Monat traf, wünschte, daß ich ein Treffen zwischen Mrs. Hromas und zwei hochrangigen israelischen Armeeoffizieren, Mr. und Mrs. Moti Hermon, arrangieren solle, die beide Oberst bei den israelischen Verteidungsstreitkräften (IDF) sind und zu der Zeit in Washington lebten und die Israeli Aircraft Industries vertraten, eine Firma, die von Uzi Gallil geleitet wurde, dem Erfinder der Uzi-Maschinenpistole.

Zu jener Zeit war Gallil auch Vorsitzender von Technion, Israels High-Tech-Universität, bei der die meisten Atom- und Elektronik-Wissenschaftler ersten Ranges beschäftigt waren.

Aus zuverlässigen Quellen, die in engem Zusammenhang mit der Pollard-Untersuchung stehen, wurde seither bekannt, daß Miß Erbs wirkliche Aufgabe darin bestand, christliche Evangelisten in wichtigen Positionen innerhalb der US-Verteidigung ausfindig zu machen, die Israel dazu benutzen könnte, geheime Verteidigungs-Informationen an israelische Wissenschaftler und andere Vertreter der israelischen Luftwaffe weiterzuleiten.

Miß Erb arbeitete unter direkter Kontrolle eines Konsularbeamten, Gideon Shamron.

Bei meinem ersten Treffen mit Mrs. Hromas erfuhr ich auch, daß ihr Mann der Leiter eines Labors bei einem großen Rüstungshersteller war. Mrs. Hromas erzählte mir, daß ihr Mann hochrangige israelische Ingenieure, die entweder bei IDF oder Technion angestellt waren, oft für einige Monate zu Beratungsfunktionen in seinen Büros in Los Angeles verpflichtet.

Nach einigen privaten Treffen mit Mrs. Hromas stellte ich sie auf Miß Erbs Anweisung hin den Hermons vor. Das Ehepaar begleitete Mrs. Hromas bei mehreren Reisen nach Israel und stellte sie einer Reihe von Technion- und IDF-Wissenschaftlern vor, die dann später in die Vereinigten Staaten kamen.

Bei einem späteren Treffen mit Mrs. Hromas und dem israelischen Ehepaar sagte man mir, Miß Erb wolle, daß der JNF zu Spendensammelzwecken ein Abendessen zu Ehren von Mrs. Hromas geben solle, und daß ich den Erlös aus dem Abendessen auf ein Bankkonto bei der neu gegründeten Heritage International Bank einzahlen solle, der einzigen Bank in den Vereinigten Staaten mit Filialen in Israel.

Mir wurde gesagt, Dr. Samuel I. Cohen, der Vizepräsident des JNF von Amerika, habe Anweisungen, die Gelder für Spezialprojekte im Zusammenhang mit der Sicherheit Israels zu verwenden, und daß die Gelder von mir gesammelt und auf der Bank eingezahlt werden sollten und von Cohen dann abgehoben würden, ohne daß Fragen gestellt werden.

Die Heritage International Bank gehört einem ehemaligen Präsidenten der Zionistischen Organisation von Amerika (ZOA). Viele Vorstandsmitglieder der Bank hatten engen Kontakt zu Gallil. Ein solches Vorstandsmitglied ist derzeit Präsident der Washington Technion Society, deren weltweite Geschäfte von Gallil erledigt werden. Ein anderes Vorstandsmitglied der Bank ist derzeit Präsident der ZOA.

Diese Gruppe israelischer Bürger und Doppel-Loyaler bilden den ineren Kern einer mächtigen Gruppe von Einzelpersonen, die alles Erdenkliche unternehmen, um Israel alle möglichen Arten von Unterstützung zukommen zu lassen.

Die ATC-Offiziere befinden sich nur ein paar hundert Meter von der israelischen Botschaft entfernt. Miß Erb wohnt einen Häuserblock weiter, in der Van Ness Street.

Diese Beziehungen gehen sogar noch tiefer. Aviem Sella, der israelische Offizier der Luftwaffe, der zum Zeitpunkt der Pollard-Affäre in den Vereinigten Staaten eine »wissenschaftliche Mission« für Israel leitete, bekam seine Weisungen von Mrs. Hermon. Mrs. Hermon war der hochrangigste weibliche Militäroffizier Israels im IDF.

Pollard-Operation kein Schelmenstreich

Sella wurde mir in Washington von Führern der Washingtoner Zionistengemeinde und Miß Erb selbst vorgestellt. Bei einem Treffen mit Sella wurde mir eine Person vorgestellt, die Testpilot für einen großen Flugzeughersteller sein sollte, der derzeit viele Geschäfte mit den Arabern macht. Mir wurde erzählt, dieser Mann würde mit Miß Erb und Sella zusammenarbeiten, indem er Informationen für Israel beschafft.

Sella ist kürzlich als Befehlshaber eines wichtigen israelischen Luftstützpunktes zurückgetreten, nachdem er von Beamten des Justizministeriums in Washington als ein Mitverschwörer im Spionagefall Pollard angeklagt worden ist.

Die Rolle dieser Gruppe von Doppelt-Loyalen fängt langsam an zutage gefördert zu werden, nachdem das US-Justizministerium nun erkennt, daß die Pollard-Operation nicht einfach nur ein »Schelmenstreich« war, wie israelische Beamte zunächst behaupteten. Die Rechercheure im Justizministerium erkennen jetzt, daß die Pollard-Affäre direkt von den Büros der israelischen Botschaft aus von Botschaftspersonal inszeniert wurde, das seine Befehle von Rosenne und anderen Spitzenagenten erhielt.

Der beunruhigende Aspekt dieser Affäre ist die Tatsache, daß große amerikanische Rüstungsfirmen noch immer enge Kontakte und Arbeitsbeziehungen zu israelischen Bürgern unterhalten, die von den gleichen Leuten in die Vereinigten Staaten geschickt werden, die auch Pollard rekrutiert haben.

Wegen des Drucks jedoch, der von Mitgliedern des US-Kongresses und den wichtigsten zionistischen Organisationen auf das Personal im US-Justizministerium ausgeübt wird, lehnt die Reagan-Regierung es ab, eine vollständige Untersuchung der Pollard-Affäre zu verlangen. Anstatt die Beziehungen zwischen Pollard, dem israelischen Botschaftspersonal und den amerikanischen Rüstungsfirmen genau zu ergründen, scheint sich die Regierung damit zu begnügen, ihre Fragen darauf zu beschränken, ob die israelischen Führer direkte Kontrolle über den Pollard-Spionagering hatten.

Amerikanischen Justizbeamten, die sich normalerweise auf Spionageuntersuchungen stürzen, wurde von der Regierung und dem Justizminister Edwin Messe – selbst ein Anhänger des ACT und JNF und für dessen verstorbenen Sohn in Israel zum Gedenken ein Wald gepflanzt wird – gesagt, sie sollen weitere Untersuchungen über das Spionieren Israels in den USA unterlassen, damit Israel kein Schaden zugefügt wird. □

Terrorismus

Keine Erfindung der Araber

Charles M. Fischbein

Fragt man heute Schulkinder, welche Gruppe von Menschen oder welche Nationalität an der ersten Flugzeugentführung in der Geschichte beteiligt waren, die Antwort wäre prompt die Araber. Fragt man Lehrer, Politiker oder Justizvollzugsbeamte, man bekäme sicherlich die gleiche Antwort. Die Antwort ist jedoch falsch: Es waren die Israelis.

Am 12. Dezember 1954 wurde ein syrisches Passagierflugzeug von israelischen Agenten und Kriegsflugzeugen kurz nach dem Start in Damaskus, Syrien, entführt und zur Landung auf dem Militärflughafen von Tel Aviv in Israel gezwungen. Nur wenige Amerikaner und Bürger anderer westlicher Industrienationen können sich vorstellen, wie weit Israels Führer gehen werden, um ihre Verbrechen zu verbergen und ihre Terrorherrschaft in Nahost fortzusetzen.

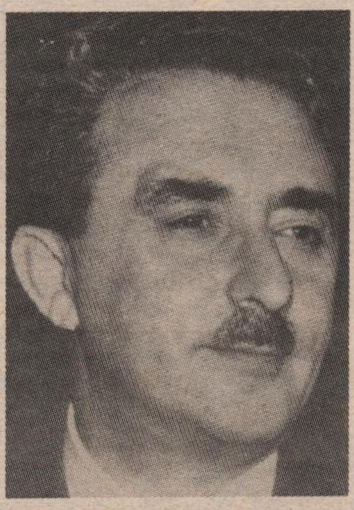
Die von Israel fabrizierten Mythen

Die Unterstützung Israels durch den Westen basierte auf einer Anzahl von Israel fabrizierten Mythen. Einer dieser Mythen ist der Bedarf an massiven bewaffneten Streitkräften, um die arabischen Armeen in Schach zu halten.

Die Entwicklung einer Belagerungsmentalität in Israel ist nötig, um die Bürger in Anspruch nehmen zu können und die grausigsten Terrorakte, die von einem Staat unterstützt werden, in der Geschichte durchzuführen.

Laut eines Interviews mit einem israelischen Soldaten in der israelischen Tageszeitung »Davar« haben israelische Truppen das palästinensische *Dorf Dueima* besetzt und zwischen 80 und 100 Araber getötet. Das geschah 1948.

Der Soldat, der dabei war, sagte zu »Davar«: »Die Kinder töteten wir, indem wir ihnen die Köpfe



Moshe Sharett, einer der ersten israelischen Politiker, die den Terrorismus als staatliche Politik anordneten.

mit Stöcken einschlugen. Es gab nicht ein Haus in dem ganzen Dorf ohne Leichen. Die Männer und Frauen wurden in die Häuser getrieben und die Häuser dann in Brand gesteckt. Die Soldaten vergewaltigten die Frauen, bevor sie sie erschossen. Eine Araberin mit einem Neugeborenen wurde vergewaltigt, und dann erschoß man ihr Baby vor ihren Augen.

Unser Kompanieführer erinnerte uns daran, je weniger Araber es gibt, desto besser. Das war einer der *vielen Überfälle*, an denen der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon beteiligt war.«

Israels ehemaliger Premierminister Moshe Sharett war einer der ersten hochrangigen Regie-

Terrorismus

Keine Erfindung der Araber

rungsbeamten, der staatlich geförderten Terrorismus als nationale Politik anordnete. Weil Israel weder eine Verfassung hat noch eine Bill of Rights und nie seine Grenzen festlegte, können seine Führer im Namen der nationalen Verteidigung jegliche Maßnahmen ergreifen, die sie nur wollen.

Die Gedanken der Zionisten

Das Tagebuch von Moshe Sharett wurde in Israel trotz der Vorbehalte israelischer Zensoren veröffentlicht. Es erschien unter dem Titel »Israels geheiligter Terrorismus« (»Israel's Sacred Terrorism«), Autor Livia Rockach, mit einer Einführung von Noam Chomsky. Das Buch ist eine Studie, die auf den Tagebüchern von Moshe Sharett, Israels erstem Außen- und Premierminister von 1953 bis 1955, basiert. Es wird als die »Pentagon-Papiere« des zionistischen Staates bezeichnet. Es ist zu beziehen über Noontide Press, 1822 1/2 Newport Blvd., Nr. 183, Costa Mesa, Kalifornien 92627, USA. Es ist ein Taschenbuch und kostet 6 US-Dollar.

Das Tagebuch von Sharett enthält die Gedanken und die Politik, die dazu beigetragen hat, den israelischen Terrorismus bis zum heutigen Tage zu formen.

Angesichts der offiziellen israelischen Dementis über die Billigung von Spionage-Aktivitäten gegen die Vereinigten Staaten ist es interessant die Gedanken-Prozesse der Zionisten zu sehen und zu begreifen, wie sie Lügen fabrizieren über die Ereignisse, die eingetreten sind.

Unter Bezugnahme auf eine Militäroperation, in den über 100 Kinder und Frauen getötet worden sind, meinte Sharett, der Führer der Zionisten: »Die Armee will jetzt wissen, wie wir die Sache erklären werden. Wir werden sagen, daß die Armee keine Rolle dabei gespielt hat, sondern daß die Bewohner von Grenzdörfern (Kibbutzim), aufgehetzt durch vorherige Ereignisse und nach Rache trachtend, auf eigene Faust operierten.«

Während die Pollard-Affäre die Schlagzeilen der amerikanischen Presse füllt und israelische Beamten jegliche Verbindung zu Pollard leugnen und ihn im Gefängnis schmachten lassen, verraten von jenen, denen er geholfen hat, verdeutlicht das Tagebuch von Sharett, wie Israel seine Agenten manipuliert und sie dann allein und verlassen sterben läßt.

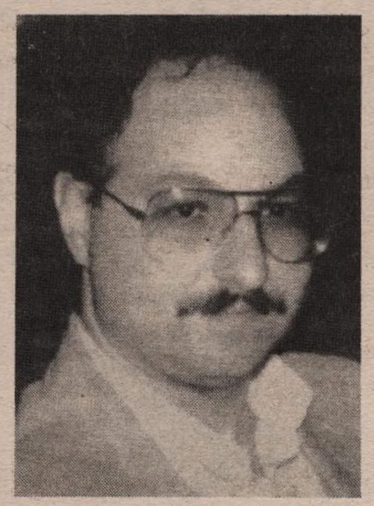


Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon war an Massaker gegen Araber beteiligt.

Die Geschichte wiederholt sich

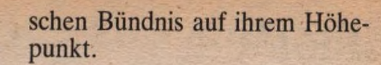
Ein solcher Zwischenfall ist unter dem Namen »Lavon-Affäre« bekannt. Dieser Skandal fand zwischen 1954 und 1955 statt. Eine Geheimbotschaft wurde einem israelischen Spionagering geschickt, der einige Monate zuvor in Ägypten aufgebaut worden war. Das Telegramm enthielt den Befehl Aktionen zu unternehmen, um das »Vertrauen des Westens in das gegenwärtige ägyptische Regieme zu zerstören«.

Es hieß in dem Telegramm weiter, die Aktionen »sollten zu Verhaftungen und Demonstrationen führen und den Wunsch nach Rache zum Ausdruck bringen«. Der Zweck dabei war »den Westen daran zu hindern Ägypten Wirtschaftshilfe zu geben«.



Jonathan Pollard, ein Spion des Mossad in den USA, ist nur »das lose Ende, wenn man daran zieht, geht der ganze Pullover auf«.

Einem veröffentlichten Bericht über die Verschwörung zufolge wurden die Befehle zwischen dem 2. und 27. Juli 1954 ausgeführt. Ein Netzwerk von etwa zehn ägyptischen Juden unter dem Kommando israelischer Agenten machten sich an die Arbeit. Zur gleichen Zeit befanden sich die Verhandlungen zwischen Washington und Kairo über die Lieferungen von Waffen von Amerika und einem möglichen amerikanisch-ägypti-



schen Bündnis auf ihrem Höhepunkt.

Die Agenten führten ihre Befehle aus und beschlossen, welche Sabotageakte zu verwenden seien. Der Verdacht wurde auf die Moslemische Bruderschaft gelenkt, eine politische Gruppe, die gegen die Führung von Oberst Gamal Abdel Nasser opponierte.

Die Verschwörung funktionierte gut bis zum 27. Juli, als der Ring gesprengt wurde, nachdem einer seiner Mitglieder geschnappt wurde, weil eine Bombe, die er bei sich hatte, explodiert war. Die Mitglieder der Gruppe und ihre israelischen Führer wurden verhaftet und im Dezember 1954 vor Gericht gestellt.

Vor der Knesset rügte der israelische Premierminister David Ben Gurion den Prozeß. Er nannte es »eine Verschwörung und einen Schauprozeß gegen eine Gruppe von Juden, die Opfer falscher Anschuldigungen geworden seien«.

Wüste Geschichten über die Folterungen unschuldiger Juden in Ägypten wurden in Israel und im Westen verbreitet.

Als der Prozeß vorüber war, hatte man zwei der zehn zum Tode verurteilt. Sie wurden exekutiert. Acht von ihnen erhielten langjährige Gefängnisstrafen, während drei israelische Befehlshaber, die die Gruppe der zehn angeführt hatten, nach Israel entkamen und ihre ursprünglichen Posten in der israelischen Armee wieder aufnahmen.

Jahre später erfuhr man, daß Shimon Peres und Moshe Dayan den Lavon-Sabotagering gelenkt und Dokumente gefälscht hatten sowie falsche Aussagen darüber machten, um die Sache zu vertuschen.

Wenn die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Spionagenetz, der Dokumenten-Fälschung und falschen Zeugenaussagen über die Affäre wie eine »Neuauflage« der Pollard-Affäre scheinen, sollte man nicht vergessen, daß Peres Israels Premierminister war, als Pollard von seinen israelischen Agenten rekrutiert wurde und als Spion arbeitete.

Es scheint als würde sich die Geschichte immer wiederholen. □



Spionage

Agenten gegen Satelliten

Victor Marchetti

Die jüngste Verletzung der amerikanischen nationalen Sicherheit, der Spionageskandal mit dem Wachtposten der US-Marines in Moskau, hat erneut heftigen Zweifel über die Kompetenz des US-Geheimdienstsystems aufkommen lassen. Die Frage, die gestellt wird, lautet: Verlieren die USA und damit der Westen den Spionagekrieg mit der UdSSR?

Der Skandal der Marines hat sich über Moskau hinaus zum Konsulat in Leningrad und vielleicht noch anderen amerikanischen Missionen im kommunistischen Block ausgeweitet und eventuell sogar auf Schlüsselposten in der freien Welt. In diesem Zusammenhang wurde das erschreckende Versagen der Sicherheitsmaßnahmen des US-Außenministeriums in der Moskauer Botschaft in den vergangenen drei Jahren aufgedeckt sowie die mangelhafte Leistung bei der Überwachung des Baus eines sicheren Gebäudes für die neue Botschaft in der sowjetischen Hauptstadt.

Eine unbrauchbare US-Botschaft

Die Kosten, die diese Fehler verursachen, steigen rapide. Eine neue Einrichtung eines sicheren Kommunikationssystems in der Botschaft wird zwischen 20 und 23 Millionen Dollar kosten. Die Kosten für die Korrektur der Gebäudesicherheit einschließlich neuer Wachtposten der Marines und der Neustrukturierung der CIA-Stationen und der Stationen der National Security Agency (NSA) auf diesem wichtigen Geheimdienstposten belaufen sich nach Experten-Schätzungen auf über 100 Millionen Dollar.

Die neue US-Botschaft ist bereits jetzt praktisch völlig unbrauchbar und wird wahrscheinlich völlig abgerissen und für »rund 200 Millionen Dollar« neu gebaut werden müssen, wie ein Informant aus dem amerikanischen Kongreß meinte.

Ein Sowjetsoldat hält vor der neuen US-Botschaft in Moskau Wache, obwohl das Gebäude abgerissen werden soll.

Außerdem, so sagen Geheimdienstexperten, die mit mir sprachen, sind Informationssammlungen von CIA und NSA zu einem kompletten Stillstand gekommen. Einige sowjetische Geheimdienstagenten des CIA sollen vom KGB geschnappt und ein Teil davon bereits exekutiert worden sein.

Die Durchdringung der Moskauer Botschaft folgt einer Reihe amerikanischer Geheimdienst-Disaster, die im Jahr 1985, dem sogenannten Jahr des Spions, aufgedeckt worden sind. Zu den Sicherheitsfehlern dieses Jahres gehörten erfolgreiche Geheimdienst-Operationen des israelischen Mossad, des Geheimdienstes des kommunistischen China und selbst des Geheimdienstes von Ghana, für die die Vereinigten Staaten noch immer teuer bezahlen müssen. Die meisten Aktionen waren allerdings das Produkt des sowjetischen KGB.

Der lächerlich gemachte CIA

Den meisten Schaden hat, so weit wir bis heute wissen, der Walker-Spionagering verursacht. Dieses Nest von Überläufern hat der amerikanischen Marine und ihrer kritischen Rolle bei der nationalen Verteidigung der USA unermeßlichen Schaden zugefügt, indem streng geheime Kommunikationssysteme und U-Boot-Kriegsführungstaktiken verraten wurden. Die Informationen, die der Walker-Ring an den KGB verkauft hat, haben es den Sowjets unter anderm ermöglicht, die Lücke in der Produktion von U-Booten zu schließen, die in äußerster Tiefe und lautlos fortbewegt werden können, wodurch sie schwieriger zu orten sind.

Bei weitem der peinlichste Fehler in der jüngsten Zeit war der Spionagefall Pollard, die rücksichtslose Ausnutzung eines Doppelt-Loyalen in den Rängen des amerikanischen Marine-Geheimdienstes durch die Israelis. Die Pollard-Affäre übersteigt nach Meinung von Experten selbst das erniedrigende Debakel des Falles Yurchenko, des KGB-Offiziers, der erst zum CIA überlief und einige Monate später dann wieder zum KGB zurückging, nachdem er den damaligen CIA-Direktor William Casey in der Öffentlichkeit lächerlich gemacht hatte.

Aus diesem Grunde, so Informanten aus dem US-Kongreß zufolge, haben Casey und der CIA – gelegentlich bis zur Androhung von Verhaftung und Gefängnis für die Presseleute und deren Schwesterorganisationen – so stark darum gekämpft, die Einzelheiten über ihre Geheimdienstfehler vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Die Sowjets und andere, die die amerikanischen Profi-Spione so häufig und erfolgreich überlistet haben, kennen die schmutzigen Details und eine Menge mehr bereits. Das Ergebnis all dessen ist, daß die Öffentlichkeit jetzt die Frage stellt: Ist der amerikanische Geheimdienst so schlecht? Sind die Sowjets, der Mossad und offenbar jeder andere in diesem Bereich so viel besser als der amerikanische Sicherheitsdienst? Verlieren die Vereinigten Staaten den Spionage-Krieg?

Die Spione am Himmel

Offenbar ja. Doch lediglich einen Aspekt: den Geheimdienst auf Personal-Ebene. In den technisch ausgeklügelten Bereichen der Informationssammlung wie militärischer Aufklärung und anderen Formen distanzierter oder unaufdringlicher Sammlung von Geheiminformationen bleiben die Amerikaner allen anderen ausländischen Geheimdiensten einschließlich KGB überlegen.

Bei weitem der größte Anteil des US-Jahresbudgets von 24 Milliarden Dollar, nämlich 15 Milliarden Dollar, werden für technische Geheimdienst-Informationssammlung ausgegeben.

Dabei dient ein großer Teil des Geldes der Finanzierung fester und beweglicher Satelliten, Spione am Himmel, die die Welt fotografieren und belauschen, insbesondere die Sowjetuntion.

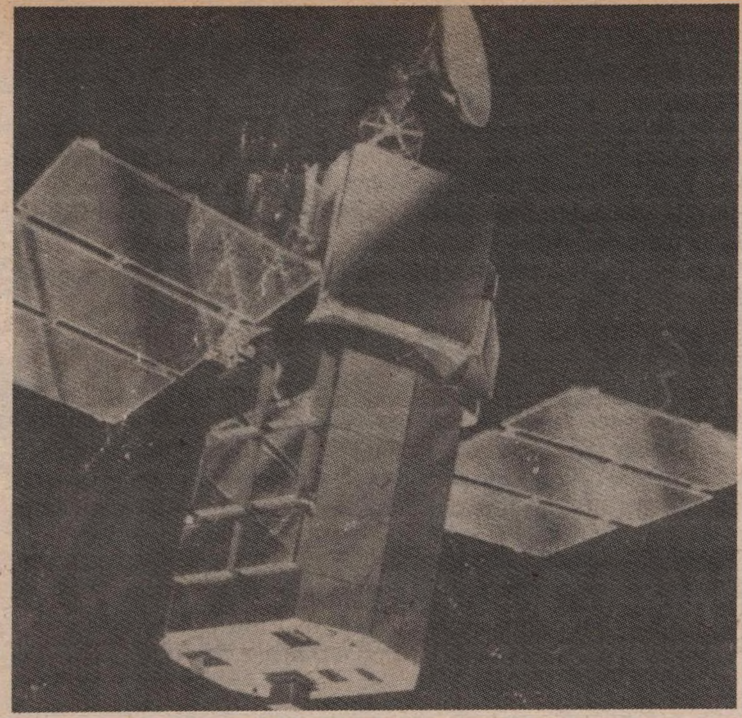
Spionage

Agenten gegen Satelliten

Die unglaubliche Menge an Informationen, die diese phantastischen Geräte sammeln können und die dann innerhalb von Millisekunden an Bodenstationen übertragen werden wie zum Beispiel an das Zentrum des CIA in Fort Belvoir im US-Bundesstaat Virginia, wird lediglich durch die Fotoqualität übertroffen.

Die Auflösung dieser computergestützten Fotos – von Kameras, die ursprünglich von Dr. Edwin Land von Kodak entwickelt wurden, dem Erfinder der Polaroidkamera – ist so hoch, daß Experten die Zahlen auf den Stoßstangen von sowjetischen Militärfahrzeugen lesen oder sogar sehen können, ob Matrosen auf Wache auf der Brücke von sowjetischen U-Booten die Mützen ihrer Parkas aufhaben oder nicht.

Die Arbeitspferde dieses erstaunlichen Aufklärungs-Programmes – früherer Codename Keyhole – sind die Satelliten Big Bird und KH-11. Ein neues, fortgeschritteneres System, der KH-12, soll demnächst in Betrieb genommen werden. Er wird nicht nur eine noch größere Auflösung haben – so gut, daß man »die Abzeichen auf der Uniform eines sowjetischen Soldaten erkennen kann«, so der frühere CIA-Direktor William Casey gegenüber dem amerikanischen Kongreß –, er wird auch bei Nacht sehen können, was die Experten als »außerordentliche« Fähigkeit bezeichnet haben. Der Satellit ist so schwer, daß er nur mit einem Space Shuttle oder einer modifizierten Interkontinentalrakete in die Umlaufbahn gebracht werden kann.



Die amerikanische Spionage über Satelliten läßt die USA den Geheimdienstkrieg gegen die UdSSR gewinnen.

Die Satellitenaufklärung wird bei Bedarf ergänzt – vor allem in sich kurzfristig entwickelnden Situationen wie zum Beispiel den Ereignissen, die im vergangenen Jahr zu den Vergeltungsschlägen gegen Libyen führten – durch den SR-71 oder Blackbird, der bei 4 Mach und in einer Höhe von 125 000 Fuß fliegt und durch kleine, ferngesteuerte Flugzeuge wie den Navy Pioneer.

Alles wird abgehört

Die fotografische Aufklärung wird ergänzt durch ein gleichermaßen eindrucksvolles Abhorchsystem von feststehenden und umlaufenden Satelliten, die alles aufnehmen, angefangen von militärischer Mikrowellen-Kommunikation über elektronischen Luftabwehrradar bis zu telemetrischen Signalen ballistischer Raketen, die getestet werden. Zwei der wichtigeren feststehenden Satelliten mit dem Codenamen Rhyolite und Argus geben ihre Daten in fast Realzeit an die Bodenstationen von CIA und NSA in Pine Gap und Nurrungar in Australien weiter, wo sie vor der Weitergabe an das NSA-Hauptquartier in Fort Meade im US-Bundesstaat Maryland aufbereitet werden.

Das Abhören von Funkmeldungen über die Leistungsmerkmale von Raketen bei Testflügen und anderer sowjetischer Militärsignale wird ergänzt durch das Abhören von Posten mit Radar Cobra Dane auf den Shemya Islands (Aleuten) bis zu Stützpunkten in der Türkei, Pakistan und dem kommunistischen China.

Diese Einrichtungen werden ihrerseits während der Tests auf den R&D-Abschußeinrichtungen in Tyuratum und Plesetsk durch RC-135-Aufklärungsflugzeuge unterstützt, die das Gebiet bis zur Halbinsel Kamchatka und den Pazifik abdecken. Einige Beamte im Pentagon sind der Ansicht, daß die Sowjets im Jahr 1983 das Verkehrsflugzeug der Korean Airlines mit US-Senator Larry McDoland an Bord abgeschossen haben, weil sie es irrtümlich für ein solches Aufklärungsflugzeug hielten.

Einige elektronische Aufklärungssatelliten sind für die Ortung von Atomexplosionen in der Atmosphäre ausgerüstet. Andere sollen die Merkmale von sowjetischem Radargerät und elektronischen Störeinrichtungen aufspüren. Wiederum andere können mit synthetischen Radartechniken durch Wolken hindurch und bei Nacht ausgezeichnete elektronische Bilder aufzeichnen.

Dies sind nur ein paar von den Augen und Ohren des amerikanischen Geheimdienstes, mit denen die Aktivitäten der Sowjetunion und anderer potentieller Feinde genauestens verfolgt werden.

»Bei dem altmodischen Spionieren sind wir niemals sehr gut gewesen«, äußerte ein ehemaliger hochrangiger CIA-Beamter. »Gott sei Dank für unsere innovativen Wissenschaftler und Techniker. Mit ihrer Hilfe sind wir den Sowjets in den ganzen Jahren überlegen geblieben.« □

Philippinen

Der Mossad hat Fuß gefaßt

John Springfield

Wie ein asiatischer Diplomat im UNO-Hauptquartier in New York behauptet, hat der Mossad, der israelische Geheimdienst, sich seine zentrale Rolle bei den geheimen Waffenlieferungen an die Contras zunutze gemacht, um Anfang des Jahres 1986 bei dem Staatsstreich gegen den philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos mitzumischen.

Eine geheime Lieferung israelischer Automatikwaffen, Handgranaten, Nachtseh-Optiken



Jose Cojuangco, der jüngere Bruder von Mrs. Aquino, ist der philippinische Zar über Spielkasinos und Prostitution.

und anderer Kommando-Ausrüstung wurde im Januar 1986 auf die Philippinen geschmuggelt, um es Jose »Peping« Cojuangco, dem jüngeren Bruder der Revolutionärin Corazon Aquino, zu ermöglichen, eine Partisaneneinheit entsprechend auszurüsten.

Marcos sollte getötet werden

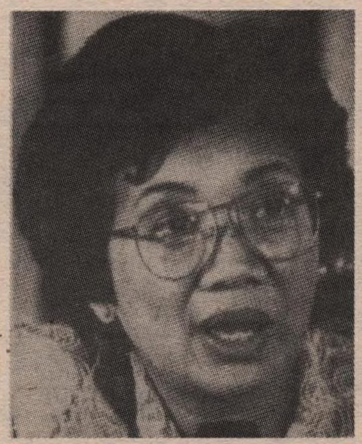
»Sie planten, den Palast zu stürmen und Marcos zu töten, wenn der Präsident Widerstand zeigen sollte«, sagt ein Beamter des amerikanischen Außenministeriums, der mit den Einzelheiten des Plans vertraut war. »Doch Marcos wollte seinem Volk das Blutvergießen ersparen, das durch derartige Gewalt ausgelöst worden wäre. Er verließ Manila an Bord eines amerikanischen Helikopters.«

Ein Jahr nach dem Sturz von Amerikas loyalstem Verbündeten im Pazifik ist Mrs. Aquino Präsident der Philippinen und ihr Bruder Peping hat die Verantwortung für eine paramilitärische Streitmacht von fast 10 000 Mann, bekannt unter dem Namen »gelbe Armee«, nach der Farbe der Aquino-Bewegung, so der Exilführer der Philippinen, Dr. Gideon L. Medina.

Ein langgedienter Mossad-Agent

Ein beträchtlicher Anteil der Ausrüstung und der Schulung dieser privaten Aquino-Armee wird vom Mossad geliefert, der jetzt voll in Manila etabliert ist. Für den israelischen Geheimdienst ist es der erste Posten in Südostasien, so enthüllten diese Quellen.

Zumindest ein altgedienter Mossad-Agent, Yehuda Teltsch, der als Experte für internationale Waffentransfers bekannt ist, wurde als einer der stillen Partner von Peping Cojuangco bei der Kontrolle von Manilas strategischer Wasserfront und dem Verbrechensimperium von Schiebung, Glücksspiel, Prostitution und Erpressung sowie Bestechung, das nach den Worten eines Informanten der ASEAN hinter der puritanischen und frommen Fassade des Aquino-Regimes »wie Pilze aus dem Boden schoß«, identifiziert. □



Die Schattenseiten von Corazon Aquinos Regime sind Korruption und Schiebertum.

Philippinen

Unter dem Etikett der Korruption

Martin Mann

Nach nur wenig mehr als einem Jahr an der Macht wird das Regime der philippinischen Präsidentin Corazon Aquino von Anklagen der Korruption und des Schiebertums geschüttelt, die die Anklagen der Missetaten gegen ihren Vorgänger, den ins Exil geschickten Präsidenten Ferdinand Marcos, in seiner 16jährigen Amtszeit bei weitem übertreffen.

»Der innere Kreis um Mrs. Aquino hat mehr Bindungen zum organisierten Verbrechen, Schiebertum, Glücksspiel, Prostitution und Wirtschaftskorruption als irgendeiner ihrer Vorgänger«, sagt ein thailändischer Diplomat im UNO-Hauptquartier, der vor kurzem über Manila auf seinen Posten zurückgekehrt ist. »Doch sie macht es sehr schlau; sie unterhält auch einige neue Beziehungen zu Israel – eine Art Versicherungspolice gegen schlechte Publizität in den Vereinigten Staaten.«

Die Schattenseiten von Mrs. Aquino

Von diplomatischen Kontakten unter asiatischen UNO-Beobachtern und Quellen in der philippinischen Exilgemeinde in den USA kommen erschreckende Tatsachen über die Schattenseiten der Aquino-Regierung, die in der Weltpresse als »ehrlich« und »gewissenhaft« dargestellt wird.

Viele der Verbindungen des inneren Kreises um Mrs. Aquino zu der Unterwelt von Manila gehen über ihren jüngeren Bruder Jose »Peping« Cojuangco, der auch Chef ihres persönlichen Sicherheitsstabs ist. Diesen Quellen zufolge hat Cojuangco in nur etwas mehr als einem Jahr die Rolle des Zars über das Glücksspiel in den Casinos, die Verbrecherbanden und das Prostitutionsgewerbe übernommen.

»Diese zwielichtigen Unternehmungen bringen Riesenprofite«, sagt ein Anwalt aus Manila, der vor kurzem in New York eintraf, um sich dort niederzulassen. »In der Vergangenheit wurden diese Bereiche von verschiedenen Gangsterbossen und Syndikatschefs geleitet. Cojuangco hat sie mit der Pistole vertrieben, um dann selbst die Führung dieser Unterwelt zu übernehmen.«

Mehr als ein Informant warnte davor, Cojuangco als ein »weiteres schwarzes Schaf« abzutun. In Wirklichkeit ist »dieser Gangster der zweitmächtigste Mann in diesem neuen Regime«.

»Peping Cojuangco ist nicht nur Mrs. Aquinos Bruder; er ist ihr erster politischer Berater. Er hat ihre Präsidentschaftskampagne geführt – wo es von vielen Stimmzettel-Fälschungen zu berichten gibt – und ist jetzt Vorsitzender der PDP-Laban, der stärksten Partei in der Regierungskoalition. Außerdem kontrolliert er die sogenannte ›gelbe Armee‹, eine schnell wachsende, paramilitärische Streitmacht, die jetzt 10 000 Mann stark ist.«

Die Familie hat den Bogen raus

Auch beschränkt sich die Schiebung von Mrs. Aquinos innerstem Kreis nicht auf so traditionelle Dinge wie Glücksspiel – Cojuangco hat jetzt die Kontrolle über alle neun großen Casinos im Land – und anderes Gangstertum, sagen diese Quellen.

»Nehmen Sie den Fall der Overseas Insurance Corp.«, sagt ein ehemaliger Konsul. »Das war ein kleines, schlafendes Unternehmen in Manila, bis es plötzlich im vergangenen Jahr zu blühen anfing. Das Grundkapital stieg plötzlich von 1 Million auf 44 Millionen Pesos – ungefähr 2 Millionen Dollar. Staatliche Büros und Agenturen der Metro Manila versicherten sich plötzlich alle einer nach dem anderen bei Overseas Insurance.

Tatsache ist, daß dieses boomende Unternehmen der Schwiegermutter von Präsidentin Aquino gehört, Dona Aurora Aquino, ihrem Sohn Benigno C. Aquino III. und Teresa Aquino Oreta, der Schwägerin der Präsidentin. Ich glaube, einige Leute haben ›den Bogen raus‹ im Versicherungsgeschäft.«

Zaire

Der korrupte Mobutu

P. Samuel Foner

Wenn heute das Wort »Afrika« fällt, so denkt jeder sogleich an Südafrika, das belagerte, von den Weißen regierte Land an der südlichen Spitze des Kontinents. Doch in dem von Schwarzen regierten Afrika südlich der Sahara sind die Regierungen meistens Diktaturen und die Bevölkerung wird von ihren schwarzen Führern noch mehr unterdrückt als es die weißen Führer angeblich mit den Einwohnern Südafrikas tun.

Ein Beispiel dafür ist Zaire, das von dem unter Größenwahn leidenden Mobutu Sese Seko mit eiserner Faust regiert wird. Es hat einmal eine afrikanische Kolonie mit Namen Belgisch-Kongo gegeben. Es gab dort Städte, Straßen, ein Eisenbahnnetz, Flughäfen, Bergbau, Landwirtschaft und alle diese Dinge, die man allgemein mit Zivilisation in Verbindung bringt.

Nach 26 Jahren herrscht Chaos

Niemand mußte Hunger leiden. Das ist ein wichtiger Punkt. Doch die schwarzen Bewohner waren nicht an der Macht und das ist, wie jeder heute weiß, undemokratisch. So wurde im Jahr 1960 die Demokratische Republik Kongo ins Leben gerufen. Sie wurde im Jahr 1971 zu Zaire.

Viele Schwarzafrikaner schauten auf Zaire als ein Musterbeispiel. Das Land hatte mehr als eine gute Chance es »zu schaffen«. Es war reich an Bodenschätzen, insbesondere solch strategisch wichtigen Mineralstoffen wie Kobalt, Kupfer, Gold und Industriediamanten.

Auf dem fruchtbaren Boden wurde Kaffee angebaut, der in den sechziger Jahren eine relativ gute Nachfrage hatte. Das Kongobecken war so fruchtbar, daß Schätzungen der UNO-Organisation für Nahrungsmittel und Landwirtschaft zufolge einst in diesem Becken allein genügend Nahrungsmittel erzeugt werden konnten, um ganz Afrika damit zu versorgen.

»Nach 26 Jahren Herrschaft durch die Schwarzen herrscht in Zaire inzwischen eine verheerende Katastrophe«, sagt Georg N. N. Ayittey, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Bloomsburgh Universität in Bloomsburg im US-Bundesstaat Pennsylvania.

Bevor man den Professor beschuldigt, ein »typischer«, gegen die Schwarzen eingestellter, weißer Amerikaner zu sein, sollte man erklären, daß er aus Ghana gebürtig ist und in der Kampagne zur Zerstörung der Macht der Weißen in Südafrika an vorderster Front steht, um den Schwarzen in einer funktionierenden Wirtschaft eine weitere Chance zu geben.

Doch zurück zu Zaire. Als das Land unabhängig wurde, war das erste, was die Leute taten, die Statue von König Leopold II. von Belgien in Leopoldville – der Hauptstadt, die in Kinshasa umbenannt wurde – niederzureißen. Patrice Lumumba wurde der erste Premierminister, doch er wurde innerhalb eines Jahres in einer Verschwörung ermordet, in die der CIA verwickelt war.

Die Interessen der USA

Das Land geriet in großen Aufruhr. Ein sezessionistischer Versuch durch die kobaltreiche Provinz Katanga – jetzt Shaba – unter Moise Tshombe wurde mit UNO-Truppen niedergeschlagen. Dann tauchte ein neuer Führer auf, ein Armee-Sergeant mit Namen Joseph Desire Mobutu.

Mobutu Sese Seko von Zaire trifft in Washington mit US-Außenminister George Shultz zusammen.

Mobutu ergriff im Jahr 1965 die Macht und regiert seither mit Hilfe der Vereinigten Staaten und den meisten westlichen Ländern einschließlich Belgien als Diktator. Zaire bekommt von den Vereinigten Staaten etwa 50 Millionen Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe.

Die Schulung der Armee liegt in den Händen ausländischer Mächte. Die Belgier leiten eine Offizierschule, die Franzosen führen eine Fallschirmbrigade, die Israelis schulen die Präsidentenwachen und eine Brigade in Shaba, die Westdeutschen trainieren eine Anti-Terroristen-Grenzeinheit und die Amerikaner liefern Ersatzteile für Lastwagen und technische Unterstützung für Zaires C-130 Militärtransportflugzeuge.

In ihrer eklektischen Außenpolitik verteidigen die Vereinigten Staaten ihre Freundschaft mit Mobutu damit, daß sie behaupten, Zaire sei eine Bastion des Antikommunismus in einer Atmosphäre, wo andere Länder entweder direkte Verbündete der Roten sind oder sich zumindest an diese anlehnen. Das gleiche Argument hätte verwendet werden können – und wurde auch verwendet – für die Unterstützung von Ferdinand Marcos von den Philippinen durch die USA.

Marcos ist natürlich mit Hilfe der USA gestürzt worden, weil – wie vom amerikanischen Außenministerium gesagt worden ist sowie den verschiedensten Mitgliedern des US-Kongresses und zahllosen Leuten der Establishment-Medien – er nicht ein wahrer »Mann des Volkes« gewesen ist. Er hat sich selbst auf Kosten seiner Landsleute bereichert, wurde uns gesagt, deshalb mußte er gehen.

Doch Mobutu bleibt. Die Gruppe, die Zaire regiert und die die »Fünfer Gruppe« genannt wird, besteht aus Mobutu, Litho Moboti, dessen Onkel, Seti Yale, seinem Sicherheitsberater, General Bolozi Gbudu, Leiter des Nachrichtendienstes – der nicht nur mit einer, sondern mit zwei Frauen verheiratet ist, die mit Mobutu verwandt sind – und Moleka Liboko, Mobutus Neffen, einem Geschäftsmann.

Mobutu war bei den Wahlen der Jahre 1970, 1977 und 1984, in denen er jeweils 99,9 Prozent, 98,18 Prozent und 99,16 Prozent der Stimmen gewann, der einzige Kandidat. Keine anderen Kandidaten waren zugelassen.

Gute Beziehungen zu Israel

Ein Grund dafür, warum Mobutu bleibt, ist seine Fähigkeit als unerläßlicher westlicher Verbündeter aufzutreten, während er gleichzeitig mit seinen schwarzen Nachbarn auf freundschaftlichem Fuß steht. Im letzten Jahrzehnt hat er Truppen zu prowestlichen Operationen im Tschad, in Togo und der Zentralafrikanischen Republik beigesteuert.

Im Jahr 1982 wurde Zaire das erste Land, das als bedeutendes Land Schwarzafrikas seine Beziehungen zu Israel erneuert hat.

Berichten zufolge sollen die Vereinigten Staaten Waffen für die antikommunistischen Rebellen in Angola durch Zaire transportiert haben, während Mobutu mit dem roten Führer Angolas, Jose Eduardo dos Santos, zusammengetroffen ist.

Die größte Bedrohung von außen kam für Mobutu aus Angola. Im Jahr 1977 und 1978 haben sezessionistische Guerillas, die seine Herrschaft niemals akzeptiert haben, von Angola aus Shaba (Katanga) besetzt beziehungsweise fielen dort ein. Der Widerstand der Regierung wurde gebrochen und es mußten ausländische Truppen – vor allem Marokkaner und Franzosen – eingeflogen werden, um die Sezessionisten zurückzudrängen.

Die marxistische Regierung von Angola soll etwa 10 000 dieser »Zairer« aus Katanga in Reserve halten, um Mobutu davon abzuhalten, den sawimbischen Streitkräften zu helfen.

Mit starker amerikanischer Unterstützung scheint es jedoch keinerlei Möglichkeit zu geben, daß es irgendeinem Feind gelingt, Mobutu zu stürzen. Seine Kontrolle ist uneingeschränkt.

Seine Lehren, der »Mobutuismus«, stellen die nationale Philosophie dar – natürlich auf seine Anordnung hin. Sein Portrait ist das einzige Bild, das an öffentlichen Plätzen zugelassen ist. Mobutu hat Weihnachtsfeiern verboten und ordnete an, daß in allen Kirchen die Bilder von Christus durch Fotos von ihm selbst ersetzt wurden.

Im vergangenen Jahr löste er die Sekte Jehovas Zeugen auf, indem er behauptete, deren Aktivitäten würden »Recht und Ordnung gefährden«.

Mobutu befahl allen Bewohnern des Landes, ihren »christlichen« Namen aufzugeben und statt dessen »afrikanische« Namen anzunehmen und ging selbst mit dem Beispiel voran, indem er »Joseph Desire« aufgab und den Namen »Sese Seko« annahm, was soviel heißt wie »der allmächtige Krieger, der durch seine Ausdauer und seinen Willen zum Sieg von Kampf zu Kampf geht und immer ein Feuer zurückläßt«.

Wenn das nicht beeindruckend genug war, fügte er die Begriffe Bürger, Präsident, Gründer, Marschall, »le seul guide« (der einzige Führer) der zairischen Revolution und höchster Befehlshaber der bewaffneten Streitkräfte von Zaire seinen Titeln hinzu.

Diebstahl und Korruption

Da Zaire in Schwarzafrika als ein Beispiel für Stabilität gilt, könnte man fragen, wie es dem Durchschnittsbewohner von Zaire in diesen Tagen unter der Herrschaft des wohlwollenden Mobutu ergeht. In den letzten 27 Jahren ist der Lebensstandard kontinuierlich gesunken.

Das Pro-Kopf-Einkommen ist von 210 Dollar zur Zeit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 auf 140 Dollar im Jahr 1984 gesunken. Von 1965 bis 1984 fiel das Bruttosozialprodukt pro Kopf jährlich im Durchschnitt um 1,3 Prozent. Auch die Nahrungsmittelproduktion fiel pro Person zwischen 1973 und 1984 jährlich um 1,6 Prozent. Das Jahr 1984 ist das letzte Jahr, für das genaue Zahlen zur Verfügung stehen.

Der Hauptgrund für die Armut Zaires ist Diebstahl und Korrup-

Zaire

Der korrupte Mobutu

tion durch Mobutu und seinen Clan. Im Jahr 1984 brüstete sich Mobutu in einer »60minütigen Kurzbiographie« damit, daß er der zweitreichste Mann auf der Welt sei und über 5 Milliarden Dollar auf einem Schweizer Nummernkonto angehäuft habe. Ihm und seiner Familie und engen Freunden gehören über 26 große Ländereien in Belgien und Frankreich.

Es sieht nicht so aus, als würden die Dinge sich ändern, denn Mobutu ist es mit Erfolg gelungen, die Opposition zu unterdrücken. Er ist nicht allein. Schwarzafrika ist voll mobutu-ähnlichen Situationen. Von den 41 Ländern Schwarzafrikas erlauben nur drei – Botswana, Senegal und Gambia – freie Wahlen.

Schwarzafrika macht wirtschaftlich gesehen Rückschritte in nie dagewesener Geschwindigkeit. UNO-Einschätzungen zufolge läßt sich nur von vier schwarzafrikanischen Ländern behaupten, daß »sie es schaffen«, nämlich Botswana, Kamerun, Elfenbeinküste und Malawi. Bei den anderen geht es jetzt weniger darum, den Abstieg umzukehren als darum, ihn wenigstens zu verlangsamen.

In seiner Ausgabe vom März 1982 veröffentlichte »Afrika Now« die Ergebnisse einer umfangreichen Untersuchung über Mobutu und seine Regierung. Im folgenden ein Auszug daraus:

»In den Jahren 1977 bis 1979 erhielt Mobutu beispielsweise 4 Milliarden belgische Franc – und im gleichen Zeitraum erhielt sein Onkel Litho Moboti 486 Millionen belgische Franc – allein an Transferzahlungen von der Zentralbank. Ein US-Dollar ist 45 belgische Franc wert.

Kleptogratie als Regierungsform

Auch Mobutus Familie kam nicht zu kurz. Im Haushalt gibt es Gelder für einen Botschafter, einen Posten, den jüngst Mobutus Sohn Niwa innehatte. Dafür bekommt er monatlich 1,5 Millionen belgische Franc.



Präsident Joseph Kasawubu (mit erhobener Hand) wurde 1965 von General Joseph Mobutu gestürzt.

Nach Nguza Karl I Bond – Mobutus ehemaligem Premierminister – verlangte Mobutu vor seiner Abreise aus Zaire im April 1981 von der Zentralbank 30 Millionen Dollar in belgischen Franc auf sein persönliches Konto zu überweisen. Außerdem arrangierte er den Export und Verkauf von 20 000 Tonnen Kupfer für privaten Gewinn sowie eine unbekannte Menge Kobalt und Diamanten. Die Gelder sollten alle direkt auf seine persönlichen Konten im Ausland gehen.

Mobutus Einkommen kommt nicht allein von illegalen Geschäften. Es kommt auch von seinen Etatzuweisungen als Präsident. Über diese Gelder muß er keinerlei Rechenschaft ablegen, und der größte Teil davon verläßt das Land wahrscheinlich in ausländischer Währung. Im Jahr 1980 zum Beispiel bekam er 530 Millionen belgische Franc.

Andere Ansätze im Haushalt für jenes Jahr bezogen sich auf 58,3 Millionen belgische Franc für die »unvorhergesehene Feier der zwanzigjährigen Unabhängigkeit und phänomenale 260,5 Millionen belgische Franc für den Papstbesuch. Bei dieser Gelegenheit wurden 30 Millionen für 51 neue Mercedes ausgegeben.

Mobutus Etatzuweisungen im Jahr 1981 verdreifachte sich fast auf 1,48 Milliarden belgische Franc. Das war noch nicht genug; im Haushalt des Jahres 1981 gab es eine Position »persönliche Ausgaben« des Präsidenten mit weiteren 600 Millionen belgischen Franc. Im Vergleich dazu: die ganze Provinz Shaba hat für das Jahr eine Etatzuweisung von 535 Millionen belgischen Franc.«

Woher kommt das Geld? Sicher hat die USA den Philippinen Auslandshilfe gegeben, doch diese Unterstützungsgelder wurden genau verfolgt – viel genauer als in Zaire. Wenn Marcos irgend etwas von irgendjemandem gestohlen hat – was noch zu beweisen wäre –, so hat er es nicht dem amerikanischen Steuerzahler gestohlen.

Mobutu dagegen stiehlt jegliche Auslandshilfe, die er bekommt – von den Vereinigten Staaten und anderswoher. Wenn die USA also Verbündete, die stehlen, stürzen müssen – wie das amerikanische Außenministerium gern der Weltöffentlichkeit erzählt –, wie paßt Mobutu dann in dieses Konzept?

Marcos mußte gehen, weil er ein autoritäres Regime geführt hat. Doch Marcos ordnete freie Wahlen an, die – wenn sie manipuliert wurden – von seinen Feinden und nicht seinen Freunden manipuliert worden sind.

Der Westen schweigt über Mobutu

Mobutu hat sich seine eigene Verfassung geschrieben und alle Macht auf sich konzentriert. Die Mouvement Populaire de la Revolution ist die einzige legale Partei. Ihr Führer, Mobutu, wird automatisch Präsident. Jeder Bürger Zaires wird bereits mit der Geburt Mitglied.

Nachdem er selbst so viel Reichtum angehäuft hat, hat er einmal scherzend bemerkt: »Es ist besser aus Hunger zu sterben als reich zu sein und ein Sklave des Kolonialismus.«

Berichten von Amnesty International zufolge sind tatsächlich im Jahr 1983 etwa 50 Gefangene in den Gefängnissen seines Landes verhungert. Als Antwort auf die Anschuldigung fragte Mobutu: »Warum sollte ich meinen Gefangenen zu essen geben, wenn ich nicht einmal genug habe, um meine Bauern satt zu bekommen.«

Amnesty International berichtet weiter, daß in Zaire zwischen Oktober und Dezember 1985 über 100 Menschen – vor allem Mitglieder und Verfechter der Union pour la Democratie et le Progress Social, eine illegale Oppositionspartei – gefoltert und getötet worden sind.

Ende der siebziger Jahre bekam Zaire fast die Hälfte der gesamten Hilfsgelder, die die Carter-Regierung für Schwarzafrika vorsah. Derzeit bekommt das Land allein von den USA etwa 50 Millionen Wirtschafts- und Militärhilfe.

Während das westliche politische und finanzielle Establishment weiterhin dem völlig korrupten Mobutu Hilfsgelder zukommen läßt, gehen die umfangreichen und breit publizierten Untersuchungen über Marcos und seine Aktivitäten als Präsident der Philippinen im Westen weiter. Von einer Untersuchung über Mobutu und seine Mißwirtschaft in Zaire wird jedoch nirgends etwas erwähnt. □

Zitate

Sowjetunion

Alexander Haig, ehemaliger US-Außenminister und Bewerber um die Nominierung als republikanischer Präsidentschaftskandidat, Mitglied der Trilateralen Kommission: »Jedes Urteil über die Reformpolitik Parteichefs Gorbatschows ist verfrüht. Wir müssen uns an die Tatsachen halten, nicht an die Atmosphäre oder rhetorischen Revisionismus. Die objektiven Tatsachen aber sind, daß die Sowjets weiterhin brutal und aktiv in Afghanistan engagiert sind, in den letzten Wochen hat die Brutalität sogar zugenommen und auch vor der Grenze zu Pakistan nicht haltgemacht. In Angola hat die Zahl der sowjetischen Militärberater zugenommen und bei der jüngsten Offensive haben diese sogar das Kommando über die kubanischen Söldner übernommen. In Kambodscha ist kein Zeichen zu sehen, daß die Sowjetunion bereit wäre, das Land der Kontrolle des kambodschanischen Volkes zu überlassen. In Mittelamerika ist das Ausmaß der sowjetischen Unterstützung ebenfalls wachsend. In der Sowjetunion selber werden 450 000 Juden festgehalten, die auswandern wollen. Darüber können auch einige symbolische Freilassungen nicht hinwegtäuschen.«

Dirigismus

Milton Friedmann, Wirtschaftswissenschaftler: »Natürlich haben Regierungen gewisse Funktionen, Grundfunktionen. Sie sind für die Landesverteidigung zuständig, sie sind für die innere Sicherheit verantwortlich, für den Schutz vor Mord, Raub, Vergewaltigung, Diebstahl. Sie sollen auch die Regeln festlegen, nach denen die Menschen miteinander leben, und sie sollen für ein geordnetes Rechtswesen sorgen. Das sind die Grundfunktionen. In vielen Ländern kann man jedoch beobachten, daß die Regierungen diese Grundfunktionen, die nur sie erfüllen können, immer weniger und immer weniger gut erfüllen, weil sie sich ständig neuen Aufgaben zuwenden, für die sie eigentlich keine Kompetenz haben. Es ist meiner Meinung nach kein Zufall, daß das Anwachsen der Kriminalität und ein Rückgang an Gesetzestreue zusammenfallen mit einem enormen Anwachsen der Regierungsaufgaben. Ich weiß nicht genug über Deutschland, aber es würde mich nicht wundern, wenn die Entwicklung dort auch so wäre.«

Holocaust

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Wir Deutschen müssen mit der schrecklichen Wahrheit leben, daß den Juden in den Jahren des Nationalsozialismus von deutscher Seite unsagbares Leid zugefügt wurde. Wir wissen auch, daß das Verbrechen dieses Völkermordes in seiner kalten, unmenschlichen Planung und seiner tödlichen Wirksamkeit in der menschlichen Geschichte einmalig ist.«

Israel

Richard von Weizsäcker, deutscher Bundespräsident: »Wir Deutschen fordern und unterstützen das Existenzrecht Israels in anerkannten und sicheren Grenzen. Wir treten stets dafür ein, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser – wie für alle Völker, auch das deutsche – nicht zu Lasten anderer Völker gehen, nicht Rechte anderer ungebührlich beeinträchtigen darf.«

Vergangenheit

Chaim Herzog, israelischer Staatspräsident: »Wir sind auf Gedeih und Verderb jeder ein Teil der Geschichte des anderen. Juden lebten in Deutschland wenigstens 1600 Jahre vor Nazideutschland. Sie halfen beim Bau der Städte Köln, Trier, Speyer, Worms und Mainz. Unser Volk kam als erstes unter die Knute einer neu-heidnischen, anti-jüdischen und anti-christlichen Ideologie, die die menschliche Zivilisation in der ganzen Welt bedrohte. Auf der anderen Seite bewundern wir in Israel weiterhin auch die Musik Bachs und Beethovens, die Literatur Goethes und Thomas Manns. Wir werden von den wenigen Menschen mit Zivilcourage inspiriert, die bewiesen, daß auch in den dunkelsten Zeiten menschlichen Lebens ein Licht leuchtet. Ich glaube nicht, daß irgendwann in der Zukunft die Verbindung zwischen unseren beiden Völkern im üblichen Sinne ›normal‹ sein wird. Normale diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen sind möglich, tatsächlich wünschenswert, und dankenswerterweise haben wir sie zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel. Was jedoch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts geschehen ist, kann nicht ungeschehen gemacht werden.«

Anerkennung

Richard von Weizsäcker, deutscher Bundespräsident: »Gewiß, die offiziellen, staatlich-politischen Kontakte sind normal und gefestigt. Neben den zwischenstaatlichen Beziehungen aber stehen die zwischenmenschlichen. Kein Israeli kann einem Deutschen begegnen, ohne sich der Leiden der Juden unter dem Nationalsozialismus zu erinnern. Gegenüber dem Holocaust kann es kein Vergessen geben. Diese Gefühle habe ich auch bei meinem Besuch in Israel angetroffen – wie sollte es anders sein?«

Computer

Cyril Northcote Parkinson, britischer Kämpfer gegen den Bürokratismus und Erfinder des »Parkinsonschen Gesetzes«: »Es ist ja nicht ein Gesetz, das ich erfunden habe. Ich habe es nur entdeckt. Ich habe aber seither einige neue Entdeckungen gemacht, die mehr die gegenwärtige Situation berücksichtigen. Eines beschäftigt sich mit der mechanisierten und automatisierten Welt, in der wir leben, und es lautet: ›Das Hauptprodukt einer automatisierten Welt ist ausgedehnter und tiefer Stumpfsinn‹. Kein Mensch darf per Gesetz mehr als drei Tage in der Woche an einem Computer oder ähnlichen mechanischen Produktionsgeräten beschäftigt werden. Jede Firma, die solche Art von Arbeit für drei Tage in der Woche anbietet, soll verpflichtet werden, für zwei Tage in der Woche eine grundverschiedene Arbeit anzubieten.«

Holocaust

Papst Johannes Paul II.: »Als Erzbischof von Krakau habe ich oft vor der Todesmauer gestanden und bin zwischen den Trümmern der Krematorien von Birkenau umhergegangen. Ich habe mich immer wieder gefragt: ›Wo liegen die Grenzen des Hasses – die Grenzen der Vernichtung des Menschen durch den Menschen – die Grenzen der Grausamkeit.‹«

Berlin

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Unsere alte Hauptstadt Berlin ist voller Lektionen für uns heute. Lektionen gegen den Kleinmut, Lektionen gegen jene Kurzsichtigkeit einer Politik des Tages, die glaubt, nach den demoskopischen Nachrichten vom Nachmittag die Geschichte von morgen bestimmen zu können. Berlin, das ist die Geschichte Preußens. Das Auf und Ab Preußens. Ich freue mich darüber, daß im Ablauf der Jahre, der Jahrzehnte, Preußen auch als Idee wieder mehr Gerechtigkeit erfährt. Berlin, das ist auch die Stadt, in der sich die Sehnsucht der Deutschen nach der Einheit des Vaterlandes widerspiegelt.«

Entwicklungsland

Georg Leber, ehemaliger Bundesverteidigungsminister: »Die Sowjetunion ist eine militärische Großmacht geworden. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie ungeheure Anstrengungen unternommen, und sie ist in ihrer Entwicklung auf anderen Gebieten weit zurückgeblieben. Die militärische Supermacht ist wirtschaftlich 70 Jahre nach der Oktober-Revolution bis heute ein Entwicklungsland geblieben. Wenn sie in dem ununterbrochenen großen Entwicklungsprozeß, der weltweit im Gange ist, nicht weiter zurückfallen will, muß sie Voraussetzungen schaffen, die es ihrer Wirtschaft möglich machen, produktiver und leistungsfähiger zu arbeiten. Das müßte sie in noch verstärkterem Maße, wenn sie mehr wollte, wenn sie sich beispielsweise vornehmen würde, auch eine wirtschaftliche Großmacht und damit auch in wirtschaftlicher Hinsicht unabhängig zu werden. Wenn die Sowjetunion dieses Ziel nur erreichen kann, wenn sie mit den großen Industriemächten der Welt zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit kommt, dann muß sie Hemmschwellen, die sich zwischen ihr und den großen Industrienationen des Westens einschließlich Japans befinden, abtragen.« □

Elektro-Strahlen

Ursache für ständiges Ohrenrauschen

Wolfgang Volkrodt

Es gehört schon fast zur Routine der Presse alle Wochen neue statistische Zahlen für die Ausbreitung von Krankheiten zu veröffentlichen. Sie stammen meist von Ärztekongressen unterschiedlicher Fachrichtungen. Abgesehen von den Krankheiten mit häufiger Todesfolge wie Aids und Krebs verdienen auch die sich immer stärker ausbreitenden »Zivilisationskrankheiten« wie Allergien Beachtung. Jeder dritte oder vierte Deutsche leidet inzwischen an eine der vielen Allergie-Varianten. Pollenflug, Luftschadstoffe, zu hoher Streß seien die primären Ursachen, heißt es.

Relativ wenig Beachtung fand bisher eine Erkrankung, die die Ohrenfachärzte Tinnitus nennen. Etwa jeder sechste Deutsche sei hiervon betroffen. Unter Tinnitus verstehen die Ärzte ein ständiges, nicht willentlich und auch nicht durch Medikamente abschaltbares Rauschen, Sausen oder Klingeln im Ohr. So etwas hat jeder von uns schon einmal kurzzeitig erlebt. Wenn sich solche Ohrengeräusche aber nicht mehr abstellen lassen, man mit ihnen nachts ins Bett steigt und mit ihnen frühmorgens wieder aufwacht, dann ist das schon mehr als lästig.

Tinnitus hat nichtstoffliche Ursachen

»Ich werde durch das ständige Ohrenrauschen noch wahnsinnig«, ist ein gar nicht so selten von Tinnitus-Kranken zu hörender Ausspruch. Suchen diese Rat und Hilfe beim Ohrenfacharzt, so erfahren sie, daß noch niemand die wahren Ursachen von Tinnitus kennt und es zur Zeit auch noch keine Medikamente oder andere Abhilfemöglichkeiten gibt. Eine aussichtslose Situation für jeden Sechsten unter uns, so scheint es.

Tinnitus gibt es in vielen zivilisierten Ländern. In England wurde 1979 eine Selbsthilfeorganisation, die »British Tinnitus Association« gegründet. Sie hat inzwischen 40 000 Mitglieder und 100 Selbsthilfegruppen. Ferner gibt es 36 Kliniken mit auf Tinnitus spezialisierten Ärzten in England. Gleichermaßen existieren in den USA Tinnitus-Selbsthilfegruppen.

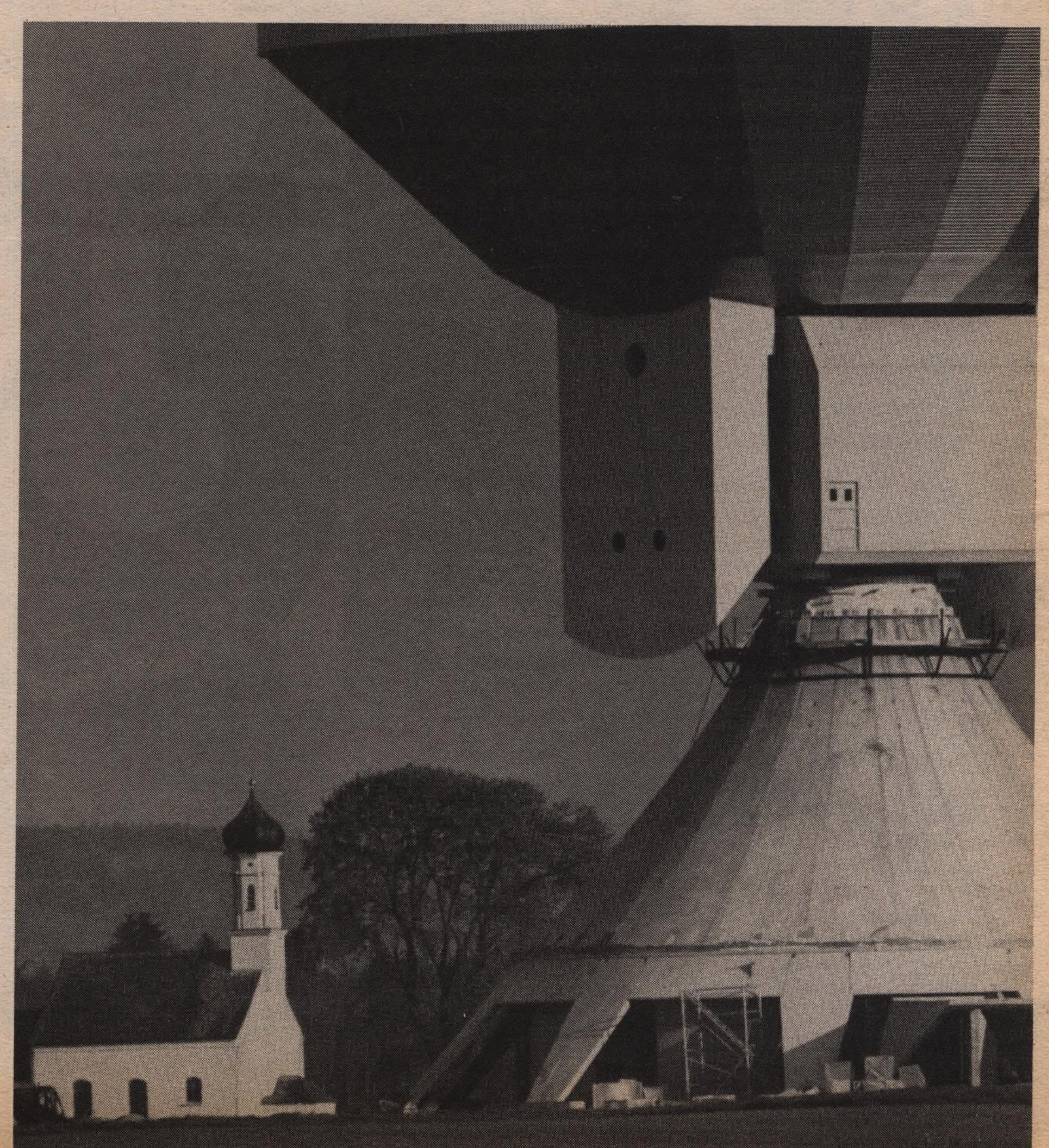
Im September 1986 wurde schließlich auch in Deutschland eine Selbsthilfeorganisation, die »Deutsche Tinnitus-Liga e.V.«, gegründet. Anschrift: DTL e.V., Lohsiepenstr. 18, D-5600 Wuppertal 21. Laut Mitteilungsblatt verfügt sie im Bundesgebiet über etwa 200 Mitglieder. Die DTL möchte den Tinnitus-Betroffenen die Gewißheit vermitteln, daß sie mit ihrem Leiden nicht allein stehen, daß Forschungsarbeiten zur Klärung der Tinnitus-Ursachen zum Laufen gebracht werden, und daß vielleicht eines Tages Wege zur wirksamen Bekämpfung von Tinnitus gefunden werden.

Wenn bei Allergien wie Heuschnupfen oder Asthma stoffliche Komponenten wie Blütenpollen oder Luftverschmutzung als Auslöser genannt werden, so scheiden für Tinnitus-Gehörschäden mit Sicherheit solche Ursachen aus. Durch das meist intakte Trommelfell können kaum Schadstoffe bis zum Innenohr oder Hörnervensystem vordringen. Nach einigen Hypothesen stammt das Rauschen im Ohr vom Blutkreislauf.

Zur Zeit gibt es keine Erklärung

Es sei auch bei jedem gesunden Menschen vorhanden, wird aber normalerweise vom Hörnervensystem ausgefiltert und hinsichtlich der Wahrnehmbarkeit unterdrückt. Dem widerspricht die Aussage anderer Ärzte, daß mit gutem Grund unser Gehör im

Die Bundesrepublik lebt in einem Mikrowellen-Smog. Radar- und Richtfunkstationen belagern das Land.



starkwandigsten Teil unseres Schädels untergebracht ist. Durch die extrem dicken Knochenwülste werden die in den Kopf-Weichteilen unvermeidlichen Durchblutungsgeräusche vom Hörnervensystem ferngehalten.

Aussage steht hier gegen Aussage. Erwiesen ist, daß die Einnahme von Medikamenten, die auf den Blutdruck oder Blutdurchfluß wirken, das Tinnitus-Ohrengeräusch nicht beeinflussen kann. Somit versagen zur Zeit alle Erklärungsversuche von Tinnitus seitens der Schulmedizin. Leider fühlen sich in solchen Situationen häufig »Wunderheiler« herausgefordert, Kranken Hilfe zu versprechen, dafür Geld zu kassieren, und schließlich den Beweis ihres Könnens schuldig zu bleiben. Ohne Kenntnis wahrer Ursache von Tinnitus gibt es weder für Schulmediziner noch Heilpraktiker reale Chancen zur Therapie.

Wenn stoffliche Ursachen ausscheiden, Medikamente aus chemischen oder biologischen Substanzen unwirksam sind, müssen Zusammenhänge im nicht-stofflichen Bereich gesucht werden. Daß viele Zivilisationskrankheiten psychisch ausgelöst oder verstärkt werden, ist bekannt. Schaut man sich den Kreis der Tinnitus-Kranken an, so setzt er sich vornehmlich aus Menschen zusammen, die die Zeit des Karrierestrebens und Berufsstresses hinter sich haben und als weitgehend psychisch ausgeglichen bezeichnet werden können.

Auffällig erscheint, daß Tinnitus häufig in Verbindung mit anderen Hörschäden, wie vermindertes Hörvermögen für hohe Töne auftritt. Das ständige Rauschen im Ohr scheint nur der bewußt wahrnehmbare Teil eines weit komplexeren Hörschadens zu sein. Er hat nichts mit dem äußeren Ohr oder dem Trommelfell zu tun.

Der Ursprung der Geräusche muß im Inneren des Hörnervensystems liegen. Hier werden die am Trommelfell als Luftdruckschwankungen ankommenden, zunächst mechanisch ausgewerteten Schwingungen in elektrische Signale umgesetzt und schließlich in die Bewußtseins-Zonen unseres Gehirns weitergeleitet. Daß sich unsere Nerven und das Gehirn feinster elektrischer Ströme und Felder bei der Verarbeitung von außen kommender Signale bedient, ist Stand der Wissenschaft. Beim Hören werden akustische Luftdruckschwingungen in frequenzanaloge elektrische Schwingungen umgewandelt.

Hörnerven können modulierse Hörfrequenz empfangen

Bei der im höheren Alter häufig vorkommenden Taubheit für höhere Töne und Frequenzen verhält sich unser Gehör ähnlich wie eine große Lautsprechergruppe, bei der die Hoch- und Mitteltonlautsprecher ausgefallen sind. Nur der große Baß-Lautsprecher arbeitet noch richtig. Wir wissen, daß es gelegentlich Ärger mit den Lautsprechern einer HiFi-Anlage geben kann. Werden die Leitungen vom Verstärker zu den beiden Stereolautsprechern als nicht abgeschirmte Drähte parallel zu einer Netzleitung, zum Beispiel die einer Stehlampe, verlegt, so kann es zu häßlichen Einstreuungen kommen. Die immer um elektrische Leitungen vorhandenen elektromagnetischen Felder können in den Lautsprecherzuleitungen Spannungen und Ströme induzieren, die sich schließlich im Lautsprecher als lästige 100-Hertz-Brummtöne äußern.

Wenn unsere Hörnerven und Auswertorgane mit winzigen elektrischen Strömen und Feldern arbeiten, so darf nicht ausgeschlossen werden, daß starke äußere Fremdfelder zu Einstreuungen und schließlich zu Brumm- oder Rauschtönen ähnlich wie bei vorbenanntem Lautsprecher-Beispiel führen.

Wurden solche Einstreuungen von Fremdfeldern in den Gehörnerv bereits beobachtet?

Solche Erfahrungen machten bereits viele Soldaten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges, als im zunehmenden Maß Radar- und UKW-Sprechfunkgeräte zum Einsatz kamen. Die Radargeräte dienten zur Erkennung und Ortung gegnerischer Flugzeuge. Große, sich drehende oder wippende Antennen tasteten mit sehr starken Hochfrequenzimpulsen und Wellenlängen von mehreren Zenti- oder Dezimetern den Himmel ab. Trafen die Wellen auf einen metallischen Gegenstand, zum Beispiel ein Flugzeug, so wurde ein Teil der Hochfrequenzimpulse zurückgeworfen. Aus der jeweiligen Winkelstellung der Radarantenne und dem Zeitunterschied zwischen abgesandtem und zurückgeworfenem Impuls konnte man den Standort und die Flugrichtung des gegnerischen Flugzeugs ermitteln. Um die Zeitdifferenz messen zu können, waren die Hochfrequenz-Impulse »moduliert«.

Die Modulationsfrequenz zwischen 100 bis 1000 Hertz liegt in einem als Schallwelle von unserem Gehör leicht wahrnehmbaren Bereich. Ähnlich verhielt es sich mit der Modulation bei UKW-Sprechfunkgeräten oder von Richtfunkstrecken.

Seinerzeit geschah das Seltsame, daß häufig Soldaten »hören« konnten, wenn vorbenannte Funkgeräte in Betrieb gingen, ohne daß hierbei akustische Schallwellen zum Trommelfell gelangten. Es handelte sich um typische elektromagnetische Einstreuungen von starken Fremdfeldern in die Nervenbahnen und die für das Hören zuständigen Zonen des Gehirns im Menschen.

Wir leben in einem Mikrowellen-Smog

Um etwa 1970 wurden in den USA die Aussagen von Menschen, sie könnten Hochfrequenzwellen »hören«, im Labor überprüft. Man arbeitete mit einem kleinen Sender mit der winzigen Impulsleistung von etwa 1 Milliwatt, einer Modulationsfrequenz zwischen 100 bis 1000 Hertz und mit elektromagnetischen Wellen mit 3,6 und 10 Zentimeter Länge. Das ist ein typischer Wellenlängenbereich für heutige Richtfunk- und Radargeräte und den Haushalt-Mikrowellenherd.

Zwischen den kleinen Hochfrequenzsender und den Kopf der Versuchsperson schob man, ohne daß es die Versuchsperson wahrnehmen konnte, Kupferplatten. Diese wirkten als Abschirmung, verhinderten also das Vordringen der Hochfrequenzwellen bis zu den Versuchspersonen. Ferner wurde die Tonhöhe durch Änderung der Impulsmodulationsfrequenz variiert. Die Versuchspersonen konnten fehlerlos angeben, wann die bei ihnen im Hörnerv wahrgenommenen Töne durch die Kupferplatten »ab- oder eingeschaltet« oder in ihrer Tonhöhe verändert waren.

Zweifel sind nicht mehr möglich, daß äußere elektromagnetische Fremdfelder zu bewußt wahrnehmbaren Tönen im Gehör führen. Da Tinnitus aber nicht nur ein kurzzeitig bei Versuchspersonen, Funkern, Soldaten oder Hochfrequenztechnikern auftretender Effekt ist, sondern vorwiegend ganz normale Menschen in herkömmlicher Umgebung hiervon betroffen werden, stellt sich die Frage nach der Herkunft der uns umgebenden und durchdringenden starken Fremdfelder.

Die Neuentwicklungen des Zweiten Weltkrieges auf dem Gebiet der Funktechnik mit Dezi- und Zentimeterwellen, sogenannte Mikrowellen, fanden in den späteren Jahren in der gesamten Nachrichtentechnik zunehmend Anwendung. Nachdem Deutschland als Kriegsverlierer viel zu wenig Wellenlängen für den Mittelwellenrundfunk zugeteilt erhielt, mußten wir in den bis dahin ungenutzten Ultrakurzwellenbereich (UKW) ausweichen. Wegen der begrenzten Reichweite ultrakurzer Wellen mußten eine Vielzahl von Sendemasten und zusätzlichen Umsetzer, um auch abgelegene Gebirgstäler zu erreichen, aufgestellt werden.

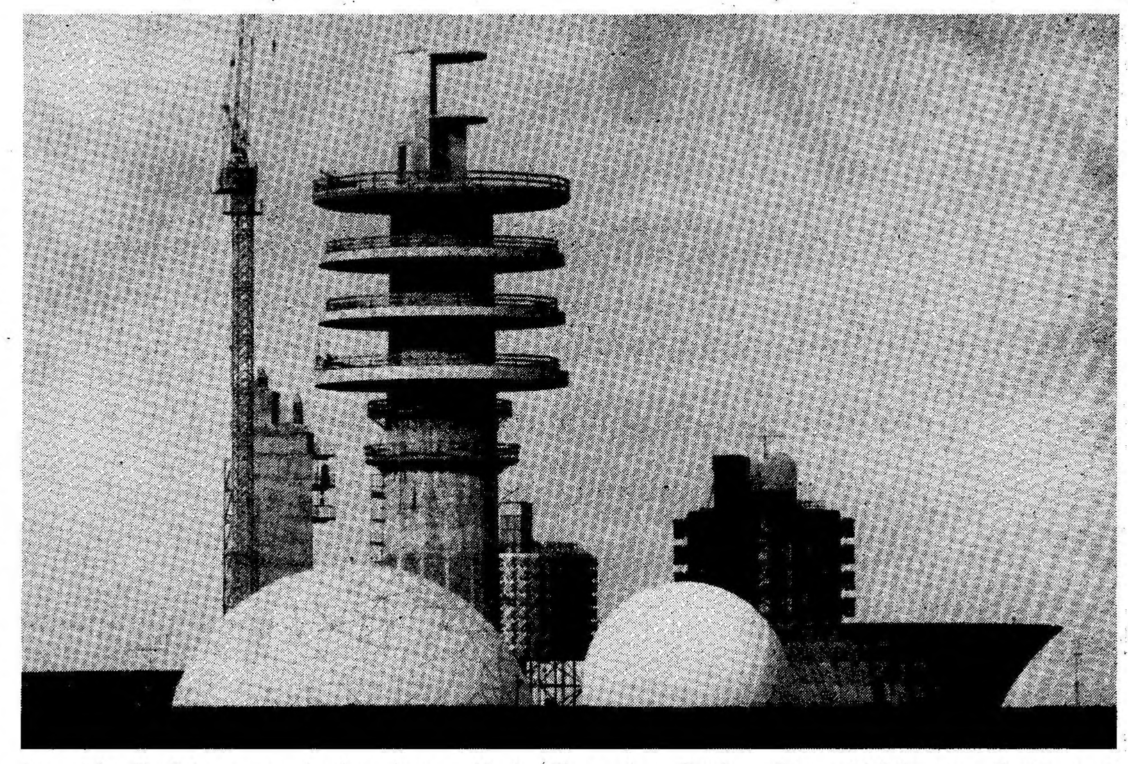
Später folgte das Fernsehen, dessen Programmangebot und Senderzahl ständig erweitert und schließlich noch für Stereoton ergänzt wurde. Zwischen den vielen Sendemasten und den Sendezentralen brauchte man immer mehr Richtfunkverbindungen. Sie sind an Masten mit Parabol- oder Hornantennen leicht erkennbar (»Suppenschüsseln« oder »rechteckige Trichter«). Wie ein riesiges Spinnennetz ist unser Land inzwischen mit Funktrassen überzogen.

Dazwischen tummeln sich die vielen militärischen Funkanlagen der NATO, wobei moderne Radargeräte mit Impulsen im Megawattbereich die teuflischsten sind. Unter Megawatt ist ein Leistungsausstoß zu verstehen, der ungepulst zur Stromversorgung einer kleinen Stadt

Elektro-Strahlen

Ursache für ständiges Ohrenrauschen

ausreicht, aber als Radarimpuls im Nahbereich auf eine Fläche von einigen Quadratmetern als Strahlungsleistung konzentriert wird.



Waldsterben und Tinnitus gleiche Ursachen

Als Faustregel kann man annehmen, daß sich in den letzten drei Jahrzehnten etwa alle vier Jahre die Anzahl und Dichte von Hochfrequenzsendern verdoppelt hat. Im Vergleich zu den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges leben wir heute in einem etwa tausendfach höheren Mikrowellensmog. Es ist völlig unwahrscheinlich, daß sich binnen etwa 40 Jahren unser gleichermaßen mit elektrischen Feldern und Wellen arbeitendes Nervensystem dem Anwachsen von Fremdfeldern aufs Tausendfache anpassen konnte. Ähnlich ist die Situation für unsere noch weit langlebigeren Bäume und Wälder.

Warum unsere Wälder mit der etwa tausendfach zu hohen Mikrowellen-Umweltbelastung nicht mehr fertig werden, ist weitgehend geklärt. Es sind nicht die vielerorts genannten Luftschadstoffe.

Die Nadelkollektive von Koniferen und die Blattrippen von Laubbäumen sind als typische Antennen zum Empfang von elektromagnetischen Wellen mit Längen von etwa 2 bis 30 Zentimeter, also haargenau im Radar- und Richtfunkbereich, ausgebildet. Doch wozu ist das so?

Man weiß erst an Hand von Satellitenerkundigungen ausreichend genau, daß zusätzlich zum sichtbaren Licht und zur Wärmestrahlung von der Sonne und aus dem gesamten Weltall eine radiofrequente Strahlung mit Wellenlängen von etwa einem Zentimeter bis 100 Meter bis zur Erdoberfläche vordringt. Die kürzeren Wellenlängen sind die energiereicheren. Und diese Wellen verwerten zusätzlich zum Licht bei der Photosynthese unsere Bäume für Lebensvorgänge. Da für radiofrequente Wellen nicht die Schattenregeln des Lichts gelten, profitieren besonders die im Bauminneren liegenden Nadeln oder Blätter von diesem zusätzlichen Energieangebot aus dem Weltraum.

Wenn seit dem Zweiten Weltkrieg der Mikrowellensmog in einem biophysikalisch kritischen Wellenbereich vertausendfacht wurde, fragt man sich, ob so etwas überhaupt zulässig ist. Oder sind wir ähnlich wie bei der Atomenergie ein viel zu hohes Restrisiko eingegangen? Die Frage ist berechtigt.

Jeder, der einen Mikrowellenherd im Betrieb gesehen hat und weiß, daß er ein großes Stück Suppenfleisch binnen etwa 10 Minuten garen kann, würde sich weigern, seine Hand oder gar den Kopf in den Mikrowellenherd zu stecken. Die elektromagnetischen Wellen in einem solchen Herd sind fast dieselben wie die von Radar- oder Richtfunksendern.

Also drohen uns von letzteren reale Gefahren. Dagegen sollen uns die Grenzwerte nach DIN VDE 0848, Teil 2, schützen. Diese Regeln dienen dem Personenschutz. Welche Werte für unsere festgewurzelten Wälder, die sich ständig ohne Fluchtmöglichkeit im Strahlenfeld von Mikrowellensendern befinden, richtig sind, weiß zur Zeit niemand. Der dem Personenschutz dienende Grenzwert liegt etwa tausendfach über der Strahlungsdichte der natürlichen, seit Anbeginn allen Lebens auf der Erde vorhandenen radiofrequenten Strahlung.

Die Regierung ist zur Abhilfe aufgerufen

Damit ist uns das in den NATO-Staaten zugedachte Restrisiko etwa tausendfach zu hoch. Im Ostblock und in China, wo bei der Grenzwertfestlegung neben thermischen auch nicht-thermische Schadwirkungen berücksichtigt wurden, liegen die Grenzwerte für technische Hochfrequenzeinwirkungen in derselben Größenordnung wie die Strahlungsdichte für die natürliche radiofrequente Strahlung. Für werdende oder stillende Mütter gilt nur ein Zehntel hiervon. Andernorts ist man also weit vorsichtiger als bei uns.

Seit Januar 1987 liegt dem Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages der Antrag vor, die gegenwärtigen zu hohen deutschen Grenzwerte laut VDE 0848, Teil 2, auf ein Tausendstel und somit auf die Größenordnung des Ostblocks abzusenken. Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen ließ mit Schreiben vom 30.März 1987 mitteilen, daß er die bisher in VDE 0848 nicht berücksichtigten nicht-thermischen Auswirkungen, die unter anderem für Waldsterben, Tinnitus und bestimmte Allergien als Ursachen

Die militärischen Funk- und Radaranlagen der NATO mit Impulsen im Megawattbereich sind die teuflischsten.

in Betracht kommen, vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überprüfen lasse.

Somit liegt inzwischen dem Umweltbundesminister der Antrag auf Absenkung der VDE-0848-Grenzwerte auf ein Tausendstel und die Beantwortung der vom Bundespostminister nachfolgend genannten Frage vor: »Wie beeinflussen Leistung, Frequenz, Modulationsart und Pulsrate modulierter Mikrowellenfelder das bestrahlte Gewebe und pflanzliche Zellen.«

Mit vorbenanntem Forschungsantrag ist den 15 bis 17 Prozent Tinnitus-Kranken unter uns leider nicht geholfen. Es ist lediglich ein erster Anfang gemacht, damit man sich mit der viel zu großen elektromagnetischen Umweltverschmutzung bei uns in Deutschland auseinanderzusetzen beginnt. In den USA ist man auf diesem Gebiet schon einige Jahre weiter, wie das deutsche »P.M.-Magazin« berichtet:

»Die elektromagnetischen Felder, die uns umgeben und durchdringen, sind, befürchten amerikanische Biophysiker, gar nicht so harmlos, wie immer angenommen. Der Biophysiker An-

drew Marino von der Universität Louisiana erklärt, er wolle nie und nimmer in der Nähe von Hochspannungsleitungen leben, denn die ›Chance, krank zu weden, ist zu groß‹.

Das Netz wird immer dichter

Tatsächlich wissen die Wissenschaftler zu wenig über die Auswirkungen elektromagnetischer Strahlen. Zu ihnen gehören scheinbar so unterschiedliche Strahlungsarten wie Mikrowellen, Wärmestrahlen, das sichtbare Licht, Laser- und Gammastrahlen.

Außer dem Bereich des sichtbaren Lichts und Wärmestrahlen können unsere Sinnesorgane keine andere Strahlungsart wahrnehmen. Es gilt die Faustregel: Je kurzwelliger die Strahlen, desto energiereicher sind sie. Dabei werden die Strahlen ab einer gewissen Wellenlänge für den Körper schädlich, weil sie die Moleküle und Atome im Gewebe elektrisch leitfähig machen und die biochemischen Prozesse durcheinanderbringen.

Aber auch die langwelligeren Strahlen, die nicht ionisieren, sind nicht frei von Risiken. Denn elektrische Vorgänge spielen in lebenden Organismen eine wichtige Rolle.

Das Netz ausgesandter elektromagnetischer Strahlen wird bei uns immer dichter und stärker, von der Mikrowelle im Haushalt über die Rundfunk- und Fernsehstationen bis zu den Hochspannungsleitungen. Hier bildet der lebende Organismus, bei kleinen Wesen und auch bei Organen, oft eine ideale Antenne.«

Die bis jetzt vorliegenden Erkenntnisse lassen vermuten, daß auch unser Gehörnervensystem eine solche »ideale Antenne« für elektromagnetische Wellen ist. Wenn nunmehr in unserer elektromagnetisch verseuchten Umwelt ständig bis zu tausendfach gegenüber früher überhöhte Fremdfelder in die »Antenne« im Gehör einstreuen, dann passiert etwas ähnliches wie bei den gleichermaßen als Antennen arbeitenden Nadelkollektiven und Blattrippen: Es kommt zu bleibenden Schäden.

Die dieserart beanspruchten Antennen werden mit der ständigen Überlastung nicht mehr fertig und stellen ihren Dienst ein. Was sich in unserem Gehörnervensystem abspielt, kann mit einer Amputation verglichen werden. Zunächst verschlechtert sich das Hörvermögen für höhere Frequenzen. Doch dann geschieht etwas, das vielen Beinamputierten bekannt ist. Sie glauben immer noch ihre Zehen am Fuß zu spüren, obwohl sie gar nicht mehr vorhanden sind.

Ähnlich scheint es bei Tinnitus zu sein: Es ist ein Phantomgeräusch, das aus einem durch starke Fremdfeldeinwirkung geschädigten, quasi »amputierten« Teil unseres Hörnervensystems stammt. Dagegen ist mit Medikamenten kaum etwas auszurichten. Nicht ganz auszuschließen ist eine Abhilfe durch operativen Eingriff, wobei der zum ständigen Rauschen im Ohr führende Nervenabschnitt durch Abtrennung ausgeschaltet wird. Doch wer wird sich zur Zeit einer solchen Gehirnoperation unterziehen, nachdem unseren Schulmedizinern die Kenntnis über die wahren Ursachen von Tinnitus noch fehlen?

Forschung ist dringend notwendig

Leider kommt in Deutschland die Erforschung von elektromagnetischen Umweltrisiken nur sehr schleppend in Gang. Den Atomenergie-Befürwortern, den Militärs und Herstellern drahtloser Nachrichtengeräte ist nicht daran gelegen, daß sich nach dem Tschernobyl-Debakel eine neue Art von Strahlenfurcht, diesmal im Bereich von Radar, Richtfunk und Fernsehen, unter der Bevölkerung ausbreitet. Daher werden von ihnen zum Beispiel alle Forschungsarbeiten zur Aufklärung der nichtstofflichen, also physikalisch verursachten Waldschäden blockiert.

Selbstredend werden vorbenannte Interessengruppen in gewohnter Manier auch Zusammenhänge zwischen den bei uns immer weiter ansteigenden Zahlen von Allergie- und Tinnitus-Kranken mit dem zu hohen Mikrowellensmog zu leugnen versuchen. Doch das hilft ihnen nicht mehr lange.

Über die Situation in den USA heißt es im »P.M-Magazin«: »Während vor Jahren noch Militärs und Industrie mögliche Risiken durch elektromagnetische Wellen abblockten, werden die Forschungen auf diesem Gebiet mittlerweile auch von Elektrokonzernen unterstützt.

In diesem Jahr werden 2,5 Millionen Dollar in die Forschung gesteckt, die das Electric Power Research Institute (EPRI) verteilen soll. Unter anderen wird in Los Angeles in den nächsten zwei Jahren eine Studie über Blutkrebs bei Kindern erarbeitet, in der auch die Auswirkungen elektromagnetischer Strahlung auf den Mensch erforscht werden sollen.«

Damit auch auf diesem Gebiet der Tinnitus-Forschung etwas Weiterhelfendes geschieht, dürfte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen den Tinnitus-Selbsthilfeorganisationen in England, den USA und in Deutschland empfehlen. Schnelle Ergebnisse sind kaum zu erwarten. Unter unseren Ohrenfachärzten dürfte es kaum Experten für elektromagnetische Wellen und von deren Einwirkungen auf Organe unseres Körpers geben.

Im Falle Tinnitus bedarf es interdisziplinarer Forschungsgruppen, wobei erfahrene Hochfrequenztechniker die Laborarbeiten organisieren und in Abstimmung mit Medizinern die nicht ganz einfachen Meßprogramme durchziehen. Damit die von den Technikern gewonnenen Untersuchungsergebnisse von den Medizinern richtig interpretiert werden können, bedarf es einer für beide Seiten verständlichen Sprachregelung. Diese Aufgabe ist gar nicht so einfach zu realisieren.

Soll bei unseren Kindern und Enkeln der Anteil der an Tinnitus Leidenden von gegenwärtig 15 bis 17 Prozent der Bevölkerung auf über 20 oder gar 30 Prozent, nämlich wie bei Allergien, ansteigen? Dies gilt es zu verhindern, genauso wie bei unseren Wäldern, die inzwischen zu 54 Prozent geschädigt sind oder im Sterben liegen.

Prophylaxe gegen Ansteigen von Tinnitus-Erkrankungen

Die zu treffenden Maßnahmen zum Beendigen des Waldsterbens, von Tinnitus und einigen durch Einwirkung von Mikrowellen ausgelöster Allergieerkrankungen sind dieselben: Wir müssen die tausendfach überhöhte elektromagnetische Umweltverschmutzung beenden, also die zu vielen und oft zu starken Fernseh-, Richtfunk- und Radarsender baldmöglichst ausschalten.

Bedeutet dies für uns eine Rückkehr in die »technische Steinzeit«, in einen Lebensstil wie vor dem Zweiten Weltkrieg zum Beispiel ohne Fernsehen? Nein, keineswegs.

Die künftige Nachrichtenübertragung wird weitgehend mit Hilfe von modulierten Lichtwellen erfolgen. Lichtwellen sind biophysikalisch sauber, weil alle Lebewesen über Sensoren für Licht und Schutzreflexe bei Überdosierung verfügen. Die Lichtwellenleitertechnik ist erprobt und ausgereift. Sie kann bei ausreichendem Kapital- und Arbeitskräfteeinsatz in wenigen Jahren bei uns eingesetzt werden und die bisherigen Funktionen von Fernsehen und Richtfunk mit weit verbesserter Übertragungsqualität voll übernehmen.

Mit der künftigen Nachrichtenübertragung durch modulierte Lichtwellen gelingt es, die Irrtümer von etwa vier Jahrzehnten beim viel zu leichtsinnigen Umgang mit elektromagnetischen Wellen zu korrigieren. Die Mediziner, Forstbotaniker, Politiker und viele andere haben versagt, die ungestüm in das Gebiet der elektromagnetischen Wellen vorpreschenden Ingenieure und Industriemanager rechtzeitig vor den zu hohen Risiken für die Gesundheit von Wald und Mensch zu warnen.

Es ist dieselbe widersinnige Situation wie bei den Atomkraftwerken, Atombomben und Raketen eingetreten. Wir müssen den Rückzug antreten, also »abrüsten«, auch bei den zu vielen und zu starken Hochfrequenzanlagen, um unseren Nachfolgegenerationen noch einen Hauch von Lebensqualität zu retten. Daß Tinnitus eine starke Verminderung der Lebensqualität mit sich bringt, kann jeder Betroffene bestätigen. Hieran etwas zu ändern, dürfte für die Mächtigen im Staat, in der Wirtschaft und in der Industrie eine humanitäre Pflicht sein. □

Weitere Informationen bei Dr.-Ing. Wolfgang Volkrodt, Waldsiedlung 8, D-8740 Bad Neustadt.

Japan

Mehr Wirtschaftshilfe für Länder Asiens

Der japanische Außenminister Tadashi Kuranari erwägt verschiedene Maßnahmen zur Verstärkung der Wirtschaftshilfe Japans an die Länder in der Pazifik-Region. Diese Maßnahmen werden auch Japans »Hilfe auf Verlangen« und die Politik in diesem Zusammenhang wahrscheinlich verändern. Diese zur Diskussion gestellten Änderungen wurden, obwohl sie erst noch verkündet werden müssen, von der Presse bereits die »Kuranari Doktrin« genannt.

Derzeit stellt Japan nur jenen Ländern Auslandshilfe zur Verfügung, die nach einer solchen Unterstützung verlangen. Kuranari erwägt, daß Japan die Initiative ergreift und ausgewählten Ländern Hilfsvorschläge unterbreitet, egal ob sie diese formell beantragen oder nicht.

Das japanische Außenministerium überlegt auch, ob es nicht die Bestimmungen für Hilfsinitiativen an die Mitgliedsstaaten der ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Länder) lockert. Man will deutlich die Wirtschaft der Handelspartner in der Region verstärken, um somit deren Status als Importeure japanischer Produkte zu verbessern.

Als ein Beispiel dieser neuen politischen Tendenz hat die japanische Export-Import-Bank ein ungebundenes Darlehen in Höhe von 900 Millionen Dollar an Indonesien vergeben – das dritte in Höhe von mehreren Millionen Dollar in der letzten Zeit.

Der Bankpräsident Takashi Tanaka sagte, der Kredit werde zur Finanzierung von Hafen-, Bewässerungs-, Kohle- und Elektrizitätsprojekten verwendet. »Es geht hier nicht mehr um Gewinn oder Verlust«, meinte ein westlicher Diplomat zu dem japanischen Kredit. »Es geht um strategische Notwendigkeit.«

Die japanischen Investitionen in Indonesien sind von 500 Millionen Dollar im Jahr 1982 auf etwa 30 Millionen im Jahr 1984 drastisch gefallen. Im Jahr 1986 stiegen sie erneut auf 220 Millionen Dollar. Indonesiens Präsident Suharto meinte, die Kooperation mit Japan sei »für beide Seiten von Vorteil«.

Radio Moskau beschuldigte Japan allerdings, seine Politik in der Region im Hinblick auf den Südpazifik würde abzielen auf »die Unterstützung der Verwirklichung von strategischen US-Plänen für die asiatischen und pazifischen Regionen«. Dabei wurde insbesondere die »Kuranari-Doktrin« angegriffen, die angeblich dazu beitragen würde, die japanischen Kapitalisten in der Region zu unterstützen. □

Waffenhandel

Cyrus Hashemis Tod vielleicht Mord

Amerikanische Rechercheure glauben, der Tod von Cyrus Hashemi in einem Londoner Krankenhaus im vergangenen Juli »könnte Mord gewesen« sein, schrieb das Londoner Wochenblatt »Observer«. Hashemi, der in dem Handel Waffen gegen Geiseln zwischen den USA und dem Iran in der Carter- und Reagan-Regierung eine Schlüsselrolle gespielt hat, stand unter dem Schutz des amerikanischen Justizministeriums.

Dem Bericht im »Observer« zufolge »hat ein im Iran geborener, amerikanischer Staatsbürger Beweise dafür gebracht, daß Hashemi vergiftet worden sei«. Dieser Iraner behauptet, Hashemi sei getötet worden, weil er über die Waffenlieferungen der US-Regierung an den Iran »zu viel wußte«.

Der Informant »nahm auch teil an der Operation des amerikanischen Zolls, die zu der Verhaftung von 17 Waffenschmugglern, darunter einem ehemaligen israelischen General, geführt hat. Er behauptet, Sonderbeamte der US-Zollbehörden haben ihm bei drei Gelegenheiten erzählt, eine ungenannte amerikanische Regierungsbehörde habe sich Hashemis ›entledigt‹.«

Die Beweise des Informanten veranlaßten Rudolph Giuliani, den US-Staatsanwalt für den südlichen Distrikt von New York dazu, die Untersuchungen über Hashemis Tod erneut aufzunehmen. □

Nazijagd

Demjanjuks Anwälte sprechen von sowjetischer Verschwörung

Die Anwälte John Demjanjuks, des Amerikaners, der in Israel angeklagt ist, »Iwan der Schreckliche« gewesen zu sein, die brutale Wache im Todeslager der Nazis von Treblinka, haben behauptet, ihr Klient sei einer Verschwörung zum Opfer gefallen, die von der Sowjetunion ausgehe.

Rechtsanwalt Mark O'Connor hat die Glaubwürdigkeit der israelischen Rechercheurin Miriam Radiwker in Frage gestellt und auf ihre sowjetische Vergangenheit verwiesen. »Alle diese Anklagen kamen aus der Sowjetunion und nicht aus den Vereinigten Staaten«, sagte er.

Radiwker, ein ehemaliges Mitglied der Untersuchungsabteilung der israelischen Polizei über Nazi-Kriegsverbrechen, machte ihre Zeugenaussage anhand eines Fotos im Jahr 1976 zusammen mit Eugen Turowski, einem Überlebenden von Treblinka. Sie sagte, Turowski, der inzwischen verstorben ist, habe Demjanjuk auf den Fotos als »Iwan den Schrecklichen« identifiziert.

In einer Niederlage für Demjanjuk hat das Gericht diese Zeugenaussage akzeptiert und damit den Einwand von Rechtsanwalt O'Connor verworfen, daß ein solcher Beweis unzulässig sein sollte, weil er den Toten nicht ins Kreuzverhör nehmen könne. Der Gerichtspräsident Dov Levin sagte, Turowskis Identifizierung werde in das Beweismaterial aufgenommen und machte damit den Weg frei für die Vorlage weiterer, derartiger Beweise. Er sagte, Abschnitt 15 des israelischen Nazi- und Nazi-Kollaborateur-Gesetzes enthalte eine Bestimmung, die derartige Beweise aus zweiter Hand zulasse. □

Großbritannien

Verdächtige Todesfälle unter SDI-Wissenschaftlern

Wie die Londoner »Times« berichtet, sind drei britische Wissenschaftler, die an Forschungsprojekten im Zusammenhang mit der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) beteiligt waren, in den vergangenen Monaten gestorben oder unter mysteriösen Umständen verschwunden. Alle drei kamen vom indischen Subkontinent und hatten mit »größeren Unterwasserprojekten zu tun, die dazu beitragen sollten, U-Boote in großen Tiefen zu lokalisieren und die auch Auswirkungen auf das Sternenkriegs-Programm der USA haben«.

Im letzten Fall geht es um das Verschwinden des Doktoranden Avtar Singh-Gida von der Universität Loughborough, der zuletzt mit einem Kollegen in der Nähe des Derbyshire Reservoirs gesehen wurden, wo sie ein Experiment mit Unterwasserakustik durchführten. Die Polizei, so berichtet die »Times«, ist besonders über sein Verschwinden besorgt wegen seiner Freundschaft mit Vimal Dajibhai, einem Rüstungsexperten der Marconi Company, der im letzten August unter der Clifton-Brücke in Bristol tot aufgefunden worden ist. Im Oktober 1986 starb ein anderer Marconi-Experte, der mit Rüstung zu tun hatte, Ashad Sharif, durch angeblichen Selbstmord.

Britische Parlamentarier verlangen von der Regierung die Untersuchung dieser Todesfälle, teilweise weil die Arbeit, mit der die drei Männer zu tun hatten, in Bereichen liegt, in denen Großbritannien der Sowjetunion weit voraus ist. Der Sprecher des sozialdemokratisch-liberalen Verteidigungs-Bündnisses, John Cartwright, meinte: »Diese Todesfälle und das Verschwinden können kein Zufall mehr sein, besonders wenn man die heikle Art der Arbeit berücksichtigt, in die diese Männer verwickelt waren.« □

Ecuador

Ein weiteres Land erklärt Schulden-moratorium

Der Präsident von Ecuador, Leon Febres Cordero, hat erklärt, sein Land habe die Zahlungen auf seine Außenschuld ausgesetzt. »Ich schäme mich nicht, dies zu sagen«, sagte er. »Es gibt absolut keine Möglichkeit, diese Außenschuld in diesem Jahr zu bezahlen.«

Die Schulden Ecuadors belaufen sich auf 8,2 Milliarden Dollar. In Ecuador hat es am 11. März 1987 ein Erdbeben gegeben mit Hunderten von Toten, Tausenden, die heimatlos wurden und bei dem 45 Kilometer der Öl-Pipeline des Landes zerstört worden sind. Das Land muß die Rohölexporte jetzt aussetzen und wird Öl importieren müssen, um seinen Inlandsbedarf zu decken.

Unter Hinweis auf die Verwüstung, die durch das Beben verursacht wurde, sagte Febres Cordereo: »Ich muß zuerst mein Land wieder aufbauen, bevor ich damit anfangen kann, Schulden zu bezahlen.«

Doch Ecuador hat tatsächlich bereits schon vor dem Erdbeben aufgehört, Zahlungen an die internationalen Banken zu leisten. In diesem Jahr hätte das Land 1,3 Milliarden Dollar zahlen müssen, 800 Millionen Dollar allein an Zinsen, während die Ölpreise verfallen. Der Export von Öl hat dem Land die Hälfte der Devisenerlöse eingebracht, die Schäden durch das Erdbeben an der Ölleitung bedeuten einen Verlust von einer Milliarde Dollar. □

NATO

Mehr Rüstungs-kredite für türkische Streitkräfte

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat vor der Aushöhlung der NATO an der südlichen Flanke gewarnt. Unter deutlicher Bezugnahme auf Spaniens Entscheidung, die amerikanischen Truppen in diesem Land zu reduzieren, sagte er, das westliche Bündnis könne es sich nicht leisten, von Engagements wie der Aufrechterhaltung amerikanischer Militäreinrichtung in Gastländern Abstand zu nehmen. Weinberger sprach in Istanbul auf einer Europa-Reise, die ihn auch nach Spanien führte.

»Wenn wir rechtzeitig nicht genug tun, werden wir es nie tun, bevor es zu spät ist«, sagte er. »Es wäre für die NATO tatsächlich schädlich, die Entfernung amerikanischer Militäreinrichtungen zu erwägen, ohne einen vollständigen Ersatz für den Verlust der Verteidigungsmöglichkeiten zu haben, so daß weder militärische Verteidigungsstärke noch politische Unterstützung verlorengehen.«

Weinberger fügte hinzu, die Vereinigten Staaten und andere Industrieländer müßten die Türkei, Griechenland und Portugal in ihrer Sicherheit mehr unterstützen. Die gegenwärtige Lage sei nicht angemessen. Die Türkei allein, so meinte er, braucht jährlich eine Milliarde Dollar an Unterstützung, um eine effektive Modernisierung ihrer Sicherheitseinrichtungen vornehmen zu können, das liegt weit über dem, was der amerikanische Kongreß derzeit bewilligen würde. Er meinte, wenn nicht mehr ausländische Rüstungskredite zur Verfügung gestellt werden und weitere Hilfe von den NATO-Verbündeten kommt, wird die Modernisierung der türkischen Streitkräfte ernstlich behindert und die NATO wird entsprechend geschwächt sein. □

Israel

IWF besorgt über Finanzen

Zum Abschluß eines Besuches in Israel warnte eine Delegation des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor einer rapiden Verschlechterung der Wirtschaft des Landes ähnlich der Situation in Brasilien und Argentinien.

Laut der »Jerusalem Post« verlangte der IWF, daß Israel einen »strengeren Plan zur wirtschaftlichen Stabilisierung« nach dem Beispiel Großbritanniens durchsetzt, um die Fehler Brasiliens und Argentiniens zu vermeiden. In einem Treffen mit Führern der israelischen Wirtschaft verlangte das IWF-Team, »jede Lohnerhöhung solle als Ausgleich zur Entlastung von Arbeitern führen«.

Der IWF kritisierte auch die geplante Erhöhung im Haushaltsdefizit sowie einen Steuerreformplan, mit dem die Steuern für Einzelpersonen reduziert werden sollten.

Die Bank of Israel hat sich zufrieden über die Empfehlungen geäußert, doch der Wirtschaftsberater des Premierministers, Amos Rubin, sagte, der IWF-Bericht sei nicht von Bedeutung, da Israel von dem Fonds keine Unterstützung bekomme. □

Syrien

Sowjetische Berater nach Beirut

Generalmajor Ammon Shahaq, der Chef der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, berichtet, daß Tausende von Sowjetberatern in Syrien stationiert seien und einige davon bereits nach Beirut gekommen sind, zusammen mit der syrischen Armee.

Der Tel Aviver Zeitung »Al Hamishmar« zufolge und Informationen des Foreign Broadcast Information Service hat General Shahaq Führern amerikanisch-jüdischer Organisationen berichtet, daß die Gegenwart der Sowjets »sich sicherlich nicht nur auf einen kurzen Besuch beschränkt«. Er bemerkte, Moskaus Interesse an Syrien sei sicher nicht geringer als in der Vergangenheit, sondern wahrscheinlich sogar noch stärker geworden. □

Afrika

Revolte gegen IWF

Im Jahresbericht der UNICEF wird ein Einfrieren der Schulden Afrikas auf die Dauer von zehn Jahren verlangt. Es heißt darin, daß »Unterernährung und Untergewicht bei Neugeburten in vielen Ländern Afrikas zunehmen«, und es wird die »Anpassungspolitik in Sachen Steuern und Finanzen angegriffen, die die Kinder der Armen am härtesten trifft, deren Durchschnittseinkommen in den letzten Jahren um 15 Prozent gesunken ist«.

In einem unterschwelligen Hinweis auf die Volksausrottungspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) zieht der Bericht die Schlußfolgerung: »Keine Anpassungspolitik ist akzeptabel, die Kinder um der finanziellen Stabilität willen opfert.«

Unterdessen trafen sich die Länder Westafrikas, um gemeinsame Geschäfte mit internationalen Gläubigern und überstaatlichen Organisationen auszuarbeiten. Minister aus sieben westafrikanischen Ländern verlangten nach einer »neuen Beziehung« mit dem IWF und der Weltbank und meinten, es sei eine Politik nötig, die das Wirtschaftswachstum fördere. Sie diskutierten angeblich die Beendigung bilateraler Beziehungen mit dem IWF. Ein Minister beschrieb das Treffen als »gemeinsame Rebellion« gegen die internationalen Institutionen der Banker. □

Simbabwe

Verschwörung gegen Malawi

Es besteht offenbar ein Verschwörungsplan der afrikanischen Staaten Simbabwe und Mozambique gegen Malawi. Der Plan geht aus einem Protokoll hervor, das im Flugzeugwrack des am 19. Oktober 1986 abgestürzten Staatspräsidenten von Mozambique, Samora Machel, aufgefunden wurde.

Der Premierminister von Simbabwe, Robert Mugabe, hat diese Verschwörungspläne energisch als reine Erfindungen bestritten. Dagegen hat der Premierminister Sambias, Kenneth Kaunda, Anfang Januar 1987 die Authentizität der in Machels Flugzeug gefundenen Dokumente ausdrücklich bestätigt.

Kaunda räumte ein, er habe von den getroffenen Absprachen zwischen Mozambique und Simbabwe Kenntnis gehabt, er habe sich den dabei getroffenen Abmachungen indessen von allem Anfang an eindeutig widersetzt und dem Präsidenten Malawis, seinem alten Freund Hastings Banda, mitgeteilt, daß er im Fall einer Zuspitzung der Auseinandersetzung an seiner Seite stehen werde. □

Taiwan

68 Betriebe in südafrikanischen Homelands

Die Republik Taiwan hat in den vergangenen sieben Jahren insgesamt 68 Tochtergesellschaften in den vier unabhängigen Homelands Transkei, Venda, Bophuthatswana und Ciskei errichtet. Gesamthaft seien dafür rund eine Milliarde Rands – rund 900 Millionen DM – investiert und insgesamt 20 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Die meisten dieser 68 Betriebe würden für den südafrikanischen Markt produzieren, lediglich zehn seien exportorientiert. □

Peru

Mexiko hilft bei Pipeline

In einem Vertrag zwischen Pemex-Direktor Francisco Rojas und Petroperu-Präsident Jaysuno Abramovich verpflichtet sich Mexiko zur Beteiligung am Bau von Kohlenwasserstoffanlagen, Off-shore-Bohrprojekten und einer 600 Kilometer langen Gas-Pipeline in Peru. Die Pemex wird sich auch an Raffinerie-Erweiterungen und anderen Projekten in Peru beteiligen.

Dieser Handel, das erste derartige Kohlenwasserstoff-Kooperations-Programm zwischen den beiden Ländern, wurde nur Stunden nach dem Besuch des peruanischen Präsidenten Alan Garcia in Mexiko unterzeichnet.

Inzwischen haben die Peruaner auch einen Vertrag mit Venezuela unterzeichnet. Der Außenminister Simon Alberto Consalvi von Venezuela und der peruanische Außenminister Allan Wagner vereinbarten den Beginn der Verhandlungen über Kohlenwasserstoffe und Bergbau zur Schaffung einer bilateralen Kommission zu Kooperationszwecken, die sich in bestimmten Zeitabständen treffen soll.

Wagner gab ein Essen zu Ehren Consalvis, bei dem das Schuldenproblem und die »Solidarität zwischen beiden Ländern« in Schuldenangelegenheiten diskutiert wurde, obwohl sie mit ihren Gläubigern getrennt verhandeln. □

Philippinen

Schuldenvertrag ist unter Dach und Fach

Der Finanzminister der Philippinen, Jaime Ongpin, der mit Meyer-Lansky-Kreisen in den Vereinigten Staaten in Verbindung steht, hat mit den ausländischen Gläubigern seines Landes einen Handel zur Neueinteilung der 27 Milliarden Dollar Außenschuld der Philippinen abgeschlossen. Nach dem neuen Vertrag werden ganze 50 Prozent der philippinischen Exporterlöse für den Schuldendienst aufgebracht.

Die Banken haben alles bekommen, was sie wollten. Der Handel umfaßt die Zahlung der 13,2 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von 17 Jahren mit einer siebenjährigen Aufschubfrist auf die Kapitalsumme. Der zu zahlende Zinssatz beträgt sieben Achtel der Libor-Rate. Ongpin brachte seine uneingeschränkte Zufriedenheit über diesen Handel zum Ausdruck; er hatte vorher verkündet, er würde zurücktreten, wenn der Zinssatz über fünf Achtel der Libor-Rate hinausginge.

Die Banken erklärten auch Ongpins Schulden-für-Eigenkapital-Investmentscheine (PINS) für eine »Option«.

Ongpins Handel unterwirft »die Philippinen die nächsten 17 Jahre der Gnade der Banken«, meinte der Vorsitzende der Grand Alliance für Democracy, Vicente Puyat. Puyat führte die 24 Mann starke Oppositionsliste bei den letzten Wahlen gegen Präsidentin Corazon Aquino an.

Der Chef der philippinischen Zentralbank, Jobo Fernandez, erfuhr bei seinem Aufenthalt in New York, wo er zu Verhandlungen weilte, daß der Oberste Gerichtshof der Philippinen gegen ihn Anklage erhoben hat wegen Bestechung und Korruption in vier Fällen.

Fernandez hat die Pacific Bank ohne vorherige Ankündigung zur Schließung gezwungen, um seine Wettbewerber zu eliminieren. Beweise durch Angestellte der Pacific Bank zeigen, daß Jobo auf seine Interessen bei der Far East Bank and Trust nicht verzichtet hat, sondern sie durch eine Schein-Holdinggesellschaft aufrechterhält. □

Ägypten

Sowjets geben Schuldenerleichterung

Ägypten und die Sowjetunion haben vereinbart, die Rückzahlung der Schulden Ägyptens an die Russen für 25 Jahre zu verschieben. Salah Basyuni, der ägyptische Botschafter in Moskau, bemerkte, daß die Verhandlungen Ägyptens derzeitige wirtschaftliche Lage voll berücksichtigt hätten.

Beide Seiten haben Richtlinien für einen Handelsvertrag und langfristige Zahlungen entworfen einschließlich einer Aufstellung über neue Waren zum Export in die Sowjetunion. Basyuni sagte, es würden bestimmte Waren wieder auf die Liste gesetzt wie Teppiche, Möbel und Felle.

Ägypten kündigte auch an, daß der Wert des Pfund Sterling, mit dem verrechnet wird, erhöht wird, um einen Anreiz für die Exporte Ägyptens zu schaffen. □

Syrien

Hunderte von Millionen an US-Hilfe

Wie die Londoner »Sunday Times« berichtete, hat Syrien von den USA über 250 Millionen Dollar erhalten, angeblich um die Produktion von Opium im Bekaa-Tal des Libanon zu stoppen.

Doch nur wenige glauben, daß Syrien diese Produktion wirklich stoppt. Geheimdienstquellen aus Nahost berichten, daß die Syrier im wesentlichen die Ernte verbrannt haben, die rivalisierenden Gruppen gehört, insbesondere denen des ehemaligen Präsidenten Camille Chamoun. Alles, was nicht verbrannt wurde, hat die syrische Armee selbst an sich gerissen und wird wahrscheinlich von Syrien verkauft.

Nur wenige glauben, daß der Stopp der Opiumproduktion wirklich das war, wofür die amerikanischen Gelder gedacht waren. Syrische Quellen haben die 250 Millionen Dollar als Teil eines breiteren Einvernehmens zwischen Damaskus und Washington über den Libanon und die Geiseln beschrieben. □

USA

Der Handelskrieg mit Japan

Clayton Yeutter, der Handelskriegsexperte der Trilateralen Kommission und amerikanischer Sonderhandels-Repräsentant, sagte, er werde von Japan einen »Zeitplan« verlangen, um die Reibungspunkte im Handel zu reduzieren.

Yeutter sagte, er wolle von den Japanern eine Zusage, um amerikanische Firmen am Bau des 8-Milliarden-Dollar-Flughafens Kansai zu beteiligen. Ferner soll die japanische Regierung Superleiter kaufen. Ebenso soll erreicht werden, daß amerikanische Firmen sich in der Faseroptik an der Kooperation zwischen Japan und Alaska beteiligen. Und natürlich sollten die Japaner amerikanische Agrarprodukte kaufen.

Yeutter sagte, die Zölle, die die amerikanische Regierung Japan auferlegen will, werden vielleicht nur kurze Zeit gelten, doch um sie aufzuheben, sei die »Überzeugungskraft von Daten« nötig, die zeigen, daß die Japaner mit dem Dumping aufgehört haben. □

Israel

Gewalt durch Fundamentalisten

Bei den jüngsten Zusammenstößen zwischen israelischen Siedlern und arabischen Bewohnern des Westufers ist es zu einer Reaktivierung jüdischer Fundamentalisten-Gruppierungen gekommen, insbesondere jenen

Fanatikern im Zusammenhang mit einem Projekt zum Wiederaufbau des Solomon-Tempels auf dem Jerusalemer Tempelberg, der jetzt eine heilige Stätte des Islams ist. Das Projekt umfaßt einen Plan zum Abriß des Doms der Moschee.

In der »Jerusalem Post« hieß es, daß die Israelis geheim und illegal unter dem Tempelberg gegraben haben, was zum Ausbruch religiöser Gewalt in Jerusalem führen könnte. □

Armand Hammer

Occidental finanziert Guerillas

Armand Hammers Occidental Petroleum Corp. wurde insgeheim beschuldigt, Gelder der kolumbianischen Regierung beim Bau einer Gas-Pipeline in dem Land den Guerillas zugespielt zu haben.

Carlos Ossa Escobar, Präsidentenberater für Frieden und soziale Rehabilitation, sagte, eine Ölgesellschaft – von der jedermann weiß, daß es sich um die Occidental handelt – habe zu den Kosten für den Bau einer Öl-Pipeline Beträge hinzugerechnet, die sie der terroristischen Nationalen Befreiungsarmee (ELN) für »Sicherheitszwecke« habe zukommen lassen. Die kolumbianische Regierung hat diese Ausgaben ihrerseits zurückerstattet. Er sagte, die ELN sei durch die Zahlungen der Occidental erheblich gestärkt worden. □

Mexiko

Hat das Land seine Souveränität verloren?

Einem Artikel der linken Zeitung »Proceso« zufolge, dessen Verfasser behauptet, im Besitz eines Exemplares der jüngsten Schuldenvereinbarung zwischen Mexiko und seinen Gläubiger-Banken zu sein, hat Mexiko eine »ungewöhnliche« Vereinbarung unterzeichnet, die seine nationale Souveränität untergräbt. Die mexikanische Regierung hat den Bericht nicht dementiert. Im folgenden die wichtigsten Zitate aus diesem Artikel:

»Unter Androhung der Annullierung der Vereinbarung und der Einstellung weiterer Zahlungen verpflichtet sich Mexiko, keine allgemeine Aussetzung von Zahlungen durchzuführen, kein Moratorium zu erklären, und daß kein Regierungsorgan – Exekutive, Legislative oder Judikative – die Gültigkeit des unterzeichneten Vertrages in Frage stellt oder irgendeine Verordnung erläßt, mit der die Verantwortung Mexikos herabgesetzt wird, Mexiko von Forderungen befreit wird oder die Erfüllung seiner Verpflichtungen behindert oder verzögert wird.

Das Land verpflichtet sich, weder den IWF noch die Weltbank zu verlassen. Es unterwirft sich den Gesetzen und der Rechtsprechung von New York und London. Es verzichtet auf seine Immunität – weil der Staat selbst als Garant für die Schulden einsteht – und die Immunität seiner Waren.

Außerdem verzichtet Mexiko auf die Immunität seiner internationalen Güter, zu denen ›ohne Einschränkung‹ sein Öl und sein Gas gehören. Mexiko unterzeichnet die Vereinbarung nicht als souveränes Land, sondern als ein Handelsunternehmen. Seine Handlungen im Zusammenhang mit seinen Bankschulden sind keine öffentlichen und staatlichen Handlungen, sondern private und kommerzielle Handlungen.« □

Schuldenkrise

Folgt Afrika dem Beispiel Brasiliens?

Dem französischen Newsletter »Lettre d'Afrique« zufolge könnte es sein, daß die Länder Afrikas in der Erklärung von Schuldenmoratorien dem Beispiel Brasiliens folgen werden. Dem Bericht nach fragen sich internationale Bankkreise besorgt, »ob die Mehrheit der afrikanischen Länder nicht dem Beispiel Brasiliens folgen wird«.

Bei einem Treffen in Addis Abeba verlangten die Handelsminister Afrikas ein fünfjähriges Moratorium auf die Schuldendienstzahlungen. Sie wiesen darauf hin, daß Afrikas Exporterlöse im Jahr 1986 auf 43,4 Milliarden Dollar gefallen sind im Vergleich zu 60,6 Milliarden im Jahr 1985, das ein großes Dürrejahr war.

Die Vereinigten Staaten haben einen »Ausschuß von Weisen« geschaffen, der die Schuldenkrise Afrikas untersuchen soll. Er wird aus einem Dutzend Personen aus den großen Gläubigernationen zusammengesetzt sein sowie aus Personen von Handelsbanken und den Ländern Afrikas. Auch die Weltbank wird daran beteiligt sein. Die UN-Sprecher meinten, sie hofften auf »konkrete, kurzfristige Lösungen«.

Der nigerianische Handelsminister meinte zu dem Schuldenproblem, daß die afrikanische Wirtschaft über 35 Milliarden Dollar jährliche Investitionen benötigt, um bis zum Ende dieser Dekade eine Wachstumsrate von 3 bis 4 Prozent zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum würde der Schuldendienst Afrikas 24,5 Milliarden Dollar jährlich betragen, was fast die Hälfte der Exporterlöse des Erdteils ausmacht. In diesem Zusammenhang plädierte er für eine Reduzierung der Zinssätze. □

Bilderberger

Wirtschaftskrise der wichtigste Punkt der Tagesordnung

Nach Ugo Tramballi, dem Korrespondenten der italienischen Zeitung »Il Giornale«, fand in Cernobbio am Comer See das supergeheime Treffen der oligarchischen Bilderberger-Gruppe in diesem Jahr statt. Eintausend Polizisten und Karabinieri umgaben das Hotel Villa d'Este und hinderten Journalisten daran, näher zu kommen. Zu dem Treffen waren angeblich unter anderem gekommen: Paul Volker, Henry Kissinger, David Rockefeller, Beatrice von Holland, Gianni Agnelli, Guido Carli und Raul Gardini.

Ein Teilnehmer gab an, daß die Wirtschaftskrise ein wichtiger Tagesordnungspunkt gewesen ist: »Die nächsten Wochen werden von entscheidender Bedeutung sein für die Weltfinanzsituation. Das Verhältnis Dollar–Yen und das Scheitern der Intervention der Zentralbank sind kritische Zeichen, während fundamentale Faktoren auf einen Sturm hindeuten, der zu einem Hurrikan nach dem Muster der Jahre 1929 bis 1931 werden könnte.

Wenn Reagan dabei bleibt, daß wir einen ›Aufschwung‹ haben, dann war es das. Wenn die Regierungen jetzt handeln würden, würde das bedeuten – psychologisch gesehen –, daß der Faktor Vertrauen wiederkehrt und ein Zusammenbruch verhindert werden kann. Doch es könnte eine gewisse Krise, ein kleines Beben in den nächsten Wochen nötig sein, damit die Leute handeln. Meine Hoffnung ist, daß die Lektionen der Jahre 1929 bis 1931 nicht ganz in Vergessenheit geraten sein mögen.« □

Philippinen

Japan bietet Kredite an

Die Export-Import-Bank von Japan hat den Philippinen eine umfangreiche Anleihe angeboten zu Bedingungen, die denen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) direkt entgegengesetzt sind. Das Geld muß für die Entwicklung von Sachprojekten verwendet werden.

Das 300-Millionen-Dollar-Anleiheangebot fordert, daß die Gelder für spezielle Entwicklungsprojekte verwendet werden und nicht für die Unterstützung des Haushalts oder was der IWF und die Weltbank gerne »Strukturanpassung« in der Wirtschaft – das heißt Sparmaßnahmen – nennen.

Der Londoner »Financial Times« zufolge wollte der philippinische Finanzminister Jaime Ongpin, daß die japanische Anleihe zusammen mit einer 300-Millionen-Dollar-Anleihe von der Weltbank zur Unterstützung des philippinischen Regierungsbudgets verwendet wird. □

Briefe

Betr.: Vatikan »Das Ende des Christentums«, Nr. 3/87

Meine letzten 15 Jahre Lebenserfahrung, die hauptsächlich durch internationale Geschäftstätigkeit geprägt wurden, lassen mich heute etwas klarer zwischen Wahrheit und Dichtung unterscheiden. Vor allem habe ich gelernt, pragmatisch sogenannten Wahrheiten gegenüber zu stehen, aber auch mutig geöffnet, allem neuen, auch unbequemen, sogar schrecklichen. Diese Geisteshaltung ist unbedingt erforderlich, wenn man sich mit »CODE« mehr als oberflächlich befassen will, ohne krank zu werden.

Seit mir aber »CODE« als Pendant zur Presse geboten wird, ist meine innere Unsicherheit verschwunden. Ich habe unter anderem auch begriffen, warum ein Präsident gefeiert wird, obwohl er mit seinen unvernünftig wirtschaftlichen Maßnahmen auch mein Exportbusiness von amerikanischen Produkten ruiniert hat. Die erschütternden Reports, mit denen »CODE« seine Leser aufrüttelt, haben den großen Vorteil, daß man seinen wirklichen Feind kennt. Seine todsichere Strategie, die sich keinen Fehler erlaubt und gewissenlos alle Schwächen der Menschen auszunützen versteht, läßt den Eindruck entstehen, daß er tatsächlich Weltbeherrscher wird.

Nun, bei all diesen niederschmetternden Erkenntnissen dürfen wir nicht verkennen, daß es auch schöpferische Kräfte gibt, die übergeordnet den Naturgesetzen, den Evolutionsprozeß vorantreiben und über Jahrmillionen die Erde immer vielfältiger und vollkommener erstehen ließen. Realistisch gesehen ist doch dies degenerative Verhalten der Menschheit seit Jahrtausenden, für die Mutter Erde wie ein Schnupfen, der sich allerdings mit dem schnellerwerdenden »Tanz ums Goldene Kalb« jetzt zur ernsthaften Erkältung entwickelt hat.

Der »Tanz ums Goldene Kalb«, der Materialismus, die Selbstsucht des Besitzen-Müssens, die ganze Kraftverschwendung auf das Haben sind die eigentlichen Schwächen des Menschen. Ich denke dabei eben nicht an die wenigen, die Seins-orientiert die Schöpfung in ihrer natürlichen Pracht zu genießen verstehen und auch genügend Zeit aufbringen, den Sinn des Lebens zu suchen. Nein, der große Haufen der Materialisten, die nur einen Sinn im Besitzanhäufen sehen, auch auf Kosten der Umwelt und Gesundheit, sind die bedauernswerten, die nun von den noch skrupelloseren Materialisten (Illuminaten) erbarmungslos ausgebeutet werden.

Ein wacher Geist hingegen hat schon lange gelernt, daß sein eigentliches Kapital nur Wissen sein kann. Echtes Wissen allein schafft die Möglichkeit, glücklich, gesund und frei zu sein, erweitert den Blick auf den Sinn des Lebens undbleibt immer wertbeständig. Sein's-Menschen haben genügend Zeit ihr Bewußtsein zu erweitern und diese Bewußtseinserweiterung bringt auch die Erkenntnis, daß nicht der Mensch die Krone der Schöpfung ist, sondern nur ein Teil davon, und erst noch am Rande derselben. Die Bewußtseinserweiterung kann aber auch zu der Erkenntnis führen,daß in der Schöpfung Wechselwirkungen herrschen, die immer, überall und bei jedem bis ins kleinste Detail für gerechten Ausgleich sorgen.

Wechselwirkungen deren Berücksichtigung sich jeder zu unterstellen hat, wenn er erfolgeich sein will, sei es in einer exakten Wissenschaft oder ganz einfach im Glück oder Unglück, streng dem Gesetz von Ursache und Wirkung folgend. Diese Behauptung hat schon oft Staunen oder sogar Entrüstung ausgelöst, weil der Mensch die sonderbare Eigenschaft besitzt, die Ursache von Glück und Erfolg immer bei sich, die Ursache von Leid und Schmerz immer bei anderen zu sehen. Diese Einbildung, verursacht durch seine Selbstüberschätzung, verhindert somit die klare Erkenntis der Tatsachen oder Wahrheit.

Wen aber die Wahrheit oder Wirklichkeit interessiert, dem sei das Studium der Gralsbotschaft »Im Lichte der Wahrheit« empfohlen. In meditativer Gelassenheit wird es ihm dann Schritt für Schritt möglich, den Plan des Schöpfers und zugleich den Sinn des Lebens zu erkennen. Die Gralsbotschaft dient besser als die Bibel als Lebenskompaß, weil sie einfacher, sachlicher und widerspruchslos geschrieben ist. Wir leben heute in einer Zeit, die den einzelnen vermehrt auffordert, zu wissen denn zu glauben, und Wissen kommt allein durch Erfahrung.

»CODE« hat meinen latenten Unglauben an die gute Sache der Politik und der Weltmanager bekräftigt. Meine Erfahrung mit dem Materialisten und dessen Schwächen, schaffen in mir die Überzeugung, daß er tatsächlich zum Spielball der Supermaterialisten geworden ist und einer traurigen Zukunft entgegen schreitet.

Am Ende dieser Tragödie wird jedoch der Super-Materialist vom Super-Idealisten matt-gesetzt, der Super-Idealist, der seit Jahrmillionen den Evolutionsprozeß vorantreibt, die Erde so veredelte, daß sie das ideale Umfeld bot zur Entwicklung der Menschen und den, den wir Gott nennen. Es ist nicht der Gott, den viele schon für tot halten, es ist der Gott der bei modernen Denkern als die »zentrale Ordnung« respektiert wird und dessen Allmacht jeder im lebendigen Wirken der Naturgesetze erkennen kann, zum Beispiel auch dem Gesetz der Wechselwirkung.

Schon vor zweitausend Jahren wurde vom Weisen von Nazareth das Gesetz der Wechselwirkung im einfachen Satz »Was der Menschm sät, das muß er ernten« den Menschen erklärt, wobei »muß« eine Unbedingtheit darstellt die von der »zentralen Ordnung« ausgeht und sich in seiner Allmacht bis ins Kleinste und bei jedem durchsetzt.

Daß unser Säen seit langer Zeit schon übel ist, zeigen uns die Werke vor denen wir heute stehen. Daß das Säen jedes einzelnen persönlich schon uralt ist und weit über seinen jetzigen Lebensbereich hinausgeht, ist den meisten nur nicht bewußt, sonst könnten sie leicht die Wechselwirkung darin erkennen und somit auch die absolut herrschende Gerechtigkeit. Daß das Wissen von der Wiedergeburt, von den Kirchenfürsten eigenmächtig aus dem christlichen Glaubensbekenntnis gestrichen wurde, ist historische Tatsache und geht auf das Konzil in Konstantinopel im Jahre 553 zurück.

Es ist jedoch tröstlich zu wissen, daß der denkende Mensch die Wahrheit immer wieder findet, wenn er nur sucht. Jesus hat uns empfohlen, »suchet, so werdet ihr finden« und niemand wird behaupten, er habe »glaubet« gesagt. Trotzdem, glauben heute die meisten was gesagt oder geschrieben wird ohne zu fragen, ob das Gesagte auch der Allweisheit und Allmacht Gottes entspricht, und das ist doch Voraussetzung!

Glauben ist eben einfach und bequem und beunruhigt nicht. Denken hingegen beunruhigt oft. Die Denkfaulheit verführt aber zum Glauben, daß zum Beispiel das Bruttosozialprodukt der Maßstab für den Wohlstand ist, ohne dabei daran zu denken, daß die Leistungen aus Krankheit und Psychiatrie, steigenden Zinsen bei kleineren Wohnungen, sinnlose Werbung für sinnlose Produkte, dazu beitragen, den Wohlstand eben nicht zu erhöhen. Schon wenige Beispiele zeigen, daß das pragmatische Denken immer näher zu den Tatsachen führt und so dem einzelnen nur Vorteile bringt.

Es ist gut den Illuminaten-Plan zu kennen, wichtiger jedoch ist das Schöpfungswissen, das die Gralsbotschaft vermittelt. Sie erlaubt dem denkenden Menschen, der echt und gewissenhaft sein Leben gestaltet, einen Einblick in das Wirken des Schöpfers, der dafür sorgt, daß der Kosmos nicht zum Chaos wird und dessen Macht, Größe und Vollkommenheit von uns Menschen vermutlich nie ganz begriffen werden wird.

Der Verfasser der Gralsbotschaft fordert: »Nur in der Überzeugung ruht der rechte Glaube, und Überzeugung kommt allein durch rücksichtsloses Abwägen und Prüfen.«

Gerade dieses rücksichtslose Abwägen und Prüfen im Leben bringt die Lebenserfahrung, der die Illusion weichen muß.

»CODE« zeigt die Verhältnisse dieser materiellen Welt, auf der leider das Geld zum Gott geworden ist. Und alle, die ihn anbeten, werden psychisch, psychosomatisch oder suizid zugrunde gehen, wenn sie erleben müssen, daß sie einmal mehr nur wertloses Papier in den Händen halten.

Marcel Obrist, Turg

Betr.: Wetterkrieg »Eine neue Attacke der Sowjets«, Nr. 4/87

In den letzten Jahren steigt der Kohlendioxid Gehalt – CO_2 – in der Atmosphäre ständig an. Meßdaten Hawai 1975: 331 ppm, 1985: 345 ppm. Dieser Anstieg wird dadurch bewirkt, daß die Verbrennung von Erdölprodukten, Kohle und Holz (Tropenwälder!) CO_2 produziert, und zwar mehr, als abgebaut wird. Verschiedene Untersuchungen, mit einer Extrapolation in weitere Zukunft, kommen zum Ergebnis, daß dadurch die Temperatur auf der Erde um einige Grad ansteigt. Dies führt zu einer Klimakatastrophe.

Andere Wissenschaftler wie Professor Dr. R. Giovanoli, Universität Bern – bestreiten eine solche Schlußfolgerung. Er schreibt: »CO_2 wird durch chemische Reaktionen und Diffusion von den Ozeanen absorbiert. Auch werden große Quantitäten bei Verwitterungsprozessen verzehrt und letzten Endes als Sediment abgelagert. Wegen des raschen Anstieges der Verbrennung fossiler Energieträger in den letzten 100 Jahren ist die Zulieferung schneller geworden als der Verzehr, denn dieser hat eine langsamere Beschleunigung. Bis ein allfälliger ›Treibhauseffekt‹ überhaupt in Erscheinung treten könnte, nehmen auch die Absorptionsraten zu, so daß innert nützlicher Frist ein neues Gleichgewicht entsteht.

Überdies wird in diesem Zusammenhang ständig übersehen, daß der Wärmehaushalt der 'Erdatmosphäre auf vulkanische Eruptionen viel empfindlicher reagiert, als auf CO_2. Dazu kommen Einflüsse der Sonneneinstrahlung, von denen ungeklärt ist, ob sie winzigen Bewegungen der Erdachse oder aber der Sonnenaktivität selbst zuzuschreiben sind. Insgesamt ist es angesichts anderer Probleme erlaubt, das Kohlendioxid als belanglos zu betrachten.«

Nebst dem Einfluß von CO_2 gibt es noch andere chemische Veränderungen in der Atmosphäre, welche eher auf eine Temperaturabnahme tendieren. Die Situation bei wissenschaftlichen Erkenntnissen auf dem Gebiet der Atmosphärenphysik und -chemie ist noch kontrovers.

K. Heinloth vom »Cern« postuliert einen »massiven Ausbau der Kernenergie« um die CO_2-Klimakatastrophe zu vermeiden. Ich bin der Auffassung, daß dies in Anbetracht der wissenschaftlichen Kontroversen und der noch unabgeklärten Fragen, sehr unvorsichtig ist. Ich meine, daß nun »massiv« dafür zu sorgen wäre, daß die Zunahmen der einen wie der andern Produktionsart vermindert werden. Eine Konsolidierung unseres Wirtschaftens auf allen Gebieten ist dringend geboten.

Peter Soom, Nussbaumen

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



***Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.
408 Seiten mit vielen Abbildungen
DM/sfr 30,–***
***ISBN 3-923864-02-7
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.***
Zu beziehen über den Buchhandel.